

Frankfurter Sozialbericht

Teil VII: **Aufwachsen in Frankfurt am Main - Kinder, Jugendliche
und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen**

HERAUSGEBER:
DER DEZERNENT
FÜR SOZIALES UND JUGEND

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Verfasser

Dr. Herbert Jacobs

Mit Beiträgen von:

Pia Bolz, Ingeborg Ludwig (Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main)

Renate Lind-Krämer und Regina Ernst (Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main) sowie Christiane Bernard und Bernd Werse (Universität Frankfurt)

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Ute Gerhard
Prof. Dr. Diether Döring
Reiner Höft-Dzemski

Dezernat für Soziales und Jugend

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Frankfurt am Main 2006

F r a n k f u r t e r S o z i a l b e r i c h t

Teil VII: Aufwachsen in Frankfurt am Main - Kinder, Jugendliche und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen

1. EINLEITUNG	5
TEIL I: STATISTISCHE GRUNDDATEN.....	13
2. BEVÖLKERUNGSSTAND UND ENTWICKLUNG.....	14
2.1 ALTERSSTRUKTUR	14
2.2 STAATSANGEHÖRIGKEIT	15
2.3 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND KÜNFTIGER ANTEIL JUNGER MENSCHEN AN DER BEVÖLKERUNG	17
2.4 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	23
3. LEBENSFORMEN UND LEBENSFORMENWANDEL	25
3.1 KINDERLOSIGKEIT UND IHRE URSACHEN	27
3.2 FAMILIENHAUSHALTE UND KINDERLOSE LEBENSFORMEN	32
3.3 ERWERBSTÄTIGKEIT VON ELTERN UND VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF	39
3.4 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	42
4. LEBENSLAGE UND MATERIELLE SITUATION.....	45
4.1 DIE RELATIVE EINKOMMENSPPOSITION VON PERSONEN, DIE IN HAUSHALTEN MIT KINDERN LEBEN.....	45
4.2 SOZIALHILFEBEZUG VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND IHREN FAMILIEN	51
4.3 KINDER UND JUGENDLICHE IN HAUSHALTEN, DIE LEISTUNGEN NACH DEM SGB II ODER DEM SGB XII BEKOMMEN	55
4.4 ARBEITSLOSIGKEIT UND ERWERBSLOSIGKEIT BEI JUGENDLICHEN UND IHREN ELTERN	59
4.5 WOHNVERHÄLTNISSE	63
4.6 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	72
TEIL II: BETREUUNG, BILDUNG UND ERZIEHUNG IN BETREUUNGSEINRICHTUNGEN UND BEI PRIVATPERSONEN.....	75
5. BETREUUNG IN KINDERKRIPPEN UND KRABELSTUBEN	83
5.1 ANGEBOT UND BEDARFSERMITTLUNG	83
5.2 REGIONALE VERTEILUNG	85
5.3 KOSTEN	87
5.4 PERSONAL UND QUALIFIKATION	88
5.5 BILDUNGSZIELE UND DEREN UMSETZUNG	89
5.6 FRAGEN AUS DER SICHT DER ELTERN	90
5.7 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	91
6. BETREUUNG IN KINDERGÄRTEN	93
6.1 ANGEBOT UND BEDARFSERMITTLUNG	94
6.2 REGIONALE VERTEILUNG	97
6.3 KOSTEN	97
6.4 PERSONAL UND QUALIFIKATION	99
6.5 BILDUNGSZIELE UND DEREN UMSETZUNG	100
6.6 FRAGEN AUS DER SICHT DER ELTERN	104
6.7 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	106
7. BETREUUNG VON SCHULKINDERN IN HORTEN UND GANZTAGSSCHULEN.....	109
7.1 ANGEBOT UND BEDARFSERMITTLUNG	109
7.2 REGIONALE VERTEILUNG	110
7.3 KOSTEN	111
7.4 PERSONAL UND QUALIFIKATION	111
7.5 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	112
8. BETREUUNG IN TAGESPFLEGE UND IN ANDEREN PRIVATEN ARRANGEMENTS	114
8.1 TAGESPFLEGE	114
8.1.1 Angebot und Bedarfsermittlung.....	116
8.1.2 Kosten.....	118
8.1.3 Personal und Qualifikation	118
8.1.4 Probleme bei der Nutzung aus der Sicht der Eltern.....	119
8.2 ANDERE PRIVATE ARRANGEMENTS	119

8.3	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	121
TEILE III:	SCHULBILDUNG, AUSBILDUNG UND BERUFSEINTRITT	123
9.	KINDER UND JUGENDLICHE IN DER SCHULE.....	124
9.1	SCHÜLER UND SCHULFORMEN	126
9.2	SCHULERFOLG UND BILDUNGSWEGE	127
9.3	BILDUNGSZIELE UND DEREN UMSETZUNG	135
9.4	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	136
10.	BERUFSWAHL VON JUNGEN FRAUEN UND MÄNNERN	138
10.1	EINLEITUNG	138
10.2	BERUFSWAHL JUNGER FRAUEN.....	140
10.2.1	<i>Forschungsstand und Fragestellungen.....</i>	<i>140</i>
10.2.2	<i>Messinstrumente und behandelte Themen.....</i>	<i>141</i>
10.2.3	<i>Untersuchungsergebnisse</i>	<i>141</i>
10.3	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	148
IV.	ASPEKTE DES ALLTAGS VON JUNGEN UND MÄDCHEN JENSEITS VON SCHULE UND AUSBILDUNG	151
11.	FREIZEITGESTALTUNG UND FREIZEITVERHALTEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN	152
11.1	DAS FREIZEITVERHALTEN VON FRANKFURTER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN DER JAHRGANGSTUFEN 5 BIS 10	154
11.1.1	<i>Untersuchungsansatz und Stichprobe</i>	<i>154</i>
11.1.2	<i>Empirische Ergebnisse.....</i>	<i>155</i>
11.2	DAS FREIZEITVERHALTEN VON 15- BIS 18-JÄHRIGEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN	163
11.2.1	<i>Untersuchungsansatz und Stichprobe</i>	<i>163</i>
11.2.2	<i>Empirische Ergebnisse.....</i>	<i>163</i>
11.4	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	165
12.	DROGENKONSUM VON JUGENDLICHEN	167
12.1	EINLEITUNG: FORSCHUNGSSTAND UND DATENLAGE	167
12.2	DROGEN IM SOZIALEN UMFELD	169
12.3	DROGENKONSUM VON 15- BIS 18-JÄHRIGEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN.....	169
12.4	ENTWICKLUNGSTRENDS.....	174
12.5	ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DROGENKONSUM UND ANDEREN MERKMALEN DER BEFRAGTEN	175
12.6	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	178
TEIL V: SCHLUSS.....	181	
ANHANG.....	191	

1. Einleitung

Thema dieses Teils des Frankfurter Sozialberichts sind die Lebensverhältnisse und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main. Bis auf ganz wenige Ausnahmen leben Kinder und Jugendliche in Familien, seien sie nun die leiblichen oder adoptierten Kinder der oder des Erwachsenen, mit denen sie eine Haushaltsgemeinschaft bilden. Demzufolge gibt es eine Vielzahl von Familienformen¹: die klassische Paar-Familie, die aus verheirateten Eltern und ihren Kindern besteht, die Ein-Eltern-Familie, in der ein – meist weibliches – Elternteil mit Kind(ern) lebt, das Paar, das mit Kindern zusammenlebt, die jeweils aus einer früheren Partnerschaft mit einer anderen Person stammen, das Paar, das ein Kind adoptiert hat, oder nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. Um bei einer Haushaltsgemeinschaft von einer Familie sprechen zu können, müssen Angehörige verschiedener Generationen zusammenleben.² In diesem Sinne konstituiert das Zusammenleben von zwei Erwachsenen unterschiedlichen Geschlechts noch keine Familie, auch wenn in amtlichen Statistiken diese Lebensgemeinschaften oftmals als „Familien ohne Kinder“ bezeichnet werden.³

Zu den Aufgaben und Leistungen von Familien gehören die Sicherung der Generationenfolge durch Weitergabe des Lebens (Reproduktionsfunktion), das Auf- und Erziehen der Kinder (Sozialisationsfunktion), die Sorge um die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung, Wohnung und Kleidung, die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Familienmitglieder und die Bereitstellung von Erholungsmöglichkeiten oder auch die Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen. Schließlich übernehmen Familien auch die Funktion der „sozialen Platzierung“ der Kinder.⁴

Der familiäre Zusammenhang und das Empfinden, Mitglied einer Familie zu sein, hören nicht auf, wenn die Familienmitglieder nicht mehr in einem Haushalt zusammenleben, z.B. wenn Kinder ausziehen und einen eigenen Haushalt oder eine eigene Familie gründen. Auch dann

¹ vgl. Liegle, L.: Familiäre Lebensformen. In: Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik, 2. Aufl. Neuwied, Krißtel 2001, S. 508-520.

² zum Familienbegriff vgl. Wingen, M.: Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme. Stuttgart 1997, S. 13ff.

³ „Als Familie im Sinne der amtlichen Statistik zählen – in Anlehnung an Empfehlungen der Vereinten Nationen – Ehepaare ohne und mit Kind(ern), sowie allein erziehende ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Väter und Mütter, die mit ledigen Kindern im gleichen Haushalte zusammen leben.“ (Hessisches Statisches Landesamt: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1997 bis 2001 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe. Wiesbaden 2002, S. 5)

⁴ So werden die sozialen Positionen nach wie vor in hohem Ausmaß von den Eltern auf die Kinder übertragen („vererbt“). Was jemand im Leben erreicht, hängt zum großen Teil davon ab, was für Eltern man hat, und nicht in erster Linie von der individuellen Begabung oder Leistung (zum Thema „soziale Mobilität“ vgl. Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. 3. Auflage Opladen 2002, S. 311ff.).

noch gibt es eine ausgeprägte Familiensolidarität: So unterstützen viele Eltern ihre Kinder finanziell oder betreuen ihre Enkelkinder, während ihre erwachsenen Kinder ihnen häufig Hilfestellungen leisten, wenn sie auf solche angewiesen sind. Erleichtert werden diese Erscheinungsformen familialer Solidarität dadurch, dass Eltern und Kinder in vielen Fällen nicht sehr weit voneinander entfernt wohnen.⁵

Kindheit heute unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht vom Aufwachsen früherer Generationen. Fragt man nach den Eigentümlichkeiten der heutigen Situation, so werden häufig Dinge wie das Aufwachsen ohne Geschwister⁶, die Vereinzelung, die Verinselung kindspezialisierter Orte, die gewachsene Bedeutung moderner Medien wie Fernsehen, Computer, Mobiltelefon etc., die sog. Medienkindheit, und das Aufwachsen in einer Großstadt genannt. Betrachten wir diese für das Aufwachsen von Kindern heute typischen Merkmale etwas näher:

Mit Verinselung ist gemeint, dass Kinder heute weniger als früher ihre Umwelt schrittweise spielend erobern können: vom Kinderzimmer durchs Haus in die Nachbarschaft und so weiter. „In funktionsentmischten Stadtlandschaften“, schreibt die Kindheitsforscherin Helga Zeiher, „liegen die kindspezialisierten Orte zwischen den vielen erwachsenenspezialisierten Orten verstreut. (...) Die Orte, zu denen das Kind eigens gebracht wird, liegen weit verstreut, wie auch die Orte, zu denen es die Erwachsenen mitnehmen, etwa zu Besuchen, Einkäufen, Ferienreisen. (...) Das tägliche Leben dieser Kleinkinder findet nicht überwiegend in einem als zusammenhängend erfahrbaren Raum statt, sondern wie auf einer Reihe von Inseln in einer unbekanntenen Weite, die nicht selbständig passierbar ist.“⁷ Die Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass die Eltern die Aufgabe haben, die Kinder zu diesen verschiedenen „Inseln“ zu bringen und auch von dort wieder abzuholen, was heute ohne einen eigenen PKW kaum möglich ist und den Verkehr verstärkt, vor dem Kinder wiederum geschützt werden müssen.

„Dass Kindheit heute wesentlich als Medienkindheit zu begreifen ist“, meint der Erziehungswissenschaftler Heinz Moser, „muss heute kaum noch bewiesen werden. (...) Kinder kommen voll von Fernseherlebnissen in die Schule, sie tauschen in der Pause Pokémon-Karten, hören Musik vom Walkman und erzählen vom neuesten Computergame. Dazu kommt, dass immer neue Medien das Interesse von Kindern und Jugendlichen erwecken: Waren es bis vor kurzem

⁵ vgl. Szydlik, M.: Nicht weit vom Stamm. Die Solidarität zwischen Alten und Jungen ist intakt. Das hat Konsequenzen für die Sozialpolitik. In: Die Zeit Nr. 27/2002; Grabka, M.: Einkommen, Sparen und intrafamiliäre Transfers von älteren Menschen. In: DIW-Wochenbericht 6/2004, S. 65-72.

⁶ vgl. Kasten, H.: Entwicklung von Einzelkindern. In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.de/cms/Kindliche_Entwicklung-Einzelkinder.pdf). Auf den geringer gewordenen Anteil von Mehrkindfamilien wird weiter unten in Kapitel 2 eingegangen.

⁷ Zeiher H.: Kinder in der Großstadt: Raumorganisation und soziale Integration. In: Widersprüche Heft 58, Sozialistisches Büro, Offenbach 1995, S. 39 ff., hier S. 39 und 41.

noch Gameboy und Internet, so sind gegenwärtig das Handy und das Senden von SMS-Nachrichten besonders im Trend.“⁸ Im Jahre 2002 gab es, so das Ergebnis einer bundesweiten Studie zum Medienumgang von 6- bis 13-Jährigen⁹, in 67 % der untersuchten Haushalte einen Computer und 47 % verfügten über Internetzugang. Von den Kindern verfügten 55 % über einen eigenen Kassettenrekorder, 46 % über einen Walkman, 45 % über ein Radio, 44 % über einen Gameboy, 16 % über ein eigenes Telefon und 13 % über einen eigenen Computer. Unter den liebsten Freizeitbeschäftigungen nahmen „Fernsehen“ (39 %) den dritten und „Computer“ (17 %) den fünften Platz ein. Beliebter als „Fernsehen“ waren nur „Freunde treffen“ (42 %) und „draußen spielen“ (42 %). Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich.¹⁰

Darüber hinaus bedeutet, Kind oder Jugendlicher zu sein, heute meist, in einer Großstadt heranzuwachsen. Für Großstadtjüngliche bestehen, so die Ergebnisse einer Studie aus Berlin¹¹, die Nachteile und Risiken der Großstadt in der Kälte und Herzlosigkeit, der Oberflächlichkeit der sozialen Kontakte, der Anonymität, der Kriminalität, der Hektik und dem allgegenwärtigen Lärm. Demgegenüber sehen sie die Vorteile der Großstadt in der Vielfalt und dem Abwechslungsreichtum, der Verschiedenartigkeit der kulturellen Angebote, der Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel, der Vielfalt der Einkaufs-, Sport- und Kontaktmöglichkeiten sowie der Vielzahl von Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplatzangeboten. Hierbei erfahren die Nachteile und Risiken bei den Großstadtjünglichen eine wesentlich stärkere emotionale, gefühlsgesättigte Bewertung als die von ihnen wahrgenommenen Vorteile. Viele Jugendliche sind – als Opfer, wohl aber auch zum Teil als Täter – bereits persönlich in Kontakt mit Gewalt und Kriminalität gekommen. Wesentlich für die Bewältigung der Großstadtrisiken erweisen sich Freunde und Cliquen, die Halt, Schutz und Geborgenheit bieten. Großstadtjüngliche nehmen andere Großstadtjüngliche vielschichtig und ambivalent wahr: Großstadtjüngliche zeichnet, so die Sicht der befragten Jugendlichen, im Vergleich zu Jugendlichen vom Lande die Orientierung an dem, was „in“ ist, die Vielfalt der Interessen, die Flexibilität des Verhaltens, Geselligkeit, Orientierungssicherheit bis hin zu vielschichtiger Selbst-

⁸ Moser, H.: Medienkindheit - Schulkindheit - eine Problemskizze. Vortrag auf dem Internationalen Kolloquium „Überforderte Schule?“ in Ascona (Schweiz) vom 17.-22. September 2000 [http://www.afd.unibe.ch/veranstaltungen/ascona_00/beitraege/moser.html]; vgl. auch Fromme, J.: Kinder, Freizeit und Computer. In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Erziehungsbereiche/s_210.html); Petzold, M.: Verändern die Neuen Medien unsere Kinder und Jugendlichen? In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Jugendforschung/s_1115.html); Sander, U.: Kinder und Medien. In: Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.): Kinderreport Deutschland. München 2002, S. 157-164.

⁹ vgl. Feierabend, S.; Klingler, W.: Kinder und Medien 2002 Ergebnisse der Studie KIM 2002 zum Medienumgang Sechs- bis 13-Jähriger in Deutschland. In: Media Perspektiven 6/2003, S. 278-289 (http://www.ard-werbung.de/showfile.phtml/feierabend_klingler.pdf?foid=7774).

¹⁰ Zum Medienkonsum und zur Computernutzung Frankfurter Jungen und Mädchen siehe unten Abschnitt 11.1.

¹¹ vgl. Hoff, T.; Bergler, R.: Jugendliche in der Großstadt. In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Jugendforschung/s_791.html).

inszenierung, ein hektischer Verhaltensstil, Bereitschaft zu Aggression, Leistungsverweigerung und Drogen- und Alkoholkonsum aus. Diese Wahrnehmung findet sich bei fast allen befragten Jugendlichen.

In diesem Bericht geht es um Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Frankfurt am Main. In der Sichtweise der Kinder- und Jugendhilfe sind Kinder Personen unter 14 Jahren, Jugendliche Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und jugendliche Heranwachsende Personen im Alter von 18 bis unter 21. Im Mittelpunkt des Berichts stehen damit Minderjährige, auch wenn unbestritten ist, dass das Erreichen der Volljährigkeit die familiären Konstellationen, in denen Eltern und ihre Kinder leben, nicht schlagartig ändert. Viele Volljährige leben noch bei ihren Eltern. Und aus der Perspektive der Eltern stellt Elternschaft eine lebenslange Bindung dar.

Die Kindheit und Jugendphase stellt eine Vorbereitung auf das Erwachsensein dar. Um später als Erwachsener das Leben meistern zu können, müssen Kinder und Jugendliche bestimmte und aufeinander aufbauende *Entwicklungsaufgaben* bewältigen. Entwicklungsaufgaben beschreiben „kulturell und gesellschaftlich vorgegebene Erwartungen und Anforderungen, die an Personen einer bestimmten Altersgruppe gestellt werden.“¹² In der Jugendphase erwartet man z.B. von den Jugendlichen, dass sie „neue und reifere Beziehungen zu Altersgenossen beiderlei Geschlechts aufbauen“, dass sie eine „emotionale Unabhängigkeit von den Eltern und von anderen Erwachsenen“ erreichen“, dass sie „Werte und ein ethisches System erlangen, das als Leitfaden für das Verhalten dient“ und dass sie „sozial verantwortliches Verhalten erstreben und erreichen“. Ob und wie diese Entwicklungsaufgaben bewältigt werden, hängt ganz entscheidend von den Umständen ab, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Ohne entsprechende Bedingungen bleiben Kinder und Jugendliche, so könnte man sagen, „hinter ihren Möglichkeiten zurück“. Hierbei werden die Grundlagen dafür, was wir später denken, fühlen und leisten, sehr früh in den Strukturen unseres Gehirns festgelegt.¹³

Wenn dies stimmt, dann ist schon vieles entschieden, bevor öffentliche Erziehungsinstitutionen wie Kindergarten und Schule Zugang zu den Kindern haben. Kompensatorische pädago-

¹² vgl. Stangl, W.: Entwicklungsaufgaben (<http://www.stangl-taller.at/ARBEITSBLAETTER/PSYCHOLOGIE-ENTWICKLUNG/EntwicklungsaufgabeJugend.shtml>).

¹³ Hierzu schreibt der Hirnforscher Gerhard Roth: „Die neue neurobiologische und entwicklungspsychologische Forschung stimmt (...) darin überein, dass die geistigen und emotionalen Grundzüge des menschlichen Charakters sich früh ausbilden und später nur noch in Grenzen veränderbar sind. Die Gesellschaft hat einen großen Einfluss auf die Entwicklung dieser Merkmale (insbesondere in Form der Familie und der Peer-Groups), dies ist in größerem Ausmaß aber nur in den ersten drei bis fünf Lebensjahren der Fall, wenn man Pessimist ist, und in den ersten 7 - 10 Jahren, wenn man Optimist ist.“ (Roth, G.: Hirnforschung als Brücke zwischen Natur- und Geisteswissenschaften [http://www.h-w-k.de/vortrag_ifn.html]).

gische und Bildungsangebote kommen oftmals zu spät oder haben nur noch geringen Einfluss, weil die vorher erfahrenen Prägungen weit stärker sind. Auf jeden Fall scheint die Schule zu spät anzusetzen, um der „sozialen Vererbung des Sozialstatus“ entgegenwirken zu können. Die Länder, in denen diese Weitergabe der sozialen Position der Eltern an die Kinder am geringsten ist, sind nicht zufällig auch die Länder, in denen es eine umfassende Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten für nahezu alle Kinder im Vorschulalter gibt: die skandinavischen Länder. Ein umfassendes und qualitativ hoch stehendes Betreuungsangebot für alle Kinder hat dazu geführt, dass die Kinder reicher und gebildeter Eltern hier einen geringeren „Startvorteil“ gegenüber anderen Kindern haben als in anderen Ländern:

„Diese Länder – Dänemark voran, Norwegen als Nachzügler – setzen mittlerweile seit Jahrzehnten auf die allgemeine Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter. Bei nahezu ausgeschöpften weiblichen Erwerbsquoten quer durch alle Bildungsgruppen profitieren die Kinder aus wirtschaftlich und/oder kulturell schwächeren Haushalten grundsätzlich von denselben pädagogischen Standards und kognitiven Impulsen wie Kinder mit privilegiertem Hintergrund. Deshalb bringen skandinavische Kinder bei der Einschulung unabhängig von ihrer sozialen Herkunft weitgehend homogene Voraussetzungen mit. Genau dies ist, was Experten betonen: Die allerwichtigste Phase der kognitiven Entwicklung liegt vor dem Schulalter. Kinder mit geringen kognitiven Ressourcen laufen Gefahr, im Laufe ihrer Bildungskarriere immer weiter zurückzufallen, weil Schulen schlecht dafür ausgestattet sind, vorausgegangene Versäumnisse wettzumachen.“¹⁴

In diesen Ländern stellt die Erwerbstätigkeit der Mutter und die damit einhergehende Betreuung auch sehr junger Kinder in Einrichtungen keinen Nachteil für die Kinder dar. Ganz im Gegenteil scheinen sie hiervon sogar zu profitieren, eine Sichtweise, die nicht nur von Wissenschaftlern vertreten, sondern in diesen Ländern auch von den Eltern weitgehend geteilt wird. Demgegenüber gibt es bei deutschen Frauen eine deutliche Skepsis gegenüber außerfamiliärer Betreuung.¹⁵

Das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hängen von verschiedenen Faktoren ab.¹⁶ Kinder und Jugendliche eignen sich durch ihr Handeln ihre Umwelt an und erwerben dabei bestimmte Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten (personale Ressour-

¹⁴ vgl. Esping-Andersen, G.: Aus reichen Kindern werden reiche Eltern. Vorschläge, wie die Politik dem Phänomen der sozialen Vererbung entgegensteuern kann. In: Frankfurter Rundschau vom 20.12.2003 [die ungekürzte Fassung war zugänglich unter: http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=360039].

¹⁵ vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Mütter und Beruf: Realität und Perspektiven. Monitor Familienforschung Ausgabe Nr. 4, S. 7. Hier werden neuere Befragungsergebnisse angeführt, denen zufolge die überwiegende Mehrzahl der deutschen Frauen der Meinung ist, dass die beste Betreuung für Kinder die eigenen Eltern sind. Zwei von fünf westdeutschen und eine von vier ostdeutschen Frauen glauben, dass eine Berufstätigkeit der Mutter und eine sich daraus ergebende institutionelle Betreuung Kindern schaden.

¹⁶ vgl. Bacher, J.: Einkommensarmutsgefährdung von Kindern in Österreich und deren Auswirkungen auf die Schullaufbahn und das subjektive Wohlbefinden – eine Sekundäranalyse des österreichischen Kindersurveys. In:

cen). Das Wohlbefinden von Kindern hängt davon ab, in welchem Ausmaß sie durch ihr Handeln ihre Bedürfnisse befriedigen können. Ob ihnen dies gelingt, hängt von ihren personalen und von ihren verfügbaren Umweltressourcen ab. Umweltressourcen sind ökonomische, soziale, räumliche und zeitliche Ressourcen wie z.B. Freiräume, Spielkameraden oder ausreichend Zeit der Eltern. Das Ausmaß der von Kindern wahrgenommenen verfügbaren Umweltressourcen hängt von institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen sowie von sozialer Ungleichheit (Einkommen, Bildung) und von sozialen Risikofaktoren wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Scheidung der Eltern¹⁷ als kritischen Lebensereignissen ab.

Der hier vorgelegte Bericht lässt sich von Vorstellungen darüber leiten, was eine „gute Kindheit“ ausmacht. Kindheit bereitet auf das spätere Erwachsenenleben vor. Wer selbst als Kind verständnisvolle Eltern hatte und Geborgenheit in der Familie erlebt hat, hat als Erwachsener gute Chancen, befriedigende Bindungen zu anderen Menschen einzugehen und selber Kinder liebevoll großzuziehen. Die Voraussetzungen dafür, dass man eine „nützliche und angesehene Arbeit“ bekommt, werden vor allem in den öffentlichen Bildungseinrichtungen vermittelt, die man als Kind besucht. Und eine solidarische Gemeinschaft kann nur entstehen, wenn man als Kind Solidarität und Schutz erfahren hat und in seinen Bedürfnissen und Ängsten ernst genommen wurde. In diesem Sinne legt man, indem man Bedingungen für eine gute Kindheit schafft, auch den Grundstein für eine „soziale Stadt“, denn die soziale Qualität einer Stadt beruht auch auf dem sozialen und solidarischen Verhalten ihrer Bewohner.¹⁸ Und die Voraussetzungen dafür, dass man als Erwachsener ein solches soziales Verhalten zeigt, werden vor allem in der Kindheit geschaffen.

Der vorliegende Bericht berührt verschiedene Politik- und Handlungsfelder. Neben der kommunalen Familienpolitik und der Kinder- und Jugendhilfe gehört hierzu auch der Bereich der Frauenpolitik. Betrachten wir diese Politik- und Handlungsfelder im Einzelnen. „Kommunale Familienpolitik hat zum Ziel, in Gemeinden, Städten, einzelnen Stadtbezirken und Wohngebieten eine Infrastruktur zu schaffen und zu unterstützen, die Familien bei der Erfüllung ihrer familienbezogenen Aufgaben stärkt.“¹⁹ Die Schwerpunkte kommunaler Familienpolitik liegen

Sozialwissenschaftliche Rundschau, Jg. 37 (1997), S. 39-62; ders.: Freiräume und kindliche Persönlichkeitsentwicklung. In: Sozialwissenschaftliche Rundschau, Jg. 39 (1999), S. 27-46.

¹⁷ vgl. Griebel, W.; Oberndorfer, R.: Scheidung und Trennung - Reaktionen der Kinder und der Schule -. In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.ch/cms/Familienforschung-Scheidung_und_Trennung.pdf).

¹⁸ vgl. Blinkert, B.: Was macht eine Stadt sozial? Vortrag auf der Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung „Soziale Stadt „ – Freiburg 7.2.04 (http://www.soziologie.uni-freiburg.de/blinkert/Publikationen/soziale_stadt.pdf).

¹⁹ Klein, A.: Kommunale Familienpolitik. In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_626.html).

vor allem im Bereich der Dienstleistungen für Familien und der Schaffung und Erhaltung eines förderlichen Lebensumfeldes für sie. Dies betrifft eine Vielzahl von Bereichen wie Erziehung und Betreuung (Kindergärten, Horte, Hausaufgabenbetreuung), Spielen und Freizeit (Spielplätze, Ferienprogramme), Verkehr (Verkehrsberuhigung, Schulwege, Spielstraßen), Familienberatung und Familienbildung, finanzielle Hilfen für Familien (familiengerechte Staffelung von Gebühren) oder Bildung und Kultur (Musikschulen, Kinder- und Jugendbibliotheken). Während Familienpolitik Familien dabei unterstützt, ihre Aufgaben und Funktionen zu erfüllen, hat Politik für Kinder die Gesamtheit der Umwelten kindlicher Entwicklung innerhalb und außerhalb der Familie zum Gegenstand. Kinderpolitik sieht das Kind immer auch unabhängig vom familialen Kontext und umfasst damit Handlungsfelder jenseits der Familienpolitik. Frauenpolitik bildet ein eigenständiges Handlungsfeld, das die Lebens- und Entfaltungsbedingungen von Frauen überhaupt im Blick hat, damit aber direkt und indirekt die Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern berührt.

Eine Sozialberichterstattung über Kinder, Jugendliche und Familien sollte die Ressourcen und Dimensionen der Lebenslage von Kindern umfassend berücksichtigen.²⁰ Hierbei sind individuelle Ressourcen wie die Verfügbarkeit von Spielsachen, soziale Kompetenzen oder der Gesundheitszustand, familiäre Ressourcen wie das Einkommen der Eltern und deren Bildungshintergrund, nicht institutionalisierte Ressourcen im sozialen Umfeld wie Freundschaften und die Qualität des Wohnumfeldes sowie institutionelle Ressourcen wie die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder institutionalisierte Formen der Beteiligung zu unterscheiden. All diese Ressourcen stellen Bedingungen dar, die einer gedeihlichen Entwicklung junger Menschen förderlich sein können.

Im Folgenden werden viele, aber nicht alle der o.g. Ressourcen und Dimensionen der Lebenslage von Kindern und Familien behandelt. Im Fokus des hier vorgelegten Berichts stehen das Aufspüren von Benachteiligung und das Aufzeigen von Handlungsfeldern, auf denen Veränderungen notwendig sind. Der Bericht betrachtet deshalb die Lebensumstände von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern von verschiedenen Seiten. Der Bericht will aber nicht über das vielfältige Angebot für junge Menschen und Familien informieren. Wer sich hierüber informieren will, sei auf die Webseiten der Stadt Frankfurt am Main (<http://www.frankfurt.de>), des Frankfurter Kinderbüros (http://www.kinderbuero-ffm.de/start_nav/start_kinder.html) und des Besonderen Dienstes Jugendhilfe des Jugend- und Sozialamtes (<http://www.frankfurterjugend.de>) verwiesen. Auch das Thema Gesundheit spielt – abgesehen vom Konsum legaler

²⁰ vgl. Leu, H.-R.: Sozialberichterstattung über die Lage von Kindern – ein weites Feld. In: ders. (Hrsg.): Sozialberichterstattung zu Lebenslagen von Kindern. Opladen 2002, S. 9-33.

und illegaler Drogen – in diesem Bericht nur eine Nebenrolle. Informationen über den allgemeinen Gesundheitszustand der Frankfurter Kinder veröffentlicht in unregelmäßigen Abständen das Stadtgesundheitsamt. Es stützt sich hierbei wesentlich auf die Ergebnisse der schulzahnärztlichen und der Schuleingangsuntersuchungen.²¹ Nicht behandelt wird im Bericht auch die Situation von illegal in Frankfurt am Main lebenden Kinder und Jugendlichen. Eine vor kurzem erschiene Untersuchung hat erstes Licht in diesen Bereich und die besondere Problemlage dieser Kinder und Jugendlichen gebracht.²²

Der Sozialbericht steht im Kontext anderer Veröffentlichungen des Dezernats für Soziales und Jugend. Zu erwähnen sind hier die verschiedenen Teilpläne der Jugendhilfeplanung in Frankfurt am Main, von denen seit 2002 vier zu den Themen Erziehungsberatung, Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, stationäre Erziehungshilfen und freizeitpädagogische Angebote erschienen sind.²³ Zu erwähnen ist insbesondere auch die „Kinderumfrage Frankfurt am Main“, die 2005 im Rahmen des Erfahrungsberichts des Frankfurter Kinderbüros veröffentlicht wurde.²⁴ In dieser Umfrage wird ein breites Spektrum von Themen aus der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen vier bis sieben behandelt.

²¹ vgl. Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main: Gesundheitsbericht 2001 des Stadtgesundheitsamtes der Stadt Frankfurt am Main. Schwerpunkt: „Kinder- und Jugendgesundheit“.

²² vgl. Krieger, W.; Ludwig, M.; Schupp, P. und Will, A.: Lebenslage „illegal“. Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main. Karlsruhe 2006.

²³ vgl. Anlagen zu den Magistratsberichten B 647 vom 14.6.2002, B 1002 vom 12.12.2003 und B 119 vom 4.2.2005.

²⁴ vgl. Anlagen zum Magistratsbericht B 529 vom 8.8.2005.

Teil I: Statistische Grunddaten

Dieser Teil hat die Aufgabe, die soziale und demographische Struktur der Frankfurter Bevölkerung darzustellen. In Kapitel 2 wird der jetzige und für die kommenden Jahre prognostizierte Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung und der Anteil von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung behandelt. Die Bevölkerungsentwicklung steht in direktem Zusammenhang mit dem Wandel der Lebensformen, dem Kapitel 3 gewidmet ist. Hier geht es insbesondere um das Auseinanderfallen der Bevölkerung in kinderlose und familiale Lebensformen und die Frage, welche Bedeutung der wachsende Anteil kinderloser Lebensformen für das Zusammenleben in der Stadt hat. Fragen der sozialen Ungleichheit zwischen den verschiedenen Lebensformen werden in Kapitel 4 behandelt. Hier wird dargestellt, wie sich die materiellen Lebensverhältnisse, hier das Einkommen und die Wohnungsversorgung, von Familien und anderen Lebensformen unterscheiden.

2. Bevölkerungsstand und Entwicklung

2.1 Altersstruktur

Die Zahl der Bewohner (mit Hauptwohnsitz) erreichte in Frankfurt am Main 1992 mit rd. 646.000 ihren Höchststand im vergangenen Jahrzehnt. Gegenüber 1990 bedeutete dies eine Zunahme um rd. 24.000 Personen und gegenüber 1985, dem Jahr mit dem niedrigsten hier ausgewiesenen Bevölkerungsstand, sogar um rd. 35.000. Dieser Zuwachs wurde in erster Linie durch einen Zuwachs der 18 bis unter 60-Jährigen hervorgerufen. Die Zahl und der Anteil der minderjährigen Einwohner an der Gesamtbevölkerung hat sich seit 1990 nur wenig geändert. Der Anteil der Jüngeren lag im gesamten hier betrachteten Zeitraum deutlich unter dem deutschen Durchschnitt. Während 1985 18,1 % der Frankfurter jünger als 20 Jahre waren, waren es in Deutschland insgesamt 24,2 %, 1995 waren es in Frankfurt 17,1 % und in Deutschland insgesamt 21,5 % und 2002 in Frankfurt 17,2 % und in Deutschland 20,7 %. Demgegenüber ist die mittlere Altersgruppe der 20 bis 59-Jährigen in Frankfurt am Main besonders stark besetzt. Dies drückt sich auch in einem gegenüber dem sonstigen Bundesgebiet deutlich ungünstigeren Jugendquotient (Altersgruppe der bis 19-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen) aus. Dieser betrug 1995 in Frankfurt am Main 27,6 und 2002 28,2 %, während er im Bundesgebiet bei 37,3 (1995) bzw. 37,7 % (2002) lag.²⁵ 2004 lag der Jugendquotient in Frankfurt am Main bei 29,1 %.

Im Vergleich zu anderen westdeutschen Großstädten (einschließlich Berlin) weist Frankfurt am Main eher geringe Anteile an alten und jungen Menschen und einen hohen Anteil von Personen zwischen 18 und unter 65 auf. Während 2001 in den westdeutschen Großstädten der Anteil der unter 18-Jährigen im Durchschnitt bei 16,1 % lag, waren es in Frankfurt am Main 15,4 %. Nur München und Düsseldorf hatten noch geringere Minderjährigenanteile. Demgegenüber waren 68,2 % der Bewohner 18 bis unter 65 Jahre alt. Nur in Berlin und München lag der Anteil dieser Altersgruppe noch höher (Durchschnitt aller Großstädte 66,3 %). Der Anteil der über 65-Jährigen betrug 2001 in Frankfurt 16,4 %. Im Durchschnitt aller Großstädte waren es 17,6 %. In diesen Daten spiegelt sich die durch Zuzüge von Personen im Erwerbsalter geprägte Bevölkerungszusammensetzung Frankfurts wider, die nicht zuletzt ihre Ursache in dem hohen Arbeitsplatzangebot in Frankfurt am Main hat.

²⁵ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 36ff.; Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2005, Tabelle 2.11 und eigene Berechnungen.

Tabelle 1: Bevölkerung von Frankfurt am Main (nur Personen mit Hauptwohnsitz) am Jahresende nach Altersgruppen absolut und Anteil an der Gesamtbevölkerung 1980 bis 2004

Jahr	Einwohner insg.	0 -17 Jahre		18 - 24 Jahre		25 -59 Jahre		60 Jahre und älter	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1980	631.287	112.020	17,7	68.338	10,8	313.017	49,6	137.831	21,8
1985	613.588	95.182	15,5	70.410	11,5	310.433	50,6	138.463	22,6
1990	622.776	91.359	14,7	57.867	9,3	334.556	53,7	139.994	22,3
1991	633.573	94.194	14,9	56.144	8,9	344.352	54,4	138.883	21,9
1992	646.031	96.936	15,0	55.652	8,6	355.248	55,0	138.195	21,4
1993	641.096	96.918	15,1	52.910	8,3	354.757	55,3	136.511	21,3
1994	632.922	96.409	15,2	49.712	7,9	350.801	55,4	136.000	21,5
1995	631.198	96.558	15,3	48.103	7,6	350.196	55,5	136.341	21,6
1996	630.165	97.073	15,4	46.209	7,3	349.642	55,5	137.241	21,8
1997	626.380	96.850	15,5	45.296	7,2	347.003	55,4	137.231	21,9
1998	624.447	96.000	15,4	45.781	7,3	344.517	55,2	138.149	22,1
1999	620.791	95.061	15,3	46.169	7,4	340.852	54,9	138.709	22,3
2000	624.980	95.098	15,2	47.325	7,6	341.687	54,7	140.870	22,5
2001	619.443	95.669	15,4	47.532	7,7	335.593	54,2	140.649	22,7
2002	622.460	96.304	15,5	47.663	7,7	337.262	54,2	141.211	22,7
2003	623.350	97.284	15,6	47.820	7,7	336.976	54,1	141.270	22,7
2004	625.206	98.185	15,7	47.723	7,6	337.790	54,0	141.508	22,6

Quelle: Melderegister

2.2 Staatsangehörigkeit

Frankfurt am Main ist wie kaum eine andere deutsche Großstadt durch das Zusammenleben von Menschen verschiedenster kultureller Herkunft geprägt. Der Anteil ausländischer Minderjähriger an allen Minderjährigen erreichte im Jahre 1992 mit 40,8 % seinen Höhepunkt. Seitdem sank er kontinuierlich auf nur noch 25,2 % im Jahre 2004.

Tabelle 2: Minderjährige in Frankfurt am Main nach Staatsangehörigkeit von 1990 bis 2004

Jahresende	0 - 17	davon Ausländer	Ausländeranteil in %
1990	91.359	35.921	39,3
1991	94.194	37.584	39,9
1992	96.936	39.536	40,8
1993	96.918	39.170	40,4
1994	96.409	38.469	39,9
1995	96.558	38.281	39,6
1996	97.073	37.583	38,7
1997	96.850	36.476	37,7
1998	96.000	34.946	36,4
1999	95.061	33.498	35,2
2000	95.098	31.588	33,2
2001	95.669	29.514	30,9
2002	96.304	27.569	28,6
2003	97.284	26.200	26,9
2004	98.185	24.729	25,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, verschiedene Jahrgänge

Der Ausländeranteil ist bei den Minderjährigen seit 1992, als er am höchsten war, bis 2004 um rd. 15 Prozentpunkte zurückgegangen, während der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von seinem Höchststand 1995 nur um gut 3 Prozentpunkte auf 26,5 % Ende 2004 gesunken ist. Eine entscheidende Rolle beim Rückgang des Ausländeranteils bei den Minderjährigen dürfte das seit dem Jahre 2000 geltende neue Staatsangehörigkeitsrecht spielen. Es hat dazu geführt, dass von 1999 auf 2000 der Anteil der ausländischen lebend Geborenen um rd. 19,2 Prozentpunkte und 2004 gegenüber 1999 um 21,6 Prozentpunkte zurückgegangen ist.²⁶

²⁶ Im Statistischen Jahrbuch Frankfurt am Main 2001 heißt es hierzu auf Seite 4:

„Durch das zum 01. Januar 2000 in Kraft getretene Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999, BGBl. I S. 16118, hat sich bei der Staatsangehörigkeit der Geborenen eine grundlegende Veränderung ergeben. Das Abstammungsprinzip (ein Kind wird mit der Geburt Deutsche oder Deutscher, wenn zumindest ein Elternteil deutscher Staatsangehörigkeit ist) wurde unter bestimmten Voraussetzungen um das Territorialprinzip ergänzt, nach dem die Geburt auf einem Staatsgebiet zum Erwerb dieser Staatsangehörigkeit führt. Unter diesen Voraussetzungen (zumindest ein Elternteil hat zum Zeitpunkt der Geburt seit mindestens acht Jahren dauerhaft und rechtmäßig seinen Aufenthalt in Deutschland und besitzt eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis) erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern kraft Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Wenn das Heimatrecht der Eltern dem Abstammungsprinzip folgt, erhalten diese Kinder zusätzlich die Staatsangehörigkeit der Eltern. Grundsätzlich gilt das sog. Optionsmodell, d.h. nach der Volljährigkeit bis zum 23. Lebensjahr müssen sich die Betroffenen für die deutsche oder

Tabelle 3: Lebend Geborene in Frankfurt am Main nach Staatsangehörigkeit von 1990 bis 2004

Jahr	Geburten	darunter mit ausländischer Staatsangehörigkeit	darunter mit deutscher Staatsangehörigkeit nach dem Optionsmodell	mit ausländischer Staatsangehörigkeit in %	mit ausländischer Staatsangehörigkeit <i>und</i> mit deutscher Staatsangehörigkeit nach Optionsmodell in %
1990	6.216	2.016		32,4	
1991	6.153	2.053		33,4	
1992	6.195	2.162		34,9	
1993	6.056	2.188		36,1	
1994	6.119	2.244		36,7	
1995	5.948	2.290		38,5	
1996	6.114	2.345		38,4	
1997	6.213	2.305		37,1	
1998	6.301	2.260		35,9	
1999	6.085	2.109		34,7	
2000	6.116	948	1.168	15,5	34,6
2001	6.153	855	1.116	13,9	32,0
2002	6.236	816	1.194	13,1	32,2
2003	6.368	961	952	15,1	30,0
2004	6.700	874	1.194	13,0	30,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2005, Tabelle 2.30

Betrachtet man zusätzlich die lebend Geborenen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Optionsmodell haben, zeigt sich, dass sich gegenüber der Situation vor 2000 wenig geändert hat.

2.3 Bevölkerungsentwicklung und künftiger Anteil junger Menschen an der Bevölkerung

Das Durchschnittsalter und der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung der Bundesrepublik werden in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Erfolge in der Bekämpfung von

die ausländische Staatsangehörigkeit entscheiden. Die Neuregelung hat zur Folge, dass die Zahl der ausländischen Geburten erheblich zurückgeht und entsprechend die Zahl der deutschen Geburten deutlich steigt.“

Krankheiten, niedrigere Geburtenzahlen und ein in vielen Ländern deutlich gestiegener Wohlstand haben in den vergangenen Jahrzehnten weltweit zu einem Anstieg der Lebenserwartung und einer demographischen Alterung der Bevölkerung geführt. In Deutschland wie in vielen industrialisierten Ländern wird diese auf Wohlstandsentwicklung und medizinischen Fortschritt zurückzuführende „Alterung“ der Bevölkerung verstärkt durch einen Rückgang der Geburtenzahlen, der dazu geführt hat, dass die Zahl der Sterbefälle die der Geburten übertrifft.²⁷ Diese Entwicklung würde für sich zu einem starken Rückgang der Bevölkerung führen, ein Prozess, der freilich in vielen Ländern bislang durch Zuwanderung aus dem Ausland gemildert und häufig sogar mehr als ausgeglichen wurde. In Deutschland führte der seit Jahren zu verzeichnende Geburtenrückgang dazu, dass sich die Bevölkerung schon seit rd. drei Jahrzehnten nicht mehr in einem für die Bestandserhaltung notwendigen Ausmaß reproduziert. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung der Bundesrepublik schon in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Modellrechnungen ergaben, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik ohne weitere Zuwanderung von 82,0 Mio. im Jahre 2000 auf 50,7 Mio. im Jahre 2050 sinken würde.²⁸ Nach neuesten Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes²⁹ würde sich bei einer Nettozuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr und einem mittleren Anstieg der Lebenserwartung die Einwohnerzahl bis 2050 auf 75,1 Mio. und bei einer Nettozuwanderung von 100.000 Personen und einem niedrigen Anstieg der Lebenserwartung auf 67,0 Mio. verringern.

²⁷ Auch wenn die Abnahme der Geburtenhäufigkeit ein in allen Industriestaaten anzutreffendes Phänomen ist und einen quasi „säkularen Trend“ darstellt, gibt es doch gewichtige Unterschiede zwischen den Geburtenraten in verschiedenen Ländern. Diese hängen, so Esping-Andersen, auch mit wohlfahrtsstaatlichen Regelungen zusammen, die es leichter oder schwerer machen, an sich bestehende Kinderwünsche auch zu verwirklichen. Anders seien die Fertilitätsunterschiede zwischen den skandinavischen Ländern, in denen es eine hohe Frauen- und Müttererwerbsquote und ein ausgebautes Kinderbetreuungsangebot gibt, und den meisten Ländern Kontinentaleuropas nicht zu erklären (vgl. Esping-Andersen, G.: Aus reichen Kindern werden reiche Eltern. Vorschläge, wie die Politik dem Phänomen der sozialen Vererbung entgegensteuern kann. In: Frankfurter Rundschau vom 20.12.2003 [die ungekürzte Fassung war zugänglich unter: http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=360039]; Neyer, G.: Kinderfreundlich und flexibel. Familienpolitik in den nordischen Ländern basiert auf dem Gleichheitsprinzip. In: Demographische Forschung Aus Erster Hand, 1. Jg. [2004], Nr. 4, S. 3). Zu den Erklärungen für den Geburtenrückgang vgl. Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main 2005.

²⁸ vgl. Birg, H.: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/2003, S. 6-16, hier S. 8; Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Bundestagsdrucksache 14/8800 vom 28.3.2002, S. 15-35.

²⁹ vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2003. Das Statistische Bundesamt stellt hier die Ergebnisse von insgesamt 9 Modellrechnungen („Varianten“) vor. Alle Varianten gehen davon aus, dass die Geburtenhäufigkeit auf dem jetzigen Niveau von 1,4 Kindern pro Frau bleibt. Es wurden aber verschiedene Annahmen über die Entwicklung der Lebenserwartung und die Netto-Zuwanderung gemacht. Bei einer mittleren Zunahme der Lebenserwartung würde die Lebenserwartung von neugeborenen Jungen 2050 bei 81,1 Jahren (heute 74,8 Jahre) und die von Mädchen bei 86,6 Jahren (heute 80,8 Jahre) liegen. Bei einem niedrigen Anstieg der Lebenserwartung lägen die Werte bei 78,9 Jahren für Jungen und 85,7 Jahren für Mädchen.

Frankfurt am Main bleibt nicht unberührt von diesen Entwicklungen, auch wenn verschiedene Prognosen zu dem Schluss kommen, dass die Stadt deutlich geringer von den o.g. Entwicklungen betroffen sein wird als viele andere Städte und Regionen unseres Landes. Der Anteil junger Menschen an der Frankfurter Bevölkerung ist in den 1990er Jahren relativ konstant geblieben. Künftig ist aber, wie auch im sonstigen Bundesgebiet, ein deutlicher Rückgang der absoluten Zahl und des Anteils junger Menschen an den Einwohnern von Frankfurt am Main zu erwarten.

Bevölkerungsprognosen machen Annahmen im Hinblick auf die künftige natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburtenzahl, Todesfälle, Lebenserwartung) und die künftigen Wanderungsströme. Für Frankfurt am Main liegen drei verschiedene Bevölkerungsprognosen vor. Die erste stammt von der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH). Sie hat im Sommer 2004 eine Bevölkerungsprognose für Hessen insgesamt und die einzelnen Regionen des Landes vorgestellt.³⁰ Im Jahre 2020 soll dieser Prognose zufolge die Bevölkerung Hessen um 0,3 % über der des Jahres 2002 liegen. Die Entwicklungen in den einzelnen Landesteilen verlaufen dabei sehr unterschiedlich. Während der Regierungsbezirk Darmstadt mit einem Bevölkerungszuwachs von 2,5 % rechnen kann, wird im Regierungsbezirk Kassel die Bevölkerung um 4,4 % zurückgehen. Auch innerhalb Südhessens wird es deutliche Unterschiede geben. Den höchsten Bevölkerungszuwachs wird der Wetteraukreis haben, gefolgt von der Stadt Offenbach, dem Main-Taunus-Kreis und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. In Frankfurt am Main wird die Bevölkerung hingegen bis 2020 leicht um 0,2 % abnehmen. In diesem Zeitraum steht einem Sterbeüberschuss von 18.500 ein Zuwanderungsüberschuss von 17.300 Personen gegenüber. Letzterer hat seine Ursache in dem nach wie vor starken Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzangebot in der Region. Auch wenn die Bevölkerungszahl nahezu konstant bleibt, wird sich die Alterszusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung dieser Prognose zufolge deutlich ändern. So wird der Anteil der unter 20-Jährigen von 16,5 % im Jahre 2002 auf 15,1 % im Jahre 2020 sinken, und der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und mehr von 16,4 % auf 19,9 % zunehmen. Bei einer zugrundegelegten Bevölkerung von 643.700 im Jahre 2002 bedeutet dies, dass die Zahl der unter 20-Jährigen von rd. 108.000 im Jahre 2002 auf rd. 97.000 im Jahre 2020 sinken wird, während die Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und mehr von knapp 106.000 auf knapp 128.000 anwächst. Nach 2020 wird die Bevölkerung deutlich abnehmen und das Durchschnittsalter deutlich ansteigen.

³⁰ vgl. Busch, U. v.d.: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2050. FEH-Report Nr. 672. Wiesbaden 2004. Die FEH geht hierbei von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung, einer nahezu konstanten Geburtenzahl pro Frau und einer leicht abnehmenden Zuwanderung aus.

Tabelle 4: Bevölkerung von Frankfurt am Main nach Altersgruppen (in %) von 2002 bis 2050. Prognose der FEH

Jahresende	Bevölkerung insgesamt	davon Anteile in %		
		unter 20 Jahre	20 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter
2002	643.700	16,8	66,8	16,4
2010	645.200	16,1	65,9	18,0
2020	642.500	15,1	65,0	19,9
2030	631.200	14,4	61,2	24,4
2040	610.600	13,8	58,6	27,7
2050	587.200	13,2	57,5	29,3

Quelle: FEH

Das Hessische Statistische Landesamt (HSL) hat fast zeitgleich mit der FEH eine eigene Bevölkerungsprognose unternommen. Die Ergebnisse dieser zweiten hier vorgestellten Prognose wurden am 30. Juni 2004 im Hessischen Landtag präsentiert.³¹ Das HSL hat bei seiner Prognose verschiedene Varianten berechnet. Bei der mittleren Variante bewegt sich die Bevölkerungszahl Hessens im Jahre 2020 etwas über dem heutigen Niveau (+ 0,5 %). Allerdings ist schon zu diesem Zeitpunkt eine merkliche Veränderung der Altersstruktur zu verzeichnen. Bis 2020 wird demnach in Hessen die Zahl der 3- bis unter 6-Jährigen um 15 % abgenommen haben. Des Weiteren sinkt die Zahl der 6- bis unter 20-Jährigen um 13 %, während die Zahl der 60-Jährigen und Älteren um rd. 21 % zunehmen wird. Für Frankfurt am Main kommt diese mittlere Variante zu dem Ergebnis, dass bis 2020 die Bevölkerung von rd. 643.000 Ende 2003 auf rd. 625.000 Personen sinken wird (– 2,8 %). Die Zahl der Personen unter 20 Jahren wird von rd. 108.000 Ende 2003 auf rd. 98.000 Ende 2020 sinken (– 9,3 %). Bei den 65-Jährigen und Älteren wird ein Anstieg von 107.000 auf 126.000 erwartet. Diese Ergebnisse sind nahezu identisch mit denen der FEH. Nach 2020 wird es diesen Berechnungen zufolge einen noch deutlicheren Rückgang bei Jüngeren und Zuwachs bei den Älteren geben.

³¹ vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerung in Hessen 2050. Die demographische Entwicklung in Hessen bis 2050. Präsentation in der Enquete Kommission „Demographischer Wandel“. 30. Juni 2004 im Hessischen Landtag (http://www.statistik-hessen.de/fileadmin/media/files/hessen_bevoelkerung.zip).

Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung bis 2050 in Frankfurt am Main. Regionale Bevölkerungsvorausberechnung nach Berechnungen des Hessischen statistischen Landesamtes (HSL), mittlere Variante

Jahr	Bevölkerung im Alter von ... Jahren									insgesamt
	unter 3	3 bis unter 6	6 bis unter 15	15 bis unter 20	15 bis unter 45	15 bis unter 65	60 oder älter	65 oder älter	80 oder älter	
2003	18.399	17.082	46.744	26.363	288.213	454.652	146.293	106.555	28.956	643.432
2010	17.817	17.322	46.533	25.587	271.876	447.914	144.934	108.918	27.244	638.504
2020	12.954	14.561	50.226	26.430	221.267	421.250	168.290	126.078	35.800	625.069
2030	10.427	10.184	37.030	26.725	177.634	379.367	209.010	157.768	43.308	594.776
2040	11.418	10.742	30.032	18.319	170.859	326.905	237.138	185.961	54.861	565.058
2050	10.113	10.204	32.062	17.204	163.501	272.332	234.230	202.727	75.256	527.438

Quelle: HSL: Bevölkerung in Hessen 2050; Szenarien zur demografischen Entwicklung in Hessen bis 2050 nach Verwaltungsbezirken. Auszug aus dem Datenmaterial. Wiesbaden 2004 (http://www.statistik-hessen.de/bevoelkerung%20in%20hessen/412_bev_insg_mv.htm)

Während die FEH in ihrer jüngsten Prognose einen leichten Bevölkerungsanstieg in der Region, eine nahezu konstante Bevölkerung in Frankfurt am Main, einen Rückgang des Anteils der unter 20-Jährigen und einen Zuwachs des Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Frankfurt am Main wie im gesamten Regierungsbezirk Darmstadt prognostiziert, kommen vom Statistischen Amt der Stadt Frankfurt am Main 2003 berechnete Prognosen zu hiervon abweichenden Ergebnissen.³² Eine Modellrechnung, die die Entwicklung der letzten Jahre fortschreibt („langjähriger Trend“), prognostiziert ebenso wie die FEH bis 2020 eine nahezu konstante Einwohnerzahl. Ebenso wie 2003 soll es 2020 in Frankfurt am Main rd. 651.000 „Wohnberechtigte“ (Personen, die mit Haupt- oder Nebenwohnsitz hier gemeldet sind) geben. Die Zahl der unter 15-Jährigen wird sich um etwas mehr als 4 % auf dann knapp 79.000 verringert haben, die Zahl der 15 bis unter 25-Jährigen wird sich hingegen um etwa 4 % auf dann knapp 72.000 erhöht haben. Die größten Veränderungen prognostiziert das Statistische Amt für die Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen. Ihre Zahl soll sich um rd. 8 % auf dann auf knapp 107.000 im Jahre 2020 verringern, während die Zahl der älteren Frankfurter nahezu konstant bleiben soll, wie die folgende Tabelle zeigt:

³² vgl. Frankfurter Bevölkerungsprognose bis 2020. In: Frankfurter statistische Berichte 2/3‘2003, S. 97-102.

Tabelle 6: Wohnberechtigte Bevölkerung nach Altersgruppen in Frankfurt am Main 2003 und 2020. Modellrechnung („Langjähriger Trend“) des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt am Main

	Wohnberechtigte Bevölkerung am 30.6.2003	vorausberechnete Bevölkerung zum 1.1.2020
unter 15 Jahre	82.490	78.602
15 bis unter 25 Jahre	67.805	71.794
25 bis unter 35 Jahre	115.404	116.158
35 bis unter 45 Jahre	116.198	106.886
45 bis unter 55 Jahre	87.125	93.134
55 bis unter 65 Jahre	77.393	78.808
65 bis unter 75 Jahre	55.711	54.982
75 bis unter 85 Jahre	37.185	37.844
85 Jahre und älter	11.950	12.817
Bevölkerung insgesamt	651.261	651.026

Quelle: Frankfurter Statistische Berichte 2/3 '2003, S. 100.

Diese Prognose geht davon aus, dass jedes Jahr bis 2020 2.300 Menschen mehr aus dem übrigen Bundesgebiet (ohne Umland) zuwandern als nach dorthin ziehen und dass aus dem Ausland jährlich 1.300 mehr kommen als dorthin abwandern. Diesem Wanderungsüberschuss steht ein Wegzugssaldo ins Umland von 3.600 Personen gegenüber, so dass man davon ausgeht, dass die Bilanz aus Zu- und Wegzügen ausgeglichen sein wird.³³ Hinter einem Wanderungssaldo mit dem Ausland von beispielsweise rd. 2.500 Personen im Jahre 2002 stehen erheblich größere Zu- und Abwanderungsbewegungen. Es gab 2002 fast 18.000 Zuzüge aus dem Ausland und rd. 15.500 Wegzüge dorthin. Ob es tatsächlich auch weiterhin zu so großen Zuwanderungsströmen aus dem weiteren Bundesgebiet und dem Ausland nach Frankfurt am Main kommt, hängt u.a. von den Lebensbedingungen im Heimatland wie auch von den (Erwerbs-)Aussichten in Deutschland insgesamt und Frankfurt am Main ab. Die meisten europäischen Länder, aus denen bislang ein großer Teil der Einwanderer nach Deutschland stammt, stehen vor ähnlichen demographischen Entwicklungen wie Deutschland, was die Zahl potenzieller Zuwanderer wahrscheinlich sinken und die Konkurrenz um sie steigen lässt.³⁴

³³ Eine andere Modellrechnung des Statistischen Amtes schreibt die aktuelle Situation der letzten vier Jahre fort und kommt bei einem positiven Wanderungssaldo von rd. 2.000 Personen im Jahresdurchschnitt zum Ergebnis, dass die Bevölkerung Frankfurts bis 2020 sogar leicht auf dann 669.003 ansteigen wird.

³⁴ vgl. Münz, R.: Einwanderung und Bevölkerungsentwicklung aus demographischer Sicht. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.): Stadtentwicklung durch Zuwanderung – Integration von Migration. Wuppertal 2003, S. 36-48.

So unterschiedlich die Prognosen auch sind, das methodische Instrumentarium, das Berechnungsverfahren als solches, ist gleich. Die Unterschiede in den Ergebnissen beruhen auf unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Parameter (Geburtenhäufigkeit pro Frau, Zahl der Einwanderung nach Deutschland und Zahl der Zuwanderer aus anderen Regionen Hessens in das Rhein-Main-Gebiet und nach Frankfurt), die in die Berechnungen eingehen. Welche der gewählten Parameter später tatsächlich Realität werden, kann nur die Zukunft zeigen. Diese Parameter, auch dies muss betont werden, sind von politischen Entscheidungen beeinflussbar und müssen deshalb nicht so eintreten, wie in den Prognosen unterstellt wird. So könnten Bemühungen im Rahmen „lokaler Bündnisse für Familie“³⁵, die es mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden und auch in Frankfurt am Main gibt, möglicherweise sowohl die Verteilung von Familien und Kindern zwischen den Städten und Gemeinden beeinflussen als auch zu einer Steigerung der Geburtenzahlen insgesamt führen.

2.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Von der Alterung der Bevölkerung sind nicht alle Regionen Deutschlands in gleichem Maße betroffen. Für die Rhein-Main-Region und Frankfurt am Main bedeutet dies, dass aufgrund des nach wie vor großen Zuzugs von Menschen aus dem weiteren Bundesgebiet und dem Ausland in den nächsten zwei Jahrzehnten die Bevölkerungszahl und auch die Zahl junger Menschen kaum sinken werden. Aus eigener Kraft kann die Einwohnerzahl allerdings schon lange nicht mehr gehalten werden. Vielmehr ist man schon seit längerem auf die Reproduktionsleistung anderer Regionen des In- und Auslandes angewiesen. Und aufgrund der günstigen Beschäftigungschancen in unserer Region gelingt es auch tatsächlich, Menschen in beträchtlicher Zahl anzuziehen. Das war solange kein Problem, wie den Regionen des Landes, die Menschen und Arbeitskräfte anzogen, Regionen gegenüberstanden, die über einen entsprechenden Geburtenüberschuss verfügten. Historisch gesehen ist es eher normal, dass Großstädte ihre Bevölkerung nicht selber reproduzieren und ohne den ständigen Zustrom von Menschen aus den ländlichen Regionen bald wieder geschrumpft wären. Dieses Gleichgewicht ist aber in der Bundesrepublik seit langem gestört. Und so führt der auch in der Zukunft zu erwartende Zuzug von Menschen in die wirtschaftlich prosperierenden Regionen dazu, dass in den anderen Regionen unseres Landes die Bevölkerungszahl abnehmen wird. Ein solches „Ausbluten“ anderer Regionen ist allerdings keine dauerhafte Lösung der Probleme, die mit

³⁵ vgl. <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>

der demografischen Entwicklung in den boomenden Regionen verbundenen sind. Auch eine angesichts des drohenden Fachkräftemangels verstärkte Förderung der Zuwanderung bestimmter Arbeitnehmerkategorien aus dem Ausland muss abgesehen von den damit verbundenen Integrationsproblemen kritisch gesehen werden. Denn eine solche Zuwanderung bedeutet ja nichts Anderes als dass man sich die Bildungsinvestitionen und das in anderen Ländern gebildete Humankapital aneignen will, in das man selber in den letzten Jahrzehnten hierzulande wohl zu wenig investiert hat.

Für Frankfurt am Main bedeutet dies, dass man sich auch in Zukunft auf einen hohen Zuzug von Menschen einstellen muss, die meist nach Frankfurt kommen, weil sie eine Arbeit suchen oder gefunden haben. Nur durch diesen Zuzug wird der ansonsten eintretende Bevölkerungsrückgang ausgeglichen, der durch die geringe Geburtenzahl in Frankfurt wie auch im gesamten Rhein-Main-Gebiet hervorgerufen wird. Um ggf. durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu einem „gesünderen“ Verhältnis zwischen „natürlicher“, d.h. durch Geburten und Todesfälle bedingten, und „räumlicher“, d.h. durch Zu- und Wegzug erzeugten, Bevölkerungsbewegung zu kommen, müssen zunächst die Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen bekannt sein. Diese sollen im nächsten Abschnitt betrachtet werden.

3. Lebensformen und Lebensformenwandel

Menschen bilden einen gemeinsamen Haushalt, wenn sie gemeinsam wohnen und wirtschaften. Da dies in der Regel einen wesentlichen Anteil der Lebensaktivitäten darstellt, ist es gerechtfertigt, „von Haushaltskonstellationen als Lebensformen zu sprechen und den Haushalt als Kern eines Lebenszusammenhangs zu verstehen.“³⁶ Je nachdem, wie viele Personen in einem Haushalt zusammenleben, welchen Familienstand sie haben und ob Kinder im Haushalt leben, lassen sich verschiedene Haushaltstypen unterscheiden. Verändert sich der Anteil eines Haushaltstyps oder tauchen ganz neue auf, dann deutet dies auf einen Wandel der Lebensformen bzw. der Vorstellungen, wie Menschen ihr Leben gestalten wollen, hin.³⁷

Die Formen des Zusammenlebens von Frauen und Männern haben sich nicht nur in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts grundlegend verändert. Man spricht deshalb von einem Strukturwandel der Familie. Die lebenslang geschlossene Ehegemeinschaft wird durch neue Familienformen ergänzt: nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder; „Patchworkfamilien“ oder Alleinlebende (Single-Haushalte). Ein Indiz für den gesellschaftlichen Wandel ist die Entwicklung der Eheschließungen und der Ehescheidungen.³⁸ Von 1980 bis 2000 sank die Zahl der Eheschließungen von 6,3 ‰ auf 5,1 ‰ je Einwohner/in. Zugenommen hat dagegen die Anzahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften (ohne Kinder), sie hat sich von 1982 bis 2000 mehr als vervierfacht und liegt bei rd. 1,5 Mio. Gleichzeitig stieg das Alter der ersten Eheschließung sowohl bei Frauen als auch bei Männern, sei es, weil Paare insgesamt in einem späteren Alter eine Hausgemeinschaft bilden oder weil nichteheliche Lebensgemeinschaften ihre Verbindung im Nachhinein „legalisieren“. In den alten Bundesländern lag das Erstheiratsalter im Jahr 2000 für Frauen durchschnittlich bei 28 Jahren, für Männer bei 31 Jahren. 1980 lag das Erstheiratsalter für Frauen noch bei 23 Jahren und für Männer bei 26 Jahren. Zugenommen haben die Ehescheidungen, es werden etwa 40 % der in den letzten Jahren geschlossenen Ehen wieder aufgelöst. Dabei lassen sich kinderlose Paare oder Paare, deren Kinder bereits aus dem Haus sind, eher scheiden als Paare mit minderjährigen Kindern. D.h. es gibt auch einen Trend zur späten Scheidung. Während Mitte der 1970er Jahre rd. 9 % aller Ehen, die 20 Jahre und länger bestanden hatten, geschieden wurden, sind

³⁶ Glatzer, W.: Haushalte und Haushaltsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schäfers, B.; Zapf, W. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 288.

³⁷ vgl. Meyer, T.: Private Lebensformen im Wandel. In: Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. 3. Auflage, Opladen 2002, S. 401-433.

³⁸ vgl. Nave-Herz, R.: Ehe- und Familiensoziologie. Weinheim, München 2004; S. 74/75

es zurzeit rd. 20 %.³⁹ In diesem Kontext bemerkenswert ist auch die Zunahme der allein Erziehenden mit minderjährigen Kindern. Ihre Zahl hat sich in den alten Bundesländern zwischen 1970 und 2000 von 660.000 auf über 1,4 Mill. mehr als verdoppelt.

Die Erleichterung von Trennungen infolge der Familienrechtsreformen und eine größere Akzeptanz nichtehelich geborener Kinder haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Anzahl von „Patchwork-Familien“ zunimmt, also von Gemeinschaften, in denen Paare mit eigenen, fremden und gemeinsamen („meinen, deinen, unseren“) Kindern zusammenleben. Dennoch lebt heute die überwiegende Anzahl der Kinder unter 18 Jahren, nämlich 83 % in den alten Bundesländern mit ihren leiblichen Eltern zusammen. Diese Zahlen weisen regionale Unterschiede auf: In ländlich strukturierten Regionen liegt der Anteil der Kinder, die mit beiden Elternteilen zusammenleben, höher als in den großstädtisch geprägten Ballungszentren.

Abgenommen hat vor allem die Dauer der „Familienphase“ im Leben des Einzelnen, also die Zeitspanne, in der Erwachsene mit (unmündigen) Kindern einen gemeinsamen Haushalt bilden: Umfasste sie vor hundert Jahren noch die Hälfte des Lebens, so nimmt diese Phase gegenwärtig nur noch ein Viertel der Lebenszeit ein. Die Gründe sind, wie bereits ausgeführt, späteres Heiratsalter und geringere Kinderzahl, aber auch die gestiegene Lebenserwartung, die zu einer zeitlichen Ausdehnung der „nachelterlichen“ Phase führt. So ist es zu erklären, dass nur noch ca. ein Drittel aller Haushalte unter die Kategorie „Familienhaushalt“ fällt.⁴⁰ In Deutschland lag der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte früher deutlich niedriger als heute: 1950 waren nur 19,4 % aller Haushalte Einpersonenhaushalte (2000: 36 %) und 25,3 % Zweipersonenhaushalte (2000: 33,4 %). Der Anstieg des Anteils der Einpersonenhaushalte hängt von verschiedenen Faktoren ab. So sind viele von ihnen Haushalte von älteren Personen, die, nachdem die Kinder aus dem Haus sind und der Partner gestorben ist, „übrig geblieben“ sind. Hier spielt die gestiegene Lebenserwartung eine ganz entscheidende Rolle. Diese Einpersonenhaushalte von älteren Menschen (zum größten Teil Frauen) entsprechen kaum dem Bild des modernen „Single“-Haushalts⁴¹, für den eher junge Menschen in der Ausbildung oder kurz nach dem Einstieg ins Berufsleben typisch sind. Insbesondere gut qualifizierte Personen nutzen Chancen zu Autonomie und Selbstverwirklichung, die mit dem Alleinleben verbunden sind, und schieben das Zusammenleben mit einem Partner und die Familiengründung

³⁹ vgl. Meyer, T.: Private Lebensformen im Wandel. In: Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. 3. Auflage, Opladen 2002, S. 401-433.

⁴⁰ Nave-Herz a.a.O., S. 69 ff

⁴¹ vgl. Hradil, S.: Die Seismographen der Modernisierung. Singles in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 53/1998, S. 9-16.

hinaus.⁴² Ein weiterer Faktor, der für den Anstieg des Anteils der Einpersonenhaushalte eine Rolle spielt, sind die Zunahme der Scheidungen und der gestiegene Anteil von Frauen, die kinderlos bleiben.⁴³ Insgesamt sinkt damit der Anteil der Menschen, die in einer „Normalfamilie“ (verheiratete Eltern mit ihren leiblichen Kindern) leben.⁴⁴

Die hier beschriebenen Daten und Trends sind dennoch nicht nur ein bundesdeutsches Phänomen. Tatsächlich stellt die Familienforschung im europäischen Vergleich seit den 1970er Jahren eine ‚Konvergenz‘ in der Veränderung der Familien- und Lebensformen fest. Die gemeinsamen westeuropäischen Trends fassen Kaufmann/Kuijsten u.a. folgendermaßen zusammen: Die 1960er Jahre sind durch die Veränderung der Familiengröße infolge sinkender Kinderzahlen gekennzeichnet; die 1970er durch die Zunahme des vorehelichen Zusammenlebens, der Scheidungen und das Verschieben des Kinderwunsches; die 1980er durch Eheschließungen erst nach der Geburt eines Kindes, während in den späteren 1980er und 1990er Jahren immer weniger Ehen geschlossen werden, unabhängig davon, ob Kinder geboren wurden oder nicht.⁴⁵

3.1 Kinderlosigkeit und ihre Ursachen

Ein Indiz für den Strukturwandel der Familie ist der Geburtenrückgang. Hier gehört Deutschland im internationalen Vergleich tatsächlich zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenhäufigkeit. In der Europäischen Union wird die deutsche „zusammengefasste Geburtenziffer“⁴⁶ von 1,29 im Jahr 2001 lediglich von Italien (1,24) und Spanien (1,25) unterschritten. Die endgültige Kinderzahl gibt die durchschnittliche Zahl der geborenen Kinder je Geburtsjahrgang an. Danach war in der Bundesrepublik die 1935 geborene Generation die letzte Ge-

⁴² So stieg in den alten Bundesländern das Alter der verheirateten Frauen bei der Geburt des ersten Kindes von 25 Jahren (1960) über 25,2 Jahre (1980) auf 28,4 Jahre (1996) an. Bei den Frauen, die unverheiratet das erste Kind bekommen, stieg das Alter von 23,9 Jahren (1960) auf 27,5 Jahre (1996) (vgl. Engstler, H.: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation und familiendemographische Entwicklung in Deutschland. Aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn 1998, S. 100f.).

⁴³ Während im früheren Bundesgebiet von den 1940 geborenen Frauen nur rd. 10 % kinderlos geblieben sind, wird ihr Anteil bei den 1960 geborenen, also heute gut 40 Jahre alten, Frauen auf 23,3 % geschätzt (vgl. ebd.: S. 103).

⁴⁴ vgl. zu diesem Problemkreis Bertram, H.: Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B29-30/1994; Bertram, H./Kreher, S.: Lebensformen und Lebensverläufe in diesem Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 42/1996.

⁴⁵ Kaufmann, F.-X.; Kuijsten, A.; Schulze, H.-J.; Strohmeier, K.P.: Family Life and Family Policies in Europe: Volume 2: Problems and Issues in Comparative Perspective, Oxford 2002, S. 21.

⁴⁶ Die zusammengefasste Geburtenziffer ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sinnvoll wird diese Summe für die für die Altersstufen 15-45 gebildet, da sie für die übrigen Altersstufen ungefähr null ist.

neration von Frauen, bei denen die endgültige Kinderzahl mit 2,16 über der Reproduktionsziffer lag und die damit für eine nicht schrumpfende Bevölkerung sorgte. In Westdeutschland werden 22 % der 1955 geborenen Frauen voraussichtlich keine Kinder haben.⁴⁷

Der europäische Vergleich räumt mit dem in Deutschland vielfach gehegten Vorurteil auf, wonach eine hohe Erwerbstätigkeit der Frauen der Geburtenhäufigkeit abträglich sei. Eher scheint der Umkehrschluss belegt: Es sind in Europa die Länder mit der vergleichsweise hohen Beschäftigtenquote von Frauen, nämlich Island, Norwegen, Schweden und Dänemark die zugleich die höchsten Geburtenziffern aufweisen.⁴⁸

Diese demographischen Befunde sind der Anlass, weshalb die Probleme der Familie seit einiger Zeit auf die politische Agenda geraten sind. Doch genau besehen geht es bei dieser neuen Aufmerksamkeit für Kinder und Familien nicht eigentlich um die Probleme der Familien und das Wohlergehen ihrer Mitglieder, sondern um eine ihrer Funktionen für den Fortbestand der Gesellschaft, um ihre Reproduktionsfunktion.

„Die Zahl der Erwerbstätigen bestimmt das Produktionspotenzial eines Landes und der Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung bestimmt maßgeblich die Leistungsfähigkeit umlagefinanzierter sozialer Sicherungssysteme. Die Erwerbspersonenzahl wird durch die Generationennachfolge erhalten. Die Familie erfüllt insofern eine gesellschaftlich relevante Reproduktionsfunktion.“⁴⁹

Rürup und Gruescu nennen als einen wesentlichen Grund für die niedrigen Geburtenziffern die Tatsache, dass der Anteil der kinderlosen Frauen kontinuierlich angestiegen ist. Die entscheidende Frage sei daher, „ob Frauen überhaupt Mutter werden.“⁵⁰ Die positive Korrelation zwischen Bildungsstand und Kinderlosigkeit zeige, dass es eher die gut qualifizierten Frauen sind, denen es „unter den gegebenen Rahmenbedingungen schwer fällt, ihre beruflichen Anforderungen und Ambitionen mit den Erfordernissen und Erwartungen an eine Mutterschaft zu vereinbaren.“⁵¹ Allerdings bleiben, was bislang wenig beachtet wurde, Männer noch häufiger als Frauen kinderlos. Gründe hierfür sind, so meinen Rürup und Gruescu, zum einen die bei Männern verstärkt auftretenden Anforderungen, für einen beruflichen Aufstieg Zeit zu investieren, und zum anderen Einkommensverluste durch Zeiten der Erwerbslosigkeit.

⁴⁷ Zahlen aus Rürup, B.; Gruescu, S. (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung; Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Berlin/Bonn; November 2003; S. 10-14.

⁴⁸ vgl. ebd., S. 11

⁴⁹ ebd., S. 6.

⁵⁰ ebd., S. 13.

⁵¹ ebd., S. 13f.

Mit der „Brille des Ökonomen“ betrachten Rürup und Gruescu die Chancen zur Realisierung des Kinderwunsches nach einem „Opportunitätskostenansatz“, der in einer Kosten-Nutzen-Analyse direkte und indirekte Kosten berücksichtigt. Direkte Kosten sind z.B. Aufwendungen für Kleidung, Nahrung, Wohnräume und Ausbildungskosten. Indirekte oder Opportunitätskosten sind diejenigen, die durch Einkommensverlust entstehen, wenn Familien durch (vorübergehendes) Ausscheiden eines Elternteils, meist der Mutter, aus dem Beruf, durch Teilzeitarbeit oder Annahme einer geringer qualifizierten und schlechter entlohnten Arbeit weniger Geld zur Verfügung haben⁵². Diese monetären Opportunitätskosten steigen mit dem beruflichen Status desjenigen, der seine Tätigkeit aufgibt.⁵³ Je höher der berufliche Status sei, desto gravierender wäre der Einkommensverlust bzw. das Risiko eines Karriereknicks. Rürup und Gruescu kommen zu dem Schluss, dass diese Kosten-Nutzen-Abwägung eine entscheidende Hürde für die Realisierung eines Kinderwunsches darstelle. Hat eine Mutter sich aber bereits für ein erstes Kind entschieden und den Arbeitsmarkt verlassen, falle, so Rürup und Gruescu, die Entscheidung für ein zweites Kind leichter, da in diesem Fall die Opportunitätskosten geringer seien. „Opportunitätskosten spielen (...) relativ gesehen eher eine Rolle bei der Entscheidung, überhaupt Kinder zu bekommen, da in den meisten Fällen beim ersten Kind die Opportunitätskosten größer sind als die direkten Kosten von Kindern.“⁵⁴

So notwendig es unter den die politische Debatte dominierenden Marktgesichtspunkten ist, die materiellen Aufwendungen der Kindererziehung und das entgangene (Erwerbs-)Einkommen der Erziehenden, in der Regel der Mütter, konkret zu bestimmen und zu berücksichtigen, so wenig kann das ökonomische Kalkül als einzige Ursache für die Entscheidung gelten, keine Kinder zu haben. Ebenso wie es ein ganzes Bündel von Gründen für die Zurückhaltung potentieller Eltern, Kinder zu bekommen, gibt, ist ein ganzes Bündel von stützenden und kinderfreundlichen Maßnahmen erforderlich, wenn die deutsche Gesellschaft kein Nachwuchsproblem mehr haben möchte.

Die Familiensoziologie hat die Argumente seit Jahren zusammengetragen und damit zugleich die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem der Frauen benannt. R. Nave-Herz betrachtet in ihrer 2004 erschienenen Studie „Ehe- und Familiensoziologie“ die Kinderlosigkeit (von Frauen) im Kontext eines „cultural lag“, in dem Frauen sich bewegen (müssen): Die Berufsorientierung junger Frauen hat sich verändert, nicht aber in gleichem

⁵² ebd., S. 51

⁵³ Auch deswegen sind es seltener die Väter, die ihre Berufstätigkeit einschränken oder aufgeben.

⁵⁴ ebd., S. 20.

Maße die Normen familiärer Erziehungsmuster: Mädchen und junge Frauen verfügen über weitgehend gleiche Bildungsvoraussetzungen wie junge Männer und streben ebenso wie diese eine Existenz sichernde Berufstätigkeit an. Die Vorstellungen über ein glückliches Familienleben, insbesondere zur maßgeblichen Rolle der Mutter für die kindliche Entwicklung sind demgegenüber (noch) traditionell geprägt. Ein europäischer Vergleich der Einstellungen zur Erziehung in Kindertagesstätten mag dies verdeutlichen: In Westdeutschland finden die Aussagen „Frauen sollen zuhause bleiben, solange ein Kind im Vorschulalter ist“, und „Das Kind leidet, wenn die Mutter arbeitet“ mit 68,5 % bzw. 71,0 % die höchste Zustimmung, während die Zustimmung hierzu in Ländern mit traditionell hoher Müttererwerbstätigkeit wie Schweden vergleichsweise niedrig ausfällt. Auch in Ostdeutschland ist die Zustimmung mit 29,5 % bzw. 28,5 % deutlich niedriger⁵⁵. „Die Ungleichzeitigkeiten im sozialen Wandel zweier gesellschaftlicher Teilbereiche“⁵⁶ führen zu neuen, individuell geprägten Handlungs- und Entscheidungsmustern. Gerade besser ausgebildete Frauen lösen ihren Kinderwunsch in höherem Alter ein bzw. sie verschieben ihn auf später, wie Nave-Herz⁵⁷ und Onnen-Isemann⁵⁸ in ihren empirischen Studien über kinderlose Ehepaare herausfanden, manchmal auch so lange, bis es zu spät ist.⁵⁹

Der Geburtenrückgang wird bisher vorwiegend unter dem Aspekt der Kinderlosigkeit von Frauen diskutiert – der Blick auf die Realisierung der Vaterschaft steht noch aus. Auch dies ist in erster Linie mit dem noch immer dominanten Rollenmodell zu erklären, das Frauen (fast) die alleinige Verantwortung für die Kinderbetreuung und die Kindererziehung zuschreibt. Ein weiterer Grund liegt in der bisherigen Datenerfassung: „Berechnungen auf Basis der amtlichen Statistik von Fertilität und Kinderlosigkeit basieren (...) ausschließlich auf der Erfassung der Mutterschaft.“⁶⁰ Erst seit dem Jahre 2000 kann die gesamte Geburtsbiografie beider Geschlechter durch eine bevölkerungsrepräsentative Zusatzstichprobe zum sozio-ökonomischen Panel (SOEP) erhoben werden. Es zeigt sich, dass mehr Männer (25 %) als Frauen (20 %) voraussichtlich dauerhaft kinderlos bleiben werden.⁶¹ Allerdings muss hierbei berück-

⁵⁵ vgl. Nave-Herz, R.: Ehe- und Familiensoziologie. Weinheim, München 2004, S. 74f.

⁵⁶ ebd., S. 75.

⁵⁷ Nave-Herz, R.: Kinderlose Ehen. Eine empirische Studie über die Lebenssituation kinderloser Ehepaare und die Gründe für ihre Kinderlosigkeit. Weinheim, München 1988.

⁵⁸ Onnen-Isemann, C.: Wenn der Familienbildungsprozeß stockt. Eine empirische Studie über Streß und Coping-Strategien reproduktionsmedizinisch behandelter Partner. Heidelberg 2000.

⁵⁹ vgl. Nave-Herz, R.: Ehe- und Familiensoziologie. Weinheim, München 2004, S. 74f.

⁶⁰ Christian Schmitt, Ulrike Winkelmann: Wer bleibt kinderlos? Was strukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. In: Feministische Studien, Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, 23. Jg (2005), S. 10.

⁶¹ Schmitt/Winkelmann a.a.O., S. 12 ff.

sichtigt werden, dass es in der Altersgruppen der 15- bis unter 40 Jährigen einen deutlichen Männerüberschuss gibt, so dass die absolute Zahl der Männer und Frauen, die Kinder bekommen, ungefähr gleich sein dürfte.

Welches sind die Gründe für die Kinderlosigkeit beider Geschlechter? Neben dem Aufschieben der Elternschaft werden Partnerlosigkeit bzw. das Fehlen eines „geeigneten“ Partners sowie eine zu lange Abhängigkeit von den Eltern genannt⁶². Bertram u.a. betonen, welche Bedeutung Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den Eltern für die Paarbildung und die gemeinsame Zukunftsplanung haben. Deshalb müsse eine nachhaltige Familienpolitik insbesondere auch die Zukunftserwartungen junger Erwachsener berücksichtigen. Die verlängerten Ausbildungszeiten und die damit verbundene Abhängigkeit von Elternhaus oder staatlicher Alimentierung (BAföG) verschieben den Zeitpunkt der Familiengründung. Und selbst nach dem Abschluss der Ausbildung verlangt der Eintritt in den erlernten Beruf, der Aufbau einer beruflichen Karriere den ganzen Einsatz, Flexibilität und Mobilität und ist angesichts des angespannten Arbeitsmarktes und befristeter Arbeitsverhältnisse mit großen Unsicherheiten verbunden. Aus diesem Grund plädieren Allmendinger und Dressel⁶³ für eine zeitliche Entzerrung von Familiengründung und Karriere, so dass Männer und Frauen öfter als heute schon während der Ausbildung, die sich häufig bis in die zweite Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts erstreckt, ein Kind bekommen. Das würde allerdings in mehrfacher Hinsicht eine Veränderung der Rahmenbedingungen beinhalten, vor allen Dingen die Verbesserung der Infrastruktur für die Kinderbetreuung, daneben eine neue Studienorganisation und für Eltern eine flexible Arbeitszeitorganisation und auch die Akzeptanz früher Mutter- bzw. Elternschaft.

In diesem Kontext wird immer wieder die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen problematisiert. Der immer wieder genannte Anteil von 40 % kinderlosen Akademikerinnen beruht allerdings auf falschen Berechnungen, tatsächlich liegt ihr Anteil bei 25 %: Zum einen bekommen diese Frauen ihre Kinder oftmals in vergleichsweise hohem Alter (Ende dreißig/Anfang vierzig) und sind deshalb in den Statistiken noch nicht berücksichtigt. Zum anderen müssen auch die Absolventinnen der Fachhochschulen mit eingerechnet werden, bislang beziehen sich die Zahlen nur auf Universitätsabsolventinnen. Im übrigen entspricht der Anteil der kinderlosen

⁶² vgl. Bertram, H.; Rösler, W.; Ehlert, N.: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 23-24/2005, S. 6-15; Schmitt/ Winkelmann a.a.O.

⁶³ Allmendinger, J.; Dressel K.: Familien auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beil. zur Wochenzeitung Das Parlament, 23-24/2005, S. 24 -29, hier S. 27.

Akademiker in etwa dem der kinderlosen Akademikerinnen⁶⁴: Die Kinderlosigkeit dieser gut Ausgebildeten ist also keineswegs ein „Frauenproblem“.

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich: Kinderlosigkeit ist nicht monokausal erklärbar, ihr liegt vielmehr ein komplexes Ursachenbündel zugrunde:

- Frauen (und Männer) verschieben die Realisierung eines Kinderwunsches auf ein höheres Alter;
- Gründe hierfür sind u.a. die längeren Ausbildungszeiten sowie der Wunsch, zunächst im Beruf Fuß zu fassen, zumal
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Erwerbstätige nicht gegeben, zumindest nicht verlässlich planbar ist, da ausreichende Angebote für Kinderbetreuung fehlen.

3.2 Familienhaushalte und kinderlose Lebensformen

In den letzten Jahrzehnten ist bundesweit nicht nur die Zahl der Kinder zurückgegangen, kleiner geworden ist auch der Anteil der Haushalte, in denen Kinder leben. Beide Entwicklungen haben zu einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße geführt. Eine solche Verringerung der Haushaltsgröße zeigt sich auch in Frankfurt am Main. In den 1990er Jahren schwankte die Anzahl der Haushalte in Frankfurt am Main zwischen 350.000 (1991) und 371.000 (1996). Vom Höchststand im Jahre 1996 ist die Zahl der Haushalte bis 2001 um ca. 13.000 (– 4,6 %) auf 358.000 leicht zurückgegangen. Seitdem ist sie wieder angestiegen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße schwankt zwischen 1,90 (1991) und 1,80 Personen(1996). Seit 1991 hat sich die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt von 1,90 auf 1,80 im Jahre 2003 verringert. Dieser Wert wurde auch schon 1996 erreicht, stieg danach aber wieder an und verringerte sich wieder. Die Zahl der Haushalte ohne Kinder ist zwischen 1991 und 2002 von 258.000 auf 283.000 gestiegen.⁶⁵ Der Trend zu kleineren Haushalten wird sich, so die schon erwähnte Prognose des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt, fortsetzen. Während 2002 80,3 % der Frankfurter Haushalte Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte waren, werden es

⁶⁴ vgl. Schmitt/Winkelmann a.a.O., S. 16.

⁶⁵ Bei diesen Angaben ist zu bedenken, dass sie auf einer 1 %-Stichprobe aller Haushalte (Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes) beruhen und hochgerechnet sind. Deutliche Schwankungen von einem Jahr zum anderen können daher auch auf einem Fehler in der Stichprobe beruhen und müssen nicht in jedem Fall reale Veränderungen widerspiegeln. Anfang der 1990er erlebte Frankfurt am Main eine erhebliche Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen, die in den Folgejahren nach und nach wieder in ihre Herkunftsländer zurückgewandert sind. Infolge dessen stieg in Frankfurt am Main die Zahl der Haushalte ohne Kinder von 258.000 (1991) auf 276.000 (2002). Ihr Anteil an allen Haushalten lag 1991 bei fast 74 %, während er 2001 gut 77 % erreichte.

2020 81,0 % sein. Insgesamt wird – bei nahezu konstanter Einwohnerzahl – die Zahl der Haushalte um 6.400 wachsen. Parallel hierzu sinkt die durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt weiter, und zwar von 1,81 im Jahre 2002 auf 1,77 im Jahre 2020.⁶⁶

Frankfurt am Main wich in den 1990er Jahren im Hinblick auf die durchschnittliche Haushaltsgröße kaum von anderen westdeutschen Großstädten ab. Während in Frankfurt am Main in den Jahren 1990 bis 1998 im Durchschnitt rd. 1,8 Personen in jedem Haushalt lebten, waren es in den westdeutschen Großstädten insgesamt mit 1,9 kaum mehr. Frankfurt weicht im Hinblick auf die Haushaltsgröße demnach nur unwesentlich vom Durchschnitt der westdeutschen Großstädte ab. Einpersonenhaushalte sind ein typisches Großstadtphänomen.⁶⁷ In Frankfurt am Main lebten im Jahre 2000 rd. 28 % der Bewohner in Einpersonenhaushalten, während es in den deutschen Großstädten mit 25 % etwas weniger waren. In Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern lebten demgegenüber nur rd. 14 % der Bevölkerung in Einpersonenhaushalten. Dies hängt in Frankfurt am Main insbesondere mit dem geringen Anteil von Haushalten mit minderjährigen Kindern zusammen. Sie haben in Frankfurt einen Anteil von rd. 16 % an allen Haushalten, wohingegen der Anteil dieses Haushaltstyps im Bundesgebiet insgesamt rd. 10 Prozentpunkte höher liegt.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich deutliche Unterschiede in den Lebensformen deutscher und ausländischer Großstadtbewohner. So leben Ausländer in Frankfurt am Main im Allgemeinen in größeren Haushalten als Deutsche. Bei den Ausländern betrug 2003 die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt 2,29, während es bei den Deutschen nur 1,71 Personen waren. Die entsprechenden Werte für 2000 lagen bei 2,43 und 1,72 Personen je Haushalt.⁶⁸ Diese Aussage trifft aber auch auf alle anderen Großstädte zu, in denen der Ausländeranteil bekanntlich deutlich höher ist als im sonstigen Bundesgebiet. Somit treffen tendenziell in Großstädten deutsche kinderlose Lebensformen (ältere Alleinlebende, junge „Singles“ und junge, häufig gut ausgebildete und verdienende Paare) auf ausländische familienorientierte Lebensformen, während deutsche Familien eher in kleineren Städten und Gemeinden anzutreffen sind. Allerdings deutet die Personenzahl pro Haushalt auf eine Angleichung der Haushaltszusammensetzung bei Deutschen und Ausländern hin. Dies lässt sich auch anhand eines anderen Phänomens belegen: Während bis zum Jahre 2000 die Fruchtbarkeitszif-

⁶⁶ vgl. Frankfurter Bevölkerungsprognose bis 2020. In: Frankfurter statistische Berichte 2/3'2003, S. 97-102, hier S. 102.

⁶⁷ vgl. Statistisches Bundesamt [Hrsg.] In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim [ZUMA]: Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002, S. 38ff.

⁶⁸ vgl. Tabelle im Anhang.

fern (lebend Geborene je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahre) der in Frankfurt am Main lebenden Ausländerinnen stets über der der deutschen Frauen lag, hat sich dies seit 2001 umgekehrt.⁶⁹ Trotzdem haben ausländische Frauen z.Z. (noch) deutlich mehr Kinder als deutsche Frauen. Während in Frankfurt am Main 23,4 % der deutschen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren zusammen leben, sind es bei den ausländischen Frauen 34,7 %. Zudem ist der Anteil der ausländischen Frauen, die mit zwei, drei oder mehr Kindern zusammen leben deutlich höher als bei den deutschen Frankfurterinnen (17,8 % gegenüber 10,3 %).⁷⁰ Ohne weiteren Zuzug würden sich die Kinderzahlen deutscher und ausländischer Frauen aufgrund der gewandelten Fruchtbarkeitsziffern in den nächsten Jahren einander annähern.

Über die Struktur der Haushalte in den verschiedenen Stadtbezirken von Frankfurt am Main liegen keine Informationen vor. Als Indikator für den jeweiligen Anteil von Familien an allen Haushalten kann lediglich der Anteil der Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung herangezogen werden. Dieser Anteil korreliert hoch mit der durchschnittlichen Zahl der Bewohner je Wohnung. Je höher der Anteil von Kindern in einem Stadtbezirk, umso höher ist auch die durchschnittliche Haushaltsgröße und umso geringer dürfte der Anteil kinderloser Lebensformen in dem Stadtbezirk sein. Aus einem relativ hohen Anteil von Minderjährigen kann aber wegen der stark differierenden Einwohnerzahl nicht in jedem Fall auch auf eine hohe absolute Zahl von Kindern geschlossen werden. In den Stadtbezirken 441 (Ginnheim), 680 (Bergen-Enkheim), 532 (Goldstein-West), 461 (Eckenheim), 670 (Nieder-Eschbach), 470 (Preungesheim), 561 (Nied-Süd), 510 (Fechenheim-Nord) und 432 (Heddernheim-West) leben in absoluten Zahlen die meisten Kinder. Die Stadtbezirke, in denen der relative Anteil der unter 18-Jährigen am höchsten ist, sind aber zum großen Teil andere. Es sind die Stadtbezirke 500 (Berkersheim), 153 (Gallus), 570 (Höchst-West), 441 (Ginnheim), 632 (Sossenheim), 650 (Kalbach), 532 (Goldstein-West) und 492 (Frankfurter Berg). Unabhängig davon, ob man nun die absolute oder die relative Zahl von Personen unter 18 Jahren nimmt, zeigt sich, dass in innenstadtnahen Wohnquartieren in der Regel wenige Kinder leben.⁷¹

⁶⁹ vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2005, Tabelle 2.33.

⁷⁰ Die Daten zur Kinderzahl deutscher und ausländischer Frauen wurden vom Bürgeramt, Statistik und Wahlen eigens für uns berechnet, dem an dieser Stelle für seine Unterstützung bei der Erstellung des Sozialberichtes gedankt sei.

⁷¹ Ein hoher Kinderanteil an der Wohnbevölkerung eines Stadtbezirks korreliert, wie eine früher vorgenommene Berechnung mit Daten aus dem Jahre 2001 zeigt, mit der Sozialhilfequote ($r = .33$) und dem Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten ($r = .39$). In diesen Zusammenhängen spiegelt sich wider, dass Kinder das höchste Sozialhilferisiko von allen Altersgruppen haben und dass kinderlose Lebensformen vor allem in höheren sozialen Schichten anzutreffen sind.

Tabelle 7: Haushalte nach Personenzahl und Haushalte ohne Kinder (Angaben in 1000 und in %) sowie durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt in Frankfurt am Main 1991 - 2004

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Privathaushalte insgesamt	350	351	364	360	363	371	366	359	358	358	358	362	367	367
mit 1 Person	175	170	184	177	177	190	185	182	181	181	180	185	188	190
<i>in % aller Haushalte</i>	50,0	48,4	50,5	49,2	48,8	51,2	50,5	50,7	50,6	50,6	50,3	51,0	51,2	51,8
mit 2 Personen	93	98	102	102	109	108	108	103	104	102	107	106	108	106
<i>in % aller Haushalte</i>	26,6	27,9	28,0	28,3	30,0	29,1	29,5	28,7	29,1	28,5	29,9	29,3	29,4	28,9
mit 3 Personen	43	42	38	42	42	42	42	40	39	39	37	37	37	37
<i>in % aller Haushalte</i>	12,3	12,0	10,4	11,7	11,6	11,3	11,5	11,1	10,9	10,9	10,3	10,2	10,1	9,8
mit 4 Personen	28	27	28	30	24	22	23	25	24	26	25	25	26	27
<i>in % aller Haushalte</i>	8,0	7,7	7,7	8,3	6,6	5,9	6,3	7,0	6,7	7,3	7,0	7,0	7,1	7,3
mit 5 oder mehr Personen	12	12	12	(10)	(10)	(10)	(8)	(10)	(10)	(10)	(10)	(9)	(8)	(9)
<i>in % aller Haushalte</i>	3,4	3,4	3,3	(2,8)	(2,8)	(2,7)	(2,2)	(2,8)	(2,8)	(2,8)	(2,8)	(2,5)	2,2	8,5
Haushalte ohne Kind	258	257	272	266	273	287	282	276	275	273	276	279	283	282
<i>in % aller Haushalte</i>	73,7	73,2	74,7	73,9	75,2	77,4	77,0	76,9	76,8	76,3	77,1	77,1	77,1	76,8
Haushalte mit Kindern	92	94	92	94	90	84	84	83	83	85	82	83	83	84
<i>in % aller Haushalten</i>	26,3	26,8	25,3	26,1	24,8	22,6	23,0	23,1	23,2	23,8	23,1	23,1	22,7	23,9
darunter Alleinerziehende	24	25	25	22	23	23	25	22	22	22	22	24	26	26
<i>in % aller HH mit Kindern</i>	26,1	26,6	27,2	23,4	25,6	27,4	29,8	26,5	26,5	25,4	26,2	28,9	30,7	31,0
durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt	1,90	1,91	1,86	1,88	1,85	1,80	1,82	1,84	1,83	1,85	1,83	1,81	1,80	181

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1995 bis 1999 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe; Wiesbaden 2000, S. 25ff.; dasselbe: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1997 bis 2001 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe; Wiesbaden 2002, S. 21ff.; Frankfurter Statistik Aktuell Nr. 23/2005: „Familienstrukturen in Frankfurt am Main 2000 bis 2004“.

Der geringe Anteil von Familienhaushalten in Frankfurt am Main wird des Weiteren von selektiven Wanderungsbewegungen verursacht, die sich in vielen Regionen beobachten lassen. In Frankfurt am Main gab es 2003, so die Ergebnisse des Mikrozensus, knapp 26.000 Alleinerziehende (mit und ohne Lebenspartner) und knapp 58.000 Ehepaare mit Kindern, zusammen also gut 83.000 Familien mit ledigen Kindern.⁷² Damit lag der Anteil der Alleinerziehenden und nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern bei fast 31 % aller Eltern-Kind-Gemeinschaften und deutlich über dem Durchschnitt der alten Bundesländer mit 23,2 %⁷³ und auch höher als in den Landkreisen des Frankfurter Umlandes (Wetteraukreis/Main-Kinzig-Kreis: rd. 20 %; Landkreis Darmstadt-Dieburg/Landkreis Bergstraße/Odenwaldkreis: rd. 24 %; Landkreis Groß-Gerau/Landkreis Offenbach: rd. 23 %; Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis: 23 %).⁷⁴ Der Anteil der Frankfurter, die in Familienhaushalten leben, ist damit deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt und in den Landkreisen des Frankfurter Umlandes. Dies hängt damit zusammen, dass ein bestimmter Teil der Frankfurter Bevölkerung nur für wenige Jahre in Frankfurt lebt und dann entweder ins Umland zieht, häufig aber weiter in Frankfurt arbeitet, oder aber der Region ganz den Rücken kehrt. Nicht zuletzt aufgrund dieses Befundes wurde Frankfurt am Main im „Familienatlas 2005“ dem Typ „Singlestädte als biographische ‚Durchlaufstation‘“ zugeordnet.⁷⁵

Im Falle von Frankfurt am Main verschränkt sich der allgemeine Wandel der Lebensformen mit der demographischen Alterung und der Nutzung der Stadt in einer bestimmten Lebensphase in besonderer Weise.⁷⁶ Die in der Charakterisierung Frankfurts als „Singlestadt“ und

⁷² Auch wenn die meisten Alleinerziehenden „ledig“ sind, darf nicht vergessen werden, dass viele Alleinerziehenden-Haushalte durch Scheidung entstehen. Es gab allein im Jahre 2002 in Frankfurt 736 Scheidungen von Ehen, von denen mehr als 1.000 Kinder betroffen waren (vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2003, Tabelle 2.45)

⁷³ Im April 2002 waren im Bundesgebiet von 12,7 Mio. Familien („Eltern-Kind-Gemeinschaften“) 2,4 Mio. Haushalte von Alleinerziehenden. Das entspricht einem Anteil von 19 % an allen Familienhaushalten mit Kindern. Daneben gab es 0,7 Mio. nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. Hierbei gibt es deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. So lebten 2002 mehr als die Hälfte aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in Ostdeutschland. Hier hatten sie einen Anteil von 11,4 % an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften. Im Westen lag der entsprechende Anteil nur bei 4,2 %. Und der Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften lag im West bei 18 %, während er im Osten 22,3 % betrug (vgl. Statistisches Bundesamt [Hrsg.]: Leben und Arbeit in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2003. Tabellenanhang zur Pressebroschüre, Tabelle 3, eigene Berechnungen (http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/Tabellenanhang_MZ2003_Fassung_26-4-04.pdf).

⁷⁴ vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1999 bis 2003 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe; Wiesbaden 2004.

⁷⁵ vgl. Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.): Potenziale erschließen – Familienatlas 2005. Berlin 2005. S. 21f.

⁷⁶ Im Rhein-Main-Gebiet insgesamt soll der schon erwähnten Prognose des BBR zufolge der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte von 71,6 % (1997) auf 75,3 % (2015) steigen (vgl. Bucher, H.; Kocks, M.: Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. In: Informa-

„biographische Durchlaufstation“ beschriebene lebensphasenspezifische Nutzung der Stadt durch bestimmte Bewohnergruppen lässt sich anhand verschiedener Daten verdeutlichen. So wurden in der zweiten Frankfurter Wegzugsbefragung⁷⁷, die den Zeitraum von Anfang Oktober 1997 bis Ende März 1998 betrachtet, sozialstrukturelle Daten und Gründe für den Wegzug aus Frankfurt erhoben. Von den wegziehenden Haushalten zogen 72 % ins Umland, während 28 % der Region ganz den Rücken kehrten und ins sonstige Bundesgebiet oder ins Ausland zogen. Die Umzüge ins Umland waren 1998 in erster Linie wohnungsmarktorientiert. D.h., dass von den Betroffenen lediglich ein neuer Wohnstandort gesucht wird, sie die Region aber nicht verlassen haben und weiterhin in Frankfurt am Main selber oder im Umland einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Demgegenüber waren die Fernumzüge eher arbeitsmarktorientiert, d.h., dass mit einem neuen Arbeitsverhältnis außerhalb des Rhein-Main-Gebietes auch ein Umzug notwendig wurde.

Über die Motive für einen Zuzug nach Frankfurt gibt die Zuzugsbefragung 2000 ebenso Auskunft wie über die sozialstrukturellen Merkmale der Zuziehenden.⁷⁸ Zwei Drittel (67 %) der deutschen Neubürger, die sich an dieser Umfrage beteiligten, hatten keine Kinder, waren jünger als 35 Jahre, sieben von zehn hatten einen Hochschulabschluss (42 %) oder Abitur (30 %) und sind als Angestellte (45 %) oder in Führungspositionen (25 %) beschäftigt. Fast zwei Drittel (62 %) der deutschen Befragten gaben für ihren Umzug Gründe an, die mit ihrer beruflichen Tätigkeit zusammenhängen wie „Arbeitsplatzwechsel“, „Nähe zur Arbeitsstelle“, „Arbeitsangebot“ oder „Versetzung durch Arbeitgeber“. Aber auch Gründe wie „wollte in die Großstadt ziehen“ (16 %) oder „Kultur und Freizeitangebot“ (9 %) spielten eine Rolle. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich. Arbeitsplatzbedingte Umzüge sind nicht immer ganz freiwillig. Die Hälfte (49 %) der deutschen Befragten „würde lieber woanders wohnen“ und ein Viertel (25 %) wollte „auf jeden Fall wieder wegziehen“.

Fasst man die Ergebnisse der Wegzugs- und der Zuzugsbefragung zusammen, dann hängt die Entscheidung für ein Leben und Wohnen in Frankfurt auch mit bestimmten Lebensphasen zu-

tionen zur Raumentwicklung, Heft 11/12 [1999], S. 755-772; Kocks, M.; Schlömer, C.: Ausgewählte Ergebnisse der Raumordnungsprognose 2015. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12 [1999], S. 843-908).

⁷⁷ Dobroschke-Kohn, W.: Frankfurter Wegzugsbefragung 1996. In: Frankfurter statistische Berichte 4/1996, S. 265ff.; ders.: Frankfurter Wegzugsbefragung 1998. In: Frankfurter statistische Berichte 2/3 1999, S.131ff.

⁷⁸ Für die Zuzugsbefragung 2000 wurden 3.500 Personen angeschrieben, die zwischen Juli 1998 und Juni 1999 nach Frankfurt gezogen waren. Von diesen lebten 2.547 noch an ihrer ersten Frankfurter Adresse, bei 953 kam der Fragebogen mit dem Vermerk „unbekannt verzogen“ wieder zurück. Letztlich beteiligt haben sich 1.098 Personen an der Umfrage, was einer Beteiligungsquote von 43 % entspricht. Hierbei war die Beteiligung ausländischer Neubürger deutlich geringer als die der deutschen, so dass von denjenigen, die sich tatsächlich an der Umfrage beteiligt haben, 85 % Deutsche waren (vgl. Dobroschke, W.; Zepp, J.: Neu-Frankfurterinnen und -Frankfurter – wer sie sind, woher sie kommen, und was sie über Frankfurt denken. Erste Ergebnisse der Frankfurter Zuzugsbefragung 2000. In: Frankfurter statistische Berichte 1‘2001, S. 56-71).

sammen: Während sich junge, gut ausgebildete Personen vor der Familiengründung vom Leben in einer Großstadt angezogen fühlen, kehren von den deutschen Bewohnern viele der Stadt den Rücken, wenn sie Kinder haben. Für viele Menschen stellt ein Leben in Frankfurt von vornherein nur eine zeitliche begrenzte Phase dar. Vor allem junge und „mittelalte“ ökonomisch aktive Personen ziehen (oftmals aus Arbeitsmarktgründen) nach Frankfurt und auch von hier wieder weg. Den Weg ins Umland wählen dagegen Familien, denen die Qualität des Wohnungsangebotes in Frankfurt nicht passt. Der hohe Anteil von Einpersonenhaushalten und der geringe Anteil an Familienhaushalten in Frankfurt am Main hängen damit auch mit der hohen Attraktivität Frankfurts als Arbeitsstandort und der deutlich geringeren Attraktivität als Wohnstandort zusammen. Der im Vergleich zu anderen Großstädten geringe Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Wohnbevölkerung geht vor allem auf das Konto der ökonomisch aktiven mittleren Generation, die, sofern sie dauerhaft in der Region bleibt, nach der Familiengründung oftmals ins Umland abwandert, auch wenn viele Aktivitäten und insbesondere die Erwerbstätigkeit weiterhin in Frankfurt ausgeübt werden.

Bei der künftigen Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung spielen verschiedene Entwicklungen eine Rolle. Die Attraktivität Frankfurts als Arbeitsstätte wird weiterhin dazu führen, dass viele eher jüngere Menschen (oftmals vor der Phase der Familiengründung) in die Stadt ziehen. Viele von ihnen sind gut ausgebildet und erzielen überdurchschnittliche Erwerbseinkommen. Gleichzeitig wird es auch künftig eine umfangreiche wohnungsmarktbedingte Abwanderung ins Umland geben, wo vor allem Familien bessere Lebensbedingungen und eine bessere Wohnqualität erwarten als in Frankfurt.⁷⁹ Quasi als Gegenbewegung gegen die ersten beiden Trends findet eine Zuwanderung von Ausländern und/oder ausländischen Familien statt, die dazu führen wird, dass die Zahl der Kinder weit weniger abnimmt als im sonstigen Bundesgebiet, der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund (eines oder beide Elternteile stammen aus dem Ausland) weiter zunehmen wird.⁸⁰

⁷⁹ Die Zahl der in Frankfurt geborenen Kinder Frankfurter Mütter ist seit 1999 gestiegen, erreichte 2003 wieder das Niveau von 1998 und stieg von 2003 auf 2004 noch einmal deutlich an. Allerdings verlässt ein merklicher Teil der hier geborenen Kinder Frankfurter Eltern die Stadt kurz nach der Geburt. In den letzten Jahren wurden immer rd. 10 % mehr Kinder im Laufe eines Jahres in Frankfurt am Main von hier gemeldeten Müttern geboren, als am Ende des Jahres unter 1-Jährige in Frankfurt am Main gemeldet waren. So gab es 2004 6.700 Kinder Frankfurter Mütter, am Jahresende aber nur 6.258 hier gemeldete Kinder im Alter unter einem Jahr. In den Vorjahren war die Differenz ähnlich. Tatsächlich muss der Anteil der Weggezogenen noch höher liegen, da im Bevölkerungsstand am Jahresende auch die im Laufe des Jahres Zugezogenen enthalten sind.

⁸⁰ Diese Entwicklungen verstärken sich z.T. gegenseitig. So erhöht der Zuzug von ökonomisch aktiven und häufig auch gut verdienenden Angehörigen der jüngeren und mittleren Altersgruppen nach Frankfurt den Druck auf den Wohnungsmarkt, was wiederum wegen der damit verbundenen Mietsteigerungen dazu führt, dass Familien ins Umland abwandern.

3.3 **Erwerbstätigkeit von Eltern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Der oben erwähnte Bedeutungsverlust der Ehepaar-Familie ist verknüpft mit dem relativen Bedeutungsverlust des „Normalarbeitsverhältnisses“, das sich mit der Industriegesellschaft durchgesetzt hatte. Das traditionelle Familienmodell beruhte auf einer strikten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und einer räumlichen und funktionalen Trennung zwischen Familie und Arbeitswelt. Das Modell entsprach insofern der Realität, als die Arbeitseinkommen der „Familienernährer“ meist (und nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend auch in Arbeiterhaushalten) so hoch waren, dass eine Erwerbstätigkeit der Mütter aus ökonomischen Gründen nicht notwendig war. Unter diesen Bedingungen war die Vormittagsschule ein plausibles Modell, da man sich darauf verlassen konnte, dass am Nachmittag die Mutter zu Hause war und sich um die Kinder kümmern konnte. Diese Bedingungen gelten heute nicht mehr, denn

„ (...) die ökonomische Situation von Familien mit Kindern (ist) auch in den traditionellen und katholischen Regionen Deutschlands nur noch dann angemessen zu sichern, wenn zwei Einkommen zur Verfügung stehen. In Bayern beispielsweise tragen Frauen mit Kindern etwa ein Drittel des Haushaltseinkommens bei mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsbelastung außerhalb des Haushalts von 26 Stunden. In den neuen Bundesländern werden bei 35 Stunden fast 40 bis 45 Prozent des Haushaltseinkommens durch die Mütter erwirtschaftet. Die ökonomische Basis des arbeitsteiligen Modells der Familie in der Industriegesellschaft ist zerbrochen.“⁸¹

Obwohl das traditionelle Modell des Familienernährers heute immer weniger „funktioniert“, und Frauen in weit stärkerem Maße als früher einer Erwerbstätigkeit nachgehen, unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern immer noch deutlich. Vor allen Dingen Frauen, hier die westdeutschen mehr als die ostdeutschen, schränken – zumindest vorübergehend – ihre Erwerbstätigkeit ein, wenn sie mit Kindern in einem Haushalt leben.⁸² Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist umso geringer, je mehr Kinder vorhanden sind und je jünger die Kinder sind. Unabhängig vom Alter der Kinder waren im Mai 2003 24,7 % der westdeutschen Mütter im Alter von 15 bis unter 65 mit einem Kind vollzeittätig und 36,5 % teilzeittätig. Von den westdeutschen Müttern mit 2 Kindern waren nur 16,9 % vollzeittätig, aber 44,5 % teilzeittätig und von den Müttern mit 3 und mehr Kindern 12,7 % vollzeit- und 34,6 % teilzeittätig. Mütter mit zwei Kindern schränken demnach eine Vollzeittätigkeit zugunsten einer Teilzeittätigkeit ein, während die Erwerbsquote gegenüber den Müttern mit einem Kind nahezu unverändert ist. Hingegen stellen 3 und mehr Kinder für westdeutsche Mütter ein große-

⁸¹ Bertram, H.: Pluralität von Arbeits- und Familienformen: Die neue gesellschaftliche Herausforderung. Vortrag anlässlich der Verleihung der Grundzertifikate zum Audit Beruf und Familie am 10.5.2000 in Berlin (http://www.beruf-und-familie.de/files/dldata//1777f24c0a1b6e5162d66022cbf47e70/bertram_vortrag_2000.pdf).

⁸² Alle im Folgenden berichteten Zahlen sind entnommen aus: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2003, S. 31ff. sowie die entsprechenden Tabellen im Tabellenanhang zu dieser Veröffentlichung.

res Hindernis für eine Erwerbsbeteiligung an sich dar. Berücksichtigt man das Alter der Kinder, differenziert sich das Bild weiter. Ist das jüngste Kind im Haushalt weniger als 3 Jahre alt, arbeiten nur 29,9 % (10,2 % Vollzeit und 19,6 % Teilzeit) der westdeutschen Mütter, ist das jüngste Kind 3 bis unter 6 Jahre alt sind es schon 55,4 % (11,7 % Vollzeit und 43,7 % Teilzeit) und ist das jüngste Kind 6 bis unter 10 Jahre, sind es 64,9 % (15,2 % Vollzeit und 49,8 % Teilzeit). Bei westdeutschen Müttern überwiegt demnach die Teilzeittätigkeit, während bei den ostdeutschen Müttern bei einer insgesamt höheren Erwerbsbeteiligung der Anteil der Vollzeit Arbeitenden unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes höher ist als der Anteil der Teilzeit Arbeitenden. Westdeutsche Frauen arbeiten vor allem wegen persönlicher und familiärer Verpflichtungen Teilzeit (81 %), während bei ostdeutschen Frauen am häufigsten der Umstand entscheidend war, dass sie keine Vollzeittätigkeit finden konnten (52 %). Anders als bei den Müttern haben die Zahl der Kinder und das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt nahezu keinen Einfluss auf die Erwerbsquote der Väter.

In Frankfurt am Main gab es 2003 gut 83.000 Familien (inklusive Ein-Eltern-Familien) mit Kindern.⁸³ In rd. 62.000 dieser Familien lebten Kinder unter 18. In rd. 64.000 der rd. 83.000 Familien mit Kindern gab es eine oder mehrere erwerbstätige Personen. Es handelt sich hierbei um Hochrechnungen aus dem amtlichen Mikrozensus, einer 1-Prozent-Stichprobe aller Haushalte. Differenziertere Aussagen über die Erwerbstätigkeit von Frankfurter Eltern sind aufgrund des Mikrozensus nicht möglich. Man kann sich der Frage allerdings auch nähern, wenn man die Nutzung von Ganztags- und Zweidrittelplätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen als Indikator dafür heranzieht, dass Mütter sich wegen einer Berufstätigkeit nachmittags nicht um ihre Kinder kümmern können. So wurden 2001 rd. 8.000 Frankfurter Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren in Kindergärten ganztags betreut, und knapp 4.000 Kinder belegten einen sog. Zweidrittelplatz. Bei rd. 22.000 Kindern, die für eine Kindergartenbetreuung infrage kommen, bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte von ihnen eine erwerbstätige Mutter hatte. Berücksichtigt man ferner, dass eine unbekannte Zahl von Kindern in privaten Arrangements betreut wird, dann dürfte die Erwerbsquote der Mütter mit einem Kind im Kindergartenalter in Frankfurt etwas über dem westdeutschen Schnitt liegen. Hierbei zieht die Erwerbstätigkeit von Müttern nicht nur einen höheren Betreuungsbedarf nach sich, das Betreuungsangebot selber steuert auch die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Deshalb würde die Müt-

⁸³ vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1999 bis 2004 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe. Wiesbaden 2004, S. 24.

tererwerbsquote bei einem weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau des Betreuungsangebots vermutlich höher liegen als heute.

Einer Zunahme der Erwerbstätigkeit von Müttern steht allerdings nicht nur ein in mancher Hinsicht nicht bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten entgegen. Die Zunahme kinderloser Lebensformen und die Entscheidung für oder gegen Kinder mag auch etwas mit dem Mutterbild und der besonderen Verantwortung zu tun haben, die deutsche Frauen für die Entwicklung ihrer Kinder empfinden. Ein weiterer Grund für die höheren Geburtenraten in anderen europäischen Ländern liegt in der Rolle, die die klassische Kleinfamilie und die traditionelle Mutterrolle als Bezugsmodell spielen. Der französische Demograph Hervé Le Bras sagte dazu in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT:⁸⁴

LE BRAS: Die statistische Durchschnittsfranzösin bekommt immer noch 1,8 Kinder, ihr deutsches Pendant nur 1,4. Die Zahlen sind für Frankreich seit etwa 25 Jahren stabil, und wir haben keine Anzeichen, dass sich das ändert. Die Zweikindfamilie bleibt ein Ziel, das fast alle Paare anstreben und die meisten erreichen - Einzelkinder sind bei uns seltener als dritte Kinder.

ZEIT: In Deutschland bekommen je ein Viertel der Frauen entweder gar kein Baby oder nur eines.

LE BRAS: Ich kann gut verstehen, dass deutsche Frauen vor dem zweiten Kind zurückschrecken! Ich denke jetzt nicht einmal an ihre praktischen Schwierigkeiten, einen Kindergartenplatz zu bekommen, oder an die kurzen Schultage – in Frankreich sind alle öffentlichen Schulen Ganztagschulen und bieten anschließend Hausaufgabenhilfe, was den Frauen ein eigenes Leben ermöglicht. Nein: ich meine, die große Verantwortung, die auf einer deutschen Mutter lastet, die Verantwortung für das Seelenheil und den Erfolg des Kindes. Bei allem, was schief läuft, fragt sie sich immer: Habe ich mich vielleicht nicht genug um mein Kind gekümmert? Französische Mütter hingegen sind überzeugt, dass ihre Kleinen in der Krippe oder im Kindergarten bestens aufgehoben sind. Die Gesellschaft und die Psychologen geben ihnen Recht. Alle französischen Abhandlungen zur Kleinkindpsychologie betonen, wie wichtig die möglichst frühe ‚Sozialisierung‘ ist. In Frankreich glaubt man nicht, dass ein Kleinkind möglichst viel und lange mit seiner Mutter zusammen sein muß, um das lebensnotwendige ‚Urvertrauen‘ zu entwickeln.

(...) je schwächer die klassische Familie als Referenzmodell, desto höher die Bereitschaft für Frauen, Kinder zu bekommen. Das klingt zwar paradox, lässt sich für Westeuropa aber mit Zahlen belegen. In Frankreich, Skandinavien und Großbritannien werden überall verhältnismäßig viele Kinder geboren, etwa 1,8 bis 1,9 Kinder je Frau. Hier liegt auch ein anderer Wert besonders hoch, der für geringen Druck in Richtung ‚geordnetes Familienleben‘ spricht: die Zahl der außerehelichen Geburten, mehr als 50 Prozent in Schweden, um 40 % in Frankreich und Großbritannien. In den Mittelmeerländern hingegen bekommen die Frauen durchschnittlich nur 1,1 Kinder – und das ist auch der Teil Europas, in dem nur sehr wenige Kinder außerhalb der Ehe zur Welt kommen: 11 Prozent in Italien, 3 Prozent in Griechenland.

⁸⁴ vgl. Arme Deutsche, glückliche Französinen. Warum Frankreich einen Babyboom erlebt. Ein Gespräch mit dem Demografen Hervé Le Bras. In: Die Zeit Nr. 20/2001.

3.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der Wandel der Lebensformen und der sinkende Anteil von Familien ist ein Phänomen, das die deutsche Gesellschaft insgesamt schon jetzt stark verändert hat. Um die Zahl von Familien und Kindern nicht weiter sinken zu lassen, sind auf gesamtstaatlicher Ebene Maßnahmen erforderlich, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen. Ein entsprechendes Konzept wurde Mitte 2003 von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und Liz Mohn, der Gattin von Bertelsmann-Chef Reinhard Mohn, gegründeten „Allianz für Familie“ 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt.⁸⁵ In den westlichen Bundesländern bekommen diejenigen Frauen mehr Kinder, die auf informelle Betreuungsarrangements zurückgreifen können. „Die Nähe einer ‚Großmutter‘ hat in Westdeutschland einen signifikant positiven Einfluss auf die Geburt des ersten Kindes. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der ‚Großmüttergeneration‘ und eine mögliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit könnte jedoch dazu führen, dass dieser Pool potenzieller Betreuungspersonen zukünftig nur noch in geringerem Ausmaß zur Verfügung steht.“⁸⁶ Wenn, was allerdings umstritten ist⁸⁷, vor allem fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten die Entscheidung für ein (weiteres) Kind erschweren, dann kann nur ein Ausbau der institutionellen Betreuungsangebote Abhilfe schaffen. Insbesondere für Städte wie Frankfurt am Main mit seinem hohen Anteil von Zugezogenen, die sich im ökonomisch aktiven Alter befinden, in dem üblicherweise auch Familien gegründet werden, heißt dies, dass sie die „fehlende Nähe zur Großmutter“ durch entsprechende Betreuungsmöglichkeiten ausgleichen müssen.

Neben einer Verbesserung der Kinderbetreuung werden von einigen Beobachtern aber auch Maßnahmen vorgeschlagen, die die finanzielle Situation von Familien direkt verbessern. Hierzu gehört auch die Forderung nach Umwandlung des Kindergeldes in ein sog. Elterngeld, das den Einkommensverlust von Familien mindern soll. Das Elterngeld soll sich im Unterschied zum heutigen Erziehungsgeld, das für alle einheitlich ist, am letzten Gehalt orientieren. Die Einführung eines Elterngeldes wurde schon Ende der 1990er Jahre von Wissenschaftlern

⁸⁵ vgl. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/leitbild-der-allianz-f_C3_BCr-die-familie,property=pdf.pdf.

⁸⁶ vgl. Hank, K./ Kreyenfeld, M./ Spieß, C.K.: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. MPIDR WORKING PAPER WP 2003-002 JANUARY 2003, S. 19 (<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-002.pdf>).

⁸⁷ So kommt die in der vorigen Fußnote erwähnte Arbeit von Hank u.a. zu dem Ergebnis, dass es in den westlichen Bundesländern keinen nachweisbaren Effekt der Art oder des Umfangs des Kinderbetreuungsangebots in der jeweiligen Region auf die Entscheidung von Frauen gibt, erstmals ein Kind oder ein zweites Kind zu bekommen. Wenn sich dieser Befund bestätigt, dann fällt der Ausbau der Kinderbetreuung als bevölkerungspolitisches Instrument aus.

vorgeschlagen.⁸⁸ In der breiteren Öffentlichkeit wurde über die Einführung eines Elterngeldes erst diskutiert, als Familienministerin Renate Schmidt mit entsprechenden Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat⁸⁹. Sie ist inzwischen (November 2005) sogar Bestandteil der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung.

Die Realisierung eines Kinderwunsches hängt aber nicht nur von den vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten oder finanziellen Hilfen, die die Nachteile des (vorübergehenden) Rückzugs aus dem Erwerbsleben ausgleichen sollen, sondern auch von anderen Faktoren ab. Viele junge Menschen sehen in Stabilität der Partnerschaft und in der gesicherten beruflichen Perspektive mindestens eines der Partner die Voraussetzung, die gegeben sein muss, damit sie ein Kind bekommen. Diese Voraussetzungen scheinen noch wichtiger zu sein als das Vorhandensein einer Betreuungsmöglichkeit, so jedenfalls das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter Personen im Alter von 18 bis 44 Jahren aus dem Jahre 2004.⁹⁰ Der Realisierung eines Kinderwunsches steht weiterhin entgegen, dass viele junge Menschen gar keinen Kontakt (mehr) zu Kindern haben und mit der Entscheidung für Kinder vor allem Nachteile wie finanzielle Einschränkungen, Abhängigkeit und weniger soziale Kontakte verbinden, während Eltern Kinder eher mit einem erfüllten Leben, neuen Perspektiven und interessanten Erfahrungen oder der Möglichkeit durch Kinder neue Bekanntschaften zu knüpfen, assoziieren. Nimmt man die letzten Befunde ernst, dann scheinen die Möglichkeiten, über familienpolitische Maßnahmen im engeren Sinne (Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder eine stärkere finanzielle Unterstützung von Familien) die Geburtenzahlen zu steigern, begrenzt zu sein.⁹¹

Auch wenn der Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung in Frankfurt schon jetzt niedrig ist, wird Frankfurt auch in Zukunft keine kinderlose Stadt sein. Und auch wenn

⁸⁸ Vgl. Kirner, E.; Kirner, W.: Elternurlaub und Elterngeld als Bestandteile einer Strategie zur Umverteilung von Arbeit zwischen Männern und Frauen. In: Heinz P. Galler und Gert G. Wagner (Hrsg.): Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Frankfurt/Main, New York 1998, S. 379 ff.

⁸⁹ vgl. Financial Times Deutschland vom 3.9.2004: „Exklusiv: Höheres Elterngeld soll Geburtenzahl steigern“; Frankfurter Rundschau vom 9.9.2004: „‘Das Elterngeld ist nur ein Baustein‘. Regierungsberater Bert Rürup über Anreize zum Kinderkriegen, Ehegattensplitting und Emanzipation.“; Die Welt vom 6.9.2004: „Rot-Grün will Geburtenrate durch neues Elterngeld erhöhen“.

⁹⁰ vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung. Allensbach 2004 (<http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/media.php/597/Allensbach-Studie%20Geburtenrate.pdf>).

⁹¹ Anzumerken ist noch, dass es in Deutschland keine große Diskrepanz zwischen realisierter und gewünschter Kinderzahl gibt. Damit sind Ansätze, die durch weitgehende Hilfen die Realisierung von Kinderwünschen fördern und so die Geburtenzahlen steigern wollen, eher fragwürdig. Das Problem scheint in Deutschland darin zu bestehen, dass sich immer weniger Männer und Frauen überhaupt Kinder wünschen, und nicht darin, dass sie durch widrige Umstände daran gehindert werden, welche zu bekommen (vgl. Siebter Familienbericht, S. 113ff.; [<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht,property=pdf,bereich,rwb=true.pdf>]).

der Bedeutungsverlust familialer Lebensformen ein säkularer Trend ist, dem vor allem durch Maßnahmen auf gesamtstaatlicher Ebene begegnet werden muss, gibt es auf der lokalen Ebene eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wie die unmittelbare Lebenswelt kinder- und familienfreundlicher gestaltet werden kann. Im Herbst 2003 rief Familienministerin Renate Schmidt zur Gründung von „lokalen Bündnissen für Familie“ auf. Es gibt sie mittlerweile in vielen deutschen Städten und Gemeinden. Sie betätigen sich auf verschiedenen Handlungsfeldern.⁹² Zu ihrer Unterstützung wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Servicebüro⁹³ eingerichtet, dessen Beratungsleistungen kostenlos in Anspruch genommen werden können. In Frankfurt am Main wurde im Frühjahr 2005 eine entsprechende Initiative ins Leben gerufen. Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung, einem großen Familienfest auf dem Römerberg und einer Ausstellung in den Römerhallen beging die Stadt Frankfurt am 21.9.2005 gemeinsam mit der IHK, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und anderen Institutionen die Gründung des „Frankfurter Bündnisses für Familien“. Ziel hierbei ist u.a. eine verstärkte Förderung des Engagements Frankfurter Unternehmen auf diesem Gebiet. Zu den Bemühungen, die Stadt für Familien attraktiver zu machen, gehören auch der Erhalt und die Schaffung von Freiräumen und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und eines gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehrs.

⁹² Informationen und Beispiele aus der Praxis sind erhältlich unter: <http://familienhandbuch.ies.uni-hannover.de/handbuch.html>.

⁹³ vgl. <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>.

4. Lebenslage und materielle Situation

Haushalte mit Kindern befinden sich in Deutschland insgesamt wie auch in Frankfurt am Main häufiger in einer schlechteren ökonomischen Situation als Haushalte ohne Kinder: Sie sind häufiger von Sozialhilfe abhängig und häufiger einkommensarm als andere Haushaltsformen. Sozialhilfebedürftigkeit und Einkommensarmut sind zwei unterschiedliche Konzepte, mit denen Armut erfasst wird. Während jemand sozialhilfeberechtigt ist, wenn sein Einkommen bestimmte (individuelle) Bedarfsgrenzen unterschreitet, ist relativ einkommensarm, wer – gemessen am nationalen Durchschnitt – ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen hat, das einen bestimmten Prozentsatz (meist 50 %) des nationalen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens nicht überschreitet. Auch wenn beide Konzepte von grundsätzlich anderen Phänomenen ausgehen, so erfassen sie doch zum großen Teil die gleichen Bevölkerungsgruppen: Viele Sozialhilfeempfänger sind einkommensarm und viele Einkommensarme sind auch sozialhilfebedürftig.

4.1 *Die relative Einkommensposition von Personen, die in Haushalten mit Kindern leben*

Auf den ersten Blick sieht die Einkommenssituation Frankfurter Familien nicht so schlecht aus. So verfügten 2001 rd. 50 % der Frankfurter Haushalte mit Kindern über ein monatliches Netto-Haushaltseinkommen von 2.045 € oder mehr, während es von allen Frankfurter Haushalten nur 36 % waren.⁹⁴ Allerdings reicht dieses Mehr an Einkommen meist nicht aus, um die mit der höheren Personenzahl in Familienhaushalten verbundenen Mehrausgaben gegenüber kinderlosen Lebensformen auszugleichen. Dies gilt sowohl für die Bundesrepublik insgesamt wie auch für Frankfurt am Main, wie im Teil III des Frankfurter Sozialberichts: „Wohnungsversorgung“ nachgewiesen wurde.⁹⁵ In diesem 2002 erschienenen Teil des Frankfurter Sozialberichts wurden die Einkommensangaben von rd. 3.000 Frankfurter Haushalten ausgewertet, die im Rahmen des amtlichen Mikrozensus 1998 befragt wurden. Die hier erstmals vorgenommenen Analysen der Einkommenssituation wurden für diesen Bericht mit den

⁹⁴ vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1997 bis 2001 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe. Wiesbaden 2002, S. 23f.

⁹⁵ vgl. Jacobs, H.: Die Einkommensverteilung in Frankfurt am Main. In: Bolz, P.: Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend. Frankfurt am Main 2001, S. 42ff.

Daten des Mikrozensus 2002 in den Grundzügen wiederholt. Die Auswertungen fanden wieder in den Räumlichkeiten des Statistischen Landesamtes in Wiesbaden statt.

Grundsätzlich gilt, dass für die finanzielle Position eines Haushalts im Vergleich zu anderen neben der absoluten Höhe des Haushaltseinkommens die Personenzahl und deren Bedarf die entscheidenden Größen sind. Da Personen unterschiedlichen Alters einen unterschiedlichen Bedarf haben, wird bei der Berechnung der Einkommensposition eines Haushalts üblicherweise nicht einfach durch die Zahl der Personen, sondern durch die Summe ihrer „Bedarfsgewichte“ geteilt. Diese sollen zum einen den unterschiedlichen Bedarf von Personen verschiedenen Alters berücksichtigen, und zum anderen der Tatsache Rechnung tragen, dass mit wachsender Personenzahl bestimmte Dinge billiger werden. Manche Kosten sind für alle Haushalte gleich hoch, unabhängig davon, wie viele Personen in ihnen leben (beispielsweise die Grundgebühren für Telefon, Strom oder Gas, die Notwendigkeit, eine Küchenausstattung zu haben etc.). Demzufolge muss (wegen der einmalig anfallenden Kosten) die erste Person im Haushalt ein höheres Bedarfsgewicht haben als jedes weitere Haushaltsmitglied, und unter den weiteren Haushaltsmitgliedern muss (wegen des höheren Bedarfs) eine ältere Person ein höheres Bedarfsgewicht haben als eine jüngere. Verschiedene Skalen zur Bedarfsgewichtung wurden von der OECD entwickelt. Der sog. „älteren“ OECD-Skala zufolge bekommt die erste Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1, jede weitere Person im Alter von 14 Jahren und darüber das Bedarfsgewicht 0,7 und Kinder bis 13 Jahre eines von 0,5. Diese Skala wurde auch bei den hier vorgestellten Analysen für Frankfurt am Main verwendet.⁹⁶ Mit Hilfe der Bedarfsgewichte kann man die Einkommensposition von Haushalten verschiedener Größe und Zusammensetzung leicht vergleichen, indem man das Haushaltseinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte teilt. Hierbei werden die Einkommen von Mehr-Personen-Haushalten in Einkommens-Äquivalente von Ein-Personen-Haushalten umgerechnet. Da man das

⁹⁶ Die sog. „ältere“ OECD-Skala findet nach wie vor bei der Bestimmung von Einkommensarmut Verwendung (vgl. z.B. Goebel, J; Habich, R.; Krause, P.: Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik. In: Statistisches Bundesamt [Hrsg. In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung [WZB] und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim [ZUMA]: Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 623-638). Die Wahl der Äquivalenzskala bestimmt mit darüber, welche Haushalte als einkommensarm gelten oder ein besonderes Armutsrisiko aufweisen. Dies zeigt sich, wenn man Armutsberechnungen vergleicht, die zum einen mit der „älteren“ und zum anderen mit der „jüngeren“ OECD-Skala durchgeführt wurden. In der jüngeren OECD-Skala, die neuerdings auf der Ebene der EU wie auch im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Verwendung findet, wird das Bedarfsgewicht weiterer Haushaltsangehöriger um 0,2 niedriger angesetzt als in der älteren. Damit steigen im Vergleich zu Einpersonenhaushalten die Netto-Äquivalenzeinkommen von Mehrpersonenhaushalten. Hierdurch ergeben sich niedrige Armutsquoten bei Familien und Kindern und höhere bei Alleinlebenden (vgl. Hauser, R.: Armutsforschung und Armutsberichterstattung. Vortrag beim ZUMA-Workshop über Armuts- und Reichtumsberichterstattung, Mannheim, 8.-9. November 2001 ([<http://www.social-science-geis.de/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/PDFs/Hauser.pdf>])).

Nettohaushalts-Einkommen zur Berechnung heranzieht, spricht man auch von Netto-Äquivalenzeinkommen. Die Skalen, also die Reihe verschiedener Bedarfsgewichte, deren Berücksichtigung die Äquivalenz herstellen soll, nennt man deshalb auch Äquivalenzskalen. Ohne Berücksichtigung der Personenzahl und der Alterszusammensetzung bekommt man keinen zuverlässigen Eindruck über die Wohlstandsposition der Haushalte und ihrer Mitglieder.⁹⁷ Da im Mikrozensus nicht nach einem konkreten Einkommensbetrag gefragt wird, sondern die Befragten ihr Haushaltseinkommen anhand von Einkommensbereichen (z.B. von 700 bis 900 €) angeben sollen, muss man eine Entscheidung treffen, welches Einkommen man denn bei der Berechnung der Haushalts-Äquivalenzeinkommen zugrunde legt. Für diese Analysen wurde jeweils der Mittelwert zwischen der unteren und der oberen Grenze eines Bereichs gewählt. So wurde z.B. einem Haushalt, der sich in der Einkommensgruppe von 700 bis 900 € eingestuft hatte, das Einkommen 800 € zugeschrieben.

Geht man in der beschriebenen Weise vor, dann ergibt sich für die Frankfurter Haushalte für 2002 ein Haushalts-Äquivalenzeinkommen von 1.572 €. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht die Einkommensposition von Haushalten mit und ohne Kinder. Über das höchste Haushalts-Äquivalenzeinkommen verfügen demnach nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder.⁹⁸ In der Regel dürften hier zwei Erwerbseinkommen vorliegen. Auch Ehepaare ohne Kinder und alleinlebende Personen ohne Kinder stehen vergleichsweise gut da, während Ehepaare mit Kindern und ledige, getrennt lebende oder geschiedene Alleinerziehende im Durchschnitt sehr niedrige Äquivalenzeinkommen aufweisen. Letztere erreichen nur noch etwas mehr als die Hälfte des Durchschnittsäquivalenzeinkommens aller Frankfurter Haushalte. Gegenüber dem Mikrozensus 1998 hat sich an der relativen Einkommensposition der verschiedenen Lebensformen kaum etwas geändert.

⁹⁷ Deshalb geben Vergleiche der durchschnittlichen Haushaltseinkommen in verschiedenen Gebietseinheiten zwar wichtige Hinweise auf die Einkommenssituation, ohne Berücksichtigung der durchschnittlichen Haushaltsgröße und -zusammensetzung führen solche Vergleiche aber nicht weit genug. So liegt Frankfurt am Main bei den Pro-Kopf-Einkommen ziemlich genau im Landesdurchschnitt (vgl. Frankfurter Statistik 01/2005: Arbeitnehmerentgelte und Verfügbares Einkommen in Frankfurt am Main und im Umland). Wegen des geringeren Anteils an Kindern, die einen niedrigeren Bedarf haben als Erwachsene, ist die Einkommensposition des durchschnittlichen Frankfurters aber deutlich ungünstiger als des durchschnittlichen Hessen.

⁹⁸ Kinder im Sinne des Mikrozensus ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil zusammen leben. Als Kinder gelten auch ledige Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind gibt es nicht.

Tabelle 8: Haushalts-Äquivalenzeinkommen nach Lebensform in % des Frankfurter Durchschnittsäquivalenzeinkommens in Frankfurt am Main 1998 und 2002

Lebensform	in % des Durchschnitts- äquivalenzeinkommens 1998	in % des Durchschnitts- äquivalenzeinkommens 2002
Ehepaar ohne Kinder	106,3	106,9
Ehepaar mit Kindern	76,8	77,2
Ledige Alleinerziehende (ohne Partner)	50,2	55,5
Verheiratet getrennt lebende/ geschiedene Alleinerziehende	64,5	59,9
Verwitwete Alleinerziehende	79,0	83,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kind	131,7	127,0
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit ledigen Kindern	82,2	78,8
geschiedene, verwitwete, getrenntlebende Person ohne Kind	108,8	110,2
ledige Person ohne Kinder	103,2	104,0

Quelle: Mikrozensus 1998 und 2002, eigene Berechnungen. Alle Lebensformen sind mit mehr als 30 Fällen vertreten.

Durchschnittswerte sagen nichts darüber aus, wie viele Haushalte eines bestimmten Typs besonders niedrige oder hohe Äquivalenzeinkommen haben. Um dies zu untersuchen, wurden vier Einkommensgruppen gebildet, und zwar Haushalte, die unter 50 % des durchschnittlichen Frankfurter Haushalts-Äquivalenzeinkommens erreichen („niedriges“ Einkommen), Haushalte, die mindestens 50, aber weniger als 100 % erreichen („mäßiges“ Einkommen), Haushalte, die mindestens 100, aber weniger als 150 % erreichen („gehobenes“ Einkommen) und schließlich Haushalte, die mindestens 150 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens Frankfurter Haushalte erreichen („hohes“ Einkommen). Die Grenze für ein „niedriges“ Einkommen liegt bei der Hälfte von 1.572 €, also bei 786 €. Dieser Wert lag Ende 2002 für Einpersonenhaushalte auf einem Niveau, das von etwas weniger als der Hälfte der allein lebenden Sozialhilfeempfänger übertroffen wurde, wenn man bei ihnen Regelsatz, Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft und durchschnittliche einmalige Leistungen addiert.

Insgesamt gehörten 15,8 % aller Frankfurter Haushalte zur Gruppe der Niedrigeinkommens-Haushalte. Von den Haushalten, in denen keine Kinder unter 15 Jahren leben, waren lediglich 11,9 % Niedrigeinkommens-Haushalte, von den Haushalten mit einem Kind schon 30,4 %

und von denen mit 2 Kindern sogar 40,7 %. Sind drei und mehr Kinder vorhanden, steigt der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen auf rd. zwei Drittel an.

Tabelle 9: Haushalte, die bis 50, 100, 150 und mehr als 150 % des durchschnittlichen Haushalts-Äquivalenzeinkommens erreichen, nach Zahl der Kinder unter 15 in % in Frankfurt am Main 2002

Einkommensklasse	alle Haushalte	Zahl der Kinder im Haushalt			
		0	1	2	3 u. mehr
niedrig (bis 50 %)	15,8	11,9	30,4	40,7	66,6**
mäßig (50 – 100 %)	45,2	45,0	53,8	42,0	33,3**
gehoben (100 - 150 %)	25,7	28,1	15,8*	17,3**	
hoch (über 150 %)	13,4	15,1			

* Zellen wegen niedriger Besetzungszahlen zusammengefasst. Die Mindestzellenbesetzung beträgt 30.

** unsicher wegen Zellenbesetzung zwischen 10 und 30

Quelle: Mikrozensus 2002, eigene Berechnungen.

Haushalte mit Kindern, deren Haushaltsvorstand nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hat, sind deutlich häufiger in der niedrigsten Einkommensgruppe anzutreffen als Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand. Während von den Ehepaaren mit Kindern mit deutscher Bezugsperson (= Person, die bei der Erhebung Auskunft gab) 16,1 % der niedrigsten Einkommensgruppe angehörten, waren es von den Ehepaaren mit Kindern mit ausländischer Bezugsperson 50,3 %. Der Anteil Niedrigeinkommens-Haushalte differiert je nach Lebensform. Insbesondere Haushalte von Alleinerziehenden und Haushalte von Ehepaaren mit Kindern hatten 1998 und 2002 überdurchschnittlich häufig ein niedriges Einkommen.

Diese Ergebnisse stimmen mit dem überein, was man aufgrund bundesweiter Daten zur Einkommensposition von Haushalten mit und ohne Kinder erwarten konnte.⁹⁹ Insbesondere die Haushalte von Alleinerziehenden und – in deutlich geringerem Ausmaß – von Ehepaaren mit Kindern befinden sich häufig in einer schlechteren materiellen Lage als kinderlose Haushalte.

⁹⁹ vgl. z.B. Hanesch, W./ Krause, P./ Bäcker, G u.a.: Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek bei Hamburg 2000, S. 92; Goebel, J; Habich, R.; Krause, P.: Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 623-638, hier 631ff.

Tabelle 10: Prozentanteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen (höchstens 50 % des durchschnittlichen Haushalts-Äquivalenzeinkommens) nach Lebensform in Frankfurt am Main 2002

	1998	2002
Ehepaar ohne Kinder	11,3	9,9
Ehepaar mit Kindern	26,1	29,4
Ledige Alleinerziehende (ohne Partner)	59,1*	43,8*
Verheiratet getrennt lebende/ geschiedene Alleinerziehende	35,3	44,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kind	10,4*	7,8*
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit ledigen Kindern	–**	–**
Geschiedene, verwitwete, getrenntlebende Person ohne Kinder	3,8	9,7
ledige Person ohne Kinder	13,2	14,1
alle Frankfurter Haushalte	13,8	15,8

* unsicher wegen Zellenbesetzung zwischen 10 und 30

** nicht ausgewiesen wegen Zellenbesetzung unter 10

Quelle: Mikrozensus 1998, eigene Berechnungen

Die vorangegangenen Analysen zeigten, dass knapp 30 % der Haushalte von Ehepaaren mit Kindern und über 40 % der Haushalte von alleinerziehenden der niedrigsten Einkommensgruppe angehören. Verlässt man einmal die Ebene der Haushalte und fragt, wie viele Frankfurter Kinder unter 15 in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen lebten, dann lebte 2002 – bei allen Unsicherheiten einer Hochrechnung – mehr als jedes dritte Frankfurter Kind in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen, d.h. in einem Haushalt, dessen Einwohner oftmals kaum mehr Einkommen zur Verfügung hatten als ein durchschnittlicher Sozialhilfehaushalt.

Die Vergleichbarkeit der Einkommensangaben in den Mikrozensus-Erhebungen 1998 und 2002 und der hierauf fußenden Berechnungen ist eingeschränkt. Dies gilt insbesondere für das errechnete durchschnittliche Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen. Dieses liegt mit 1.572 € deutlich über dem für 1998 errechneten Wert von 2.488 DM oder umgerechnet 1.272 €. Der Wert von 1.272 € im Jahre 1998 entspricht – die durchschnittlichen Preissteigerungen im Bundesgebiet unterstellt – einem Einkommen von 1.357 im Jahre 2002. Gegenüber 1998 ist demnach das errechnete Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen Frankfurter Haushalte inflationsbereinigt um 15,8 % gestiegen. Dies darf nicht vorschnell als eine deutliche Einkommenssteigerung interpretiert werden. Vielmehr dürften Veränderungen im Messkonzept des Mikrozensus hierbei eine Rolle gespielt haben. Gegenüber dem Mikrozensus 1998 wurde nämlich

die Zahl der Einkommensklassen, in die sich die Befragten einstufen konnten, vergrößert und nach oben hin erweitert. Gegenüber 1998 sind zudem die höheren Einkommensklassen (5.000 € und mehr bzw. 10.000 DM und mehr) deutlich höher besetzt: 2,1 % 1998 gegenüber 5,5 % 2002. Dies spricht für eine bessere Erfassung dieser einkommensstarken Haushalte, die sonst in Bevölkerungsumfragen eher unterrepräsentiert sind. Es können aber auch die ganz normalen Schwankungen in der Zusammensetzung einer Zufallsstichprobe sein, die sich hier bemerkbar machen. Diese Haushalte gehen mit deutlich höheren Haushaltseinkommen in die Durchschnittsberechnung mit ein. Allein von daher ist schon eine merkbare Steigerung des errechneten Durchschnittseinkommens zu erwarten. Hinzukommt, dass von 1998 bis 2002 die durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt abgenommen hat, nämlich von 1,84 auf 1,81, also um knapp 2 %. Da das Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen ein modifiziertes Pro-Kopf-Einkommen ist, wirkt sich eine sinkende Haushaltsgröße positiv auf das Durchschnittseinkommen aus. Bedacht werden muss, dass von eventuellen Verzerrungen von Stichprobenmittelwerten, die schon allein durch die jeweils unterschiedliche Zusammensetzung von Zufallsauswahlen und die jeweils unterschiedlich große Ausschöpfung einer Stichprobe bedingt sind, die relativen Positionen von Teilgruppen kaum berührt werden. Genau um diese ging es aber an dieser Stelle. Festzuhalten bleibt deshalb: Unabhängig von der Steigerung der Durchschnittseinkommen hat sich die relative Einkommensposition der verschiedenen Haushaltstypen seit 1998 kaum geändert. Insbesondere Haushalte mit Kindern haben im Durchschnitt eine merklich schlechtere Einkommensposition als andere Haushalte. Dies zeigen auch die Daten zum Sozialhilfebezug und zum Bezug von Arbeitslosengeld II, die in den nächsten beiden Abschnitten behandelt werden.

4.2 Sozialhilfebezug von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien

Die zweite Informationsquelle, aus der der Anteil von Haushalten mit niedrigem Einkommen abgelesen werden kann, war bis Ende 2004 die amtliche Sozialhilfestatistik. In dieser Erhebung sind alle Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am jeweiligen Jahresende ausgewiesen. Im Gegensatz zum oben erwähnten Mikrozensus ist die Sozialhilfestatistik damit eine Vollerhebung. Damit entfallen alle Unsicherheiten, die sich ergeben, wenn man von

einer im Umfang beschränkten Stichprobe auf die Verhältnisse in einer Gesamtpopulation schließen möchte.¹⁰⁰

In der Bundesrepublik ist die Sozialhilfequote von 1,4 % im Jahre 1980 auf 3,3 % 2002 gestiegen (+ 137 %).¹⁰¹ Weit stärker war der Anstieg bei den Minderjährigen von 2,1 auf 6,6 % (+ 214 %) und hier insbesondere bei den Kindern unter 7 Jahren von 2,0 auf 8,6 % (+ 330 %). Die Sozialhilfequote der Ehepaare mit minderjährigen Kindern ist in diesem Zeitraum von 0,6 auf 2,0 % angestiegen, die der alleinerziehenden Frauen von 19,2 auf 26,1 %. Dies bedeutet, dass Kinder bzw. Haushalte mit Kindern in besonders starkem Maße von Sozialhilfebedürftigkeit betroffen sind. Frankfurt am Main weicht hier nicht vom Bundestrend ab. Die Daten zeigen, dass auch hier Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich häufig in Haushalten leben, die Sozialhilfe beziehen.

Die Sozialhilfequote der Kinder und Jugendlichen erreichte 1996 mit 15,0 % ihren Höhepunkt und sank bis 2001 auf 11,5 %. Seitdem ist sie wieder angestiegen. Ende 2004 gab es in Frankfurt am Main 98.185 Personen unter 18 Jahre, die hier mit Hauptwohnsitz gemeldet waren. Darunter waren 35.371 Kinder unter 6 und 62.814 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 17 Jahren. Am Jahresende 2004 gab es 5.263 Kinder unter 6, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen haben (Quote 14,9 %) und 7.816 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 17 in der Sozialhilfe (Quote 12,4 %). Insgesamt betrug die Sozialhilfequote bei den Minderjährigen 13,3 % und lag damit geringfügig unter dem Vorjahreswert. Zum Vergleich: In der Bevölkerung zwischen 18 und unter 65 lag die Sozialhilfequote bei 5,8 % (24.733 Sozialhilfe-

¹⁰⁰ Der Bezug von Sozialhilfe wird auch als „bekämpfte“ Armut bezeichnet. „Bekämpft“ heißt diese Form der Armut deshalb, weil die Sozialhilfe ausdrücklich dazu geschaffen wurde, um Armut zu beseitigen. Sobald eine Person Sozialhilfe bekommt, spricht man von „bekämpfter Armut“. Hingegen bilden Personen, die zwar sozialhilfeberechtigt sind, aber nicht beim Sozialamt vorstellig werden, die „verdeckte“ Armut. Aus dem Verhältnis von „bekämpfter“ zu „verdeckter“ Armut lässt sich die sog. „Dunkelziffer“ der Armut berechnen. Kommen auf drei Sozialhilfeempfänger zwei Personen, die ihren Anspruch nicht wahrnehmen, dann beträgt die Dunkelziffer 40 %. Wie hoch diese Dunkelziffer in Frankfurt am Main ist, kann nicht gesagt werden. Selbst relativ umfangreiche Umfragen wie der jährlich durchgeführte Mikrozensus stoßen hier an ihre Grenzen. Zum einen liegt dies daran, dass im Mikrozensus das Einkommen nur in relativ großen Einkommensklassen erfasst wird, der sozialhilferechtliche Bedarf für jeden Haushalt aber trennscharfe Linie darstellt. Zum anderen sind bei einer so großen Umfrage wie dem Mikrozensus mit seinen rd. 3.000 Haushalten nur rd. 200 Sozialhilfe-Haushalte (gut 6 %) zu erwarten. Würde man ebenfalls 200 Haushalte finden, die ein Einkommen unterhalb ihres sozialhilferechtlichen Bedarfs haben, aber keine Sozialhilfe beziehen, würde dies einer Dunkelziffer von 50 % entsprechen. Nun liegt der sog. „einfache Standardfehler“ bei einer Bevölkerung von 0,65 Mio. und einem ermittelten Wert von rd. 6 % bei über 10 Prozentpunkten. D.h., dass der wahre Wert in der Grundgesamtheit für dieses Merkmal mit 95 % Wahrscheinlichkeit auch nahe 0 oder bei rd. 25 % liegen könnte. Die Fehlerquoten sind bei Merkmalen, die nur bei einem kleinen Prozentsatz der Stichprobe vorliegen, ausgesprochen hoch. Bei Merkmalen, die bei der Hälfte der Stichprobe vorliegen, beträgt der einfache Standardfehler hingegen nur rd. 2,5 Prozentpunkte, liegt also mit 95 % Wahrscheinlichkeit (doppelter Standardfehler) zwischen 45 und 55 %.

¹⁰¹ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozialhilfe in Deutschland. Entwicklung, Umfang, Strukturen. Wiesbaden 2003, S. 9ff.

empfänger bei 422.893 Einwohnern dieser Altersgruppe). Von den 98.185 Minderjährigen hatten 24.729 keinen deutschen Pass. Unter ihnen gab es 5.752 Sozialhilfeempfänger (Quote: 23,3 %). Demgegenüber gab es unter den 73.456 deutschen Minderjährigen nur 7.327 Sozialhilfeempfänger (Quote: 10,0 %).

Tabelle 11: Minderjährige Sozialhilfeempfänger, minderjährige Einwohner mit Hauptwohnsitz und altersspezifische Sozialhilfequoten 1995-2004

Alter	Sozialhilfeempfänger im Alter von			Einwohner mit Hauptwohnsitz im Alter von			Sozialhilfequote nach Altersgruppen		
	0-5	6-17	0-17	0-5	6-17	0-17	0-5	6-17	0-17
1995	5.975	8.023	13.998	33.802	62.756	96.558	17,7	12,8	14,5
1996	6.152	8.448	14.600	33.607	63.466	97.073	18,3	13,3	15,0
1997	4.981	7.014	11.995	33.308	63.542	96.850	15,0	11,0	12,4
1998	4.728	6.820	11.548	33.292	62.708	96.000	14,2	10,9	12,0
1999	4.606	6.700	11.306	33.249	61.812	95.061	13,9	10,8	11,9
2000	4.413	6.546	10.959	33.415	61.683	95.098	13,2	10,6	11,5
2001	4.406	6.563	10.969	33.989	61.680	95.669	13,0	10,6	11,5
2002	4.800	7.085	11.885	34.337	61.967	96.304	14,0	11,4	12,3
2003	5.316	7.836	13.152	34.790	62.494	97.284	15,3	12,5	13,5
2004	5.263	7.816	13.079	35.371	62.814	98.185	14,9	12,4	13,3

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen.

Neben der Nationalität der Eltern spielte im Hinblick auf die Sozialhilfebetroffenheit der Haushaltstyp eine entscheidende Rolle. Von den minderjährigen Sozialhilfeempfängern lebten Ende 2004 51,0 % in Haushalten von überwiegend weiblichen Alleinerziehenden (ohne Lebenspartner oder Lebenspartnerin im Haushalt). Demgegenüber ist von allen Frankfurter Haushalten mit Kindern nur etwa jeder vierte ein Alleinerziehendenhaushalt.¹⁰² Von den Haushalten mit minderjährigen Kindern waren Ende 2004 in Frankfurt am Main rd. 11 % sozialhilfebedürftig, während es von den Haushalten ohne minderjährige Kinder nur rd. 5 % waren.¹⁰³

¹⁰² Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1999 bis 2003 nach Regionaleinheiten. Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe. Wiesbaden 2004, S. 24.

¹⁰³ Bei dieser Berechnung wurden Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften vom Typ „einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger“ nicht berücksichtigt, da diese gewöhnlich Mitglied eines Haushalts sind, mit dessen anderen Mitgliedern sie aber keine „Bedarfsgemeinschaft“ bilden.

Tabelle 12: Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes nach Art der Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaft in Frankfurt am Main Ende 2004. Angaben in Prozent.

	Haushaltsvorstand erwerbstätig	Haushaltsvorstand arbeitslos
Paare ohne Kind	12,3	66,6
Paare mit Kind(ern)	18,1	58,6
alleinlebende Personen	6,8	69,5
Alleinerziehende	13,8	33,4
Alle	10,1	59,0

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

Die Sozialhilfe („Hilfe zum Lebensunterhalt“) setzte sich zusammen aus „laufenden Leistungen“, die die Hilfeempfänger regelmäßig bekamen, und sog. „einmaligen Leistungen“, die beim Vorliegen besonderer Bedarfstatbestände bezahlt wurden. Zu den laufenden Leistungen gehörten erstens der je nach Stellung im Haushalt unterschiedlich hohe sog. „Regelsatz“, von dem Essen, kleinere Anschaffungen des täglichen Bedarfs und Strom bezahlt werden mussten, zweitens die von Haushalt zu Haushalt unterschiedlich hohen Kosten der Unterkunft und drittens sog. „Mehrbedarfzuschläge“, die bei Vorliegen bestimmter Umstände, die einen erhöhten Bedarf begründen, regelmäßig gezahlt wurden (z.B. krankheitsbedingte kostenaufwändigere Ernährung, allein für die Erziehung von Kindern zuständig). Die sog. „einmaligen Leistungen“ wurden hingegen gewährt, um unregelmäßig oder punktuell anfallende Bedarfe zu befriedigen (Anschaffung von Bekleidung oder Möbeln, Renovierung o.ä.). Sozialhilfe-Haushalte des gleichen Haushaltstyps (z.B. Eltern mit zwei Kindern gleichen Alters) hatten deshalb (vor allem wegen der unterschiedlich hohen Kosten der Unterkunft und ggf. wegen des Vorliegens von Umständen, die die Zahlung eines „Mehrbedarfzuschlages begründeten) unterschiedlich hohe sozialhilferechtliche Bedarfe („Bruttobedarf“). Der letztendlich vom Sozialamt ausgezahlte Betrag („Nettobedarf“) errechnete sich aus der Differenz von Bruttobedarf und Einkünften der Bedarfsgemeinschaft (z.B. Kindergeld, Unterhaltszahlungen, Erwerbseinkommen). So betrug in Frankfurt am Main Ende 2004, also vor Inkrafttreten der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der durchschnittliche monatliche sozialhilferechtliche Bedarf (ohne einmalige Leistungen) bei Ehepaaren mit zwei Kindern unter 18 Jahren 1.658 €. Rund zwei Drittel hatten einen Bruttobedarf zwischen 1.412 und 1.904 € und rd. ein Drittel einen noch niedrigeren oder höheren Bruttobedarf. Aufgrund des angerechneten Einkommens betrug der durchschnittliche Zahlbetrag aber nur 902 €.

Der Sozialhilfebezug von Familien hing ganz wesentlich mit der Erwerbssituation eines oder beider Elternteile zusammen. Ende 2004 war rd. ein Viertel der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in der Sozialhilfe, obwohl Erwerbseinkommen vorhanden war. Von allen Bedarfsgemeinschaften war es nur jede sechste. Bei Paarhaushalten mit Kindern war die unzureichende Höhe des Erwerbseinkommens häufiger als bei jedem anderen Bedarfsgemeinschaftstyp Ursache der Sozialhilfebedürftigkeit. Bei diesen Haushalten könnte man also von „Armut trotz Erwerbstätigkeit“¹⁰⁴ sprechen, ein Phänomen, das für viele Sozialhilfe-Haushalte typisch war und zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, dass die Kosten, die Kinder verursachen, nur zu einem kleinen Teil von der Gesellschaft in Form von Kindergeld und anderen Sozialleistungen übernommen werden, und darauf, dass Kinder ein wesentliches Hindernis für die Erwerbstätigkeit von Müttern darstellen.

Kinder, die Sozialhilfe bezogen, waren im Stadtgebiet sehr ungleich verteilt.¹⁰⁵ Besonders hohe Sozialhilfequoten von 20 % und mehr gab es Ende 2003 in den Stadtbezirken 552 (Griesheim-West), 491 (Bonames), 151 (Gutleutviertel), 192 (Westend-Nord), 470 (Preungesheim), 520 (Fechenheim-Süd), 153 (Gallus), 632 (Sossenheim-Ost), 441 (Ginnheim), 165 (Gallus) und 510 (Fechenheim-Nord). In diesen 11 Stadtbezirken lebten Ende 2003 15,2 % der Einwohner unter 18 Jahren, aber 25,3 % der Sozialhilfeempfänger dieser Altersgruppe.

4.3 Kinder und Jugendliche in Haushalten, die Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII bekommen

Im gegliederten System der sozialen Sicherung hat der Bereich der Fürsorge durch die im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) installierte Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) sowie die Neugestaltung des Sozialhilferechts und seine Eingliederung ins Sozialgesetzbuch (SGB XII) zum Teil tiefgreifende Änderungen erfahren. Beide Gesetze traten zum Jahresbeginn 2005 in Kraft. Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist die Bundesagentur für Arbeit; für die Leistungen für Unterkunft (Miete) und Heizung sowie für eine Reihe von Dienstleistungen, wie z.B. Schuldnerberatung, sind die Kreise und kreisfreien Städte, wie Frankfurt am Main, (Kosten-)Träger. Träger der unterhaltssichernden Leistungen der Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) sind die Kreise und kreisfreien Städte, die durch das SGB II finanziell entlastet wurden.

¹⁰⁴ vgl. Strengmann-Kuhn, W.: Armut trotz Erwerbstätigkeit: Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt am Main 2003; ders.: Von wegen aktivierende Sozialhilfe. In: neue caritas, Heft 4/2004, S. 20-23.

¹⁰⁵ siehe Tabelle im Anhang.

Durch die neue Gesetzgebung wurde die Arbeitslosenhilfe als eigenständige Hilfeart nach dem SGB III gestrichen. Arbeitslosenhilfe wurde anders als das Arbeitslosengeld aus Steuermitteln finanziert und nahm eine Zwitterstellung zwischen Fürsorge- und Versicherungsprinzip ein. Sie kam im Versicherungsfall (also Arbeitslosigkeit) nur zur Auszahlung, wenn nach den Kriterien des SGB III *Bedürftigkeit* vorlag. Allerdings war die Leistungshöhe nicht auf die Beseitigung der Bedürftigkeit hin ausgerichtet, sondern folgte dem versicherungsrechtlichen Äquivalenzprinzip und war deshalb in vielen Fällen nicht bedarfsdeckend. In der Konsequenz musste eine größere Anzahl von Leistungsempfängern neben der den Bedarf nicht deckenden Arbeitslosenhilfe ergänzend Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Diese „Doppelzuständigkeit“ von Arbeitsverwaltung und Sozialhilfeträger ist durch die Streichung¹⁰⁶ der Arbeitslosenhilfe aufgehoben worden. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende ist jetzt das Fürsorgesystem zur Sicherung des Existenzminimums von arbeitslosen *Erwerbsfähigen*, die *bedürftig* sind. Sie erhalten das sog. Arbeitslosengeld II. Nicht erwerbsfähige Personen, die mit Beziehern von Arbeitslosengeld II zusammenleben, bekommen das sog. Sozialgeld.

SGB II und SGB XII stimmen hinsichtlich der Höhe der finanziellen Leistungen weitgehend überein. Dem Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld in der Grundsicherung für Arbeitssuchende entsprechende Vorschriften finden sich in den Regelungen zur Sicherung des „notwendigen Lebensunterhalts“ im SGB XII. Gegenüber der früheren Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG wurde die Leistungsgewährung deutlich vereinfacht. So gibt es die meisten einmaligen Leistungen nicht mehr. Stattdessen wurden die *Regelleistungen* (im BSHG: die *Regelsätze* in der Hilfe zum Lebensunterhalt) deutlich angehoben, so z.B. der Regelsatz für Alleinstehende und Haushaltsvorstände („Eckregelsatz“) von 297 im Jahr 2004 auf 345 € (2005). Während dies für viele früheren Sozialhilfeempfänger eine leichte Verbesserung des Leistungsniveaus bedeutet, solange keine größeren Anschaffungen notwendig sind, die bislang über die „einmaligen Leistungen“ abgedeckt wurden, stellen sich viele ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger schlechter, nämlich all die, deren bisheriger Arbeitslosenhilfeanspruch deutlich über dem Sozialhilfeniveau lag. Für sie wird der ökonomische Druck, eine Erwerbstätigkeit anzunehmen, deutlich größer als früher.¹⁰⁷

¹⁰⁶ Die die Gesetzgebung begleitende politische Rhetorik, in der die Arbeiten zum SGB II als „Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ bezeichnet wurden, ist insoweit irreführend.

¹⁰⁷ Gerechtfertigt wurde diese Leistungseinschränkung mit dem Versprechen, eine gegenüber der bisherigen Praxis der Arbeitsämter deutlich verbesserte Betreuung und Vermittlung sicherzustellen: Wer besser beraten wird und wer schneller wieder in Arbeit kommt, für den wirken sich die materiellen Leistungseinschränkungen auch nicht so aus wie bei einer längeren Arbeitslosigkeit. Um dies zu gewährleisten, soll jeder Empfänger von Arbeitslosengeld II einen „persönlichen Ansprechpartner“ bekommen, der für deutlich weniger Arbeitslose zustän-

Die neuen Fürsorgegesetze – und hier insbesondere SGB II – folgen einem Workfare-Konzept von „Fordern und Fördern“. Es sollen „erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbsfähigkeit“ unterstützt werden (§ 1 Abs. 1 SGB II). Hierzu sind die Zumutbarkeitsregelungen zur Aufnahme einer Tätigkeit verschärft worden; grundsätzlich gilt jede Arbeit als zumutbar (§ 10 SGB II). Haushalte von alleinerziehenden Eltern, in der Regel handelt es sich um Mütter, haben, insbesondere wenn mehrere Kinder zu versorgen waren, in der Vergangenheit sehr häufig auf Leistungen der Sozialhilfe zurückgreifen müssen, um den Lebensunterhalt decken zu können. Es gehört zu den Zielen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, auch für diesen Personenkreis eine eigenständige wirtschaftliche Absicherung zu fördern. Um ihm eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, sind die Städte und Gemeinden als Träger der Jugendhilfe angehalten, ein entsprechendes Betreuungsangebot zu schaffen und vorhandene Betreuungsplätze vorrangig mit den Kindern erwerbsfähiger Eltern zu besetzen.

Die schon erwähnten Leistungseinschränkungen für ehemalige Bezieher von Arbeitslosenhilfe würden, so Einschätzung einiger Beobachter im Vorfeld der Reform, dazu führen, dass die Zahl der Kinder, die ihr Leben auf dem Niveau der Sozialhilfe führen müssen, deutlich ansteigt.¹⁰⁸ Tatsächlich gab es Mitte 2005 rd. 1,5 Mio. Kinder, die Sozialgeld nach dem SGB II oder Sozialhilfe bekamen, während Ende 2004 965.000 Kinder in der Sozialhilfe gab.¹⁰⁹ Zu dieser Steigerung kam es, obwohl ein Teil der ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II mehr hat und ganz aus dem Hilfebezug heraus gefallen ist. Insbesondere der Anstieg der Zahl der Kinder, die auf diese Weise in plötzlich materiell schlechter gestellten Haushalten leben, ist der Öffentlichkeit als „Nebenwirkung“ des Umbaus des Systems der sozialen Sicherung noch kaum bewusst geworden. Ältere Arbeitnehmer, die bisher auch im Falle einer längeren Arbeitslosigkeit mit einer gewissen Sicherung ihres Lebensstandards rechnen konnten und hierauf auch ihre Lebensplanung ausrichten konnten, fallen nach kurzer Zeit auf das Niveau der Sozialhilfe. Bislang konnten ehemals besser Verdienende auch im Falle einer längeren Arbeitslosigkeit mit einer deutlich höheren Unterstützung rechnen als Arbeitslose, die früher geringere Verdienste hatten. Dies lag daran, dass sich die Höhe der Arbeitslosenhilfe bislang an der Höhe des ehemaligen Verdienstes orientierte. So bekamen alleinstehende Bezieher von Arbeitslosenhilfe 53 % des letzten pauschalierten Nettoeinkommens. Künftig werden alle Arbeitslosen spätestens im dritten Jahr der Arbeitslosig-

dig sein soll als die bisherigen Sachbearbeiter in den Arbeitsämtern und so für eine schnellere und passgenauere Vermittlung sorgen können soll.

¹⁰⁸ vgl. Martens, R.: Der Einfluss der Agenda 2010 auf Personen und Haushalte mit Kindern in Deutschland: Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. In: unsere jugend, Heft 7+8/2004, S. 291-302.

¹⁰⁹ Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband: Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II. August 2005 (<http://www.sozialpolitik-lehrbuch.de/docs/expertiseDPWVsGBIIkinder.pdf>).

keit Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe bekommen. Hier sehen manche Beobachter einen echten Systembruch in der Geschichte des deutschen Sozialstaates.¹¹⁰ Sofern ein Arbeitsloser vor dem Bezug von Arbeitslosengeld II das „normale“ Arbeitslosengeld bezogen hatte, bekommt er zwar, um den Einkommensverlust abzufedern, in den ersten beiden Jahren einen Zuschlag von zwei Dritteln der Differenz aus dem zuletzt bezogenen Arbeitslosengeld zuzüglich Wohngeld und dem gezahlten Arbeitslosengeld II. Der Zuschuss ist begrenzt auf 160 € pro Monat im ersten und 80 € im zweiten Jahr. Bei zwei Beziehern von Arbeitslosengeld II verdoppelt sich der Zuschlag. Für jedes Kind gibt es einen Zuschlag von 60 €. Im dritten Bezugsjahr fallen diese Zuschläge aber komplett weg. Viele Betroffenen werden demnach deutliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen.

Modellrechnungen für Frankfurt am Main, die Mitte 2004 zur Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Hilfeempfänger in der Sozialhilfe angestellt wurden, die ab 2005 Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten werden, kamen für Frankfurt am Main zu rd. 21.000 Bedarfsgemeinschaften, darunter rd. 7.500 Familien mit knapp 15.000 Minderjährigen. Die Zahl der Familien, die bislang Arbeitslosenhilfe (ohne ergänzende Sozialhilfe) bekommen haben und ins neue Leistungssystem wechseln werden, konnte wegen unzureichender Daten nicht hinreichend exakt ermittelt werden.

Im Oktober 2005 gab es in Frankfurt am Main 35.156 Arbeitslosengeld II-Bedarfsgemeinschaften mit 45.001 Empfängern von Arbeitslosengeld II und 16.646 Kindern unter 15 Jahre.¹¹¹ Bei gut 82.000 Kindern dieser Altersgruppe insgesamt bedeutet dies, dass im Oktober 2005 gut 20 % von ihnen in Haushalten von Arbeitslosengeld II-Empfängern lebten. Hinzu kommen rd. 300 Kinder, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, dessen Leistungshöhe dem des SGB II entspricht, bekamen. In der Summe lebten damit Mitte 2005 rd. 17.000 Kinder unter 15 Jahren auf Sozialhilfeniveau und bezogen Leistungen nach dem SGB II bzw. dem SGB XII. Das waren fast 21 % aller Kinder dieser Altersgruppe in Frankfurt am Main.

¹¹⁰ vgl. Heinrich, M.: Agenda 2010 und Hartz IV. Vom rot-grünen Neoliberalismus zum Protest. In: PROKLA 136 (34. Jg., Nr. 3), September 2004.

¹¹¹ vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Kreisreport Frankfurt am Main, Stadt (06412). Berichtsmonat Oktober 2005. Berechnet man die Arbeitslosenquote auf alle zivilen Erwerbspersonen, also einschließlich der Beamten und Selbständigen, fällt sie rd. zwei Prozentpunkte niedriger aus.

4.4 Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit bei Jugendlichen und ihren Eltern

Im Juni 2004 betrug die allgemeine Arbeitslosenquote (alle Arbeitslosen in Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen) 10,1 %.¹¹² Im Juni 2004 waren 2.375 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 in Frankfurt am Main arbeitslos. Damit waren 8,1 % aller zu diesem Zeitpunkt in Frankfurt am Main gemeldeten Arbeitslosen jünger als 25 Jahre. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis unter 25 Jahre) war fast genauso hoch wie unter allen Erwerbspersonen: Bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen im Juni 2004 bei 10,6 %¹¹³, während die allgemeine Arbeitslosenquote, wie berichtet, einen Wert von 10,1 % erreichte. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 an der Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 25 war 2004 mit 3,6 % deutlich geringer als auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berechnete Arbeitslosenquote.¹¹⁴ Dies liegt daran, dass in diesen Altersjahrgängen oftmals die schulische Ausbildung noch nicht abgeschlossen ist oder studiert wird.

Freilich umschreiben diese Zahlen den Umfang der Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen nur unzureichend. So findet eine bestimmte Zahl von jungen Menschen keine Lehrstelle und „parkt“ in verschiedenen Maßnahmen wie dem Berufsgrundbildungsjahr.¹¹⁵ Dieses soll die Grundqualifikation für mehrere Ausbildungsberufe vermitteln. Im November 2002 besuchten in Frankfurt 428 Schülerinnen und Schüler das Berufsgrundbildungsjahr. Ein Jahr später waren es 444.¹¹⁶ Das Berufsgrundbildungsjahr ist ein einjähriger Vollzeitunterricht. Daneben gibt es besondere Lehrgänge (in Vollzeit- oder Teilzeitform), deren Ziel es ist, Jugendliche zu fördern, damit sie ihre beruflichen Interessen richtig einschätzen können. Zu ihnen gehören die „Eingliederungslehrgänge in die Berufs- und Arbeitswelt“ (früher Berufsvorbereitungsjahr). An solchen Lehrgängen nahmen im November 2001 insgesamt 600 Schülerinnen und Schüler teil. Im November 2002 waren es 651. Bei den Teilnehmern dieser Eingliederungs-

¹¹² vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabelle 4.6.

¹¹³ eigene Berechnungen aufgrund des Statistischen Jahrbuchs Frankfurt am Main 2004, Tabellen 4.5 und 4.6.

¹¹⁴ vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2005, 4.15.

¹¹⁵ vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabellen 3.14.

¹¹⁶ Bis Ende September wurden in Frankfurt am Main im Jahre 2002 insgesamt 9.658 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Nur 82 Bewerber(innen) hatten bis zu diesem Zeitpunkt noch keinen Ausbildungsplatz. Dem standen 341 unbesetzte Plätze gegenüber. Ende September 2003 waren es 9.228 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, 220 noch nicht vermittelte Bewerber(innen) und 258 unbesetzte Plätze. Auch wenn diese Zahlen zeigen, dass fast alle Bewerber(innen) auch einen Ausbildungsplatz erhalten haben, ist die Situation auf dem Frankfurter Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren schlechter geworden. Standen in den letzten Jahren immer mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung als es Bewerber(innen) gab, war die Relation von Angebot und Nachfrage 2003 nahezu ausgeglichen (vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2003, Tabellen 3.7 und 3.14; Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabelle 3.7 und 3.14).

lehrgänge in die Berufs- und Arbeitswelt überwiegen junge Männer und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Bei einer beträchtlichen Zahl von ihnen treffen beide Merkmale zusammen. Dass so viele junge Menschen in solchen Eingliederungslehrgängen sind, spiegelt nicht nur die schlechte Lage auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt wider, weswegen manche Beobachter auch von vorberuflichen „Warteschleifen“ sprechen.¹¹⁷ Vielmehr zeigt sich hierin auch, dass viele potenzielle Ausbildungsbetriebe den Betroffenen nur eine „eingeschränkte Ausbildungsfähigkeit“ zubilligen und andere Bewerber bevorzugen. Nicht als Arbeitslose gezählt werden auch Personen, die an Beschäftigungsmaßnahmen teilnehmen.

Tabelle 15: Arbeitslose unter 25 Jahre am 30. September in Frankfurt am Main von 1994 bis 2004

Jahr	Arbeitslose unter 25	Anteil der Arbeitslosen unter 25 an der Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 25
1994	3.078	4,8
1995	3.032	4,8
1996	3.041	4,9
1997	3.169	5,2
1998	2.839	4,6
1999	2.263	3,7
2000	1.834	2,9
2001	1.977	3,1
2002	2.017	3,2
2003	2.609	4,1
2004	2.374	3,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabelle 4.6; Bundesagentur für Arbeit: Detaillierte Informationen „Aktuelle Kreisdaten“ (<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/q.html>).

Arbeitslosigkeit trifft junge Menschen freilich nicht nur direkt, wenn sie selber arbeitslos sind, sondern auch indirekt, wenn es ihre Eltern sind, die keine Arbeit finden. Die Arbeitslosenstatistik liefert leider keine Informationen über den Haushaltshintergrund der Arbeitslosen. Eine mögliche andere Datenquelle ist der Mikrozensus. In ihm wird auch der Erwerbsstatus der

¹¹⁷ vgl. Stern vom 14.10.2004: „9 aus 24 – die Hauptschullotterie.“ (http://www.stern.de/id/campus-karriere/schule?id=531043&p=2&nv=ct_cb); Hampel, M.: Vage Aussichten auf einen Job. In: Frankfurter Rundschau vom 1.4.2006.

Haushaltangehörigen erfasst. Allerdings enthält der Mikrozensus, dessen Stichprobe in Frankfurt immerhin rd. 3.000 Haushalte umfasst, nur wenige Arbeitslosenhaushalte und noch weniger Arbeitslosenhaushalte mit Kindern. Rd. 60 % der Frankfurter Haushalte sind Erwerbstätigenhaushalte. D.h., dass im Mikrozensus rd. 2.000 Erwerbstätigenhaushalte untersucht werden. In rd. 10 % von ihnen lebte 2004 eine arbeitslose Person. Ein noch geringerer Prozentsatz bestand aus Arbeitslosenhaushalten mit Kindern. Die absolute Zahl von vielleicht 150 Arbeitslosenhaushalten mit Kindern ist für substantielle Aussagen über die Lebenssituation von Frankfurter Kindern, deren Eltern arbeitslos sind, zu gering. Eine bessere, aber nicht vollständige Datenquelle ist die SGB II-Statistik (siehe oben Abschnitt 4.3). Im Oktober 2005 lebten 16.646 Kinder unter 15 Jahren in Haushalten von Empfängern von Arbeitslosengeld II. Hinzukommt eine unbekannte Zahl von Kindern, die in Haushalten von Beziehern von Arbeitslosengeld nach dem SGB III leben. Unterstellt man einmal, dass ebenso wie bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II auf 2,5 Bezieher von („normalem“) Arbeitslosengeld eine haushaltsangehörige Person unter 15 Jahren kommt, dann lebten im Oktober in den Haushalten der gut 11.000 Frankfurter Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III rd. 5.000 Kinder unter 15 Jahre. Zusammen mit den mehr als 16.000 Kindern in Haushalten von Arbeitslosengeld II-Empfängern ergibt dies eine Zahl von rd. 21.000 Kindern unter 15 Jahren, deren Eltern ihren Unterhalt nicht selbständig sichern konnten. Bei rd. 82.000 Kindern dieser Altersgruppe insgesamt trifft diese Situation auf jedes vierte der Frankfurter Kinder unter 15 Jahren zu.¹¹⁸

Neben den finanziellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, die in vielen Fällen bedeutet, dass das Familieneinkommen auf Sozialhilfeniveau sinkt, hat die Arbeitslosigkeit der Eltern Auswirkungen auf das Familienklima, die ihrerseits das Wohlbefinden der Kinder einschränken können. So berichten Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, dass ihre Eltern sich häufiger streiten und die Kinder häufiger beschimpfen und bestrafen als früher.¹¹⁹ Auch die schulischen Leistungen haben sich verschlechtert. Die Kinder leiden zudem häufiger als früher an psychosomatischen Begleiterscheinungen wie Unlustgefühle, Niedergeschlagenheit, Kopfschmerzen und Magenschmerzen. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Familie gehen also weit über die finanziellen Einschränkungen hinaus (siehe Kasten).

¹¹⁸ Das Bild verändert sich etwas durch die Tatsache, dass ein Teil der Bezieher von Arbeitslosengeld nach dem SGB III und von Arbeitslosengeld II erwerbstätig ist, allerdings nicht genug verdient, um ohne Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld II auskommen zu können.

¹¹⁹ vgl. Knost, E.: Auswirkungen von Armut und Arbeitslosigkeit auf die psycho-soziale Entwicklung der Betroffenen und deren Familien, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Promotionsschrift an der Universität Dortmund. 2000 (http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=962820563&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename)

Martin R. Textor: **Familie und Arbeitslosigkeit**

In: Kindergartenpädagogik - Online-Handbuch - ([http:// www.kindergartenpaedagogik.de/34.html](http://www.kindergartenpaedagogik.de/34.html))

Generell müssen verschiedene Gruppen von Arbeitslosen und ihren Familien unterschieden werden. So sind die negativen Folgen von Arbeitslosigkeit zum Beispiel besonders groß, wenn beide Ehepartner, der einzige Ernährer der Familie oder ein allein erziehender Elternteil davon betroffen sind, wenn eine besonders große Familie zu versorgen ist oder wenn eine Person länger als ein Jahr ohne Arbeit ist. Die Belastungen sind aber auch für viele junge Familien sehr groß, da sie hohe Ausgaben (insbesondere wenn sie Wohnungseigentum erworben haben) und oft nur geringe Ersparnisse haben.

Arbeitslosigkeit führt fast immer zu einer Verschlechterung der materiellen Situation einer Familie. Dieses ist besonders dann der Fall, wenn keine oder nur niedrige Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung bestehen. So haben in den letzten Jahren immer weniger Arbeitslose das höhere Arbeitslosengeld bezogen und mussten sich immer mehr mit der niedrigeren Arbeitslosenhilfe zufrieden geben.

Das verminderte Haushaltseinkommen führt natürlich auch zu Einschränkungen im Familienbudget. So kommt es häufig zu einer Verschlechterung von Kleidung und Ernährung, sind viele Freizeitaktivitäten nicht mehr finanzierbar, muss oft auf eine Urlaubsreise verzichtet werden. Sind die materiellen Ressourcen aufgebraucht, muss vielfach ein Teil des Eigentums veräußert werden. Kann die Familie ihre Wohnung nicht mehr finanzieren, muss sie in eine preiswertere umziehen oder wird im Extremfall sogar obdachlos. Die mit andauernder Arbeitslosigkeit zunehmende Verarmung kann zu sozialem Abstieg und unter Umständen zum Abgleiten in gesellschaftliche Randständigkeit führen.

Jedoch sind für die meisten Arbeitslosen die finanziellen Probleme leichter zu bewältigen als die psychosozialen Belastungen. So werden sie aus gewohnten Zeitstrukturen herausgerissen, haben keinen Feierabend und kein wirkliches Wochenende mehr (Enthythemisierung des Tages und der Woche). Zumeist wissen sie nicht, wie sie die ihnen nun zur Verfügung stehende Zeit auf sinnvolle und befriedigende Weise verbringen können. Einige entwickeln neue Hobbys oder nutzen Weiterbildungsmöglichkeiten beziehungsweise Angebote von Kirchen, Verbänden und staatlichen Organisationen. Die meisten wissen aber nicht, wie sie die Zeit verbringen sollen, leiden unter Nichtstun und klagen über Langeweile. In der Regel kommt es zu einem gesteigerten Medienkonsum. Vor allem verheiratete Männer empfinden Arbeitslosigkeit als Zerstörung ihrer Identität als Ernährer ihrer Familie. Sie erleben oft einen Autoritäts- und Bedeutungsverlust als Ehepartner und Elternteil.

Generell tendieren Arbeitslose dazu, sich überflüssig zu fühlen, einen Mangel an Lebenssinn zu verspüren und ein negatives Selbstbild zu entwickeln. Sie machen sich häufig für ihre Situation verantwortlich und zweifeln an sich selbst. Da sie ihr weiteres Leben nicht mehr planen können, fühlen sie sich hilflos und ihrem Schicksal ausgeliefert. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird ihre Grundstimmung immer negativer, verlieren sie die Hoffnung auf Besserung ihrer Situation, werden sie immer passiver, unzufriedener und verbitterter. Oft werden sie depressiv oder alkoholkrank, wobei Alkoholmissbrauch vielfach mit erhöhter Streitlust, Aggressivität und Gewaltanwendung in der Familie verbunden ist. Auch verschlechtert sich ihr Gesundheitszustand, sind sie häufiger krank. Obwohl Arbeitslose heute weniger stigmatisiert werden als in den 60er und 70er-Jahren, erleben sie weiterhin Vorurteile, Diskriminierung und eine Beeinträchtigung ihrer sozialen Beziehungen. So nimmt vor allem der Kontakt zu früheren Kollegen bald ab. Vereinzelt kommt es aber auch zur Selbstisolation. Anzumerken ist noch, dass die Stärke der beschriebenen psychosozialen Belastungen und anderen von der Dauer der Arbeitslosigkeit und der subjektiven Einschätzung der eigenen Chancen am Arbeitsmarkt abhängig ist.

Die Arbeitslosigkeit eines Elternteils führt auch zu Veränderungen in der Familie. So mag ein arbeitsloser Vater seine Frau im Haushalt oder bei der Kindererziehung entlasten, können seine Kinder für ihn eine neue Bedeutung erlangen (zum Beispiel als Sinn des Lebens). Viele arbeitslose Männer nutzen jedoch ihre freie Zeit nicht für Familientätigkeiten. Oft erleben sie eine Verschiebung familiärer Macht hin zur Seite ihrer Frau, insbesondere wenn diese die Ernährung der Familie übernimmt. Für viele Familienmitglieder bedeutet die ständige Anwesenheit des arbeitslosen Vaters auch eine ungewohnte Kontrolle; die daraus resultierenden psychischen Belastungen können sich zum Beispiel in Konflikten äußern. So kommt es vielfach zu einer Verschlechterung familiärer Kommunikation, zu

häufigen Auseinandersetzungen (unter Umständen mit Gewaltanwendung) und zu einer Beeinträchtigung des körperlichen und seelischen Wohlbefindens aller Familienmitglieder. Ferner nimmt die Scheidungsgefahr zu. Auch mag sich die Familie aus Angst vor Stigmatisierung nach außen hin abschotten beziehungsweise in soziale Isolation geraten. Generell bestimmt die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit vorhandene Qualität des Familienlebens weitgehend darüber, ob und wie eine Familie die Arbeitslosigkeit eines Elternteils und deren Folgen bewältigt.

Aufgrund der zuvor beschriebenen Umstände sind arbeitslose Eltern oft wenig ansprechbar, kommt es häufig zu einer Vernachlässigung der Erziehung. Auch verschlechtert sich vielfach die Beziehung zum arbeitslosen Elternteil (Entfremdung, Konflikte usw.). Die Eltern zeigen weniger Interesse an der Schul- und Berufsausbildung ihrer Kinder, motivieren sie weniger und investieren weniger in ihre Bildung als vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Auch stellen sie oft den Kontakt zu Kindergarten und Schule ein. Bei Verhaltens- und Lernstörungen ihrer Kinder zeigen sie wenig Bereitschaft, mit Bildungseinrichtungen zusammenzuarbeiten.

Aufgrund der finanziellen Situation müssen Kinder oft Abstriche beim Taschengeld hinnehmen oder auf dieses ganz verzichten. Sie dürfen nicht mehr zu Kindergeburtstagsfeiern, auf Klassenfahrt, ins Kino oder in den Zoo. Auch können sie bezüglich Kleidung und Freizeitausgaben nicht mit Gleichaltrigen mithalten, was vor allem in der Pubertät ein Problem sein kann. Oft schämen sie sich ihrer Eltern und fürchten den Spott ihrer Klassenkameraden.

Mit der Zeit büßen viele Kinder das Gefühl der Geborgenheit ein, entwickeln immer stärker werdende Ängste vor der Zukunft und resignieren zunehmend. Bei einigen Kindern kommt es zu einem Anstieg der Leistungsmotivation, zu einer Verbesserung der häuslichen Lernvoraussetzungen und einer Leistungssteigerung. Zumeist wird aber ein Motivationszerfall, ein sich verschlechternder mündlicher Sprachgebrauch und ein Rückgang der Schulleistungen festgestellt. Auch wechseln Kinder arbeitsloser Eltern seltener an weiterführende Schulen. Da ihnen oft eine größere Selbständigkeit eingeräumt wird, lösen sie sich vielfach schon früh von ihrer Herkunftsfamilie ab. Wenn sich die Familiensituation aufgrund der Arbeitslosigkeit sehr verschlechtert hat, flüchten aber auch viele ältere Kinder aus ihrer Familie. Werden die Familienverhältnisse als sehr belastend erlebt, zeigt sich das Leiden der Kinder häufig in psychischen Störungen und Verhaltensauffälligkeiten, in psychosomatischen Erkrankungen, Bettnässen, Schlafstörungen, Stottern, Aggressivität, Konzentrationsstörungen, Suchtmittelmissbrauch usw. Generell reagieren Mädchen stärker auf die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern als Jungen.

Entsprechende Untersuchungen zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Kinder Frankfurter Arbeitsloser liegen nicht vor. Es gibt allerdings keinen Grund anzunehmen, dass die Auswirkungen hier weniger negativ sind als anderswo. Zu bedenken ist, dass die Zahl der betroffenen Kinder unter 15 Jahren weit größer ist als die oben errechnete Zahl von 21.000, deren Eltern Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II bekommen. Diese Zahl bezieht sich lediglich auf einen bestimmten Zeitpunkt. Innerhalb der Arbeitslosen gibt es aber eine hohe Fluktuation, so dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die möglicherweise negativ von der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern berührt werden, weit größer ist.

4.5 Wohnverhältnisse

von Pia Bolz, Jugend- und Sozialamt

Unabhängig von Alter und Einkommen erfahren wir alle täglich, wie wichtig ausreichender Wohnraum für jeden Einzelnen ist. Die eigene Wohnung bietet nicht nur Schutz nach außen,

sondern auch die Möglichkeit für Erholung und persönliche Entfaltung. Insbesondere für Familien sind optimale Wohnbedingungen von zentraler Bedeutung. Denn der Wohnraum ist nicht nur ein wichtiger Ort für die Regeneration, sondern auch Voraussetzung für die Sozialisationsleistungen der Familien. Eine Wohnung sollte deshalb ausreichend Raum und Fläche für persönliche Wohngestaltung und individuelles Wohnverhalten bieten. Kleinkinder wollen spielen und herumtoben, ohne gleich in Konflikt mit älteren Familienmitgliedern oder anderen Mietern im Haus zu geraten. Ältere Geschwister dagegen erheben Anspruch auf ein eigenes Zimmer, während sich die Eltern Raum für Rückzugs- und Erholungsphasen wünschen. Zusätzlich spielt der Wohnbereich eine entscheidende Rolle für das Wohngelühl der Familie. Auch hier treffen unterschiedliche Bedürfnisse aufeinander. So wünschen sich die Kinder Spiel- und Sportflächen, während die Erwachsenen eher eine ausreichende Infrastruktur und gepflegte Grünanlagen erwarten. Vor diesem Hintergrund stellen sich der Wohnungspolitik vielfältige Aufgaben, die gelöst und umgesetzt werden wollen, wenn es darum geht, eine zufriedenstellende Wohnsituation für Familien zu erreichen.

In diesem Abschnitt wird die allgemeine Wohnsituation der Familien in Frankfurt näher betrachtet. Zunächst werden die allgemeinen Versorgungsmöglichkeiten untersucht, d.h. neben einer Gegenüberstellung des Wohnungsbedarfs und des Wohnungsangebots wird ermittelt, ob den Familien in der Stadt genügend Raum und Wohnfläche zur Verfügung stehen und wie Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft auf die Versorgungssituation dieser Zielgruppe reagieren. Weiterhin werden Mieten, Mietbelastung und die Möglichkeit für Familien in der Stadt Wohnungseigentum zu bilden, analysiert. Ein besonderes Augenmerk gilt den Familien, die Probleme haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt mit einer Wohnung zu versorgen. Es werden die Bedarfe dieser Familien aufgegriffen und vor dem Hintergrund der Fördermöglichkeiten untersucht. Abschließend erfolgt eine Gesamteinschätzung der Wohnsituation für Familien in Frankfurt.

Allgemeine Versorgungssituation

Wie oben bereits gezeigt wurde, liegt in Frankfurt am Main der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten weit unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits im Jahr 1990 waren in nur 27,2 % aller Frankfurter Haushalte Kinder zu finden. Inzwischen sind es noch weniger geworden, und 2004 waren nur noch 22,7 % der Frankfurter Haushalte Familien. Dabei handelt es sich bei diesen Familien vorrangig um kleine Familien. Etwa die Hälfte hat nur ein Kind und lediglich etwa jede zehnte drei oder mehr Kinder. Ein Grund für den geringen Fa-

milienanteil dürfte im starken Bevölkerungsverlust gegenüber dem näheren Umland zu finden sein. So verlor Frankfurt in den 90er Jahren mehr als 3.000 Bewohner jährlich an die angrenzenden Landkreise, wobei davon auszugehen ist, dass auch verhältnismäßig viele Familien in den letzten Jahren in das Umland Frankfurts gezogen sind, denn allein in der Zeit von 1999 bis 2001 sind fast 3.400 Kinder unter 18 Jahren mehr von Frankfurt an einen anderen Ort innerhalb Hessens gezogen als umgekehrt von den hessischen Gemeinden in die Stadt Frankfurt.¹²⁰ Im vorliegenden Kapitel soll untersucht werden, wie sich die Wohnsituation der hier lebenden Familien gestaltet, wobei eine unzureichende Wohnungsversorgung natürlich auch Grund sein kann, den Wohnstandort nach außerhalb zu verlegen.

Einblick in die Wohnsituation Frankfurter Haushalte gibt der Mikrozensus 2002, in dessen Rahmen, wie zuletzt 1998, Daten zur Wohnungsversorgung und Mietbelastung erhoben wurden. Allerdings ist es aufgrund der Stichprobengröße nicht sinnvoll, die Daten gleichzeitig nach Familiengröße und nach Nationalität aufzubrechen, weil hierbei die Zellenbesetzungen zu klein werden. Unsere Betrachtung beschränkt sich deshalb auf die verschiedenen „Lebensformtypen“. So können Aussagen getroffen werden über die Wohnsituation der Familien insgesamt, über die Wohnverhältnisse der Ehepaare mit und ohne Kinder sowie über die Situation der Alleinerziehenden.

Die Bevölkerung Frankfurts lebt nach wie vor überwiegend zur Miete und im Mehrfamilienhaus. Nur 16,4 % der Frankfurter Haushalte lebten 2002 im eigenen Haus bzw. der eigenen Eigentumswohnung. Bei Haushalten mit Kindern liegt dieser Anteil mit 22,3 % deutlich höher. Noch etwas besser schneiden Ehepaare mit und ohne Kinder ab. Bei ihnen liegen die Eigentümeranteile bei 34,4 bzw. 27,4 %. Fast die Hälfte der Ehepaare mit Kindern wohnen in einem Ein- oder Zwei-Familienhaus. Alleinerziehende leben nur zu knapp 13 % in selbst genutztem Wohneigentum. Sie wohnen überwiegend in Mehrfamilienhäusern. Hier spiegelt sich die insgesamt schlechte materielle Situation von Alleinerziehenden wieder, die sich schon bei der Betrachtung der Einkommensverhältnisse zeigte.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße lag in Frankfurt am Main 2002 bei 70,5 qm. Unterschritten wird dieser Wert von ledigen Alleinerziehenden. Ihnen stehen durchschnittlich nur 67,6 qm Wohnfläche zur Verfügung. Weit über dem Durchschnitt liegen Ehepaare, wobei Ehepaare mit Kindern im Vergleich zu Ehepaaren ohne Kinder durchschnittlich nur über 10

¹²⁰ Der Wegzug konnte nur zum Teil durch den Zuzug aus dem Ausland ausgeglichen werden. So zogen im gleichen Zeitraum nur knapp 1.200 Kinder unter 18 Jahren mehr vom Ausland nach Frankfurt als von Frankfurt in das Ausland (Auskunft des Statistischen Amtes).

qm mehr Wohnfläche verfügen, obwohl ihre Haushalte um mindestens eine Person größer sind als die kinderloser Ehepaare.

Tabelle 13: durchschnittliche Wohnungsfläche nach Lebensformtyp in Frankfurt am Main 2002. Angaben in qm.

Lebensformtyp	Wohnfläche in qm
Ehepaar ohne Kinder	80,2
Ehepaar mit Kinder	91,9
Ledige Alleinerziehende (ohne Partner)	67,6
Verheiratet getrennt lebende / geschiedene Alleinerziehende ohne Partner	75,1
Verwitwete Alleinerziehende	78,7
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kind	74,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit ledigen Kindern	84,9
geschiedene, verwitwete, getrenntlebende Person ohne Kinder	63,7
ledige Person ohne Kinder	54,9
insgesamt	70,5

Datenquelle: Mikrozensus 2002, Zusatzerhebung Wohnen

Bei den Familien mit Kindern ist weiter nach Familiengröße zu differenzieren, um die Versorgungssituation realistisch einzuschätzen. Das Institut für Wohnen und Umwelt stellte im Rahmen einer im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main erstellten Studie fest, dass es vor allem die großen Haushalte sind, die nicht ausreichend mit Wohnraum versorgt sind:

„Während nur 12 vH der Einpersonenhaushalte mit Wohnfläche unterversorgt waren, betrug die Unterversorgungsquote bei den Haushalten mit drei Personen bereits 34 vH und bei den Haushalten mit fünf oder mehr Personen 66 vH. Besonders zur Miete wohnende Haushalte mit mehreren Personen wiesen überdurchschnittlich hohe Unterversorgungsquoten auf. Mieterhaushalte mit 5 oder mehr Personen waren mehr als doppelt so häufig von Flächenunterversorgung betroffen wie entsprechend große Eigentümerhaushalte.“¹²¹

Auf die Versorgungslücke im Sektor größere Wohnungen haben Stadt und Investoren in den letzten Jahren reagiert. Seit 1998 fanden fast 85 % des Wohnungsneubaus im Bereich der

¹²¹ Institut Wohnen und Umwelt: Wohnraumbericht Frankfurt am Main. Darmstadt 2004, S. 37 (Anlage 3 zum Magistratsbericht B 371 vom 06.05.2005).

Wohnungen mit drei bzw. vier und mehr Räumen statt (Zunahme Drei-Raum-Wohnungen um 2.622, der Vier-Raum-u.m.-Wohnungen um 5.031). Das heißt, von 1998 bis 2002 wurden insgesamt 7.653 Wohnungen in dieser Größenordnung erstellt, während der Zuwachs an Ein-Raum bzw. Zwei-Raum-Wohnungen im gleichen Zeitraum nur 1.360 betrug. Auch im Bereich der Ein-Familien-Häuser wurde auf den entsprechenden Wohnbedarf der Familien reagiert. Seit 1998 wurden pro Jahr durchschnittlich 280 Einfamilien-Häuser gebaut – alleine im Jahr 2000 waren es 457. In den Jahren 1990 bis 1997 waren es hingegen durchschnittlich kaum mehr als 100.

Durch die Durchführung des Verbotes der Zweckentfremdung von Wohnraum konnte in der Vergangenheit eine große Zahl an familiengerechten Wohnungen zurückgewonnen werden. Die Zweckentfremdungsstatistik weist mit insgesamt 6.835 Wohnungen zwar keine Wohnungsgrößen aus, doch deuten die Anzahl der Wohnungen, die von 1990 bis 2002 in den Wohnungsbestand zurückgeführt werden konnten, und die Gesamtwohnfläche (536.000 qm) dieser Wohnungen auf eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 80 qm hin – eine Wohnungsgröße, die durchaus als familiengerecht bezeichnet werden kann.¹²² Abschließend lässt sich feststellen, dass trotz der Anstrengungen in den letzten Jahren, in der Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage ein Wohnungsdefizit bestehen bleibt, das auch künftig die Konzentration auf den Wohnungsbau einfordert, und hier nicht zuletzt auf den Sektor familiengerechtes Wohnen.

Mietpreise, Mietbelastung und Immobilienpreise

Nach dem aktuellen Mietspiegelindex gehört Frankfurt neben fünf weiteren Städten zu den Standorten in Deutschland mit den teuersten Mieten.¹²³ Auch innerhalb Hessens steht Frankfurt mit Abstand an oberster Stelle.¹²⁴

¹²² Die durchschnittliche Wohnungsgröße des gesamten Frankfurter Wohnungsbestandes beträgt 68,33 qm (vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Frankfurt am Main, 2003, S.104).

¹²³ Vgl. Allgemeine Immobilien Zeitung 10/2004. Der Mietspiegelindex gibt einen Überblick über die Bestandsmieten der deutschen Städte. Inzwischen verfügen 49 % aller deutschen Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern über einen Mietspiegel. In der Größenklasse der Städte über 500.000 Einwohner sind es 83 %.

¹²⁴ Dem Preisspiegel des Rings Deutscher Makler zufolge betrug im Jahr 2002 der Quadratmeterpreis für eine Wohnung mittleren Baualters mit einfachem Wohnwert in Frankfurt am Main 8,00 €. Im Umland dagegen musste ein Mieter für gleiche Größe und Qualität im Durchschnitt nur 5,40 € bezahlen, und zwar in Hanau 5,10 €, in Offenbach 5,90 € und in Wiesbaden 6,70 €. Der Immobilienverband Deutschland (IVB) geht davon aus, dass die jetzt schon hohen Mieten im Rhein-Main-Gebiet in den nächsten Jahren weiter steigen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.4.2005: „Mieten bleiben auf hohem Niveau“).

Tabelle 14: Durchschnittliche Bruttokaltmiete, Mietbelastung und Wohngeld in Frankfurt 2002

	Bruttokaltmiete in €	Mietbelastung in %	Wohngeldbezug in %
Ehepaar ohne Kinder	736	22,5	2,0
Ehepaar mit Kinder	850	24,5	2,9
Ledige Alleinerziehende (ohne Partner)	436	33,7	20,0
Verheiratet getrennt Lebende / geschiedene Alleinerziehende ohne Partner	1.032	35,0	14,6
Verwitwete Alleinerziehende	470	23,8	2,4
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kind	832	19,4	1,5
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit ledigen Kindern	639	21,7	0,0
geschiedene, verwitwete, getrenntlebende Person ohne Kinder	655	29,1	4,4
ledige Person ohne Kinder	853	29,5	2,1
Insgesamt	777	26,8	3,2

Quelle: Mikrozensus 2002, Zusatzerhebung Wohnen. Mindestzellenbesetzung 30.

Die Durchschnittskaltmiete lag 2002, so ergab die Auswertung des Mikrozensus, in Frankfurt am Main bei 777 €. Die höchste Miete trugen die getrennt lebenden bzw. geschiedenen Alleinerziehenden mit 1.032 € und die Ehepaare mit ledigen Kindern. Auf sie kam eine Durchschnittsmiete in Höhe von 850 € zu. Der Mietabstand zu den Ehepaaren ohne Kinder betrug nur 115 €, was darauf zurückzuführen ist, dass die Wohnfläche der Ehepaare ohne Kinder kaum kleiner ist als die der Ehepaare mit Kinder (80,2 gegenüber 91,9 qm). Die hohen Mieten der getrennt lebenden bzw. geschiedenen Alleinerziehenden dürften damit zusammenhängen, dass sie im Vergleich zu den anderen Lebensformen erst kurz in ihren jetzigen Wohnungen leben und Mieterhöhungen am einfachsten bei einem Mieterwechsel durchgesetzt werden können.

Im Durchschnitt mussten die Frankfurter Haushalte mehr als ein Viertel ihres Einkommens für Miete und kalte Nebenkosten ausgeben.¹²⁵ Am höchsten lag die Belastung bei den ledigen Alleinerziehenden und den verheiratet getrennt lebenden bzw. geschiedenen Alleinerziehenden ohne Partner. Bei beiden Lebensformen machte die Bruttokaltmiete mehr als ein Drittel

¹²⁵ Hierunter fallen Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart, öffentliche Lasten, Gebäudeversicherungen, Kabelanschluss.

des Einkommens aus. Deshalb bezogen diese Haushalte überdurchschnittlich häufig Wohn-
geld.

Familiengerechte Wohnungen mit ausreichender Fläche und Raumzahl sind demnach sehr
teuer in Frankfurt und zudem nur schwer zu finden (Anteil Fünf-Raum-Wohnungen: 12,9 %;
Anteil Sechs-und-mehr-Raum-Wohnungen 7,4 %). Hinzukommt, dass sich die Wohnbedürf-
nisse der Familien im Mietwohnungsbau nicht so leicht verwirklichen lassen. Ausreichende
Wohnfläche, individuelle Gestaltungsmöglichkeiten, eigener Garten, keine Auseinandersetz-
ungen mit anderen Mietern oder dem Hauseigentümer wegen Kinderlärm usw., das alles sind
Faktoren, die für Familien sehr erstrebenswert sind und sich wesentlich einfacher im Einfam-
ilienhaus verwirklichen lassen. Doch nicht alle Familien wollen bzw. schaffen es, die
Schwelle zum Wohneigentum zu überschreiten, und wohnen deshalb zur Miete. Liegen
Frankfurts Mieten im hessenweiten Vergleich ganz weit oben, so verhält es sich mit dem
Wohnungseigentum ähnlich.¹²⁶ In den letzten Jahren hat sich, wie bereits oben erwähnt, das
Angebot an Einfamilienhäusern in der Stadt deutlich erhöht. Doch aufgrund der hohen Immo-
bilienpreise – insbesondere im Vergleich zum Umland – wird sich die Nachfrage auf einen
Personenkreis mit gutem Einkommen beschränken. Viele, die Eigentum erwerben wollen,
werden sich weiterhin im preislich günstigeren Umland umsehen oder sich aber mit der
Mietwohnung im Mehrfamilienhaus abfinden müssen.

Familien, die auf dem Wohnungsmarkt Probleme haben

Geringes Einkommen und hohe Mieten machen es für viele Familien in Frankfurt schwierig,
ausreichenden Wohnraum zu finden. Viele Haushalte sind beim Amt für Wohnungswesen re-
gistriert, weil sie preisgünstigen Wohnraum suchen. Die Statistik der Wohnungssuchenden
differenziert zwar nicht nach den verschiedenen Lebensformtypen, aber nach Haushaltsgröße.
Summiert man die Haushalte mit drei Personen und unterstellt, dass es sich ab dieser Haus-
haltsgröße fast ausschließlich um Familien handelt, so ergibt sich für das Jahr 2002 eine Zahl
von insgesamt 3.143 (Familien-) Haushalten, die beim Amt für Wohnungswesen als woh-
nungssuchend registriert waren. Das waren ca. 40 % aller Wohnungssuchenden.¹²⁷ Zu berück-

¹²⁶ Lt. Preisspiegel des Ring Deutscher Makler 2002 musste man für ein freistehendes Haus mittleren Wohnwerts
mit einer Wohnfläche von 125 qm in Frankfurt 410.000 € bezahlen. Im Umland waren es nur 280.000 €. Ähnlich
gestalten sich die Preise bei den Reihenhäusern. Im Umland war ein Reihenhaus (mittlerer Wohnwert, ca. 100
qm) bereits für 240.000 € zu haben. In Frankfurt dagegen musste man hierfür ein Viertel mehr (305.000 €) be-
zahlen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.4.2005: „Mieten bleiben auf hohem Niveau“).

¹²⁷ alle hier berichteten Daten über Wohnungssuchende sind dem Jahresbericht 2002 des Amtes für Wohnungswes-
sen entnommen.

sichtigen sind ferner die gesondert ausgewiesenen Haushalte von Alleinerziehenden unter den Zwei-Personen-Haushalten. Dies waren 6 % aller als wohnungssuchend registrierten Haushalte. Damit war knapp die Hälfte aller Haushalte, die 2002 beim Amt für Wohnungswesen als wohnungssuchend registriert waren, Haushalte mit Kindern, während der Anteil dieser Haushalte an allen Frankfurter Haushalten nur etwa halb so hoch ist. Besonders schwierig scheinen es hier die nichtdeutschen Familien (Haushalte mit drei und mehr Personen) auf dem Wohnungsmarkt zu haben, denn ihr Anteil an den Wohnungssuchenden beträgt mehr als 75 %. Grundsätzlich liegen bei den meisten registrierten Wohnungssuchenden unzureichende Einkommensverhältnisse vor. Bei mehr als 75 % handelt es sich um „Minderverdiener“¹²⁸, bei den größeren Haushalten (ab 3 Personen) ist der Anteil noch höher und liegt bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen bei 84,7 %.

Es scheint für das Amt für Wohnungswesen besonders schwierig zu sein, die großen Haushalte mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Bei ihnen ist der Anteil der durch das Amt für Wohnungswesen Vermittelten geringer als bei den kleinen Haushalten und die Wartezeit bis zur Vermittlung einer entsprechenden Wohnung länger. So konnten im Jahr 2002 nur 17 % der Fünf-Personen-Haushalte vom Amt für Wohnungswesen mit einer Wohnung versorgt werden, während es bei den Zwei-Personen-Haushalten über 53 % waren. Und 38,5 % der Fünf-Personen-Haushalte, denen eine Wohnung über das Amt für Wohnungswesen vermittelt wurde, warteten 2002 schon länger als zwei Jahre auf eine Wohnung, während es bei den Zwei-Personen-Haushalten nur 4,1 % waren. Hierbei müssen ausländische Wohnungssuchende länger warten, bis ihnen das Amt für Wohnungswesen eine Wohnung vermittelt, als deutsche. Der Anteil der mit einer Wohnung versorgten nichtdeutschen Fünf-Personen-Haushalte, die länger als zwei Jahre warten müssen, betrug 44,4 %, während der entsprechende Wert bei den deutschen Fünf-Personen-Haushalten halb so hoch war.

Gegen vollständige Familien werden vergleichsweise selten Räumungsklagen angestrengt. Über solche Räumungsklagen wird das Jugend- und Sozialamt regelhaft vom zuständigen Gericht informiert. Nach einer internen Erhebung des Jugend- und Sozialamtes gab es im Jahr 2002 insgesamt 2.359 Fälle, bei denen – i.d.R. wegen Mietrückständen – die Gefahr bestand, in Folge einer Räumungsklage obdachlos zu werden und die deshalb beim Jugend- und Sozialamt vorstellig wurden. Der Anteil der vollständigen Familien betrug hierbei 10,4 % und lag damit unter ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung (16,4 %). Etwas anders sah es bei den

¹²⁸ Minderverdiener sind Bewerber, die mit ihrem Einkommen 20 % unter der Einkommensgrenze des § 25 II. WoBauG liegen.

Alleinerziehenden aus: Ihr Anteil an der Fallzahl 2002 betrug 7,4 %, während sie in der Gesamtbevölkerung mit 6,7 % vertreten sind. Alleinerziehende sind damit häufiger gefährdet als vollständige Familien, den eigenen Wohnraum zu verlieren. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die absoluten Zahlen gering sind. Drohende Obdachlosigkeit in Folge einer Räumungsklage ist für Haushalte mit Kindern ein äußerst seltenes Ereignis.

Auch bei den Familien, die ihre Wohnung verloren haben bzw. auf institutionelle Unterbringung angewiesen sind, sind die Alleinerziehenden stärker vertreten als die vollständigen Familien. Im Jahr 2002 mussten insgesamt 1.873 Haushalte untergebracht werden. Hiervon waren 13,3 % Alleinerziehende und 9,9 % vollständige Familien.

Versorgungs- und Fördermöglichkeiten

Die wichtigste Versorgungsmöglichkeit für die Wohnungssuchenden mit Versorgungsproblemen ist der soziale Wohnungsbestand. Doch hier werden die Möglichkeiten immer geringer, da für viele Sozialwohnungen Preis- und Belegungsbindungen auslaufen. Verfügte die Stadt im Jahr 1990 über 67.980 Wohnungen, so sind es im Jahr 2002 nur noch ca. 38.240. Damit geht eine wichtige Ressource für die Versorgung von Familien, die sich nicht ohne weiteres auf dem Wohnungsmarkt versorgen können, verloren.¹²⁹ Doch nicht nur der Bestand an Sozialwohnungen nimmt ab, sondern auch die Fördermöglichkeiten für neuen Wohnraum sind weniger geworden, nachdem sich Land und Bund in den neunziger Jahren mehr und mehr aus der Wohnungsbauförderung verabschiedet haben. So kam es zu Beginn der neunziger Jahre noch zu einem starken Anstieg im ersten Förderungsweg. Durch ein umfangreiches städtisches Investitionsprogramm wurden in den Jahren 1991 bis 1993 insgesamt 1.785 Wohnungen gefördert. Mehr als die Hälfte (53,4 %) hiervon waren aufgrund ihrer Größe für Familien geeignet. In den Folgejahren wurden dann jährlich durchschnittlich nur noch knapp 100 Wohnungen gefördert, und zwar hauptsächlich Wohnungen mit 3 und mehr Räumen.

Mit der Ablösung des II. Wohnungsbaugesetzes durch das Wohnraumförderungsgesetz im Jahr 2001 wurde der erste Förderungsweg eingestellt. Hiermit endete nicht nur der klassische soziale Wohnungsbau, sondern es gab auch eine neue Ausrichtung in der Wohnungsbauförderung. Von nun an sollen nicht mehr die „breiten Schichten“ der Bevölkerung, sondern in erster Linie Wohnraum für bedürftige Haushalte, d.h. Haushalte, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht alleine mit einer Wohnung versorgen können, gefördert werden. Aufgrund

¹²⁹ Die Bestandsstatistiken des Sozialen Wohnungsbaus weisen keine Differenzierung nach Raumgrößen aus. Auf die zurückgehenden Versorgungskapazitäten für Familien kann deshalb nur hingewiesen werden.

dieser Neuausrichtung in der Wohnungsbauförderung wurde das städtische Förderprogramm „Einkommensorientierte Förderung“ (2000 - 2002 zusätzlich 617 Wohnungen) und das Programm „Vereinbarte Förderung“ (Stadt/Land 1994 - 1999 zusätzlich 1.220 Wohnungen) eingestellt. Beide Programme zielten auf die Wohnungsbauförderung für Familien mit mittleren Einkommen und Alleinerziehende ab. Vor dem Hintergrund des Wohnungsbauförderungs-gesetzes gelten ab 2003 auf Landesebene die „Richtlinien zur Förderung des Mietwohnungsbaus“ und auf städtischer Ebene „Das Frankfurter Programm zur sozialen Mietwohnungsbauförderung“. Es bleibt abzuwarten, wie sich insbesondere für bedürftige Familien die Wohnungssituation aufgrund der neuen Förderrichtlinien gestalten und entwickeln wird, und ob es gelingt, die Versorgungslücke, die sich mit dem Auslaufen der Belegungsbindungen für diese Familien ergeben hat, annähernd zu schließen.

Trotz baulicher Anstrengungen in den letzten Jahren gibt es in Frankfurt noch immer ein relativ großes Wohnungsdefizit. Vor allem fehlt es an größeren Wohnungen, also Wohnungen, die für Familien in Frage kommen. Besonders betroffen sind hierbei große Familien und Haushalte von Alleinerziehenden. Bei beiden Familientypen lässt sich eine Unterversorgung bezüglich der zur Verfügung stehenden Wohnfläche feststellen. Zudem tragen die Alleinerziehenden im Vergleich mit anderen Lebensstypen die höchste Mietbelastung. Auch wenn es um die Versorgung einkommensschwacher Haushalte mit öffentlich geförderten Wohnungen geht, sind es die großen Familien und Haushalte, und hier vor allem die nichtdeutschen, die am schwierigsten zu versorgen sind.

4.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Viele Kinder und Jugendliche in Frankfurt am Main sind von Arbeitslosigkeit der Eltern, materiellen Einschränkungen¹³⁰, Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II und unzurei-

¹³⁰ Sowohl die Auswertungen des Mikrozensus als auch die Daten zu den Kindern in Haushalten, die Arbeitslosengeld II beziehen, zeigen, dass ein erheblicher Teil der Frankfurter Kinder mindestens zeitweise in schwierigen materiellen Verhältnissen aufwächst. 20 % der Frankfurt Kinder leben wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld auf Sozialhilfeniveau, und mehr als 30 % der Frankfurter Kinder leben in Haushalten mit Einkommen nahe der im 2. Armutsbericht der Bundesregierung benutzten Grenze zum Armutsrisiko. Befragungen von Kindern, wie sie materielle Situation der Familie erleben, können solche harten Einkommens-Daten nicht ersetzen. So wurde in der „Kinderumfrage Frankfurt am Main“ (vgl. Anlage 2 zum Magistratsbericht B 529 vom 8.8.2005, S. 14) auch danach gefragt, ob die Kinder „sparsam sein müssen“ und „sich Dinge nicht leisten können“. 23 % der befragten Kinder zwischen 9 und 14 Jahren antworteten auf eine der beiden Fragen mit „oft“ oder „immer“. Bei ihnen wird von den Autoren der „Kinderumfrage“ angenommen, dass sie „möglicherweise armutsbetroffen sind“, während „Kinder, die bei beiden Aspekten ‚oft‘ oder ‚immer‘ sagen, mit großer Wahrscheinlichkeit in Armut leben.“ (ebd.) Ein solcher „Armut Indikator“ ist nicht anschlussfähig an die Standards der bundesdeutschen Armutforschung. Dies soll allerdings nicht bedeuten, dass man auf die subjektive Perspektive der Kinder, die in materiell schlecht gestellten Haushalten leben, verzichten soll. Sinnvol-

chenden Wohnverhältnissen betroffen. Kinder und Jugendliche leben häufiger als andere Bevölkerungsgruppen unter materiell wenig vorteilhaften Bedingungen und konzentrieren sich mit ihren Eltern am unteren Ende des sozialen Ungleichheitsgefüges. Dies liegt zum einen daran, dass Mütter (seltener Väter) wegen der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit häufig einschränken oder (vorübergehend) ganz aufgeben und so das Haushaltseinkommen sinkt. Und selbst wenn Mütter ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten, reichen zum anderen die kindbezogenen staatlichen Transfers – an erster Stelle das Kindergeld – nicht aus, den Bedarf von Kindern zu decken, so dass sich insgesamt das Pro-Kopf-Einkommen gegenüber kinderlosen Lebensformen verringert. Und schließlich spielt für die Konzentration von Kindern in den unteren Einkommensschichten auch eine Rolle, dass infolge des Wandels der Lebensformen höher Gebildete weniger Kinder bekommen als Angehörige unterer sozialer Schichten (siehe Kapitel 3).

Durch Programme und Maßnahmen der kommunalen Sozialpolitik können die materiellen Einschränkungen, die mit Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II verbunden, nur in geringem Maße ausgeglichen werden. In Frankfurt am Main ist der „Frankfurt-Pass“ ein solches Instrument, das es Kindern- und Jugendlichen z.B. erlaubt, Freizeitangebote wie Schwimmbäder und den RMV verbilligt zu nutzen, was ihnen ansonsten häufig nicht oder nicht so oft möglich wäre. Des Weiteren gehört die Sicherung bezahlbaren Wohnraums für einkommensschwache Haushalte zu den zentralen Zielen städtischer Politik.¹³¹

Materielle Einschränkungen, wie sie z.B. mit dem Bezug von Sozialhilfe verbunden sind, Arbeitslosigkeit der Eltern oder beengte Wohnverhältnisse sind Stressfaktoren, die negative Auswirkungen auf das Wohlergehen von Kindern haben (können). Mit diesen und anderen Risikofaktoren steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder Verhaltens- und Entwicklungsauffälligkeiten zeigen. Allerdings wäre es verfehlt, davon auszugehen, dass solche Risikofolgen immer auftreten, wenn die genannten Risikofaktoren gegeben sind. Vielmehr ist es so, dass bestimmte Kinder mit Belastungen besser umgehen können als andere. Es ist aber nicht nur die individuelle Bewältigungskapazität, von der die Wirkung von Risikofaktoren abhängt, es ist auch das soziale Umfeld, vor allem die Familie, deren Art, auf eine Belastung wie Sozial-

ler wäre es allerdings, erst diese Haushalte anhand von harten Indikatoren zu identifizieren und dann danach zu fragen, wie die betroffenen Kinder die Situation erleben und in welcher Form die finanzielle Situation von ihnen als belastend wahrgenommen wird.

¹³¹ vgl. Stadt Frankfurt am Main: Wohnungspolitische Leitlinien 2005. Anlage 1 zum Magistratsbericht B 371 vom 6.5.2005 (http://www.stvv.frankfurt.de/parlisobj/B_371_2005_AN1.pdf)

hilfebezug oder Arbeitslosigkeit zu reagieren, eine wichtige Rolle spielt.¹³² Zur Bewältigung der besonderen Belastungen, denen benachteiligte Minderjährige ausgesetzt sind, gibt es in Frankfurt ein differenziertes Angebot an Beratung und Unterstützung. Sie können sich bei Problemen u.a. an den Allgemeinen Sozialdienst der Sozialräthäuser, an das Kinderbüro, an Erziehungsberatungsstellen und die Mitarbeiter der vielen Jugendfreizeiteinrichtungen wenden. Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten zielen mit ihrer Arbeit auf eine Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern.

Das Leben in eingeschränkten materiellen Verhältnissen geht häufig mit einer eingeschränkten Teilhabe an Aktivitäten einher, die für andere Kinder und Jugendliche selbstverständlich sind. Um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu sichern, gibt es in Frankfurt am Main verschiedene Projekte. So gibt es die Spielplatzaktionen des Frankfurter Kinderbüros („SPATZ“). Im Rahmen dieses Projektes, das vom Kinderbüro in Zusammenarbeit mit dem Verein *discorso* und dem Grünflächenamt durchgeführt wird, wurden bislang mehr als 60 Spielplätze mit Kindern, Eltern und Anwohnern zusammen umgestaltet. Erwähnt werden muss auch das „Kindermuseum unterwegs“ des Historischen Museums. So begleitete das „Kindermuseum unterwegs“ 2005 zwischen dem Ende der Sommerferien und dem Beginn der Herbstferien das Spielmobil des Abenteuerspielplatzes Riederwald auf seiner Schulhoftournee. Das zentrale Thema des Projekts war die kommende Ausstellung des Kindermuseums „WeltSpielZeug“. An drei Tagen hatten die Kinder die Möglichkeit, die Länder, aus denen diese Spielsachen stammen, näher kennen zu lernen und mit Recyclingmaterialien selbst Spielsachen herzustellen. Solche und ähnliche Aktivitäten müssen fortgesetzt werden.

¹³² vgl. Merten, R.: Stärken in der Armut? Differenzielle Entwicklungen trotz belastender Lebensbedingungen. In: *unsere jugend*, 56. Jg. (2004), S. 421-432, hier S. 426f.)

Teil II: **Betreuung, Bildung und Erziehung in Betreuungseinrichtungen und bei Privatpersonen**

Kinderbetreuung erfolgt in verschiedenen Betreuungsformen. Man kann institutionelle Betreuungsformen wie Kindergarten¹³³, Kinderkrippe und Hort, Betreuung im sozialen Netzwerk durch Verwandte und Nachbarn, Betreuung durch Private wie Tagesmütter oder Au Pair und schließlich die Betreuung durch die Eltern selber unterscheiden.¹³⁴ Für welche Betreuungsform sich Eltern entscheiden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die Betreuungsformen unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Kosten, ihre Qualität, ihre Verfügbarkeit, ihre soziale Akzeptanz und ihre Flexibilität (Dimensionen der Betreuung). Diese Dimensionen können auch als Kriterien bei der Wahl einer Betreuungsform verstanden werden. Da eine Betreuungsform oft nicht alle Kriterien gleich gut erfüllt, stellt die Auswahl einer konkreten Betreuung für ein Kind fast immer einen Kompromiss dar.

Einrichtungen, in denen Kinder tagsüber betreut werden, haben neben der Betreuung auch die Bildung und Erziehung der Kinder zur Aufgabe. Tageseinrichtungen für Kinder sollen demnach nicht nur eine Betreuung der Kinder sicherstellen und damit insbesondere Frauen eine Berufstätigkeit erlauben, sie haben auch einen, allerdings nicht näher spezifizierten, Bildungs- und Erziehungsauftrag. In § 22 Abs. 2 SGB VIII heißt es:

(1) In Kindergärten, Horten und anderen Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztags aufhalten, (Tageseinrichtungen) soll die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefördert werden.

(2) Die Aufgabe umfaßt die Betreuung, Bildung und Erziehung des Kindes. Das Leistungsangebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren.

Historisch gesehen haben die Tageseinrichtungen für Vorschulkinder zwei Ursprünge. Zum einen ging es um die Sicherstellung der Beaufsichtigung von Kindern, deren Mütter – häufig aus materieller Notwendigkeit – erwerbstätig sein mussten, zum anderen sollte der Kindergarten eine pädagogisch fundierte Ergänzung zur Erziehung in der Familie bieten und ver-

¹³³ In Frankfurt wird eine Betreuungseinrichtung für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren, die Ganztagsplätze anbietet, manchmal nicht als Kindergarten, sondern als Kindertagesstätte bezeichnet, während mit dem Begriff Kindergarten Halbtageseinrichtungen gemeint sind. In diesem Bericht wird die Bezeichnung Kindergarten für Halbtags- wie auch für Ganztageseinrichtungen gebraucht.

¹³⁴ vgl. Spieß, C.K./ Wrohlich, K.: Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland?: Neue Bedarfsermittlung für Kinder unter drei Jahren auf der Basis von Mikrodaten. In DIW Wochenbericht, 2005, 223-227; Hank, K./ Kreyenfeld, M./ Spieß, C.K.: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. MPIDR WORKING PAPER WP 2003-002 JANUARY 2003, S. 31 (<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-002.pdf>).

folgte hierbei explizit ein Bildungsziel.¹³⁵ Aus diesem doppelten Ursprung leitet sich letztlich auch die heute noch zu beobachtende Doppelfunktion von Kindergärten als „Sozialeinrichtung“ und als „Bildungseinrichtung“ ab, die heute noch die Diskussion um diese Einrichtung prägt. So wurde das Recht auf einen Kindergartenplatz 1996 nicht etwa deshalb eingeführt, weil allen Kindern hier ein Erfahrungsraum geboten werden sollte, der eine wichtige Ergänzung zur Erziehung in der Familie bietet und auf die Schule vorbereitet, sondern als Begleitmaßnahme zum Schutz des ungeborenen Lebens im Rahmen der Novellierung des § 218 StGB. Hierbei stand also eindeutig die Funktion als Sozialeinrichtung im Vordergrund. Auch die Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf knüpft an diese Funktion an. Demgegenüber darf die Bildungswirkung des Kindergartens nicht unterschätzt werden. Kindergärten, die Kindern ein gutes pädagogisches Angebot machen und hierbei die Kinder bewusst intellektuell, musisch und motorisch fördern, verschaffen diesen einen merklichen Entwicklungsvorsprung.¹³⁶

Die Qualität der pädagogischen Prozesse in Kindergärten hängt von verschiedenen Bedingungen ab. Hier sind an erster Stelle die Strukturbedingungen zu nennen. Zu ihnen gehören der Bildungsstand des Personals, der Erzieher-Kind-Schlüssel oder eine hinreichende Vorbereitungszeit der Erzieherinnen und Erzieher für die pädagogische Arbeit. Für die Strukturbedingungen trägt die Fachpolitik die Verantwortung. Verschlechterungen hier haben merkliche Auswirkungen auf die Qualität des pädagogischen Prozesses. Die Qualität des pädagogischen Prozesses wird aber auch davon bestimmt, wie das pädagogische Personal in der konkreten Interaktion mit den Kindern agiert. D.h., dass unter gleichen Rahmenbedingungen Erzieher und Erzieherinnen unterschiedliche Prozessqualitäten produzieren. Unterschiede in der so beschriebenen pädagogischen Qualität von Kindergärten haben einen messbaren Einfluss auf den Entwicklungsstand von Kindern:

„Gute Bildungsarbeit im Kontext guter Rahmenbedingungen hat messbare und nachhaltige Auswirkungen auf den Entwicklungsstand der Kinder. Die Unterschiede in der pädagogischen Qualität, die Kinder im Kindergarten erfahren, machen im Extremfall einen Unterschied in der Sprachentwicklung der Kinder bis zu einem Jahr aus. Bildlich gesprochen: Ein und dasselbe Kind hätte in unserer pädagogisch schwächsten Einrichtung den Sprachentwicklungsstand eines Vierjährigen, in unserer pädagogischen Top-Einrichtung den eines Fünfjährigen. Dieser Befund weist auf die große Verantwortung, die Fachpolitik und Praxis des Kindergartenbereichs für die Entwicklung von Kindern als der nachwachsenden Generation unserer Gesellschaft tragen.“¹³⁷

¹³⁵ vgl. Tietze, W.: Bildet der Kindergarten wirklich. In: blz-Extra Nr. 06/2001 (online unter: <http://www.gewberlin.de/blz/373.htm>).

¹³⁶ Tietze, W. (Hrsg.): Wie gut sind unsere Kindergärten? Untersuchungen zur pädagogischen Qualität in Kindertagesstätten. Neuwied 1998.

¹³⁷ Tietze a.a.O. 2001.

Diese Bildungseffekte wirken weiter fort und haben einen messbaren Einfluss auf die späteren Schulleistungen der Kinder.

Auch wenn die o.g. Strukturbedingungen einen erheblichen Einfluss auf die pädagogische Qualität einer Kindertageseinrichtung haben, so darf man doch die Qualifikation des Personals als weitere entscheidende Determinante nicht vergessen. Hierbei ist zu beachten, dass nur in Deutschland und Österreich die Ausbildung der späteren Erzieherinnen und Erzieher an Fachschulen erfolgt.¹³⁸ In einer Studie der OECD wird deshalb auch die unzureichende Ausbildung der deutschen Erzieherinnen bemängelt.¹³⁹ In einem Gutachten zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen, das 2003 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben wurde, heißt es unter der Überschrift „Professionalisierung der Fachkräfte“:

„Eine umfassende und nachhaltige strukturelle wie konzeptionelle Reform der Professionalisierung der Fachkräfte für den Elementarbereich stellt eine zentrale politische Aufgabe dar, die angegangen werden muss.

Es wird empfohlen, in Anlehnung an die meisten europäischen Länder mittelfristig die Erzieherausbildung auf Hochschulniveau anzuheben, trotz einer wünschenswerten Flexibilisierung der Zugangsvoraussetzungen dennoch das Abitur als Haupteingangsvoraussetzung einzuführen und ein vierjähriges Studium vorzusehen.“¹⁴⁰

Verändert werden müssen, so jedenfalls eine ebenfalls im o.g. Gutachten erhobene Forderung, die Ziele, die man im Kindergarten erreichen will:

„Fachliche nationale und internationale Entwicklungen legen eine **Modernisierung und Neugewichtung der Bedeutung der frühkindlichen Förderung, Bildung und Erziehung** in Deutschland nahe. Während traditionelle Konzepte Bildung in einem individuumszentrierten Ansatz, unabhängig vom historischen und sozialen Kontext, definieren, begreifen moderne Konzeptionen von Bildung Lernen als sozialen und interaktionalen Prozess: Lernen findet in der Regel in einer konkreten sozialen Situation und in Interaktion mit Eltern, Fachkräften und anderen Kindern und Erwachsenen statt. Die Funktion von vorschulischen Bildungsprozessen wird weniger in einer Vermittlung von Wissen gesehen als in der Vermittlung von **lernmethodischen Fähigkeiten** („lernen zu lernen“) und von Basiskompetenzen, die es dem Kind ermöglichen, im sozialen Kontext verantwortlich zu handeln. Dazu gehören so-

¹³⁸ Der Ausbildungsweg einer Erzieherin fordert in der BRD den mittleren Bildungsabschluss sowie in Hessen eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung (Sozialassistentin) oder eine entsprechend nachgewiesene Vorbildung. Die Ausbildung an Fachschulen für Sozialpädagogik gliedert sich in drei Ausbildungsabschnitte. Im ersten und zweiten Ausbildungsabschnitt (Dauer: 2 Jahre) werden die theoretischen Grundlagen (Gesellschaft und Kultur, Sozialpädagogische Theorien und sozialpädagogische Praxis, Medien sozialpädagogischen Handelns, Sozialpädagogisches Handeln) vermittelt. Im dritten Ausbildungsabschnitt (Dauer: 1 Jahr) werden die theoretischen Grundlagen unter Anleitung und mit Begleitunterricht in der Praxis erprobt.

¹³⁹ vgl.: OECD (Hrsg.): Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Länderbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), 26. November 2004 (<http://www.sozialpolitik-lehrbuch.de/docs/oecd-studie-kinderbetreuungproperty.pdf>).

¹⁴⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland, S. 31 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/gutachten-perspektiven-zur-weiterentwicklung.property=pdf.pdf>).

wohl personale (z. B. Orientierungskompetenz; Fertigkeiten zum Umgang mit Veränderungen, Krisen und kulturellen Differenzen) als auch soziale Kompetenzen (z. B. Fähigkeit zum Aufbau von guten Beziehungen zu Erwachsenen und Kindern; Empathie und Perspektivenübernahmefähigkeit; Fähigkeit, verschiedene Rollen einzunehmen; Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit; Konfliktmanagement). **Moderne Bildungspläne** sind diesem Verständnis von Bildung verpflichtet. Sie zielen einerseits auf die Stärkung **kindlicher Autonomie** ab, andererseits auf die Entwicklung der **Fähigkeit zu sozialer Mitverantwortung**. Solche Bildungs- und Erziehungspläne werden derzeit von mehreren Bundesländern eingeführt. In diesen Plänen ist die Förderung zentraler kindlicher Basiskompetenzen und Ressourcen verankert. Dazu gehören die Stärkung von Selbstwertgefühl, Selbstwirksamkeit und Selbstregulation; die Förderung von Neugier und Kreativität; die Entwicklung von Werten und Orientierungskompetenz (z. B. Werthaltungen; Fähigkeit zu moralischer Urteilsbildung; Unvoreingenommenheit; Sensibilität und Achtung von Andersartigkeit und Anderssein; Solidarität), der Fähigkeit und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme (Verantwortung für das eigene Handeln; Verantwortung anderen Menschen gegenüber; Verantwortung für Umwelt und Natur) und zur demokratischen Teilhabe (Erwerb von Grundkenntnissen über Staat und Gesellschaft; Akzeptieren und Einhalten von Gesprächs- und Abstimmungsregeln; Einbringen und Überdenken des eigenen Standpunkts). In den Bildungscurricula zahlreicher europäischer und außereuropäischer Länder werden Kinder und Pädagogen als aktive Ko-Konstrukteure von Wissen und Kultur und als Bürger mit Rechten, Pflichten und Möglichkeiten definiert. Die Bedeutung der Partizipation von Kindern und der Kooperation von Familie und Institution wird betont und kulturelle und linguale Diversität als gewünschte und bereichernde Elemente anerkannt. Eine große Herausforderung für die nächsten 10 Jahre stellt die **Entwicklung länderübergreifender Bildungsstandards und deren Konkretisierung in Bildungs- und Erziehungsplänen** der Länder dar.¹⁴¹

Im Auftrag der Länder Hessen und Bayern wurde zwischenzeitlich damit begonnen, einen solchen Bildungsplan für die Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren zu entwickeln.¹⁴² „Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung“ liegt seit Oktober 2003 als „Entwurf für die Erprobung“ vor.¹⁴³ Andere Bundesländer hatten bis dahin ebenfalls Richtlinien oder Rahmenpläne verabschiedet.¹⁴⁴ Im März 2005 legten das hessische Kultusministerium und das hessische Sozialministerium unter dem Titel „Bildung von Anfang an“ den Entwurf eines „Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen“ vor.¹⁴⁵ Solche Bildungspläne sind umso wichtiger, als Betreuungseinrichtungen vielen Kindern Erfahrungsmöglichkeiten und Anregungen bieten (können), die sie zu Hause nicht haben. Die ersten Lebensjahre sind für die kognitive Entwicklung entscheidend.

¹⁴¹ ebd. S.8f. (Hervorhebungen im Original).

¹⁴² vgl. Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Nr. 258.04 vom 29.5.2004: „Bildung im Elementar- und Primarbereich. Stewens: Bayern und Hessen entwickeln bundesweit ersten Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren - Lernpotenzial soll von Geburt an gefördert werden“ (<http://www.stmas.bayern.de/cgi-bin/pm.pl?PM=0404-258.htm>).

¹⁴³ vgl. <http://www.stmas.bayern.de/familie/kinderbetreuung/bep.pdf>.

¹⁴⁴ Für einen Überblick vgl. Hovestadt, G.: Wie setzen die Bundesländer den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen um? Vom Gesetz zur Praxis. Eine Studie im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung November 2003 (http://www.edu-con.de/bericht_2003.pdf); Deutscher Bildungsserver: „Bildungspläne der Bundesländer für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ (<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=2027>).

¹⁴⁵ vgl. http://www.sozialministerium.hessen.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaswl.

Wenn hier die entsprechenden Grundlagen nicht gelegt werden, ist dies später kaum noch zu kompensieren.¹⁴⁶

Die PISA-Studien zeigten auf, wie sehr in Deutschland Schulerfolge und Bildungschancen durch die soziale Herkunft bedingt werden. Neben einer Diskussion um die Verbesserung des Schulsystems gerät auch das System der frühkindlichen Bildung und Betreuung in die Kritik. So heißt es in einem für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellten Gutachten:

„Das System der Tageseinrichtungen in Deutschland entspricht derzeit – trotz der Weiterentwicklungen der vergangenen Jahre – weder den Ansprüchen moderner Pädagogik noch den Anforderungen, die aus dem rasant verlaufenden gesellschaftlichen Wandel resultieren.“¹⁴⁷

Der gesellschaftliche Wandel stellt neue Anforderungen, auf die das Bildungssystem „von Anfang an“ Antworten finden muss.¹⁴⁸

- der Erwerb neuer Qualifikationen wie die Kompetenz zum lebenslangen Lernen, Eigeninitiative und die Übernahme von Verantwortung für den Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitswelt;
- die Notwendigkeit des Erwerbs interkultureller Kompetenz für „deutsche“ und „ausländische“ Kinder und Jugendliche angesichts der Entwicklung zu einer multiethnischen Gesellschaft;
- die Kompensation fehlender Bildungschancen und der damit verbundenen Langzeitfolgen im späteren Berufsleben für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien (Kinderarmut);
- die Behebung fehlender Deutschkenntnisse bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund vor der Einschulung;
- die Notwendigkeit von Kinderbetreuung, um Beruf und Familie vereinbaren zu können, nicht zuletzt angesichts des steigenden Anteils allein Erziehender;

¹⁴⁶ vgl. Textor, R.: Gehirnentwicklung und Lernen im Kleinkindalter - Konsequenzen für die Erziehung im Kindergarten. In: ders. (Hrsg.): Kindergartenpädagogik - Online-Handbuch - (<http://www.kindergartenpaedagogik.de/779.html>); Eliot, L.: Was geht da drinnen vor? Die Gehirnentwicklung in den ersten fünf Lebensjahren. Berlin 2001.

¹⁴⁷ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an – Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtung für Kinder in Deutschland. Weinheim, Basel, Berlin 2003, S. 12.

¹⁴⁸ ebd., S. 14-22.

- das Erfordernis zeitlich flexibler Kinderbetreuungsangebote für Eltern aufgrund steigender Mobilitätsanforderungen der Arbeitswelt.

Die neuere Bildungsforschung betont die Bedeutung frühkindlichen Lernens als Basis für spätere Entwicklungen und die negativen Auswirkungen von dessen fehlender Förderung:

„Kompetenzdefizite in unterschiedlichen Bereichen, die in dieser frühen Phase entstehen, potenzieren sich im weiteren Entwicklungsverlauf und erhöhen die Wahrscheinlichkeit für schulischen und beruflichen Misserfolg. (...) Die Entwicklungsstufe des Vorschulalters kristallisiert sich somit zunehmend als die wichtigste im Bildungssystem heraus.“¹⁴⁹

Es sind hier vor allem die Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die einer gezielten Förderung ihrer Entwicklungschancen bereits vor dem Eintritt in die Grundschule bedürfen. Staat und Gesellschaft sollten daher gerade im vorschulischen Bereich einen eigenständigen Bildungsauftrag reklamieren und ihn durch einen quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertageseinrichtungen realisieren. Der OECD-Länderbericht „Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ fordert daher, qualitativ hochwertige Bildungsangebote ab dem 2. Lebensjahr zur Verfügung zu stellen: „Was Kleinkinder und Vorschulkinder betrifft, so sollten frühkindliche Tageseinrichtungen die fachlichen Möglichkeiten besitzen, Entwicklungsergebnisse der Kinder zu fördern, die deren Alter und den jeweiligen Umständen entsprechen.“¹⁵⁰ Bildung ist hier in einer umfassenden Bedeutung gemeint, „als Prozess der persönlichen Entwicklung, der Kultivierung und Integration der Persönlichkeit unter Einbeziehung kognitiver, sozialer, kultureller und ethischer Aspekte.“¹⁵¹

Jurczyk, Rauschenbach, Tietze u.a. greifen in einem im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellten Gutachtens neuere entwicklungspsychologische und neurobiologische Forschungsergebnisse auf. Nach diesen Befunden ist „die Eigenmotivation eines Kindes in den ersten Lebensjahren so ausgeprägt wie zu keinem späteren Zeitpunkt. Kleinkinder sind von sich aus ständig damit beschäftigt, sich ein Bild von der Welt zu machen. (...) Sie bewältigen riesige Entwicklungsschritte und verhalten sich außerdem ko-

¹⁴⁹ ebd., S. 23.

¹⁵⁰ OECD-OCDE Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.): Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland. Paris 26. November 2004, S. 66.

¹⁵¹ ebd., S. 24

operativ gegenüber ihren erwachsenen Bezugspersonen (...).¹⁵² In diesem Kontext ist es für die Entwicklung des Kindes bedeutsam, dass es neben der Beziehung zu Mutter und Vater auch über gute und stabile Beziehungen zu anderen Erwachsenen verfügt: Es „beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Kinder ein Netzwerk vertrauter Beziehungen brauchen, das größer ist als die klassische Triade der Kleinfamilie, und dass ein gutes Beziehungsarrangement als positive Konstante im außerfamilialen Beziehungsnetzwerk eines Kindes fungieren kann.“¹⁵³

Ansätze außerhäuslicher Betreuung für Kleinkinder wurden in Westdeutschland seit den 70er Jahren in altersgemischten Betreuungsformen erprobt, die z.T. als Kinderläden neue pädagogische Konzepte entwickelten. Initiiert wurden sie von Eltern, die eher den Mittelschichten zuzurechnen waren und die selbst über höherqualifizierte Schul- und Berufsausbildungen verfügten. Sie wollten ihre Kinder durch frühe Sozialisationserfahrungen in einem erweiterten Beziehungsumfeld besser und ihrer Entwicklung angemessener fördern. Eine Ausweitung von Betreuung und Bildung für Kleinstkinder bis zum Besuch des Kindergartens für alle Kinder scheiterte bislang: zum einen an der unzureichenden Quantität entsprechender Angebote, zum anderen an gesellschaftlichen Vorstellungen, wonach vorrangig die Mutter in den ersten Lebensjahren die Betreuung und Erziehung der Kinder übernehmen soll. Diese immer wieder von Medizinern und Psychologen genährten Ansichten, die sich auf Befunde zur Bedeutung fester emotionaler Bindungen an eine Bezugsperson im Kleinkindalter für die spätere Bindungsfähigkeit und psychische Gesundheit stützen, werden durch neuere Forschungsergebnisse widerlegt: So wichtig feste Bezugspersonen für Kleinkinder sind, es müssen nicht ausschließlich die Mütter bzw. nur eine einzige Person sein. Mit dem neuen Tagesbetreuungs- ausbaugesetz (TAG), das im Januar 2005 in Kraft trat, wird erstmals der Bedarf an Angeboten für unter 3-Jährige systematisch erhoben und ein stufenweiser Ausbau entsprechender Angebote bis zum Jahr 2010 gefordert.

Auch der vor kurzem vorgelegte Zwölfte Kinder- und Jugendbericht plädiert dafür, die Verantwortung für das Gelingen frühkindlicher Bildungsprozesse auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen:

„Die Verantwortung dafür, dass Kinder sich positiv entwickeln, kann nicht einseitig der einzelnen Familie übertragen werden; sie muss im Rahmen eines neuen Verständnisses von öffentlicher Verantwortung gemeinsam übernommen werden. (...) Es liegt im öffentlichen Interesse, dass die Kinder sich

¹⁵² Jurczyk, K.; Rauschenbach, T.; Tietze, W. u.a.: Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlicher Kinderbetreuung in Privathaushalten. Weinheim und Basel 2004, S. 148.

¹⁵³ ebd., S. 146

förderlich und ihre Möglichkeiten ausschöpfend entwickeln können, damit sie an der Gesellschaft umfassend teilhaben können, die ihrer bedarf.“¹⁵⁴

Die Sachverständigenkommission zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht weist darauf hin, dass in der Trias von „Bildung, Betreuung und Erziehung“ im Vorschulbereich der Aspekt der Bildung (noch) nachrangig gegenüber dem der Betreuung gewichtet ist; dies trifft insbesondere für Angebote im Kleinstkinderalter zu.¹⁵⁵ Sie fordert daher eine verbindliche Formulierung des Bildungsauftrages für diese Altersgruppen inklusive der damit einhergehenden Implikationen für die Ausbildung des Fachpersonals sowie der Entwicklung und Evaluation von Qualitätsstandards.¹⁵⁶ Im Zentrum ihres erweiterten Bildungsbegriffs steht die „Aneignung von Welt“ in ihren kulturellen, materiell-dinglichen, sozialen und subjektiven Dimensionen¹⁵⁷, für die unterschiedliche basale Kompetenzen – kulturelle, instrumentelle, soziale und personale – erforderlich sind.¹⁵⁸ Zur Aneignung dieser Kompetenzen brauchen Kinder ab der Geburt vielfältige Anregungen und Bildungsgelegenheiten, welche den familialen Hintergrund erweitern und ergänzen.¹⁵⁹ Dies trifft für alle Kinder zu. Besonders notwendig sind öffentlich bereitgestellte Bildungsangebote im Vorschulalter aber für diejenigen Kinder, deren Familien ihnen diese Bildungsvoraussetzungen nicht selber vermitteln können¹⁶⁰, damit einer Bildungsbenachteiligung und den damit einhergehenden geringeren Chancen im Berufs- und Erwerbsleben frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Denn trotz der Tatsache, dass bislang in der Vorschulerziehung Bildung nachrangig gegenüber der Betreuung gewichtet wurde, profitieren Kinder aus dem Armutsmilieu vom Besuch einer Kindertageseinrichtung und erreichen einen besseren Zugang und eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Umfeld als Kinder aus Armutsmilieus, die keine Kindertageseinrichtung besucht haben, so jedenfalls lauten die ersten Ergebnisse einer Längsschnittstudie zu den Lebenswegen und Lebenssituationen armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule.¹⁶¹

¹⁵⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. August 2005, S. 27.

¹⁵⁵ vgl. ebd., 51-53.

¹⁵⁶ vgl. ebd. S. 27f., 40f., 43, 303-305 und S. 319-323.

¹⁵⁷ ebd.; vgl. S. 23f und S. 110-112.

¹⁵⁸ vgl. ebd., S. 24 und S. 112-116.

¹⁵⁹ vgl. ebd., S. 27 und S. 187/188.

¹⁶⁰ Gründe hierfür können u.a. sein: geringes Bildungsniveau der Eltern, unzureichende Deutschkenntnisse bei Familien mit Migrationshintergrund, Armut oder generell benachteiligte und prekäre Lebenslagen.

¹⁶¹ vgl. Holz, G.; Puhmann, A.: Alles schon entschieden? Frankfurt am Main 2005.

5. **Betreuung in Kinderkrippen und Krabbelstuben**

von Ingeborg Ludwig, Jugend- und Sozialamt

Für jedes elfte Kind unter drei Jahren steht in Deutschland ein Betreuungsplatz in einer Einrichtung zur Verfügung.¹⁶² Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich allerdings große Unterschiede zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern. Während 2002 im Osten die Versorgungsquote rd. 36 % betrug, erreichte sie im Westen nur 3 %. Von den Kindern unter drei Jahren werden in Deutschland etwa 7 % von einer Tagesmutter oder einer anderen bezahlten Betreuungsperson betreut. Eine weitaus größere Rolle als die Betreuung in Kindertageseinrichtungen spielen bei Kindern dieser Altersgruppe informelle Betreuungsarrangements. In Westdeutschland wurden 2002 rd. 40 % der Kinder unter drei Jahren von Verwandten und rd. 5 % von Freunden betreut. War die Mutter Vollzeit erwerbstätig, dann lagen die entsprechenden Werte bei 44 und 13 %.

5.1 **Angebot und Bedarfsermittlung**

Für Kinder unter drei Jahren gibt es in Frankfurt am Main ein differenziertes Betreuungsangebot. Man kann Tagespflege durch Tagesmütter und institutionelle Betreuungsformen wie Kinderkrippen, Krabbelstuben, Kinderläden und Kindertagesstätten unterscheiden. Kinderkrippen und Krabbelstuben bieten ausschließlich Plätze für Kinder an, die noch nicht den Kindergarten besuchen. In Kindergärten werden demgegenüber Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt betreut; teilweise werden in Frankfurt am Main aber auch schon Kinder ab 2 ¾ Jahren aufgenommen. In einigen Frankfurter Kindertagesstätten werden seit 2001 sowohl unter als auch über drei Jahre alte Kinder betreut.

Im April 2006 gab es in Frankfurt am Main für unter 3-jährige Kinder 2.453 Betreuungsplätze in Einrichtungen. Gegenüber 2001 hatte sich ihre Zahl um mehr als 800 erhöht.¹⁶³ 692 dieser Plätze befanden sich in 10 städtischen Kinderkrippen. Diese Kinderkrippen sind in der Trägerschaft der Kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt, eines Eigenbetriebs der Stadt Frankfurt am Main. In diesen Einrichtungen werden Kinder im Alter von 8 Wochen meist bis zum Übergang in den Kindergarten und zu einem kleinen Teil (rd. 70 Plätze) bis

¹⁶² vgl. Spieß, C.K./ Wrohlich, K.: Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland?: Neue Bedarfsermittlung für Kinder unter drei Jahren auf der Basis von Mikrodaten. In DIW Wochenbericht, 2005, 223-227.

¹⁶³ vgl. Hladjk, H.-A.; Ludwig, I.: Jugendhilfeplanung in Frankfurt am Main. Teilplan II: Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren in Kinderkrippen, Krabbelstuben und Tagespflegestellen, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend. Frankfurt am Main 2002.

zum Schuleintritt betreut. Die städtischen Kinderkrippen sind Ganztageseinrichtungen und montags bis freitags von 7:00 bis 17:00 Uhr geöffnet. Daneben gab es 131 von verschiedenen Trägervereinen betriebene Krabbelstuben mit 1.727 Plätzen. Weitere 34 Plätze gab es in 5 altersstufenübergreifenden städtischen Einrichtungen.

Die Stadt Frankfurt am Main hat mit Verabschiedung des Kindertagesstättenentwicklungsplans vom 10.06.1994 eine Versorgung der 1- und 2-jährigen Kinder von 30 % bis zum Jahr 2000 angestrebt. Dieses Versorgungsziel wurde bis heute nicht erreicht. Trotzdem liegt die Versorgungsquote bezogen auf alle unter Dreijährigen in Frankfurt am Main rd. 10 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt. Im April 2006 erreichte die Versorgungsquote dieser Altersgruppe 13,0 %. Bezieht man die 700 der Stadt bekannten Tagespflegestellen mit ein, stand für jedes sechste Kind unter 3 Jahren (16,7 %) ein Betreuungsplatz zur Verfügung. Unberücksichtigt ist hierbei die Betreuung unter 3-jähriger Kinder in Kindergärten, die seit ca. 3 Jahren ab einem Alter von 2 Jahren und 9 Monaten Aufnahme finden können.

Da auch Eltern von Kindern, die noch kein Jahr alt sind, verstärkt eine institutionelle Betreuung nachfragen, werden ab 2005 bei der Berechnung des Versorgungsgrades alle drei Jahrgänge der Kinder unter drei Jahren berücksichtigt. Legt man bei der Berechnung drei Jahrgänge zugrunde, dann lag der Versorgungsgrad mit Plätzen in Einrichtungen Ende 2003 bei 11,5 % und erreichte im April 2006 wegen der schon erwähnten Erhöhung der Platzzahl rd. 13,0 %. Damit lag der Versorgungsgrad für die unter 3-Jährigen in Frankfurt am Main deutlich über dem hessischen Durchschnitt von 5,7 % Ende September 2005.¹⁶⁴ Der Versorgungsgrad soll in den nächsten Jahren schrittweise erhöht werden. Um der Nachfrage gerecht zu werden, hält der Magistrat einen Versorgungsgrad von 30 % bei den unter 3-Jährigen für erforderlich. Die Platzzahl soll 2006 und 2007 um jeweils 300 gesteigert werden. Ein Versorgungsgrad von 30 % wäre bei einer jährlichen Schaffung von 300 Plätzen pro Jahr ab 2006 im Jahr 2013 erreicht.¹⁶⁵ Die Stadt versucht auf diesem Weg dem gesetzlichen Auftrag zur Deckung des Betreuungsbedarfs der unter 3-Jährigen gerecht zu werden, der mit dem 2004 verabschiedeten Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) im § 24 SGB VIII festgeschrieben wurde.

¹⁶⁴ Ende September 2005 gab es, so erklärte sich die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger am 13.10.2005 vor dem Hessischen Landtag, in Hessen für unter 3-Jährige 9.114 Betreuungsplätze in Einrichtungen. Zusammen mit den rd. 4.000 Betreuungsplätzen bei Tagesmüttern ergebe dies, so Lautenschläger, eine Versorgungsquote von 8,2 %. Legt man diese Werte zugrunde, dann lag die Versorgungsquote mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen bei 5,7 % (vgl. <http://www.sozialministerium.hessen.de/ca/i/bml/>).

¹⁶⁵ vgl. Magistratsbericht B 539 vom 8.8.2005.

5.2 Regionale Verteilung

Kinderbetreuungseinrichtungen haben einen räumlichen Einzugsbereich, der sich nicht mit den Stadtbezirken deckt. Die Versorgungsmessung und Bedarfsplanung erfolgt für alle Tageseinrichtungen in 35 Planungsbezirken, die sich mit den Grenzen der 46 Frankfurter Ortsteile decken, wobei in mehreren Fällen mehrere Ortsteile einen Planungsbezirk bilden. So bilden bspw. die Ortsteile Dornbusch und Eschersheim zusammen den Planungsbezirk 28.

Ende 2004 lag der Versorgungsgrad mit Plätzen in Betreuungseinrichtungen für unter 3-Jährige in Frankfurt insgesamt bei 12,6 %. Hierbei gibt es erhebliche regionale Unterschiede (siehe Tabelle 16). Bis April 2006 stieg die Zahl der Plätze auf 2.453. Deutliche Platzzahlsteigerungen gab es in den Planungsbezirken Schwanheim/Goldstein und Ginnheim. Damit erreichte die Versorgungsquote – berechnet auf der Basis der Zahl der 0- bis unter 3-Jährigen Ende 2005 – einen Wert von rd. 13,0 %.

Während im April 2006 in den Planungsbezirken Innenstadt/Altstadt, Riederwald, Höchst, Bockenheim, Bornheim, Ginnheim und Gallus der Versorgungsgrad – bezogen auf die im jeweiligen Stadtteil lebenden Kinder der betreffenden Altersgruppe – deutlich überdurchschnittlich war, gab es in Praunheim, Berkersheim, Harheim und Nieder-Erlenbach überhaupt keine Plätze in Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren. Sofern Eltern aus diesen Stadtteilen einen Betreuungsplatz nutzen (wollen), sind sie auf Einrichtungen in anderen Stadtteilen angewiesen. Eine solche Nutzung von Betreuungseinrichtungen durch Kinder aus anderen Stadtteilen ist, wie eine Umfrage bei den Einrichtungen aus dem Jahre 2004 ergab, sogar eher die Regel als die Ausnahme und entspricht häufig – etwa wegen der Nähe zum Arbeitsplatz – auch den Wünschen der Eltern.

Tabelle 16: Wohnbevölkerung unter 3 Jahren am Jahresende, Plätze in Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren und Versorgungsgrad mit Plätzen in Einrichtungen nach Stadtteilen Ende 2004 und im April 2006

Pla- nungs- bezirk	Stadtteil	Ende 2004			April 2006		
		Wohnbe- völkerung 0 - 3 Jahre	Plätze	Versor- ungsgrad in %.	Wohnbe- völkerung 0 - 3 Jahre 2005	Plätze	Versor- ungsgrad in % (geschätzt)
1	Bahnhofs-/Gutleutv.	161	10	6,2	195	10	5,1
2	Gallus	758	123	16,2	834	124	14,9
3	Westend	674	64	9,5	760	60	7,9
4	Bockenheim	760	146	19,2	802	214	26,7
5	Innenstadt/Altstadt	181	96	53,0	211	101	47,9
6	Nordend	1.308	197	15,1	1.547	213	13,8
7	Ostend	557	69	12,4	654	69	10,6
7	Bornheim	570	141	24,7	647	118	18,2
8	Riederwald	147	40	27,2	152	40	26,3
9	Seckbach	215	34	15,8	247	34	13,8
10	Bergen-Enkheim	454	49	10,8	441	49	11,1
11	Fechenheim	551	24	4,4	551	24	4,4
12	Sachsenhausen	1.392	204	14,7	1.492	192	12,9
13	Oberrad	298	22	7,4	339	22	6,5
14	Niederrad	540	61	11,3	595	61	10,3
15	Schwanheim/Goldst.	620	10	1,6	573	28	4,9
16	Griesheim	666	22	3,3	664	22	3,3
17	Nied	601	43	7,2	567	43	7,6
18	Höchst	505	115	22,8	530	115	21,7
19	Sossenheim	531	39	7,3	536	39	7,3
20	Unterriederbach	418	18	4,3	413	23	5,6
21	Zeilsheim	351	22	6,3	361	22	6,1
22	Sindlingen	273	32	11,7	238	32	13,4
23	Rödelheim	470	25	5,3	503	26	5,2
24	Hausen	184	16	8,7	199	16	8,0
25	Praunheim	411	0	0,0	435	0	0,0
26	Hedd./NWST/ Niedur.	962	75	7,8	878	75	8,5
27	Ginnheim	505	51	10,1	503	107	21,3
28	Eschersh./Dornb.	841	99	11,8	850	99	11,6
29	Eckenh./Preungesh.	700	16	2,3	781	16	2,0
30	Frankfurter Berg	244	24	9,8	247	24	9,7
31	Berkersheim	116	0	0,0	93	0	0,0
32	Harheim	115	0	0,0	110	0	0,0
33	Nieder-Erlenbach	157	0	0,0	132	0	0,0
34	Nied.-Eschb./Bonam.	470	21	4,5	502	21	4,2
35	Kalbach	223	17	7,6	266	17	6,4
ohne gesamtstädt. Einrichtung.			1.925			2.056	
gesamtstädtische Einrichtungen			328			397	
insgesamt		17.929	2.253	12,6	18.848	2.453	13,0

5.3 Kosten

Ein Ganztages-Krippenplatz (Öffnungszeit 10 Stunden) kostete 2005 beim Eigenbetrieb „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“, der über ein knappes Drittel aller Kleinkinderbetreuungsplätze in Frankfurt verfügt, rd. 1.600 €. Das zu entrichtende Elternentgelt liegt bei einem Ganztagesplatz inklusive Verpflegung bei 430 € im Monat. Beim Vorliegen bestimmter Einkommensverhältnisse wird dieser Betrag bis auf den Essensanteil (30 € bzw. 15 € bei Geschwisterkindern) ganz oder teilweise vom Wirtschaftsdienst Jugend und Familie des Jugend- und Sozialamtes übernommen. Im Durchschnitt werden 11 % (rd. 175 €) der Gesamtkosten von 1.600 € durch Elternbeiträge und weitere 7 % (rd. 115 €) durch andere Einnahmen gedeckt. Selbst der höchste Elternbeitrag von 430 € deckt nur gut ein Viertel der Kosten eines Krippenplatzes. Abzüglich der Elternentgelte und der sonstigen Einnahmen wurden 2003 von der Stadt für einen solchen Krippenplatz rd. 1.300 € im Monat aufgewendet.

Ein Ganztagesplatz (Öffnungszeit 9 Stunden) in einer Krabbelstube eines freien Trägers kostete 2005 rd. 1.150 € und war damit deutlich billiger als ein Platz beim Eigenbetrieb „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“. Entsprechend geringer fielen die Zuschüsse der Stadt für einen Platz in einer nicht in städtischer Trägerschaft befindlichen Krabbelstube aus. Die direkte Förderung betrug 2005 511 € pro Platz und Monat. Hinzu kommt ein Mietkostenzuschuss in Höhe von max. 102 € pro Platz und Monat sowie eine Verwaltungskostenpauschale von durchschnittlich 23 € pro Platz und Monat. In der Regel fordern die Träger freigemeinnütziger Krabbelstuben das gleiche Entgelt von Eltern wie die Kinderkrippen. Dies liegt inklusive Verpflegung bei einem Ganztagesplatz bei rd. 430 € und bei einem Zweidrittelplatz bei rund 325 €. Geht man davon aus, dass das von den Eltern tatsächlich getragene Elternentgelt die selbe Höhe hatte wie in den städtischen Kinderkrippen und bei 175 € lag, dann lagen 2005 die Gesamtaufwendungen der Stadt Frankfurt am Main für einen Ganztags-Krabbelstubeplatz bei knapp 890 €. Rechnet man den Zuschuss aus der Offensive für Kinderbetreuung des Landes Hessens hinzu, der umgerechnet für eine Ganztagesbetreuung bei 42 € im Monat liegt, bekommen die Träger von Krabbelstuben pro Platz rund 930 € im Monat aus öffentlichen Mitteln, und zwar direkt in Form von Zuschüssen oder indirekt durch die teilweise oder ganze Übernahme der Betreuungsentgelte.

Die im Vergleich zu den freigemeinnützigen Trägern höheren Platzkosten beim Eigenbetrieb „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt“ erklären sich aus dem unterschiedlichen Leistungsangebot (längere tägliche Öffnungszeiten, hauseigene Zubereitung der Mahlzeiten), den tariflich gebundenen Gehältern des Personals und den höheren Mietkosten.

5.4 Personal und Qualifikation

In Tageseinrichtungen für Kinder, so auch in Krippen und Krabbelstuben, muss entsprechend der Verordnung des Landes Hessen über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 28.06.2001 jede Kindergruppe mit mindestens 1,5 Fachkräften über die Dauer der Öffnungszeiten besetzt sein. Fachkräfte im Sinne der Mindestvoraussetzungen sind staatl. anerkannte Erzieherinnen, aber auch staatl. anerkannte Heilpädagoginnen, Diplom-Sozialpädagoginnen und Personen mit vergleichbaren Qualifikationen. Die Einhaltung dieser Mindestverordnung wird im Rahmen der Betriebserlaubnis überprüft. Die Träger haben nach § 47 SGB VIII den zuständigen Behörden jährlich die Daten ihrer Einrichtung zu melden, so auch Name und Qualifikation der Betreuungskräfte. In Kinderkrippen und Krabbelstuben ist nach der o.g. Verordnung des Landes Hessens die Gruppengröße auf maximal 12 Kindern festgelegt, sofern die räumlichen Bedingungen dies zulassen. Die Erzieherinnen-Kind-Relation liegt durchschnittlich bei 1:5.

In den 10 Kinderkrippen des Betriebs Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main sind 194 Mitarbeiterinnen im Gruppendienst eingesetzt (Stand: 30.04.2005¹⁶⁶). Davon sind 71 %¹⁶⁷ (138) Erzieherinnen, 10 % (19) Dipl. Sozialpädagoginnen oder Sozialarbeiterinnen, 11 % (22) Kinderpflegerinnen, 3 % (5) Berufspraktikantinnen, 4 % (7) mit sonstiger pädagogischer Ausbildung und 1 % (3) Vor- bzw. sonstige Praktikantinnen. Eine ähnliche Zusammensetzung des Personals findet sich auch in den Einrichtungen in freier Trägerschaft.

In der pädagogischen Arbeit mit unter 3-jährigen Kindern fehlen den Fachkräften teilweise spezifische Kenntnisse im Umgang mit Säuglingen und Kleinstkindern, da der Ausbildungsschwerpunkt von Erzieherinnen nach wie vor auf der Altersgruppe der 3- bis 6-jährigen Kinder liegt. Vor diesem Hintergrund haben die Frankfurter Träger von Kleinkinderbetreuungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit der LAG Freie Kinderarbeit Hessen e.V. und dem Jugend- und Sozialamt erstmals in 2004 ein trägerübergreifendes Qualifizierungsprojekt entwickelt, das zur Zeit zum zweiten Mal durchgeführt wird. Es ist auf die Erfordernisse der Praxis abgestimmt und beinhaltet u.a. Themen wie psychische Entwicklung des Säuglings bis zum 3. Lebensjahr, bindungstheoretische Erkenntnisse und Konsequenzen für die Eingewöhnung, „beziehungsvolle Pflege“ nach Emmi Pikler, die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit mit Eltern, Entwicklungsdokumentation und Dokumentation der pädagogischen Arbeit. Diese

¹⁶⁶ Meldung nach § 47 SGB VIII des Betriebs „Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main“ an das Hessische Sozialministerium – nicht eingerechnet sind dabei die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in den Krippen im hauswirtschaftlichen Bereich tätig sind.

¹⁶⁷ Alle Prozentwerte wurden auf- bzw. abgerundet.

Ergänzungsqualifizierung dient der Stärkung der Fachkompetenz von Mitarbeiterinnen in den verschiedenen Einrichtungen zur Kleinkinderbetreuung und der Weiterentwicklung der konzeptionellen Arbeit. Bislang haben an diesem Qualifizierungsprojekt 40 Mitarbeiterinnen aus Kinderkrippen und Krabbelstuben teilgenommen.

5.5 Bildungsziele und deren Umsetzung

Zentraler Auftrag von Tageseinrichtungen für alle Altersgruppen zur Kinderbetreuung ist nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder. Diese „Aufgabentrias“ ist in ihrer Umsetzung als ganzheitlicher Prozess zu begreifen.

„Bildungs- und Erziehungsziele sind abhängig von gesellschaftlichen Anforderungen und vom Bild des Menschen bzw. des Kindes. Heute wird das Kind als aktiv, kompetent und seine Bildungsziele mit konstruierend gesehen (Fthenakis). In seiner Auseinandersetzung mit der Umwelt sucht es Sinn und Bedeutung und ist von Geburt an imstande, ‚sich die Welt in grundlegender und weit reichender Weise anzueignen, ohne dass ein Erwachsener es belehren müsste‘ (Laewen). So ist Bildung als Selbstbildung zu verstehen, die eingebunden in soziale und kulturelle Umgebung ist (Schäfer).“¹⁶⁸

Auf dieses Bildungsverständnis haben sich die Frankfurter Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Erarbeitung der Leitlinien für Kindertageseinrichtungen in Frankfurt am Main (Entwurf vom 25.07.2005) gemeinsam mit Vertretern der Stadt Frankfurt am Main als Träger der öffentlichen Jugendhilfe verständigt.

Kindliches Lernen ist abhängig von der Beziehungsqualität (Bindungssicherheit, Intensität, Kontinuität) zu den erwachsenen Personen und der Qualität der Umgebung (anregungsreich, übersichtlich, Möglichkeiten zur Flexibilität und Differenzierung).

„Bildung im Krippenalter hat zuallererst etwas mit der Bildung von Wahrnehmung und ihrer inneren Verarbeitung zu tun, also mit konkretem Denken und ästhetischer Bildung (...). Für das Kind bedeutet dies: Mit der gegebenen sozialen, sachlichen und kulturellen Umwelt in Beziehung zu treten; diese Welt mit sinnlichen Mitteln zu erfassen, emotional zu bewerten und zu ordnen; sich in den dabei gebildeten Handlungs- und Vorstellungswelten zurechtzufinden und damit täglich umgehen zu können; in Handlungs- und Vorstellungsmustern zu denken; sie fantasierend, spielend und gestaltend umzuformen.

Der Eintritt in die Sprache bildet den zweiten wesentlichen Schwerpunkt von Bildungsprozessen im Krippenalter. Gemeint ist nicht der Erwerb von Sprachkompetenz, sondern die Entwicklung der Fähigkeit, das, was man wahrgenommen, erlebt, erfahren oder in Handlungen und Bildern umgesetzt hat, in Sprache zu verwandeln, mit Hilfe von Sprache zu denken.“¹⁶⁹

¹⁶⁸ Leitlinien für Kindertageseinrichtungen in Frankfurt am Main, Entwurf vom 25.07.2005, S. 8

¹⁶⁹ Schäfer, G. E.: Bildungsprozesse im Krippenalter. In: B. Niedergesäß, B.; Drexler-Wagner, S.; Srüber, E. und A. Bastian-Störk: Die ersten gemeinsamen Schritte in die Welt. Lüneburg, 2005, S. 127-154, hier S. 153.

Ziel der pädagogisch Handelnden in einer Kinderkrippe bzw. Krabbelstube muss es also sein, Bedingungen dafür zu schaffen, dass Kinder entsprechend ihrer Möglichkeiten ihre emotionalen, intellektuellen und sozialen Fähigkeiten entwickeln können.

Die Bildungs- und Erziehungsziele sind in den jeweiligen einrichtungsbezogenen Konzepten dargestellt, die die Krabbelstuben und Kinderkrippen erarbeitet haben. Darin sind insbesondere Konzepte zur Eingewöhnung, zur Entwicklung und Begleitung der Kleinkinder für ihre Motorik, Kommunikation und Sprache, Sexualität und Sauberkeit, der Sozial- und Spielkompetenz wie zur Zusammenarbeit mit Eltern enthalten. Verschiedene Krabbelstuben orientieren sich an der Pädagogik der ungarischen Kinderärztin (1902-1984) Emmi Pickler, die auf den kompetenten Säugling und dessen Einbeziehung in die Wahrnehmung, Gestaltung und Erklärung seiner Umwelt durch Kontinuität und Intensität der Beziehung zu den Pädagoginnen und Pädagogen setzt.

5.6 Fragen aus der Sicht der Eltern

Die Erreichbarkeit der Einrichtung, die von den Eltern zu tragenden Kosten, die Ausstattung, der pädagogische Ansatz, die Qualifikation des Personals und nicht zuletzt die Öffnungszeiten können für die Eltern Probleme mit sich bringen und bei der Wahl einer Einrichtung eine Rolle spielen.

Eltern beschäftigen sich auch mit der Frage, welche Wirkung es für ihr Kind bzw. ihre Kinder hat, wenn weitere Personen sich an der Erziehung ihrer Kinder beteiligen. Dazu nutzen sie häufig die Beratung und Unterstützung, wie sie durch verschiedene Institutionen (Familienbildungsstätten, Jugend- und Sozialamt, LAG Freie Kinderarbeit Hessen e.V. u.a.) gegeben wird, aber auch bei der Voranmeldung und während der Eingewöhnungszeit in den Kinderkrippen und Krabbelstuben.

Qualitativ gute Kinderbetreuungseinrichtungen bieten vielen Kindern Erfahrungsmöglichkeiten und Anregungen, die sie zu Hause, oftmals durch einen Elternteil alleine, nicht bekommen würden.

Eltern können anhand verschiedener „Checklisten“¹⁷⁰ die Qualität einer Kindertageseinrichtung, die sie nutzen (wollen), überprüfen. Diese Möglichkeit wurde interessierten Eltern im

¹⁷⁰ vgl. ifoebb Materialien Bd.2 Kinderbetreuung – Elternwünsche und Angebote. Checkliste für die Betreuungsplatzsuche und Leitfäden zur Elternzufriedenheit für Mütter, Väter und Fachkräfte, Frankfurt am Main 2004;

Rahmen des alle 2 Jahre stattfindenden Informationsmarktes „Wohin mit unseren Kleinsten?“ mehrmals vorgestellt. Eine Checkliste wird Eltern, die im Jugend- und Sozialamt Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder erfragen, zugeschickt.

5.7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In Frankfurt am Main gibt es ein im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten und Gemeinden gut ausgebautes und auf unterschiedliche Bedürfnisse zugeschnittenes vielfältiges Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren. Trotzdem gibt es eine nicht näher zu quantifizierende Zahl von Müttern und Vätern, deren Betreuungsbedarf durch dieses Angebot nicht gedeckt wird und die auf andere Angebote (Tagespflege, Großelternbetreuung etc.) ausweichen müssen oder wegen des nicht bedarfsgerechten Betreuungsangebots ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder ganz auf sie verzichten. Dies wird sich hoffentlich ändern, wenn in den nächsten Jahren das Betreuungsangebot für die unter 3-Jährigen in Frankfurt am Main weiter ausgebaut wird.¹⁷¹ Inwieweit es auch dann noch nicht gedeckte Betreuungsbedarfe gibt, bedarf einer genauen Bedarfsanalyse.

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz wurde das SGB VIII geändert und die Aufgaben der Jugendämter bei der Qualitätssicherung von Kinderbetreuungseinrichtungen neu geregelt. So heißt es jetzt, dass die „Jugendämter die Qualität der Förderung in ihren Einrichtungen durch geeignete Maßnahmen sicherstellen und weiterentwickeln sollen“ (§ 22 a, Abs. 1 SGB VIII) und dass die „Jugendämter dafür sorgen (sollen), dass auch andere Träger die Sicherstellung des Förderauftrags nach Abs. 1-4 erfüllen“ (§ 22 a, Abs. 4 SGB VIII). In Frankfurt am Main müssen noch geeignete Verfahren entwickelt werden, damit die Qualität der Kinderbetreuung sichergestellt und weiterentwickelt werden kann. Diese Evaluation wird zu einer Erhöhung der Kosten für die Kinderkrippen wie auch für die Bezuschussung der Krabbelstuben führen, sofern die Einrichtungen die Qualitätsprüfungen und -auswertungen selbst übernehmen bzw. Dritte damit beauftragen. Werden solche Verfahren durch den öffentlichen Jugendhilfeträger veranlasst, entstehen dem Jugend- und Sozialamt bzw. dem Stadtschulamt erhöhte Kosten.

Bertelsmann Stiftung: Checkliste für Eltern: Kinder unter DREI in Kitas (<http://www.kinder-frueher-foerdern.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-69534A41/kiff/ChecklistefuerElternKinderunter3.pdf>).

¹⁷¹ vgl. Magistratsbericht B 539 vom 8.8.2005

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht gibt im Hinblick auf die Bildung, Betreuung und Erziehung im frühen Kindesalter verschiedene Empfehlungen¹⁷², die in Frankfurt am Main bereits umgesetzt bzw. angestrebt werden. Exemplarisch können hier genannt werden:

- „Weiterentwicklung der Netzwerke zur Elternbildung und zur Unterstützung von Familien zur Stärkung der Erziehungskompetenz“: Bereits heute wird in Frankfurt am Main eine stärkere Vernetzung der Angebote von Familienbildung, die sehr niedrigschwellig Familien in der ersten Familienphase unterstützen, mit den Betreuungseinrichtungen angestrebt.
- „Erweiterung des Rechtsanspruchs auf eine öffentlich geförderte Kinderbetreuung auf Kinder unter drei Jahren“: In Frankfurt am Main wird eine bedarfsgerechte Versorgung der Kinder im Alter von 3 Monaten bis zum 3. Lebensjahr angestrebt. Eltern haben unterschiedliche Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich der Betreuung ihrer Kleinkinder, so dass Bedarfsdeckung bei dieser Altersgruppe deutlich unter den Quoten liegt, die im Bereich der 3- bis 6-jährigen Kinder und der Schulkinder angestrebt werden. Inwiefern ein Versorgungsgrad von 30 % der Altersgruppe den tatsächlich vorhandenen Bedarf deckt, wird noch zu überprüfen sein.
- „Ausweitung des Platzangebotes auf Ganztagesplätze“: Bei Neueinrichtung von Krabbelstubenplätzen sind in der Regel die Hälfte der Plätze Ganztagesplätze. Derzeit sind rund 65 % der Plätze in Kinderkrippen und Krabbelstuben Ganztagesplätze.

In Frankfurt am Main bzw. für das Land Hessen wird zukünftig die Frage erörtert werden müssen, ob öffentlich verantwortete Kindertagesbetreuung für Eltern kostenfrei werden muss. Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht sagt dazu, dass „die Auslegung der Kindertagesbetreuungsangebote als umfassende Bildungsangebote grundsätzliche Beitragsfreiheit für die Eltern erfordert. Beitragsfreiheit trägt dazu bei, dass ökonomische Hürden für die Inanspruchnahme öffentlich verantworteter Kindertagesbetreuung beseitigt werden und unterstreicht die gesellschaftliche Bedeutung und Wertschätzung früher Bildung für alle Kinder.“¹⁷³ Ohne eine stärkere Beteiligung des Landes und/oder des Bundes an den Kosten ist eine Umsetzung dieser Forderungen kaum möglich.

¹⁷² vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland, S. 561-563 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/zwoelfter-kjb.property=pdf.pdf>)

¹⁷³ ebd., S. 563.

6. Betreuung in Kindergärten

Der Kindergarten ist die am häufigsten genutzte Form der außerfamilialen Betreuung¹⁷⁴ bei Kindern von drei Jahren bis zum Schuleintritt. In West- wie Ostdeutschland besuchten im Jahre 2002 mehr als 80 % der Kinder von 3 bis 7 Jahren einen Kindergarten.¹⁷⁵ Der Kindergarten ist damit eine „Regeleinrichtung“ geworden, die von fast allen Vorschulkindern zumindest für eine bestimmte Zeit besucht wird. In Deutschland gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. In den meisten Bundesländern wird wegen der Finanznot der Kommunen dieser Rechtsanspruch nur unzureichend erfüllt, so dass ein Kindergartenplatz meist erst mit 3 1/4 Lebensjahren, und nicht, wie vorgesehen, nach Vollendung des dritten Lebensjahrs in Anspruch genommen werden kann.

Anders als in allen anderen Staaten der Europäischen Union findet, wie schon erwähnt, die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen in Deutschland und in Österreich nicht an einer Hochschule statt. Erzieher und Erzieherinnen sind damit anderen pädagogischen Fachkräften wie Sozialpädagogen, Diplom Pädagogen oder Lehrern nicht gleichgestellt. Um die Betreuungsqualität zu verbessern, fordern Kritiker, dass auch bei uns die Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner an Hochschulen stattfinden müsse.

Aus der Tatsache, dass mehr als 80 % der Kinder im entsprechenden Alter einen Kindergarten besuchen, kann nicht geschlossen werden, dass ihr Betreuungsbedarf hiermit gedeckt ist. Vielmehr ist es so, dass viele berufstätige Mütter verschiedene Formen der außerfamilialen Betreuung kombinieren müssen, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. So wurden im Jahre 2000 in Westdeutschland 39,5 % der in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage erfassten Kindergartenkinder mit einer Vollzeit erwerbstätigen Mutter ganztags oder halbtags in einer Einrichtung und zusätzlich von einer weiteren, nicht zum Haushalt gehörenden Person betreut, während 44,4 % der Kinder mit einer Vollzeit erwerbstätigen Mutter ausschließlich in einer Einrichtung außerfamilial betreut wurden. 45,6 % der Kindergartenkinder mit einer Teilzeit erwerbstätigen Mutter werden ganztags oder halbtags in einer Einrichtung und zu-

¹⁷⁴ Mit außerfamilialer Betreuung ist hier jede Betreuung in Einrichtungen oder durch Personen, die nicht zur Kernfamilie (Haushaltsgemeinschaft von Eltern und minderjährigen Kindern) gehören, gemeint. Aus dieser Perspektive ist also auch eine Betreuung durch die Großeltern eine außerfamiliale Betreuung. Für außerfamilialer Betreuung wird häufig auch der Begriff Fremdbetreuung benutzt.

¹⁷⁵ „Nach der jüngsten Erhebung im April 2002 besuchten in Deutschland rund 2,4 Mill. Kinder im Alter von 3 bis 7 Jahren einen Kindergarten. Das waren knapp 82 % der Kinder dieser Altersgruppe. Während von den 3- bis 4-jährigen Kindern erst 59 % einen Kindergarten besuchten, erhöhte sich dieser Anteil für die nachfolgenden Altersjahre und lag mit 93 % bei den 5- bis 6-jährigen Kindern am höchsten. Der Anteil der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 1991 gingen erst knapp 74% der Kinder im Alter von 3 bis 7 Jahren in einen Kindergarten.“ (Statistisches Bundesamt: Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 - 2002. Wiesbaden 2004, S. 30.

sätzlich von einer weiteren, nicht zum Haushalt gehörenden Person betreut, während 50,8 % der Kinder mit einer Teilzeit erwerbstätigen Mutter ausschließlich in einer Einrichtung außerfamilial betreut wurden.¹⁷⁶ Bei der Person, die die Kinder neben der Einrichtung betreut hat, dürfte es sich in den allermeisten Fällen um eine der Großmütter des Kindes gehandelt haben.

Die Deckung des Betreuungsbedarfs erwerbstätiger Mütter wird dadurch erschwert, dass ein großer Teil von ihnen zu „atypischen“ Zeiten, am späten Nachmittag, am Abend oder am Wochenende, arbeitet, so das Ergebnis eine Studie aus Nordrhein-Westfalen.¹⁷⁷ Dies gilt häufig auch für teilzeitbeschäftigte Mütter. Für sie trifft das traditionelle Bild, dem zufolge Teilzeit fünf Tage Vormittagsarbeit bedeutet, nicht mehr zu. Und deshalb deckt ein Halbtags- oder Zweidrittelplatz in einer Einrichtung ihren Betreuungsbedarf nicht. Ohne regelrechte „Betreuungsnetze“ könnten viele Mütter ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen, auch wenn sie gar nicht ganztags arbeiten, und zwar weil sie zu „atypischen“ Zeiten arbeiten.

6.1 Angebot und Bedarfsermittlung

In Frankfurt am Main gab es 2002 468 Kindertageseinrichtungen für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die von 180 Rechtsträgern betrieben wurden.¹⁷⁸ Die Stadt betrieb hiervon 133 Einrichtungen. Weitere 80 Einrichtungen wurden von evangelischen Kirchengemeinden, die vom evangelischen Regionalverband vertreten werden, betrieben, 66 Einrichtungen von katholischen Kirchengemeinden, der Caritas und einem katholischen Krankenhaus, die vom Caritasverband vertreten werden, 15 von der jüdischen Gemeinde und weiteren kirchlichen Trägern, die nicht den beiden kirchlichen Dachverbänden angehören, und 168 Einrichtungen von zusammen 55 freigemeinnützigen Trägern. Schließlich gab es noch sechs private Träger, die jeweils eine Einrichtung betrieben und für den Betrieb dieser Einrichtungen keine städtische Förderung erhielten.

Rein rechnerisch steht für neun von zehn Kindern im Alter von 3 bis einschließlich 6 Jahre ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Von 2000 bis 2004 stieg die Zahl der Kindergarten-

¹⁷⁶ eigene Berechnungen aufgrund der Angaben in Büchel, F.; Spieß, C.K.: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Stuttgart 2002, S. 89 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-22296-Studie-zur-Kinderbetreuung-und,property=pdf.pdf>).

¹⁷⁷ vgl. Stöbe-Blossey, S.: Arbeitszeit und Kinderbetreuung: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in NRW. IAT-Report 2004-01 (online unter <http://www.iatge/iat-report/2004/report2004-01.html>).

¹⁷⁸ vgl. Institut für Beratung und Forschung in der Sozialwirtschaft GmbH (I.F.S.): Platzkostenvergleich für Kindertagesstättenplätze in Frankfurt am Main. Bericht - Kurzfassung. April 2004.

plätze von 17.220 auf 18.153.¹⁷⁹ Die Versorgungsquote – berechnet auf Kinder im Alter von 3 bis einschließlich 6 Jahre (*3,5 Jahrgänge*) – lag in beiden Jahren bei 92 %. Obwohl hiermit nicht für jedes Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung stand, waren nicht alle Plätze belegt. Die Belegungsquote stieg aber von 92 % im Jahre 1998 kontinuierlich auf 96 % im Jahre 2001. 2002, 2003 und 2004 lag sie mit 95 % geringfügig unter dem Wert von 2001.

Die Steigerung der Belegungsquote nach 1998 könnte mit der Ausweitung der Betreuungsdauer in den Einrichtungen zusammenhängen. Während 1998 noch 38,4 % der Plätze Halbtagsplätze waren, betrug ihr Anteil 2004 nur noch 24,5 %. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Ganztagsplätze von 46,0 auf 56,2 % und der der Zweidrittelplätze von 15,6 auf 25,3 %. Dies spricht dafür, dass die früher angebotenen Betreuungszeiten nur in beschränktem Maße dem Betreuungsbedarf entsprochen haben.¹⁸⁰

Deutliche Differenzen gibt es bei den Betreuungszeiten zwischen den verschiedenen Trägern. Während der Anteil der Halbtagsplätze in den Kitas der Stadt 32 % beträgt, sind es bei den evangelischen Kitas 33 % und bei den katholischen Kitas 39 %, aber bei den sonstigen freien Trägern nur 16 %. Umgekehrt ist bei letzteren der Anteil der Ganztagsplätze mit 58 % am höchsten und bei den katholischen Kitas mit 40 % am niedrigsten. Auch beim Anteil von Kindern aus ausländischen oder Aussiedlerfamilien gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Trägern. Während dieser Anteil 2002 bei den Städtischen Einrichtungen bei 49,6 % lag, betrug er bei den evangelischen Kindertageseinrichtungen 38,2 %, bei den katholischen 44,6 % und bei den sonstigen freien Trägern 22,8 %.¹⁸¹

Bei der Bedarfsplanung orientierte sich die Stadt nach Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz¹⁸² im Jahre 1996 an Mindestvorgaben des Landes und strebte eine Mindestversorgung von 85 % bezogen auf die *vier Jahrgänge* der drei bis sechs Jahre alten Kinder an.¹⁸³ Dieses Versorgungsziel wurde in den folgenden Jahren relativiert. Seit einigen

¹⁷⁹ Detaillierte Zahlenangaben finden sich im Magistratsbericht B 639 vom 9.9.2005.

¹⁸⁰ Ggf. hat aber auch eine Umstellung des Abrechnungsverfahrens, die zu genaueren Meldungen geführt hat, eine Rolle gespielt. Ob diese Umstellung eine wesentliche Wirkung auf die Belegungsquote hatte, kann im Nachhinein nicht mehr gesagt werden. Auch wenn hier ein gewisser Abrechnungseffekt gegeben sein mag, dürfte die höhere Belegungsquote auch mit den geänderten, und d.h. bedürfnisadäquateren, Öffnungszeiten zu tun haben.

¹⁸¹ vgl. Institut für Beratung und Forschung in den Sozialwirtschaft GmbH (I.F.S.): Platzkostenvergleich für Kindertagesstättenplätze in Frankfurt am Main. Bericht - Kurzfassung. April 2004, S. 19.

¹⁸² Nach § 24 Satz 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) hat ein Kind vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. Demnach gibt es einen individuellen Rechtsanspruch nur auf einen Kindergartenplatz. Es besteht allerdings kein Anspruch auf den Besuch eines bestimmten Kindergartens bzw. einer bestimmten Kindertageseinrichtung. Für Kinder unter 3 Jahren und für Schulkinder besteht hingegen kein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

¹⁸³ vgl. Anlage zur M 131 vom 21.6.1996.

Jahren strebt die Angebotsplanung sowohl einen Ausbau des Platzangebots in unterversorgten Stadtteilen und in Neubaugebieten als auch eine Verbesserung des Angebots durch eine Erhöhung des Anteils von Ganztags- und Zweidrittelplätzen und eine wohnungsnah Integration von behinderten Kindern an. Gesamtstädtisch wird eine Versorgungsquote (nunmehr bezogen auf 3,5 Jahrgänge) von 95 % angestrebt, wobei dieser Wert in einzelnen Planungsbezirken unterschritten werden kann, da rd. 5 % des Gesamtangebots durch Einrichtungen mit einem gesamtstädtischen Einzugsbereich abgedeckt werden. In den Jahren bis 2009 wird eine jährliche Steigerung der Kindergartenplätze um 250 angestrebt. Trotz dieser Steigerung wird der Versorgungsgrad bis 2009 den angestrebten Wert von 95 % voraussichtlich verfehlen, da für den gleichen Zeitraum von einer noch größeren Steigerung der Zahl der in Frage kommenden Kinder ausgegangen werden muss.

Die Erhöhung der Belegungsquote parallel zur Erhöhung des Anteils von Plätzen, die mehr als eine halbtägliche Betreuung sicherstellen, zeigt, dass dieser qualitative Umbau der Angebotsstruktur einem Bedarf entsprach. Bei der Bedarfsplanung stellen die angestrebten Versorgungsquoten nur eine unter mehreren Größen dar. Wichtig ist darüber hinaus, wie vor Ort der Bedarf eingeschätzt wird. Um den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln – viele Eltern melden ihre Kinder in mehreren Einrichtungen an – werden für jeden Planungsbezirk zweimal im Jahr Gespräche durchgeführt. Hier wird der tatsächliche quantitative Bedarf ermittelt. Stellt sich heraus, dass der Bedarf mit den bislang bestehenden Kapazitäten nicht befriedigt werden kann, ist das Stadtschulamt in der Lage, in Kooperation mit den Trägern kurzfristig zusätzliche Gruppen einzurichten. Probleme gibt es allenfalls, wenn es nicht gelingt, zusätzliche Räumlichkeiten zu finden. Ansonsten – das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre – ist es immer gelungen, neu auftauchende Bedarfe relativ kurzfristig zu befriedigen.

Auch wenn die Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kindergärten offensichtlich einem Bedarf entspricht, bedeutet dies nicht, dass damit der Betreuungsbedarf vollständig abgedeckt ist. Inwieweit Frankfurter Eltern neben der institutionellen Betreuung noch andere Betreuungsformen nutzen, ist nicht bekannt. Legt man die Zahlen der oben erwähnten bundesweiten Studie¹⁸⁴ zugrunde, dann dürfte auch in Frankfurt ein erheblicher Teil der Eltern von Kindergartenkindern verschiedene Formen der Betreuung kombinieren. Die Stadt Frankfurt am Main hat sich gegen eine institutionelle Betreuung am Abend und am Wochenende entschieden. Be-

¹⁸⁴ vgl. Büchel, F.; Spieß, C.K.: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Stuttgart 2002, S. 89 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-22296-Studie-zur-Kinderbetreuung-und,property=pdf.pdf>).

treuungsbedarfe, die sich aus atypischen Beschäftigungszeiten ergeben, müssen von den Eltern anders abgedeckt werden.

6.2 Regionale Verteilung

Die regionale Versorgungsdichte mit Kindergartenplätzen weist deutliche Differenzen auf. Die Stadt ist in 35 Kita-Planungsbezirke eingeteilt, die sich weitgehend mit den Ortsteilgrenzen decken. In einigen Fällen wie z.B. Altstadt und Innenstadt umfasst ein Kita-Planungsbezirk zwei Ortsteile. Besonders niedrige Versorgungsquoten weisen die Planungsbezirke Praunheim (70 %), Griesheim (71 %) und Rödelheim (73 %) auf, während andere wie Nordend (92 %), Gallus (99 %) und Hausen (121 %) deutlich überdurchschnittliche Versorgungsquoten aufweisen. Einrichtungen in rein rechnerisch überversorgten Stadtteilen versorgen Kinder aus benachbarten Bezirken mit, so dass auch sie ausgelastet sind.

Innerhalb der Planungsbezirke gibt es im Hinblick auf die Versorgungsquoten in den Grundschulbezirken deutliche Differenzen. Einen besonders dringenden Handlungsbedarf gibt beispielsweise im Planungsbezirk Bornheim/Ostend in den Grundschulbezirk Linné-Schule (Versorgungsquoten 52 %) oder Zeilsheim im Schulbezirk Käthe-Kollwitz-Schule (Versorgungsquote 42 %).¹⁸⁵

6.3 Kosten

Um die Kosten zwischen den Kinderbetreuungseinrichtungen der verschiedenen Trägern vergleichen zu können, hat der Jugendhilfeausschuss der Stadt Frankfurt am Main in seiner Sitzung am 11.2.2003 die Bildung einer Arbeitsgruppe „Kita-Platzkostenvergleich“ und in seiner Sitzung am 1.3.2003 die fachlichen Anforderungen an einen trägerübergreifenden Platzkostenvergleich beschlossen. Mit der Datenerhebung und -auswertung wurde das Institut für Forschung in der Sozialwirtschaft GmbH (I.F.S.) aus München beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit April 2004 vor.¹⁸⁶ 2002 wurden für die Betreuung von Kindern in städtischen Kindertageseinrichtungen insgesamt 78 Mio. € ausgegeben. In dieser Summe sind kalkulatorische Mieten enthalten. Bei 10.538 belegten Plätzen kostete die Betreuung eines Kindes knapp

¹⁸⁵ Für Einzelheiten siehe Magistratsbericht B 639 vom 9.9.2005 und die Anlage 1 zu diesem Bericht.

¹⁸⁶ vgl. Institut für Beratung und Forschung in der Sozialwirtschaft GmbH (I.F.S.): Platzkostenvergleich für Kindertagesstättenplätze in Frankfurt am Main. Bericht - Kurzfassung. April 2004.

615 €.¹⁸⁷ Allerdings sind bei diesen Berechnungen Kinder aller Alterstufen, also auch unter 3-Jährige und Hortkinder, berücksichtigt worden. Um den unterschiedlichen Anteil von Ganztagsplätzen, Zweidrittelplätzen und Halbtagsplätzen in den verschiedenen Einrichtungen vergleichbar zu machen, wurden bei der Berechnung der Kosten pro Betreuungsplatz Zweidrittelplätze mit einem Wert von 0,85 und Halbtagsplätze mit einem Wert von 0,7 gewichtet. Der errechnete Wert von 615 € bietet demnach allerhöchstens einen Anhaltspunkt für die ungefähren Kosten eines Kindergartenplatzes. Zu bedenken ist, dass bei den städtischen Einrichtungen der Anteil der Hortplätze deutlich höher liegt als etwa bei den Einrichtungen des Evangelischen Regionalverbandes (ERV) und des Caritasverbandes (CV). Bei diesen lagen die Platzkosten – ohne kalkulatorische Mieten – im Durchschnitt bei 609 € (ERV) und 566 € (CV), während es bei den städtischen Einrichtungen 626 € und bei den freigemeinnützigen Trägern 645 € waren. Setzt man die kalkulatorischen Mieten mit 10 % der Gesamtkosten an, dann kommt man je nach Träger auf Gesamtkosten von rd. 620 € (CV) bis 710 € (freigemeinnützige Träger) pro Betreuungsplatz und Monat, wobei Halbtagsplätze etwas billiger und Ganztagsplätze etwas teurer sind. Von Seiten der freien Träger wird bemängelt, dass in den Berechnungen Hortplätze als Ganztagsplätze gezählt wurden, während sie tatsächlich nur halbtags in Anspruch genommen werden. Da die städtischen Einrichtungen mehr Hortplätze haben als die freien Träger, erscheinen die durchschnittlichen Kosten eines Platzes in einer städtischen Kindertagesstätte günstiger zu sein, als sie tatsächlich sind.

Diesen Kosten stehen die von den Eltern zu zahlenden Elternentgelte gegenüber. Sie sind nach Einkommen gestaffelt und lagen 2005 für einen Ganztagsplatz in einem Kindergarten in der höchsten Einkommensgruppe und ohne Geschwisterermäßigung bei 144 € im Monat.¹⁸⁸ Bei vielen Kindern liegt das Elternentgelt wegen geringen Einkommens und/oder Geschwisterermäßigung(en) deutlich darunter. Insgesamt lag bei den städtischen Einrichtungen (bezogen auf alle Betreuungsplätze) der Kostendeckungsgrad im Jahre 2002 bei knapp 10 %. Geht man einmal von Brutto-Kosten von 550 € pro Monat aus, dann kostete die Betreuung von Kindergartenkindern des Jahres 2002 bei einer Belegungsquote von 95 % rd. 109 Mio. €. Die Elternentgelte können, falls die Eltern ein zu geringes Einkommen haben, teilweise oder ganz vom Jugend- und Sozialamt übernommen werden.¹⁸⁹ Bei Kindern aus einkommensschwachen Familien, deren Eltern nicht berufstätig sind, wird in der Regel ein Halbtagsplatz in einer Kin-

¹⁸⁷ vgl. ebd., S. 10.

¹⁸⁸ vgl. den Beitrag „Kindertagesstättenentgelte“ auf dem Internetportal der Stadt Frankfurt am Main (<http://www.frankfurt.de/sis/sis/detail.php?id=5073>).

¹⁸⁹ vgl. den Beitrag „Kostenübernahme der Kitaentgelte/ Wirtschaftsdienst Jugend und Familie“ auf dem Internetportal der Stadt Frankfurt am Main (http://www.frankfurt.de/sis/sis/detail.php?id=48095&template=t_20_0664e_1710).

dertageseinrichtung vom Jugend- und Sozialamt finanziert. Wenn ein besonderer Bedarf (fehlende Anregungen im Elternhaus und im Wohnumfeld, mangelnde Erziehungskompetenz der Eltern) erkannt wird, werden auch die Kosten eines Ganztagsplatzes übernommen.

6.4 Personal und Qualifikation

Im Jahre 2002 hatten in Westdeutschland 59 % der Beschäftigten von Kindertageseinrichtungen eine Ausbildung als Erzieher(in), 17 % eine Ausbildung als Kinderpfleger(in), 3 % eine Fachhochschul- oder Hochschulausbildung, 10 % eine andere Berufsausbildung und weitere 10 % keine abgeschlossene Berufsausbildung.¹⁹⁰ Die Frage, wie die berufliche Qualifikation der Beschäftigten beschaffen ist, die Kinder im Kindergartenalter betreuen, ist wegen der großen Anzahl von Kombi-Einrichtungen nicht exakt zu beantworten. Betrachtet man nur die „reinen“ Kindergärten, dann ergibt sich folgendes Bild: Bundesweit gab es Ende 2002 in Kindergärten rd. 197.000 Beschäftigte. Von diesen waren knapp 60 % Erzieherinnen und rd. 6 % ohne Berufsabschluss. In Frankfurt am Main waren hingegen von den gut 1.500 in „reinen“ Kindergärten Beschäftigten knapp 50 % Erzieherinnen und gut 14 % ohne Berufsausbildung. Betrachtet man alle Kindertageseinrichtungen zusammen, dann waren im Bundesgebiet rd. 64 % der Beschäftigten Erzieherinnen und 6 % ohne Berufsausbildung. In Frankfurt am Main hingegen lag der Erzieherinnenanteil bei 49 % und der Anteil der derjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bei 6 %. Die Kategorie „andere Abschlüsse“ umfasst ein breites Spektrum von Berufen. Es reicht von Angehörigen der Verwaltungs- und Büroberufe über Hauswirtschafterin und Ökotrophologin bis hin zu anderen akademischen Abschlüssen.

¹⁹⁰ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990-2002, Tabelle A2.2. Wiesbaden 2004 (http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/kindertagesbetreuung_2002i.pdf); detaillierte Tabellen für das Bundesgebiet wurden vom Statistischen Bundesamt, die Daten für Frankfurt am Main vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.

Tabelle 17: In Frankfurter Kindertageseinrichtungen Tätige nach Einrichtungsart und Berufsabschluss am Jahresende 2002

	Tätige Personen insgesamt	Erzieher (innen)	Kinderpfleger (innen)	Fach(Hoch)schulabschluss*	ohne abgeschlossene Ausbildung	andere Abschlüsse
Kinderkrippen	233	90	16	27	32	68
Kindergärten	1.505	747	75	140	217	326
Horte	493	164	1	130	74	124
Tageseinrichtgn. mit alterseinheitlichen Gruppen	1.290	725	32	160	174	199
Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	758	349	17	92	113	187
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	460	226	18	49	63	104
Tageseinrichtungen zusammen	4.739	2.301	159	598	673	1.008

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

* Diplomsozialpädagog(inn)en, Diplompädagog(inn)en und Erziehungswissenschaftler(innen).

6.5 Bildungsziele und deren Umsetzung

Kindertageseinrichtungen haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 22 SGB VIII) den gesetzlichen Auftrag, die Entwicklung des Kindes zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Die Aufgabe umfasst die Betreuung, Bildung und Erziehung des Kindes. Ausgehend von dem im Kinder- und Jugendhilfegesetz formulierten Erziehungs- und Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen und den entsprechenden Rahmenrichtlinien und Grundsätzen der einzelnen Träger haben viele Einrichtungen ein eigenes pädagogisches Konzept entwickelt und in Form von Broschüren, Flyern etc. schriftlich niedergelegt. Hier sind die speziellen Profile und Projekte (z.B. alterserweiterte Gruppen, Integration, besondere Vorschulprojekte, Sprachförderprogramme, etc.) und der Tagesablauf in den Einrichtungen beschrieben, so dass sich Eltern ein Bild von der pädagogischen Praxis und den Zielen der Einrichtungen machen können, für die sie sich interessieren.

Der Kindergarten als Bildungseinrichtung steht seit geraumer Zeit im Mittelpunkt einer lebhaften öffentlichen Diskussion. Ausgangspunkt dieser Diskussion war das 2001 erschienene Buch „Weltwissen der Siebenjährigen. Wie Kinder die Welt entdecken können“ von Donata Elschenbroich. Sie hat eine Kindergartenwirklichkeit beobachtet, die zum großen Teil durch „Bewahrpädagogik“ geprägt ist, in der Kinder unterfordert werden, und in der es kaum kon-

krete Vorstellungen darüber gibt, was ein Kind eigentlich am Ende der Kindergartenzeit wissen soll. Eine zentrale Stelle in der deutschen Kindergartenkultur kommt dem Dogma des „Freispiels“ zu. „Das bedeutet, dass Kinder sich am besten frei vom Einfluss der Erwachsenen entfalten, dass alles im Spiel und ‚nur aus den Kindern‘ komme.“¹⁹¹ Demgegenüber meint Elschenbroich, dass Kinder „hoctourige Lerner“ sind, die ständig etwas Neues lernen wollen, hierbei aber auf Anleitung und Unterstützung angewiesen sind. Worum es Elschenbroich geht, verdeutlicht das folgende Interview, das sie 2001 mit der Berliner *tageszeitung* führte:

„Kinder sind hoctourige Lerner“

Kleine Kinder lernen zu wenig, Erzieher gehen zu routiniert mit Wissen um, findet die Jugendforscherin Donata Elschenbroich. Sie hat ein "Weltwissen der Siebenjährigen" zusammengestellt. Und plädiert für Leistung – beim Erweitern des Horizonts

Interview ULRICH NOLLER

taz: Sie haben einen Wissenskanon für Kleinkinder aufgestellt. Beginnen Sie nicht ein bisschen früh mit dem Wissenserwerb?

Donata Elschenbroich: Wissen ist etwas, was Kinder von Anfang an suchen. Gerade in der späteren Vorschulzeit sind sie fasziniert von allem Wissenswerten. Sie sind richtig stolz, wenn sie auf einem kleinen Gebiet Spezialist werden.

Aber warum sollten Kinder gleich über ein "Weltwissen", wie Sie es nennen, verfügen?

In den letzten drei Jahrzehnten hat die Pädagogik sehr darauf geachtet, wie Kinder sich als soziale Wesen entwickeln. Mit guten Gründen. Nur ist inzwischen viel passiert: Kinder können gut verhandeln, sie beherrschen sehr früh, Telefone zu bedienen. Bei aller sozialen und kommunikativen Kompetenz scheint aber aus dem Blick geraten zu sein, dass Kinder auf ihren Erkundungsgängen in die Welt auch Interpretationshilfen benötigen.

Kinder wissen zu wenig?

Gemessen daran, wie routiniert Kindergärten oder Familien heute mit Wissen umgehen, könnte man die Erwartungen ruhig steigern. Damit meine ich nicht das, was man den Kindern abfordert. Mir geht es um das, was man ihnen anbietet, was ihren Horizont erweitert.

Sie geben den Erziehungsberechtigten Nachhilfe.

Kein sehr freundliches Wort. Aber Hilfe brauchen sie auf jeden Fall. Ich habe von Berufs wegen immer viel über Kinder gelesen – trotzdem war ich bei meinen eigenen auf Hilfe angewiesen.

Manchen Eltern werfen Sie sogar Unterlassung und Vernachlässigung vor.

Alle Eltern kennen Schuldgefühle. Schon nach den ersten Jahren fragen sie sich, warum sie interessante Dinge nicht gemeinsam mit den Kindern gemacht haben. Oder werfen sich vor, zu sehr in ihrer täglichen Routine zu verharren. Ich kann mich zum Beispiel nicht erinnern, mit meinem Sohn auf einem Friedhof gewesen zu sein – obwohl es in der Nähe einen sehr schönen gab. Wir hätten uns dabei sicher gut unterhalten können.

Warum bringen Eltern ihren Kindern zu wenig bei?

Sie begeben sich erst gar nicht in bestimmte Situationen, die interessant wären. Man hat so ein Bild von Kindern, dass sie sich immer amüsieren müssen, dass alles Spaß machen muss. Da waren frühere Generationen weniger ängstlich. Die haben Kindern mehr zugemutet. Gut, wir muten ihnen das Fernsehprogramm zu – das ja durchaus Schattenseiten des Lebens bietet.

¹⁹¹ Mayer, S.: Eia und Popeia ist nicht genug. In: Die Zeit Nr. 11/2001.

Werden Kinder unterschätzt?

Kinder sind hochtourige Lerner. Dies gilt, wie die Säuglingsforschung zeigt, schon für Babys. Sie sind zu viel mehr in der Lage als zu bloßen Reflexen. Man weiß mittlerweile, dass sie von Beginn an ihre Umwelt dekodieren. Das ist, finde ich, eine sehr spannende Botschaft, weil sie zeigt, dass der Mensch von Geburt an gerne lernt. Jede Sekunde fragt das Gehirn: Was gibt es Neues? Die Welt ist für diese hochkonzentrierten kleinen Menschen ein Labor, eine Werkstatt, ein Atelier.

Was gehört für Sie zum Weltwissen?

Dass Spagetti nicht mehr gut schmecken, wenn man sie eine Stunde lang kocht. Dass es Schuhe für den rechten und für den linken Fuß gibt. Dass die Mutter reizbar ist, wenn sie eine Fastenkur macht. Solcherlei Orientierungswissen auf ganz verschiedenen Ebenen, sozial und zwischenmenschlich. Aber auch das Sachwissen und das Immer-mehr-wissen-Wollen. Jedes Kind, das gern übt, weiß instinktiv, dass es sich verbessern kann.

Und Sie wissen, dass ein konkreter Kanon stets für Streit sorgt.

Ich wollte keine Liste aufstellen, die man in Tests abhaken kann. Können, Wissen, Erfahrenhaben – das enthält für mich sehr viel Ambivalentes. Erinnerungsspuren etwa oder Zweifel. Aber es geht natürlich auch um Wissen – dafür haben wir immer einen Kanon. Durch den Zeitgeist; durch das, was wir Kindern nahe bringen, was wir ihnen zutrauen.

Das läuft unter der Hand . . .

. . . und wenn das ohnehin so ist: Darf man das nicht erweitern und verbessern? Ich finde, es steht den Kindern zu, Kontakt mit Ähnlichem zu bekommen.

Die wenigsten Siebenjährigen dürften je ein chinesisches Schriftzeichen gemalt haben.

Meine Liste enthält nichts, von dem ich von vornherein sagen würde, dass es übertrieben oder überflüssig ist. Es ist nichts dabei, was ich nicht jedem Kind wünschen würde. Es besteht ja kein Zwang, das alles in ein einziges Kinderleben zu pressen.

Ein offener Kanon? Ist das nicht ein Widerspruch in sich?

Wo er Widerspruch auslöst, kann er gern dazu anregen, unser Beispiel durch etwas anderes zu ersetzen. Er soll ruhig die Fantasie in Gang bringen, den Möglichkeitssinn stärken.

Auf Ihrer Liste finden sich ausgesprochen bildungsorientierte Dinge. Es ist von Gedichten und von klassischer Musik die Rede. Dagegen fehlen Fernsehen oder Popmusik.

Na, ich finde, es hat nicht viel mit Bildungsbeflissenheit zu tun, dass Kinder mal etwas repariert haben sollten. Oder mal in einen Bach gefallen sein sollten. Ich habe nichts gegen Bildung – auch wenn ich nicht sagen würde, Kinder sollten ein Gedicht von Hölderlin aufgesagt haben. So etwas würde nie von mir kommen . . .

. . . aber Sinfonien mitdirigieren.

Das Beispiel mit der Sinfonie habe ich in Japan erlebt. Kinder hörten das dort, vom Rekorder, jeden Tag im Kindergarten – und begannen zu dirigieren. Die Wilderen mit großem Armschwung, die Schüchternen ein bisschen verhaltener. Es war etwas ganz Normales für die Vierjährigen in einer japanischen Kleinstadt, Mozart zu dirigieren. Es wurde ihr eigenes Stück.

Könnten Sie sich vorstellen, eine Fernsehfolge von "Heidi" in Ihren Kanon aufzunehmen?

Aber ja! Heidi ist etwas Wunderbares. Da wird ein Konzept von Heimweh vermittelt – und die Erfahrung, dass man es überwinden kann.

Bedeutet ein Bildungskanon auch eine Kampfansage an das Prinzip des „freien Spiels“?

Hinter der Debatte um das Freispiel steckt oft viel Ideologie. Nicht jedes unangeleitete Tun von Kindern ist aber gleich Spiel. Ich würde Kindern wünschen, dass sie Ruhe und genug Stoff haben, um Spiele wirklich entwickeln zu können. Vieles von diesem Freispiel ist – in Kindergärten – manchmal ein oberflächliches Sich-selbst-überlassen-Sein. Mit sinnvollen Anstößen können Kinder das Freispiel dagegen zu einer großen Meisterschaft entwickeln.

Das hört sich an, als plädierten Sie für Leistungsdruck.

Warum nicht? Kinder leisten ständig unglaublich viel. Schon vor dem Eintritt in die Welt, etwa wenn sie, wie man mittlerweile weiß, die eigene Geburt mit in Gang setzen. Sie machen sich auf den Weg. Diese Vorwärtsbewegung, diese ständige Eroberung von Neuem durch Fixieren, Greifen, Laufen,

Sprechen – das sind alles ungeheure Leistungen. Ich will die Eltern sensibler dafür machen, was ihre Kinder kognitiv schon leisten! In dieser Form habe ich überhaupt nichts gegen Leistung einzuwenden.

Haben Sie keine Angst, dass beflissene Eltern versuchen, Ihre Liste abzuhaken, und die Kinder so unter Druck setzen?

Vieles kann man gar nicht abhaken. Ein Kind sollte zum Beispiel eine Anekdote aus dem Leben der Großeltern kennen, es sollte mit dem Vater ganze Tage verbringen oder von ihm bei einer Krankheit gepflegt worden sein – das kann man nicht nebenbei erledigen, das braucht Zeit.

Quelle: taz Nr. 6493 vom 11.7.2001, Seite 17

Vor dem „Weltwissen“ kommt freilich die Beherrschung der Muttersprache bzw. der deutschen Sprache. Spätestens bei der Einschulung treten dann die ersten gravierenden Probleme auf. So waren bei jedem siebten Kind, das in einer Frankfurter Grundschule zur Einschulung im Sommer 2005 angemeldet wurde, unzureichende Sprachkenntnisse festgestellt worden.¹⁹² Diese Kinder, 812 von rd. 5.700 angemeldeten Kindern, wurden in sog. „Vorlaufkurse“ geschickt, in denen die Deutschkenntnisse der künftigen Erstklässler verbessert werden sollen. Immerhin 90 % der Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen haben das freiwillige Angebot der Vorlaufkurse angenommen. Unter entwicklungspsychologischen Gesichtspunkten kommen diese Kurse allerdings zu spät. Die Sprachbildung ist schon mit vier Jahren weitgehend abgeschlossen. Deshalb will die Stadt Erzieherinnen im Hinblick auf die Sprachförderung weiterbilden.¹⁹³

Die für Deutschland erschreckenden Ergebnisse der PISA-Studie und die Erkenntnis, dass entscheidende Weichen für die spätere Bildungslaufbahn schon vor dem Eintritt in die Schule gestellt werden, hat der Diskussion um den Bildungsauftrag des Kindergartens neue Impulse gegeben. Eine Zusammenstellung für Frankfurt am Main über die Kindergartenprogramme und über die in den Einrichtungen jeweils verfolgten Bildungsziele gibt es nicht. Eltern, die dem Bildungsaspekt bei der Auswahl einer Einrichtung besonderes Gewicht beimessen, sind auf den Eindruck angewiesen, den sie selber beim Besuch von Einrichtungen gewinnen. Hilfreich wäre es hierbei sicher, wenn die Einrichtungen ein ausformuliertes pädagogisches Konzept vorlegen können. Dies ist in den meisten, aber nicht allen Einrichtungen der Fall. Aus dem Fehlen eines ausformulierten Konzepts kann man freilich nicht auf Mängel in der Qualität der täglichen Arbeit mit den Kindern schließen. Und ein Konzept garantiert nicht, dass es in der Praxis auch umgesetzt wird.

¹⁹² vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.12.2004: „Experten fordern Deutschkurse bereits im Kindergarten“.

¹⁹³ Ein Projekt zur Sprachförderung zwei- und mehrsprachiger Kindergartenkinder wurde vom Stadtschulamt bereits im Jahre 2000 begonnen (vgl. Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Schule, Bildung und Frauen, Stadtschulamt: Meine, deine, unsere Sprache. Konzeption für eine Sprachförderung zwei- und mehrsprachiger Kinder. Frankfurt am Main 2001).

6.6 Fragen aus der Sicht der Eltern

Für Eltern sind – mit unterschiedlicher Gewichtung – die Betreuungszeiten der Kindertageseinrichtungen und die Qualität der Betreuung von entscheidender Bedeutung. Welche Probleme sie hierbei mit Frankfurter Kindertageseinrichtungen haben, ist – ebenso wie im Bereich der Frankfurter Kinderkrippen und Krabbelstuben – bislang nicht systematisch erhoben worden.¹⁹⁴ Prinzipielle Vorbehalte gegen eine institutionelle Betreuung dürften anders als bei den unter 3-Jährigen bei Kindergartenkindern kaum eine Rolle spielen. Vielmehr wird der Besuch eines Kindergartens als normaler Entwicklungsschritt gesehen. Hier können, so die überwiegende Einschätzung, Kinder Erfahrungen machen, die sie zu Hause nicht mehr machen können. Der Kindergarten stellt so eine Vorbereitung auf die soziale Situation in der Schule dar. Auch dürfte der Konflikt zwischen den Ansprüchen des Kindes auf (vor allem) mütterliche Zuwendung und den Ansprüchen der Mütter auf Berufstätigkeit als „ein Stück eigenes Leben“ nicht mehr als so gravierend erlebt werden. Ein ausgebautes Angebot an Ganztagsplätzen löst allerdings nicht alle Probleme: So nehmen viele Eltern aus Rücksicht auf den Arbeitgeber Urlaub, um ihre erkrankten Kinder zu betreuen, obwohl es für Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung die Möglichkeit gibt, das sog. „Kinderpflege-Krankengeld“ in Anspruch zu nehmen.¹⁹⁵ Auch ein ausgebautes Kinderbetreuungsangebot wird diese Lücke nur schwer lösen können, da kranke Kinder in der Regel nicht in die Einrichtung kommen sollen, um andere Kinder nicht anzustecken.

Untersuchungen zur Fremdbetreuung (Quelle: <http://www.kita-mv.de/index.php?id=8388>)

Gute Fremdbetreuung schadet den Kindern nicht, sondern im Vergleich mit andern nicht fremdbetreuten Kindern erzielten sie genauso gute - und oft bessere - Ergebnisse bei Tests über ihre geistige oder intellektuelle Entwicklung. Die Kinder (die meisten im Vorschulalter) konnten oft besser mit Auge und Hand koordinieren, erzielten bessere Ergebnisse bei Intelligenztests, waren kreativer im Umgang und Spiel mit Materialien, wussten mehr über die physische Welt, verfügten über mehr arithmetische Fertigkeiten und waren fähig einen komplexeren Sprachstil zu verstehen.

Vorschulkinder, die relativ gute Tageseinrichtungen besuchen, sind zumeist selbstbewusster, offener, durchsetzungskräftiger und selbstgenügsamer, fühlen sich in neuen Situationen schneller behaglich,

¹⁹⁴ Bekannt ist aber, dass die Personalsituation in den städtischen Kindertagesstätten und Kinderkrippen in jüngster Zeit (Oktober 2005) vom Gesamtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten und -krippen der Stadt Frankfurt am Main als unzureichend kritisiert wurde (vgl. die Pressemitteilung des Gesamtelternbeirats vom Oktober 2005 [<http://www.geb-frankfurt.de/DemoPressemitteilung.pdf>]).

¹⁹⁵ Das Kinderpflege-Krankengeld nach §§ 44 – 47 SGB V hat Lohnersatzfunktion. Es wird gezahlt, wenn der oder die Versicherte nach ärztlichem Zeugnis wegen Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege seines erkrankten und versicherten Kindes (maximal zwölf Jahre alt) der Arbeit fern bleiben muss. Bei behinderten und auf Hilfe angewiesenen Kindern gilt die Altersgrenze nicht. Der jährliche Anspruch pro Kind besteht für zehn Arbeitstage. Der maximale jährliche Anspruch liegt bei 25 Arbeitstagen. Es gibt Sonderregelungen für Alleinerziehende und für Versicherte mit schwerstkranken Kindern.

sind weniger zaghaft und ängstlich, hilfsbereiter und kooperativer sowie verbal expressiver und wissen mehr über gesellschaftliche Regeln und Geschlechterrollen.

Fremdbetreuung von relativ guter Qualität fördert bzw. behindert zumindest nicht die kognitive und soziale Entwicklung der Kinder. Dieselben Untersuchungen zeigen jedoch auch, dass fremdbetreute Kinder oft unhöflicher, weniger verträglich, ungehorsamer, lauter und ungestümer, leichter reizbar und rebellischer und aggressiver sind sowie häufiger Schimpfwörter verwenden als Kinder, die nicht fremdbetreut werden.

Folgende Aspekte korrelieren am deutlichsten und häufigsten mit dem Verhalten und der Entwicklung der Kinder:

- Physische Umgebung
- Das Verhalten der Betreuerinnen
- Das Curriculum
- Die Zahl der Kinder

1) Physische Umgebung

Überraschenderweise steht die kognitive und soziale Entwicklung von Kindern nicht in Beziehung zu der Zahl vorhandener Spielsachen oder der Grösse des Raumes der Betreuungsstätte (ausser sie ist sehr überfüllt, was negative Auswirkungen hat). Nicht so sehr die Menge, sondern die Qualität der zur Verfügung stehenden Spielsachen sind entscheidend, um die Entwicklung der Kinder zu fördern.

- Stimulierende physische Umgebung
- Raumgestaltung zur vielfältigen Nutzung (spielen, basteln, ausruhen, lesen, schwatzen, essen, kuscheln, verstecken, bewegen und turnen und vieles mehr)
- Qualität und Vielfältigkeit der nutzbaren Materialien und Spielsachen
- Einrichtung, die sich an den kindlichen Interessen orientiert
- Ausreichend Platz (pro Kind und für die verschiedenen Aktivitäten)

2) Das Verhalten der Betreuerinnen

Folgendes Verhalten der Fachkräfte führte zu einer grösseren Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder soziale und kognitive Fertigkeiten entwickelten.

- erzieherisch und betreuerisch arbeiten
- respektvoll
- stimulierend
- verantwortungsbewusst
- positiv / positiver Ton
- akzeptierend
- offene, klare, annehmende Haltung zeigen
- mitteilksam, informativ
- zusammen Geschichten vorlesen oder erfinden
- Wahlmöglichkeiten anbieten
- nichtdirektive Vorschläge machen
- zu eigenen Lösungsansätzen anregen

Nicht so gute Voraussetzungen zur Entwicklung bieten sich bei Fachkräften, die

- rein betreuerisch arbeiten
- viel motorisch helfen
- viel Körperkontakt initiieren, umarmen und festhalten (keine Eigenverantwortung des Kindes zur Problemlösung)
- Anweisungen geben
- kontrollieren

- einschränken

- bestrafen

In welcher Art und Weise Betreuerinnen mit den Kindern positiv interagieren, hängt zu einem gewissen Grad (jedoch nicht ausschliesslich) von der Ausbildung und Erfahrung ab. Untersuchungen haben gezeigt, dass zwar Leiterinnen mit höherer Ausbildung und mehr Berufserfahrung häufiger stimulierend, verständnisvoll und akzeptierend sind, als solche mit weniger Erfahrung. Fachkräfte mit einer akademischen Ausbildung tendieren jedoch auch dazu, ein grösseres Gewicht auf schulische Aktivitäten zu legen, was auf Kosten der Förderung der sozialen und emotionalen Entwicklung geht.

3) Das Curriculum

Das Vorhandensein irgendeiner Art von Curriculum, etwa einige Lehrstunden, etwas Strukturierung, einige organisierte und überwachte Aktivitäten, ist eindeutig besser als ihr Fehlen. Zuviel Struktur und Reglementierung sind jedoch nicht gut. Die Kinder profitieren vor allem von der Gelegenheit und der Ermutigung, gewisse Aktivitäten zu initiieren, etwas selber zu spielen oder zu lernen, wie man sich Wissen aneignet und zu den gesuchten Informationen (zu einem Wissensgebiet, zu einem Spiel, zu Hilfe etc.) findet.

4) Die Zahl der Kinder

Die Möglichkeit mit andern fremdbetreuten Kindern zu interagieren hat positive Auswirkungen, das Kind lernt verschiedene Verhaltensmodelle kennen. Ist die Gruppe jedoch sehr gross (bei Drei- bis Vierjährigen mehr als 20), das Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern sehr gross (grösser als 1:10) werden die Kinder in ihrer Entwicklung beeinträchtigt.

6.7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In Frankfurt am Main wurde das Betreuungsangebot in Kindergärten in den letzten Jahren durch die Erhöhung der Zahl der Ganztags- und der Zweidrittelpätze in quantitativer Hinsicht deutlich verbessert. Allerdings dürften viele erwerbstätige Eltern wie auch anderswo im Bundesgebiet darauf angewiesen sein, zusätzlich zur institutionellen Betreuung andere Betreuungsformen zu nutzen.

Wenn Kinder in Einrichtungen betreut werden hat dies vielfältige Einflüsse auf ihr Verhalten und ihre emotionale, soziale und intellektuelle Entwicklung. In den letzten Jahren sind Wissenschaftler bemüht gewesen, die verschiedenen Faktoren zu bestimmen, die einen positiven oder negativen Einfluss auf die betreuten Kinder haben. Die verschiedenen Faktoren lassen sich dabei vier Aspekten zuordnen: der äußeren Gestaltung und der Ausstattung mit Spielzeug, dem Verhalten der Erzieherinnen und Erzieher, dem Curriculum der Einrichtung und der Zahl der betreuten Kinder in der Gruppe (siehe letzten Kasten).

Die Qualität von Einrichtungen lässt sich im Hinblick auf diese vier Faktoren bewerten. Am schwierigsten zu erfassen sind hierbei die Verhaltensmerkmale der Betreuer und Betreuerin-

nen.¹⁹⁶ Bei verschiedenen Frankfurter Trägern sozialer Einrichtungen wie z.B. dem Diakonischen Werk und dem Caritasverband gibt es ein Qualitätsmanagement. Man versucht, die Art und Weise des Qualitätsmanagement eines Unternehmens durch sog. „Qualitätsmanagementsysteme“ objektiv zu bewerten. Das Qualitätsmanagement soll dafür sorgen, dass ein Produkt oder eine Dienstleistung den Kundenwünschen entspricht und ggf. laufend diesen Wünschen angepasst wird. Qualitätsmanagementsysteme kamen zuerst in der Industrie, mittlerweile aber auch bei vielen Dienstleistungsbetrieben und sozialen Einrichtungen zum Einsatz. Wenn das Qualitätsmanagement eines Betriebs bestimmte Kriterien erfüllen, kann es zertifiziert werden. Dies ist in Frankfurt am Main z.B. bei einigen Kindertageseinrichtungen des Diakonischen Werkes der Fall. Zertifiziert wird hier nicht das Produkt oder die Dienstleistung als solche, sondern das Qualitätsmanagement des Unternehmens, also eher das Bemühen um Qualität und der Prozess der Qualitätssicherung als das Produkt oder die Dienstleistung an sich.¹⁹⁷ Im Hinblick auf das Verhalten der Erzieherinnen und Erzieher, das wesentlichen Einfluss auf das Verhalten und Erleben der betreuten Kinder hat (s.o.), bedeutet dies z.B., dass durch die Zertifizierung bewertet wird, ob regelmäßige Supervisionen und Weiterbildungen durchgeführt werden. Qualitätssicherung ist mittlerweile ein zentrales Anliegen der Träger von Kindertageseinrichtungen in Frankfurt am Main.

Um sicherzustellen, dass jedes Kind vom Bildungsangebot eines Kindergartens profitieren kann, ist in letzter Zeit vorgeschlagen worden, mindestens das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. In Rheinland-Pfalz ist dies mit Beginn des Jahres 2006 der Fall, in anderen Bundesländern wird darüber noch gestritten. So sinnvoll es ist, durch diese Maßnahme möglichst alle Kinder vor dem Schuleintritt in die Bildungsinstitution Kindergarten zu bekommen, so kann es doch aus pädagogischer Sicht nur ein erster Schritt sein, denn die entscheidenden Weichen für die spätere intellektuelle und soziale Entwicklung werden deutlich

¹⁹⁶ In anderen Ländern werden die Kindergärten schon jetzt einer ständigen externen Qualitätskontrolle unterzogen. Ein Beispiel hierfür ist Australien. Hier gibt es seit 1994 ein „Qualitätssicherungs- und Akkreditierungssystem“. Staatliche Fördermittel werden nur an solche Einrichtungen gezahlt, die sich einem Akkreditierungsprozess unterziehen. Ziel des Verfahrens ist es, die Qualität der Kindertagesbetreuung zu verbessern und sicherzustellen, dass alle Kindertagesstätten bestimmte Mindeststandards erreichen. Dies gibt Eltern die Möglichkeit, sich bei der Auswahl einer Betreuungseinrichtung an deren Qualität zu orientieren. Hierdurch vergrößert sich der auf den Kindertageseinrichtungen ruhende Druck, die Betreuung, Erziehung und Bildung der ihnen anvertrauten Kinder zu verbessern. Hierzu trägt auch bei, dass diese Akkreditierung alle drei Jahre erneuert werden muss. Es wäre wünschenswert, wenn ein ähnliches Verfahren hierzulande insgesamt zur Qualitätssicherung von Kindertageseinrichtungen zum Einsatz käme (vgl. Martin R. Textor: Eine gute Kita muss 52 Kriterien erfüllen: Das australische Akkreditierungsprogramm. In: ders. [Hrsg.]: Kindergartenpädagogik - Online-Handbuch [<http://www.kindergartenpaedagogik.de/45.htm>]).

¹⁹⁷ vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. S. 313ff. und 350ff. (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/zwoelfter-kjb,property=pdf.pdf>)

früher gelegt. So wurde im 2005 vorgestellten Zwölften Kinder- und Jugendbericht gefordert, die öffentlich verantwortete Kindertagesbetreuung im Vorschulalter insgesamt beitragsfrei zu machen.¹⁹⁸ Von manchen Beobachtern wird sogar die Einführung einer Kindergartenpflicht – meist beschränkt auf das letzte Jahr vor der Einschulung – befürwortet. Im Hinblick auf die notwendige Förderung – insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund und/oder aus einkommensschwachen Haushalten – wäre eine solche Pflicht zum Besuch eines Kindergartens zu begrüßen. Ein solcher verpflichtender Kindergartenbesuch müsste aber für die Eltern kostenfrei sein.

Aus empirischen Studien weiß man, dass Kinder aus Armutsmilieus in besonderer Weise vom Besuch einer Kindertageseinrichtung profitieren.¹⁹⁹ Schon von daher ist es geboten, den Besuch einer Kindertageseinrichtung für die Eltern kostenfrei zu machen. Denn selbst wenn schon heute beim Vorliegen entsprechender Einkommensverhältnisse die Elternbeiträge teilweise oder voll vom Jugend- und Sozialamt übernommen werden, so kann die für die Kostenübernahme i.d.R. notwendige Kontaktaufnahme mit dem Jugend- und Sozialamt gerade für Eltern aus Armutsmilieus und sozial benachteiligten Quartieren eine Hürde darstellen, vor der sie zurückschrecken. Darüber hinaus müssen auch für Kinder, deren Eltern nicht erwerbstätig bzw. arbeitslos sind, Ganztagsplätze vorgehalten werden, da diese Kinder oftmals wegen fehlender Anregungen im Elternhaus und im Wohnumfeld in kognitiver, sozialer und kreativer Hinsicht Defizite aufweisen. Neben kognitiven Defiziten im engeren Sinne weisen manche Kinder auch Verhaltens- und Entwicklungsdefizite auf. Um bei diesen Kindern eine mögliche spätere sonderpädagogische Karrieren zu verhindern, müssen besondere Maßnahmen zu ihrer Förderung und Integration ergriffen werden. Entsprechende Konzepte werden heute schon in einigen Frankfurter „Kindertageseinrichtungen mit erweitertem Erziehungs- und Bildungsauftrag“ wie der Kita Engelsruhe mit Erfolg umgesetzt. Hier werden sowohl für Kindergarten- als auch für Schulkinder präventive Hilfen im Vorfeld möglicher ambulanter bzw. teilstationärer oder stationärer Maßnahmen mit Hilfe zusätzlicher Fachkräfte durchgeführt. Die Aufgabe dieser Zusatzkräfte umfasst u.a. die Feststellung des Hilfebedarfs von Kindern, die Erstellung von Förderplänen, die Durchführung von Einzelfallhilfen und die Kooperation mit Fachkräften anderer Einrichtungen.

¹⁹⁸ vgl. ebd., S. 564.

¹⁹⁹ Daneben gibt es Hinweise darauf, dass die Zusammensetzung der Kindergartengruppen erheblichen Einfluss auf den späteren Bildungserfolg hat. So ergab eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, dass Kinder mit Migrationshintergrund, die im Kindergarten vornehmlich mit Migrantenkindern zu tun hatten, nach Beendigung der Grundschule deutlich seltener aufs Gymnasium wechseln als Migrantenkinder, die ihre Kindergartenzeit vornehmlich unter deutschen Kinder verbrachten (vgl. Pfeiffer, C.; Baier, D.: Wenn Mehmet mit Max Fußball spielt. In: Frankfurter Rundschau vom 22.11.2005, S. 27).

7. Betreuung von Schulkindern in Horten und Ganztagschulen

Viele Kinder können nach der Schule nicht von ihren Eltern versorgt werden, weil sie arbeiten oder aus sonstigen Gründen hierzu nicht in der Lage sind. Für diese Kinder gibt es in Frankfurt am Main ein differenziertes Betreuungsangebot. In Horten werden Schulkinder vom Schuleintritt bis zum Alter von 12 Jahren nach der Schule betreut. „Hort“ heißt diese Einrichtungsart vor allem beim kommunalen Träger, bei den kirchlichen und einigen freien Trägern. Manche Horte sind gemeinsam mit Kindergärten in Kindertageseinrichtungen untergebracht. Man spricht dann auch von sog. „Doppelbetrieben“. Bei einer großen Anzahl von freien Trägern wird die Einrichtung für Schulkinder als „Schülerladen“ bezeichnet. Diese sind oft kleine Einrichtungen mit nur einer Gruppe. Auch unter diesen gibt es Einrichtungen mit Angeboten für mehrere Altersgruppen (Kombination von Kinderladen und Schülerladen „unter einem Dach“). In manchen Einrichtungen gibt es auch altersgemischte Gruppen mit Angeboten für Kinder im Kindergartenalter und Schulkinder gemeinsam. Im Hort bekommen die Kinder ein Mittagessen. Darüber hinaus gibt es freizeitpädagogisches Angebot und eine Hausaufgabenbetreuung. Neben Horten und Schülerläden, die sich außerhalb der Schulen befinden, gibt es Betreuungsangebote in Grundschulen (Frühbetreuung und Über-Mittag-Betreuung). Der Hort hat – wie alle anderen Kindertageseinrichtungen auch – die Aufgaben der Betreuung, Bildung und Erziehung. Hierbei umfasst der Bildungsauftrag mehr als die Unterstützung der Kinder bei der Erledigung der Hausaufgaben.

7.1 Angebot und Bedarfsermittlung

Im November 2005 gab es in Frankfurt am Main 8.946 Hortplätze und 1.700 Plätze in Betreuung an Grundschulen.²⁰⁰ Hortplätze gibt es in über 250 Einrichtungen, die sich in städtischer, kirchlicher oder freigemeinnütziger Trägerschaft befinden. Seit 2000 sind über 900 neue Hortplätze hinzugekommen. Der Versorgungsgrad der 6- bis 12-jährigen Schulkinder mit Hortplätzen erreichte damit 29 %, und 34 %, wenn man die Plätze in Betreuung an Schulen hinzurechnet. Der überwiegende Anteil (90,5 %) der Hortkinder besucht die Grundschule.

Trotz der Ausweitung des Platzangebotes besteht nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Hortplätzen. Das vorhandene Angebot reicht in einigen Stadtteilen nicht aus, die Nachfrage

²⁰⁰ vgl. Magistratsbericht B 639 vom 9.9.2005, S. 18ff.

zu befriedigen. Dies gilt auch für solche Grundschul- bzw. Kindertagesstätten-Planungsbezirke, in denen eine überdurchschnittliche Versorgungsquote gegeben ist.

Neben den Horten gibt es in Frankfurt am Main an 19 Schulen Ganztagsangebote, darunter 11 weiterführende Schulen. Zwei Dritteln dieser 19 Schulen arbeiten nach der sog. „offenen Konzeption“. Hier werden an fünf Nachmittagen pro Woche Angebote gemacht. Zudem beginnt die Betreuung morgens um 7:30 Uhr und endet nachmittags in der Regel um 17:00 Uhr, freitags frühestens um 14:00 Uhr. Die Teilnahme am Nachmittagsangebot ist für die Schüler und Schülerinnen freiwillig. Wenn sie angemeldet sind, besteht jedoch die Pflicht zur Teilnahme für den Anmeldezeitraum. Demgegenüber ist die Teilnahme an den Nachmittagsangeboten bei den Schulen mit „gebundener Konzeption“ ganz oder teilweise verpflichtend.

Das Ganztagsangebot an den Frankfurter Schulen befriedigt den Betreuungsbedarf vieler erwerbstätiger Eltern, deren Kindern diese Angebote nutzen, nur teilweise. Probleme ergeben sich z.B. in den Ferien, in denen sie für ihre Kinder andere Betreuungsmöglichkeiten finden müssen. Aber selbst Eltern, die keinen Betreuungsbedarf haben oder diesen anderweitig decken können, begrüßen den Ausbau des Nachmittagsangebots an den Schulen. Hier gibt es Hilfe bei den Hausaufgaben, die manche Eltern selber nicht geben können, die Möglichkeiten, an Arbeitsgemeinschaften teilzunehmen, und Freizeitangebote, die verhindern, dass die Schülerinnen und Schüler einfach nur „rumhängen“. Die Nachmittagsangebote übernehmen so in manchen Fällen die Funktion von Jugendfreizeiteinrichtungen.

7.2 Regionale Verteilung

Die Versorgung mit Hortplätzen differiert zwischen den verschiedenen Kindertagesstätten-Planungsbezirken. 2004 lagen die Versorgungsquoten in den Planungsbezirken Riederwald, Seckbach, Zeilsheim, Sindlingen, Schwanheim/Goldstein und Berkersheim bei 25 % und weniger, während sie in den Planungsbezirken Westend und Nordend über 40 % und mehr erreichten.²⁰¹

Anders als bei den meist von Grundschulkindern besuchten Horten spielt bei den Schulen mit Ganztagsangebot die regionale Verteilung und damit die schnelle Erreichbarkeit nur eine untergeordnete Rolle, da es sich bei ihnen vorwiegend um weiterführende Schulen handelt, deren Schülerschaft sich nicht bzw. nicht vorrangig aus dem unmittelbaren Nahbereich rekrutiert. Bei der Wahl der weiterführenden Schule sind die Eltern frei, so dass die Erreichbarkeit nur

²⁰¹ vgl. Anlage 2 zum Magistratsbericht B 639 vom 9.9.2005.

ein Gesichtspunkt neben anderen, etwa dem pädagogischen Profil oder dem „Ruf“ einer Schule, ist.

7.3 Kosten

Während für die Hortbetreuung ein Elternentgelt erhoben wird, sind die Nachmittagsangebote an den Ganztagschulen kostenlos. Das maximale Elternentgelt in Kinderhorten beträgt 144 €. Hinzu kommt, wenn die Kinder ein Mittagessen einnehmen, das Essensgeld. Je nach Einkommen, Umfang der Betreuung und Zahl der betreuten Kinder reduziert sich dieser Betrag.²⁰² Unter bestimmten Voraussetzungen werden die Elternentgelte teilweise oder ganz vom Wirtschaftsdienst Jugend und Familie des Jugend- und Sozialamtes übernommen. Weil die Betreuung in Horten nicht kostenfrei ist, würde ein Ausbau des Ganztagschulangebots von den meisten Eltern begrüßt werden.

7.4 Personal und Qualifikation

In den „reinen“ Kinderhorten (ohne Kombi-Einrichtungen) waren im Bundesgebiet Ende 2002 knapp 17.000 Personen tätig.²⁰³ Von diesen waren knapp 63 % Erzieher(innen), rd. 6 % Diplompädagog(inn)en, Sozialpädagog(inn)en oder Erziehungswissenschaftler(innen) und ebenfalls rd. 6 % Kinderpflegerinnen. In Frankfurt am Main ergibt sich ein völlig anderes Bild. Hier waren Ende 2002 von den in „reinen“ Kinderhorten Tätigen nur rd. 33 % Erzieher(innen), aber rd. 26 % Diplompädagog(inn)en, Sozialpädagog(inn)en oder Erziehungswissenschaftler(innen), und rd. 15 % hatten keinen Berufsabschluss. Über die Qualifikation des Personals, das im Rahmen der Nachmittagsangebote an den Ganztagschulen Arbeitsgruppen leitet oder die Erledigung der Hausaufgaben beaufsichtigt, liegen keine systematischen Erhebungen vor. Es dürfte sich aber, so der Eindruck bei einer Recherche bei Elternbeiräten dieser Schulen, oftmals um Studierende oder andere nicht-professionellen Kräfte handeln, die ihre Tätigkeit auf Honorarbasis ausüben.

²⁰² vgl. den Artikel „Kindertagesstättenentgelte“ auf der Homepage der Stadt Frankfurt (<http://www.frankfurt.de/sis/sis/detail.php?id=5073>).

²⁰³ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990-2002, Tabelle A2.2. Wiesbaden 2004 (http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/kindertagesbetreuung_2002i.pdf); detaillierte Tabellen für das Bundesgebiet wurden vom Statistischen Bundesamt, die Daten für Frankfurt am Main vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.

7.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Betreuung in Horten ist vor allem für Eltern wichtig, die berufstätig sind. Das gilt selbst für die Eltern, deren Kinder eine der Frankfurter Ganztagschulen besuchen. Das Nachmittagsangebot besteht in der Regel aus einem Mix von Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und einem Freizeitangebot. Voraussetzung eines Nachmittagsangebots ist die Möglichkeit, den Kindern ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Die Betreuungsangebote der Schulen enden meist zwischen 15:00 und 16:00 Uhr, so dass Kinder vollzeiterwerbstätiger Eltern oftmals noch Zeit überbrücken müssen, bis die Eltern kommen. Bei älteren Kindern ist dies häufig kein Problem, da die Eltern ihnen meist schon zutrauen, eine Zeit lang alleine zurecht zu kommen. Bei jüngeren Kindern geht das naturgemäß nicht; neun von zehn Hortkindern besuchen eine Grundschule. Ältere Kinder sind aber auch deswegen seltener in Horten anzutreffen, weil mehr als die Hälfte der Schulen mit einem Ganztagsangebot Haupt- und weiterführende Schulen sind, deren Schülerzahlen erheblich über denen der Grundschulen liegen. Das Ganztagsangebot an den Schulen – zur Zeit meist in Form der „offenen Konzeption“ – erfüllt für viele Eltern die Funktion des Hortes. Es sichert an bestimmten Wochentagen oder durchgängig die Betreuung der Kinder. Bei den jüngeren Kindern ist aber dieses Ganztagsangebot so selten, dass vor allen Dingen für sie eine zusätzliche Betreuung in Horten in Anspruch genommen wird. Allerdings gibt es schon jetzt in rd. drei Viertel aller Grundschulen eine sog. „Frühbetreuung“, die für alle Kinder offen ist und vor Unterrichtsbeginn ein Betreuungsmodul darstellt. Ein weiterer Ausbau der Über-Mittags-Betreuung und des Ganztagsangebots an Grundschulen würde die Notwendigkeit der Hortbetreuung für Kinder der entsprechenden Altersgruppe deutlich einschränken.

Die Betreuung nachmittags in Horten und die Nutzung von Nachmittagsangeboten an den Schulen ist aber auch unter dem Aspekt der Förderung der Kinder von großer Bedeutung. Viele Eltern können keine Hilfe bei den Hausaufgaben geben, sei es, weil sie tagsüber erwerbstätig sind, sei es, weil sie nicht über die benötigten Kenntnisse verfügen und/oder die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen. Auch wenn die Betreuung in einem Hort oder die Nutzung von Nachmittagsangeboten für viele Eltern unter dem Aspekt der Betreuung die selbe Funktion erfüllen, unterscheiden sich diese beiden Betreuungsarrangement doch deutlich im pädagogischen Ansatz. Offen ist deshalb, ob und wie die schulische Betreuung die spezifische Intensität und Qualität der Betreuung in Horten erreichen kann, wenn sie mit einem deutlich geringeren Personal- und Mitteleinsatz pro Kind erfolgt, eine Intensität und Qualität, die bei einigen, aber nicht allen Kindern dringend geboten ist. Parallel zum Ausbau des Ganztagsunterrichts ist deshalb eine Überleitung der nicht mehr benötigten Ressourcen

aus dem Hortbereich in die Schulen geboten. Ziel hierbei sollte die Entwicklung gemeinsamer Ziele in der Bildungsplanung sowie einer gemeinsamen Didaktik, Methodik und Arbeitskultur sein.

Ein größeres Nachmittagsangebot an den Schulen könnte auch die Lücke schließen, die sich dadurch ergibt, dass Horte nur Kinder bis zum Alter von 12 Jahren aufnehmen. Um diese Lücke zu schließen, gibt es in Frankfurt am Main für Kinder, die 12 bis 15 Jahre alt sind, acht Einrichtungen, die ausschließlich Jungen und Mädchen dieser Altersgruppe offen stehen („Teenie-Einrichtungen“). Viele andere Einrichtungen arbeiten sowohl mit Teenies als auch mit Kindern anderer Altersgruppen.

8. Betreuung in Tagespflege und in anderen privaten Arrangements

Kinder unterschiedlichen Alters werden nicht nur in Institutionen, sondern auch in Privathaushalten betreut. Eine große Rolle spielen hierbei Verwandte, insbesondere Großmütter. Erfolgt die Betreuung durch Großmütter in der Regel unentgeltlich, müssen andere Betreuungspersonen meist bezahlt werden. Wird das Kind für einen bestimmten Zeitraum am Tag zur Betreuung in einen anderen Haushalt gebracht, handelt es sich bei der Betreuungsperson um eine Tagesmutter oder einen Tagesvater. Kommt die Betreuungsperson hingegen in den elterlichen Haushalt und schließt sie einen Arbeitsvertrag mit den Erziehungsberechtigten, bezeichnet man die Betreuungsperson als Kinderfrau oder Kindermädchen. Eine Sonderform stellen Au-Pairs dar. Bei ihnen handelt es sich um junge Menschen, die für eine befristete Zeit gegen Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld in einer Familie im Ausland arbeiten, um die Landessprache zu erlernen.

Da die hier behandelten Betreuungsformen für Kinder aller Alterstufen genutzt werden, werden sie in einem Kapitel behandelt.

8.1 Tagespflege

Tagespflegepersonen – es handelt sich fast ausschließlich um Frauen („Tagesmütter“) – betreuen ein oder mehrere Kinder anderer Eltern bei sich zu Hause. Eltern, die ihr Kind auf Grund beruflicher Tätigkeit oder Ausbildung nicht selbst betreuen können, haben so die Möglichkeit, ihr Kind betreuen zu lassen. Die Tagespflege stellt oft eine Alternative zur institutionellen Betreuung und zur Betreuung durch Verwandte dar. Die Vermittlung von Tageskindern erfolgt oft über Tagespflegebörsen, die bei den Jugendämtern der Städte und Gemeinden eingerichtet sind. Dies ist auch in Frankfurt am Main der Fall, wo es seit 1999 eine Tagespflegebörse gibt. Die Frankfurter Tagespflegebörse ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Jugend- und Sozialamt und dem Verein Babysitter- und Tagespflegevermittlung. Vermittlungen erfolgen auch über die Sozialrathäuser, insbesondere dann, wenn die Tagespflegeperson eng mit dem Jugend- und Sozialamt zusammenarbeitet und auch andere Formen der Familienbetreuung sicherstellt.

Bundesweite Repräsentativerhebungen zeigen, dass nur wenige Eltern ihre Kinder von Tagesmüttern betreuen lassen.²⁰⁴ Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland werden nur rd. 2 % der Kinder im Vorschulalter in Tagespflege betreut. In Westdeutschland besuchten im Jahre 2000 von den dreijährigen Kindern 29,8 % einen Kindergarten, aber nur 4,2 % wurden von einer Tagespflegeperson betreut. Der Anteil der Kindergartenkinder steigt bei den Vierjährigen auf 76,9 %, während der Anteil der in Tagespflege betreuten Kinder auf 2,4 % sinkt. Von den fünfjährigen Kindern wurden nur noch 1,3 % von einer Tagespflegeperson betreut, aber 94,8 % besuchten einen Kindergarten. Unklar ist, woran die geringe Inanspruchnahme der Tagespflege liegt, ob z.B. das Angebot zu gering ist oder ob Eltern institutionelle Betreuungsformen oder eine Betreuung durch Verwandte und hier insbesondere die Großeltern bevorzugen. Die Gründe dürften in den spezifischen Vor- und Nachteilen zu suchen sein, die die Tagespflege gegenüber institutioneller Betreuung aufweist.

„Stärken der Tagespflege gegenüber der Kinderkrippe liegen in der größeren Flexibilität der Betreuungszeiten, der kleineren Gruppe, der intensiveren Zuwendung der Betreuungsperson, der familialen Umgebung und dem geringen Infektionsrisiko. Schwächen sind hingegen die Instabilität dieser Betreuungsform, die kleinere Zahl der Spielkameraden, die schlechtere Ausstattung mit Spielsachen, die fehlende pädagogische Aus- und Fortbildung vieler Tagesmütter und die mangelnde Überwachung durch den Staat. (...) Die Kosten einer Tagespflege sind in der Regel niedriger als die Kosten für eine Krippe. (...)

Ausländische Studien, bei denen sowohl Eltern mit Kindern in Tagespflege als auch solche mit Kindern in Tageseinrichtungen befragt wurden, ergaben, dass die Zufriedenheit mit der Familientagespflege entweder gleich groß (...) oder sogar größer als die Zufriedenheit mit der institutionellen Fremdbetreuung war (...).²⁰⁵

Je nachdem, welche Aspekte bei der Auswahl einer Betreuung für die eigenen Kinder wichtig sind, wird die Betreuung durch eine Tagesmutter angestrebt, oder auch nicht, oder trotz der Möglichkeit, das Kind von einer Tagesmutter betreuen zu lassen, eine institutionelle Betreuung bevorzugt. Im Hinblick auf die im Zitat oben angesprochene „mangelnde Überwachung durch den Staat“ hat sich mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz – KICK) Grundlegendes geändert. Während man bislang nur eine Erlaubnis benötigte, wenn man mehr als drei Kinder betreute, muss nunmehr derjenige eine Erlaubnis zur Kindertagespflege beantragen, „wer Kinder außerhalb

²⁰⁴ vgl. Büchel, F.; Spieß, C.K.: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Stuttgart 2002, S. 38ff. (online unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-22296-Studie-zur-Kinderbetreuung-und-property=pdf.pdf>).

²⁰⁵ Textor, M. R.: Kinderkrippe oder Tagesmutter? In: Das Online-Familienhandbuch (http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Kindertagesbetreuung/s_105.html).

ihrer Wohnung in anderen Räumen während des Tages mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen will.“ (§ 43 Abs. 1 SGB VIII).

8.1.1 Angebot und Bedarfsermittlung

In Frankfurt können Eltern, die auf der Suche nach einem Betreuungsplatz für ihr Kind sind, über die schon erwähnte Tagespflegebörse zentral nach einer geeigneten Tagespflegeperson im gesamten Stadtgebiet suchen. Außerdem können Eltern beim Sozialdienst Pflegekinderhilfe in den einzelnen Sozialrathäusern freie Tagespflegestellen erfragen. Die fundierte Beratung der Eltern im Hinblick auf den rechtlichen Rahmen, die Qualitätsstandards in der Tagespflege und die Qualifikation der Tagespflegepersonen ist eine wesentliche Aufgabe der Tagespflegebörse wie des Sozialdienstes Pflegekinderhilfe.

Tagespflege ist dann, so die Erfahrung aus Frankfurt, die von Eltern bevorzugte Betreuungslösung für Kinder, wenn Eltern flexible Zeiten sowie eine familiäre Atmosphäre des Betreuungsrahmens bevorzugen. Häufig machen es die Arbeitszeiten der Eltern erforderlich, dass Kinder in den frühen Morgenstunden oder späten Abendstunden betreut werden müssen (außerhalb der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen). Ebenso wird Tagespflege immer dann gezielt nachgefragt, wenn Eltern Teilzeit berufstätig sind und ihre Kinder nicht an allen Wochentagen betreut werden müssen.

Die Zahl der Tagesmütter (oder -väter), die mit der Frankfurter Tagespflegebörse in Kontakt stehen, betrug im März 2006 438. Diese hatten 652 Betreuungsplätze. Die Zahl der tatsächlich als Tagesmütter tätigen Personen liegt deutlich höher. Denn Tagesmütter mussten bis Ende September 2005 nicht in jedem Fall mit dem Jugendamt in Kontakt stehen, wenn sie Kinder aufnehmen wollten. Erst wenn eine Tagesmutter mehr als drei fremde Kinder betreute, benötigte sie hierzu bis zu diesem Zeitpunkt eine Erlaubnis vom zuständigen Jugendamt (§ 44 Abs. 1 S. 2 SGB VIII in der bis 30.9.2005 gültigen Fassung). Schon deshalb waren dem Jugend- und Sozialamt nicht alle tatsächlichen Tagespflegeverhältnisse bekannt. Personen, die als Tagesmutter tätig sein und Kinder mehr als 15 Stunden in der Woche betreuen wollen, werden aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung²⁰⁶ seit Oktober 2005 erst nach einer Quali-

²⁰⁶ Das im Dezember 2004 verabschiedete Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG) bestimmt, dass geeignete Tagespflegepersonen Personen sind, „die sich durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und anderen Tagespflegepersonen auszeichnen und über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen. Sie sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben.“ (§ 23 Abs. 3 SGB VIII).

fizierung neu in die Kartei der Tagespflegebörse aufgenommen, es sei denn, sie können die notwendigen Kenntnisse anderweitig nachweisen. Der Umfang der für die Erteilung der Pflegeerlaubnis nachzuweisenden Qualifizierung wird sich ab 2006 deutlich ausweiten. Tagespflegepersonen, die Kinder weniger als 15 Stunden in der Woche betreuen, benötigen auch in Zukunft hierfür keine Erlaubnis und müssen demzufolge auch nicht ihre Eignung nachweisen.

In den letzten Jahren lag die Zahl der Eltern, die über die Tagespflegebörse eine Tagespflegestelle suchten, im Laufe eines Jahres bei rd. 1.000. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Tagespflegepersonen ist von Monat zu Monat unterschiedlich. So boten im November 2003 175 Tagespflegepersonen freie Betreuungsplätze für Kinder an; d.h., diese Betreuungsplätze konnten sofort in Anspruch genommen werden.²⁰⁷ Inwieweit angebotene Tagespflegeplätze auch tatsächlich in Anspruch genommen werden, kann z.Z. nicht gesagt werden.

Die Jugendämter haben mit dem Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG) vom Dezember 2004 den Auftrag bekommen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagespflegestellen sicherzustellen. § 24 Abs. 3 SGB VIII lautet nunmehr:

„Für Kinder im Alter unter drei Jahren sind mindestens Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten, wenn

1. die Erziehungsberechtigten oder, falls das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammenlebt, diese Person einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder an Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt teilnehmen oder
2. ohne diese Leistung ein ihrem Wohl entsprechende Förderung nicht gewährleistet ist (...)

Auch wenn sich hieraus nicht ableiten lässt, dass für jedes Kind ein Betreuungsangebot „vorgehalten“ werden muss, so ist der Kreis der potenziell „Begünstigten“ deutlich größer als die Zahl der heute in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege betreuten Kinder unter drei Jahren.

Es ist offen, wie die diejenigen, die als Tagesmütter tätig sein wollen, auf die veränderte Rechtslage reagieren, denn die in den meisten Fällen wegen des Überschreitens der Grenze von 15 Stunden Betreuungszeit in der Woche erforderliche Erlaubnis des Jugendamtes setzt voraus, dass die künftigen Tagesmütter z.B. durch die Teilnahme an entsprechenden Qualifizierungsangeboten nachweisen, dass sie geeignet sind. Darüber hinaus müssen sie auch die

²⁰⁷ vgl. Magistratsbericht B 981 vom 05.12.2003.

eigene Wohnung für Überprüfungen öffnen. Wer hierzu nicht bereit ist, wird entweder keine Tagespflegestellen mehr anbieten oder mit den Eltern Arrangements treffen, die das Gesetz unterlaufen. Z.B. dürfte es Außenstehenden schwer fallen nachzuweisen, dass die Grenze von 15 Stunden, ab der eine Erlaubnis eingeholt werden muss, tatsächlich überschritten wird. Es ist eine Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, darauf hinzuweisen, dass Eltern, die eine Tagespflegestelle suchen, von den Tagesmüttern den Nachweis ihrer Geeignetheit in Form einer Pflegeerlaubnis durch das Jugendamt verlangen.

8.1.2 Kosten

Die Entgelte für die Betreuung von Kindern in Tagespflege werden zwischen den Eltern und der Tagespflegeperson ausgehandelt. In Frankfurt ergibt sich je nach Qualifikation und Angebot seitens der Tagespflegeperson ein Stundensatz zwischen 3,00 € und 8,00 €. Unter bestimmten Voraussetzungen können die Betreuungskosten vom Jugend- und Sozialamt übernommen werden. Hier gelten festgelegte Pflegegeldsätze. Anträge zur Finanzierung der Tagespflege sind im Bedarfsfall von den Sorgeberechtigten in den Sozialrathäusern zu stellen, die für die Tagespflegepersonen zuständig sind. Da die Tagespflegepersonen i.d.R. nicht weit von den Eltern entfernt wohnen, deren Kind betreut werden soll, ist dies meist auch das Sozialrathaus, in dessen Zuständigkeitsbereich die Eltern wohnen.

8.1.3 Personal und Qualifikation

Tagespflegepersonen, die das Frankfurter Jugend- und Sozialamt vermittelt, werden in Grundlagenkursen auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Die Grundlagenkurse werden von den Mitarbeiterinnen der Tagespflegebörse durchgeführt. Darüber hinaus erhalten Tagesmütter schriftliches Informations- und Arbeitsmaterial und haben Anspruch auf fachliche Beratung durch die Tagespflegebörse oder den Sozialdienst Pflegekinderhilfe wohnortnah im Sozialrathaus. Tagespflegepersonen müssen ein polizeiliches Führungszeugnis, ein Gesundheitszeugnis sowie den Nachweis über einen Erste-Hilfe-Kurs am Kind vorlegen. Der Besuch des Grundlagenkurses für Tagespflegepersonen mit anschließendem Auswertungsgespräch über die Eignung sind Voraussetzung für die Vermittlung eines oder mehrerer Tageskinder durch die Tagespflegebörse. Inhaltlich umfasst die Qualifizierung neben den rechtlichen, versicherungstechnischen und steuerlichen Fragen auch Themen wie die Vorbereitung auf die Tagespflege oder die Klärung der Rolle als Tagesmutter oder -vater. Entwicklungspsychologische Erkenntnisse u.a. in der Eingewöhnungsphase, die Alltagsgestaltung sowie spiel- und bil-

dungspädagogische Aspekte werden intensiv bearbeitet. Ziel ist es, den Tagespflegepersonen die Erweiterung ihrer Kompetenz in Bezug auf das Erkennen individueller Bedürfnisse von Kindern und entsprechende Handlungsmöglichkeiten nahe zu bringen. Darüber hinaus werden ausreichende Deutschkenntnisse erwartet, um den Bildungs- und Förderauftrag für Kinder in Tagespflege zu erfüllen.

8.1.4 Probleme bei der Nutzung aus der Sicht der Eltern

Im vergangenen Jahr haben sich in Frankfurt am Main mehr als 1.000 Eltern auf der Suche nach einem Betreuungsplatz für ihr Kind bzw. ihre Kinder telefonisch oder persönlich an die Tagespflegebörse gewandt. Weit mehr als 50 Prozent der Eltern, die sich an die Tagespflegebörse wenden, hätten aber eigentlich lieber, dass ihr Kind institutionell, d.h. in einer Kinderkrippe oder Krabbelstube betreut wird. Gründe hierfür sind – hier unterscheiden sich Frankfurter Eltern nicht von anderen – z.B. die qualifizierte Betreuung der Kinder und die Kontinuität der Betreuung, die auch im Krankheitsfall einer Betreuungsperson erhalten bleibt. Die Qualifizierung der Tagespflegepersonen ist deshalb ein Schwerpunkt der Arbeit der Frankfurter Tagespflegebörse.

Schwierigkeiten ergeben sich für Eltern vor allem im Urlaubs- oder Krankheitsfall der Tagespflegeperson. Eine gesicherte Vertretungsregelung ist oft nicht gegeben. Aus Sicht der Tagespflegepersonen sind die rechtlichen Voraussetzungen im versicherungs- und steuerrechtlichen Bereich schwer zu durchschauen, je nach Einzelfall sehr unterschiedlich und dementsprechend oft ein Hindernis. Bei Problemen in der Betreuung sind die Sozialdienste Pflegekinderhilfe vor Ort Ansprechpartner sowohl für die Tagespflegepersonen als auch für die Eltern. Dabei spielt die schnelle Erreichbarkeit eine große Rolle.

8.2 *Andere private Arrangements*

Die Betreuung der Kinder durch Verwandte und Freunde ist eine häufig genutzte Betreuungsform bei Kindern im Vorschulalter. Bei den unter 3-Jährigen ist sie in Westdeutschland sogar die häufigste Betreuungsform.²⁰⁸ 32,6 % der 3-jährigen Kinder wurden im Jahre 2000 von Verwandten und 10,5 % von Freunden betreut, während 29,8 % ein institutionelles Betreuungsangebot nutzten. Nicht selten werden mehrere dieser Betreuungsformen gleichzeitig ge-

²⁰⁸ vgl. Büchel, F.; Spieß, C.K.: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Stuttgart 2002, S. 38ff. (online unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-22296-Studie-zur-Kinderbetreuung-und,property=pdf.pdf>).

nutzt: Bei den 6-jährigen Kindern lag der Anteil der von Verwandten – meist sind es die Großmütter – betreuten bei 33,4 % und der von Freunden betreuten bei 3,2 %, während der Anteil der Kinder, die eine Einrichtung besuchten, bei 85,9 % lag. D.h., dass viele Kinder, die eine Einrichtung besuchen, zusätzlich noch von Verwandten betreut werden. Während also der Anteil der Kinder, die durch Verwandte betreut wurden, nahezu konstant ist, sank die Betreuung durch Freunde deutlich. Dies hängt sicher damit zusammen, dass der Anteil der Kinder, die eine Einrichtung besuchen, zwischen dem vierten und dem fünften Lebensjahr deutlich ansteigt. Die Häufigkeit, mit der Verwandte Kinder betreuten, zeigt aber auch, dass die Betreuungseinrichtungen den Betreuungsbedarf nicht vollständig decken. In welchem Umfang in Frankfurt am Main Großeltern, andere Verwandte oder Personen aus dem Freundeskreis Betreuungsaufgaben übernehmen, ist nicht bekannt.

Andere Betreuungsformen wie Au-Pairs oder Kinderfrauen, bei denen eine bezahlte Betreuungsperson in den Haushalt der Eltern kommt, spielen, wie man aus bundesweiten Erhebungen weiß, kaum eine Rolle. So gibt es z.Z. bundesweit rd. 35.000 gemeldete Au-Pairs. Auf Frankfurt am Main entfielen, wenn sich die Au-Pairs gleichmäßig auf das Bundesgebiet verteilen würden, etwa 280. In Frankfurt selber soll, so die mündliche Auskunft einer Vermittlungsagentur, die Zahl der Au-Pairs im Vergleich zum Umland eher gering sein. Rein zahlenmäßig handelt es sich also bei den Au-Pairs um eine sehr unbedeutende Betreuungsform.

Au-Pairs werden i.d.R. über Agenturen vermittelt, die für ihre Vermittlung Gebühren von 300 bis 600 € verlangen. Für die Gastfamilien fallen das „Taschengeld“ an, das von der zuständigen Bundesagentur für Arbeit auf 205 € im Monat festgesetzt wurde. Ferner muss die als Au-Pair beschäftigte Person von der Gastfamilie krankenversichert werden. Weitere Ausgaben für Ausflüge etc. und Kosten, die durch die Mehrausgaben im Haushalt bedingt sind, müssen ebenfalls berücksichtigt werden.²⁰⁹ Im Gegensatz zu Kinderfrauen oder -mädchen unterliegt die Beschäftigung von Au-Pairs besonderen Restriktionen: Die Dauer der Beschäftigung ist auf 12 Monate begrenzt, die wöchentliche Arbeitszeit soll 30 Stunden an fünf Wochentagen nicht überschreiten und den Au-Pairs muss der Besuch eines Sprachkurses ermöglicht werden. Außerdem steht ihnen ein eigenes Zimmer in der Gastfamilie zu. Über die Verbreitung der Betreuung durch Kindermädchen, die früher in bürgerlichen Haushalten eine wichtige Rolle bei der Erziehung der Kinder übernahmen, liegen für Frankfurt am Main keine Daten vor.

²⁰⁹ vgl. Bundesagentur für Arbeit: „Au-Pair“ bei deutschen Familien (http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/hauptstelle/a-04/importierter_inhalt/pdf/aupairinfo_01.pdf)

8.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Viele erwerbstätige Eltern versuchen notgedrungen, die Lücken in der institutionellen Kinderbetreuung, wie es sie insbesondere für unter Dreijährigen und Schulkinder in Westdeutschland insgesamt, teilweise aber auch in Frankfurt am Main gibt, durch aufwendige private Arrangements zu schließen. Die Organisation dieser Unterstützungsnetzwerke ist entsprechend der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen meist Aufgabe der Mütter. Die Betreuung wird zum größten Teil von Frauen übernommen, sei es von der Großmutter, Freundin, Nachbarin oder der Kollegin. An erster Stelle stehen die Großmütter, die nach der Mutter und dem Vater die dritt wichtigste Betreuungsperson für Kinder sind.²¹⁰ Nachbarschaften und Freundschaften werden eher vereinzelt oder in Notfällen genutzt und beruhen auf dem Austausch wechselseitiger kleinerer Hilfestellungen. Sie sind in ihrer Bedeutung aber auch nicht zu unterschätzen. Doch gerade das Puzzle zwischen bisher unzureichender institutioneller Betreuung und privaten sehr vielfältigen und kurzfristigen Arrangements erfordert Organisationstalent und viel Kraft.

Im Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) ist erstmals auch der Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen durch bundeseinheitliche Mindestvorgaben geregelt. Ausdrücklich sind darin neben dem Ziel eines „bedarfsgerechten Angebots“ (§ 24 Abs. 2 SGB VIII) für die Tagespflege Qualitätsnormen festgeschrieben worden. Tagespflegepersonen „sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben.“ (§ 23 Abs. 3 SGB VIII) Gerade weil die Arrangements mit Tagesmüttern oder -vätern in der Regel auf privaten Vereinbarungen beruhen, ist die Sicherstellung der Mindestvoraussetzungen und der Qualität der Betreuung in diesem Bereich besonders wichtig. Bisher sind die Auswirkungen dieser gesetzlichen Regelungen aber nicht einzuschätzen, da es sich um Ausbauplanungen handelt, deren Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen noch nicht verhandelt, geschweige denn gesichert ist. Auch wenn für die Altersgruppe der unter 3-Jährigen in Deutschland die Versorgung mit Plätzen in Betreuungseinrichtungen im internationalen Vergleich schlecht ist, ist die Tagespflege kein Ersatz für den notwendigen Ausbau der institutionellen Erziehung, Bildung und Betreuung.

Welche quantitative Bedeutung die Betreuung durch Großeltern, Kindermädchen, Tagesmütter oder Au-Pairs in Frankfurt am Main hat, ist unbekannt. Amtliche Stellen sind nur am Ran-

²¹⁰ In Westdeutschland ließen 1996 28 % und in Ostdeutschland 22,1 % der Paarhaushalte mit zwei Vollzeit(nah) Erwerbstätigen ihre Kinder von Großmüttern betreuen (vgl. Ludwig, I.; Schlevogt, V.; Klammer, U.; Gerhard,

de mit diesen Betreuungsarrangements befasst, die weitgehend der privaten Initiative überlassen sind. Lediglich die Arbeit der Frankfurter Tagespflegebörse gibt Einblick in dieses Praxisfeld. Durch die Regelungen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) bedarf die Betreuung von fremden Kindern in der eigenen Wohnung einer Genehmigung, wenn sie einen Umfang von mehr als 15 Stunden in der Woche hat und mehr als drei Monate dauert. Ob tatsächlich viele Tagespflegepersonen um eine solche Erlaubnis nachsuchen, muss die Zukunft zeigen. Für die vom Gesetz geforderte Qualifizierung von Tagespflegepersonen wurde vom Jugend- und Sozialamt eine Konzeption erarbeitet, die ab 2006 in die Praxis umgesetzt wird.

Teile III: Schulbildung, Ausbildung und Berufseintritt

In diesem Teil stehen Bildungswege und Bildungserfolge im Mittelpunkt des Interesses. Die Schule wird hier vor allem als Bildungsinstitution betrachtet, während ihre Betreuungsfunktion, man denke hier an die Nachmittagsangebote in Ganztagschulen, weiter oben bereits behandelt wurde. Welche Jungen und Mädchen besondere Misserfolge im Schulsystem haben ist zentrales Thema von Kapitel 9. Der schulische Bildungsweg und -erfolg ist die Grundlage für den Berufseinstieg. Stärker als ihre männlichen Altersgenossen beschränken sich Mädchen und junge Frauen bei der Berufswahl auf einige wenige Berufe bzw. Berufsfelder. Die Ergebnisse einer Untersuchung zum Berufswahlverhalten Frankfurter junger Frauen werden in Kapitel 10 dargestellt.

9. Kinder und Jugendliche in der Schule

Der Übergang von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule ist eine der entscheidenden Weichenstellungen für die weitere Bildungslaufbahn von Kindern. Hier wird zu einem großen Teil auch über die spätere soziale Stellung und das mögliche Berufsspektrum von Kindern entschieden. Während die Grundschule als eine alle sozialen Schichten und Begabungsstufen umfassende Gemeinschaftsschule konzipiert ist, ist der weitere Bildungsgang von der Idee der Differenzierung und der Schaffung möglichst begabungs- und leistungshomogener Klassen geprägt. Dieses Ziel soll über die Übergangsempfehlung am Ende des vierten Schuljahres erreicht werden. Die Übergangsempfehlung soll Kinder ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Begabung entsprechend differenzieren und den drei Schultypen Hauptschule, Realschule und Gymnasium zuweisen. Da sich die Empfehlung vor allem an den Schulnoten orientiert, sollen die Übergangsempfehlungen die tatsächliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Kinder widerspiegeln. Hiermit soll die Schule Kindern aus unteren sozialen und häufig auch „bildungsfernen“ Schichten den sozialen und den Bildungsaufstieg ermöglichen. Nicht Herkunft und soziale Stellung der Eltern, sondern Begabung und Leistung sollen über spätere soziale Stellung von Kindern entscheiden.

Eigentlich soll also die Leistung der Schüler über den weiteren Bildungsweg den Ausschlag geben. Doch dies gelingt nur in sehr eingeschränktem Maße. Vor allem Schüler im großen Mittelfeld werden in Deutschland sehr willkürlich auf die verschiedenen weiterführenden Schularten verteilt, wie die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) ergab.²¹¹ Die Studie belegt auch, dass Arbeiterkinder und Kinder von Zuwanderern systematisch benachteiligt werden. Bei gleicher Leistung – die Forscher erfassten die Lesefähigkeit und die Mathematikleistung der Kinder – hat das Kind eines Managers eine 2,63-mal so große Chance auf eine Gymnasialempfehlung wie das Kind eines Arbeiters und ein Kind deutscher Eltern eine 1,66-mal so große Chance wie ein Einwandererkind. Von Chancengleichheit und leistungsgerechter Auslese kann nur bedingt die Rede sein. Nur am unteren und oberen Rand des Leistungsspektrums stimmen die Übergangsempfehlung und die durch die IGLU-Forscher gemessene Leistung überein. Im mittleren Bereich hingegen gibt es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen gemessener Leistung und der Übergangsempfehlung für die verschiedenen Schultypen. In der Folge sitzen in Haupt- und Realschulklassen weiterhin Schüler, die

²¹¹ vgl. Bos, Wilfried u.a.: Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse. Hamburg April 2003 (<http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/kurz-end.pdf>); dies.: Einige Länder der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich. Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse. Hamburg Januar 2004 (<http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/kurzversion-LV.pdf>).

ebenso gut aufs Gymnasium gehen könnten, und umgekehrt. Das Ziel, leistungshomogene Klassen zu schaffen, wird damit weitgehend verfehlt.

Kinder mit Migrationshintergrund wechseln nach der Grundschule deutlich häufiger auf die Hauptschule als Kinder ohne Migrationshintergrund. Ihre Schulnoten sind darüber hinaus, wie eine Untersuchung von Viertklässlern aus Baden-Württemberg zeigte, deutlich schlechter als die der Kinder ohne Migrationshintergrund.²¹² Dies gilt für alle Fächer außer Mathematik. Hier erreichen Kinder von Aussiedlern ebenso oft wie Kinder von „alteingesessenen“ Deutschen gute Noten. Auch in der erstmals im Jahre 2000 durchgeführten PISA (Programme For International Student Assessment)-Studie²¹³, bei der weltweit rd. 180.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren untersucht wurden, zeigte sich, dass in keinem der 32 teilnehmenden Staaten die Schulleistungen von Kindern mit Migrationshintergrund schlechter und der Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Schulleistungen stärker ist als in Deutschland. Die OECD unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen drei Gruppen von Kindern: Kinder die in Deutschland geboren wurden und von denen auch mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren wurde („native students“), Kinder, die in Deutschland geboren sind, deren Eltern aber noch im Ausland geboren wurden und erst später zugewandert sind („first-generation students“) und schließlich Kinder, die selbst im Ausland geboren wurden und erst später nach Deutschland zugewandert sind („non-native students“). Während die „native students“ die besten Leistungen erreichen, sind die „non-native students“ die schlechtesten, während die „first-generation students“ eine mittlere Position einnehmen. Dieses Muster (einheimische Kinder erreichen die höchsten Leistungen, selbst zugewanderte Kinder die schlechtesten) ist in allen OECD-Ländern gleich. Allerdings sind die absoluten Leistungsunterschiede zwischen einheimischen und Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland weit größer als in allen anderen OECD-Ländern. Außerdem sind in Deutschland

²¹² vgl. Kristen, C.: Ethnische Unterschiede im deutschen Schulsystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 21-22/2003, S. 26-32. Mit Migrationshintergrund bezeichnet Kristen den Umstand, dass Kinder ausländische Eltern haben oder Kinder von Aussiedlern sind. Generell sei hier angemerkt, dass anders als bei der Staatsangehörigkeit nicht immer leicht zu entscheiden ist, ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht. Oftmals muss man sich deshalb mit Definitionen zufrieden geben, die zwar praktikabel sind, aber aber in Einzelfällen zu falschen Zuordnungen führen. Unterstellt man z.B. einen Migrationshintergrund bei Kindern, die mindestens ein Elternteil haben, das aus dem Ausland stammt, dann hat das Kind eines Deutschen und einer Österreicherin (Umgangssprache zu Hause Deutsch) einen Migrationshintergrund, das Kind von zwei in Deutschland geborenen und zwischenzeitlich eingebürgerten Eltern türkischer Herkunft (Umgangssprache zu Hause Kurdisch) aber nicht. Wenn man mit Migrationshintergrund die Nähe oder den Abstand zur deutschen Mehrheitsgesellschaft ausdrücken will, hätte man hier wohl falsche Zuordnungen vorgenommen.

²¹³ vgl. (http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_im_Ueberblick.pdf; <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/ergebnisse.pdf>).

die Leistungsunterschiede zwischen Jugendlichen aus höheren und niedrigen Sozialschichten größer als in jedem anderen OECD-Land.²¹⁴

Auch die erreichten Schulabschlüsse sprechen eine deutliche Sprache: Jedes Jahr verlassen rd. 20 % der ausländischen Schulabgängerinnen und -abgänger die Schule ohne Schulabschluss, während es bei den deutschen nur 8 % sind.²¹⁵ Darüber hinaus zeigen ausländische Jugendliche eine erheblich niedrigere Ausbildungsbeteiligung, und sie brechen ihre Ausbildung häufiger ab und konzentrieren sich bei der Berufswahl weitaus stärker auf wenige Branchen als gleichaltrige Deutsche. So wundert es auch nicht, dass junge Migranten häufiger un- und angelernte Tätigkeiten ausüben, über geringere Verdienste verfügen und häufiger arbeitslos sind als ihre deutschen Altersgenossen.²¹⁶ Angesichts der „Vererbung“ von Bildungsarmut von einer Generation auf die andere spricht die Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von „ein(em) ausbruchssicheren Gefängnis.“²¹⁷

9.1 Schüler und Schulformen

Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 gab es in Frankfurt am Main 147 Schulen.²¹⁸ Von diesen waren 80 Schulen mit Grundschulklassen, 17 Schulen mit Hauptschulklassen, 19 Sonderschulen, 17 Realschulen, 23 Gymnasien (ohne Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges) und 12 Gesamtschulen. In einigen Schulen wurden mehrere Schulformen angeboten. Diese 147 Schulen hatten 59.445 Schülerinnen und Schüler. Davon besuchten 20.889 ein Grundschule, 3.703 eine Hauptschule, 1.749 die Förderstufe, 7.367 eine Realschule, 19.360 ein Gymnasium, 4.005 eine Integrierte Gesamtschule und 2.372 eine Sonderschule. Damit unterscheidet sich die Verteilung der Frankfurter Schülerinnen und Schüler deutlich vom Bundesdurchschnitt. Während in Frankfurt 2004 nur 4,7 % der Schülerinnen und Schüler eine Hauptschule besuchten, waren es zu diesem Zeitpunkt im Bundesgebiet 11,2 %. Und während in

²¹⁴ Die Unterschiede zwischen Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft scheinen von der ersten zur zweiten PISA-Studie sogar noch größer geworden zu sein (vgl. PISA Konsortium Deutschland: PISA 2003. Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Zusammenfassung. Dezember 2004 [http://pisa.ipn.uni-kiel.de/Ergebnisse_PISA_2003.pdf]; Klemm, K.: Die Hauptschule bleibt sitzen. Auch die neue Pisa-Studie zeigt, dass die Wahl der Schulform von der sozialen Herkunft der Schüler abhängt. In: Frankfurter Rundschau vom 8.12.2004).

²¹⁵ Die Schulstatistik erhebt nicht den Migrationshintergrund, sondern die Staatsangehörigkeit der Schülerinnen und Schüler.

²¹⁶ vgl. Granato, N.; Kalter, F.: Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Diskriminierung oder Unterinvestition in Humankapital? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 53 (2001), S. 497 - 520; Szydlík, M.: Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 48 (1996), S. 658 - 676.

²¹⁷ Allmendinger, J.: Ein ausbruchssicheres Gefängnis. Wer nichts lernt, bleibt arm. Dagegen hilft nur eine bessere Bildungspolitik. In Frankfurter Rundschau vom 23.6.2005.

²¹⁸ vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabelle 3.1.

Frankfurt 30,0 % der Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium besuchten, waren es im Bundesgebiet nur 23,8 %.²¹⁹

9.2 Schulerfolg und Bildungswege

In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen für den späteren Schulerfolg gelegt. Im Prinzip gilt in Hessen wie auch in vielen anderen Bundesländern mit Einheitsgrundschule das sog. „Sprengelprinzip“. Dies besagt, dass die Kinder die Grundschule besuchen müssen, in deren Zuständigkeitsbereich (Grundschulbezirk) sie wohnen. Ausnahmen, sog. „Gestattungen“, die beim zuständigen Staatlichen Schulamt beantragt werden müssen, sind nach § 66 des Hessischen Schulgesetzes nur aus „wichtigem Grund“ möglich. Im Schuljahr 2003/2004 gab es insgesamt 822 solche Gestattungen, von denen 575 auf die Jahrgangsstufe 1 entfielen. Bei gut 20.000 Grundschülerinnen und -schülern insgesamt und rd. 5.000 in jeder Jahrgangsstufe bedeutet dies, dass in Frankfurt am Main rd. 10 % aller Erstklässler nicht die eigentlich für sie zuständige Grundschule besuchen.

Da Eltern bei der Grundschule eigentlich keine Wahl haben, die Qualität der Schule für sie aber von großer Wichtigkeit ist, versuchen Eltern auf verschiedenen Wegen eine ihnen genehme Schule für ihre Kinder zu finden. Dies kann zum einen über die Wahl des Wohnortes geschehen und zum anderen über die gerade erwähnten Gestattungen. Ersteres führt dazu, dass insbesondere die Mittel- und Oberschichtseltern sozial segregiert wohnen, sich also in „besseren“ und teureren Wohngebieten konzentrieren und Mittel- und Oberschichtskinder auch in bestimmten Grundschulen deutlich überrepräsentiert sind. Eltern, die bei der Wohnstandortwahl nicht schon die (später) zuständige Grundschule im Blick haben, können später über einen Gestattungsantrag versuchen, ihre Kinder in eine andere als die zuständige Schule einschulen zu lassen oder ihr Kind in einer Privatschule unterzubringen. Letzteres ist freilich mit erheblichen Kosten²²⁰ verbunden, was für viele Eltern eine unüberwindliche Hürde darstellt, auch wenn sie mit dem Angebot der staatlichen Schulen unzufrieden sind. Trotzdem ist in jüngster Zeit die Schülerzahl in den verschiedenen Frankfurter Privatschulen, die freilich auch von vielen Schülern von außerhalb besucht werden, deutlich gestiegen.²²¹

²¹⁹ vgl. Statistisches Bundesamt: Allgemein bildende Schulen, Schüler/innen nach Schulart (<http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab5.htm>).

²²⁰ Das Schulgeld liegt in den meisten Privatschulen in Frankfurt am Main für das erste Kind bei 200 Euro und mehr im Monat. Geschwisterkinder bekommen in der Regel eine Ermäßigung.

²²¹ vgl. Frankfurter Rundschau vom 24.11.2004: „Seit Pisa geht es mit Privatschulen bergauf“.

Tabelle 18: Grundschulen nach Ortsteil und Übergangsquoten an Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen am Ende des 4. Schuljahres im Schuljahr 2003/2004

Schule	Ortsteil	Übergangsquote Gym	Übergangsquote IGS
Ackermannschule	Gallus	17,6	44,1
Adolf-Reichwein-Schule	Zeilsheim	20,4	4,1
Albert-Schweizer-Schule	Frankfurter Berg	36,7	12,2
Albrecht-Dürer-Schule	Sossenheim	8,2	70,5
Astrid-Lindgren-Schule	Ginnheim	23,9	32,5
August-Gräser-Schule	Schwanheim	51,9	7,4
August-Jaspert-Schule	Bonames	32,1	9,0
Berkersheimerschule	Berkersheim	73,7	5,3
Berthold-Otto-Schule	Griesheim	22,2	44,4
Boehleschule	Griesheim	24,6	36,8
Bonifatiuschule	Bockenheim	51,4	11,4
Brentanoschule	Rödelheim	34,5	31,0
Comeniuschule	Bornheim	29,9	56,7
Dahlmannschule	Ostend	57,4	14,9
Diesterwegschule	Ginnheim	62,5	10,2
Ebelfeldschule	Praunheim	51,3	35,5
Eichendorffschule	Griesheim	38,1	31,0
Elsa-Brandström-Schule	Westend	71,4	17,9
E.-Humperdinck-Schule	Westend	84,1	1,6
Erich-Kästner-Schule	Niederursel	40,5	38,0
Franckeschule	Bockenheim	50,0	20,5
Frauenhofschule	Niederrad	56,5	0,0
Freiligrathschule	Fechenheim	13,7	4,2
Fridtjof-Nansen-Schule	Nied	41,0	25,6
Fried-Lübbecke-Schule	Heddernheim	37,5	6,3
Friedrich-Fröbel-Schule	Niederrad	51,9	0,0
Friedrich-List-Schule	Nied	31,7	41,7
Georg-Büchner-Schule	Bockenheim	52,6	2,6
Goldsteinschule	Schwanheim	30,8	0,0
Gründerrodeschule	Gallus	34,9	34,9
Grundschule Harheim	Harheim	70,0	0,0
Grundschule Kalbach	Kalbach	41,9	29,0
Gruneliuschule	Oberrad	50,8	4,9
Heinrich-Kromer-Schule	Niederursel	38,6	39,8
Heinrich-Seliger-Schule	Dornbusch	66,7	10,3
Hellerhofschule	Gallus	33,3	35,0
Henri-Dunant-Schule	Sossenheim	44,7	15,8
Holzhausenschule	Nordend	66,7	13,9
Hostatoschule	Höchst	25,6	4,7
Karl-von-Ibell-Schule	Unterliederbach	46,9	0,0
Karmeliterchule	Bahnhofsviertel	20,7	24,1

Schule	Ortsteil	Übergangsquote Gym	Übergangsquote IGS
Käthe-Kollwitz-Schule	Zeilsheim	40,0	3,3
Kerschensteinerschule	Hausen	52,3	35,4
Kirchnerschule	Bornheim	46,0	19,5
Konrad-Haenisch-Schule	Fechenheim	12,0	4,0
Liebfrauenschule	Innenstadt	44,7	15,8
Linnéschule	Ostend	30,4	25,0
Ludwig-Richter-Schule	Eschersheim	68,8	4,2
Ludwig-Weber-Schule	Sindlingen	14,3	0,0
Martin-Buber-Schule	Sachsenhausen-S.	77,6	0,0
Meisterschule	Sindlingen	52,0	0,0
Merianschule	Nordend	51,6	40,3
Michael-Ende-Schule	Rödelheim	36,6	21,1
Michael-Grzimek-Schule	Nieder-Eschbach	50,5	2,0
Minna-Specht-Schule	Schwanheim	28,9	4,4
Mühlbergschule	Sachsenhausen-S.	84,8	3,0
Münzenbergerschule	Eckenheim	31,5	31,5
Niddaschule	Nied	25,0	19,4
Pestalozzischule	Riederwald	24,1	34,5
Peter-Petersen-Schule	Eschersheim	48,0	0,0
Riedhofschule	Sachsenhausen-N.	37,5	0,0
Robert-Blum-Schule	Höchst	28,6	2,9
Robert-Schumann-Schule	Heddernheim	60,3	20,5
Römerstadtschule	Heddernheim	23,3	64,0
Schule am Erlenbach	Nieder-Erlenbach	86,2	0,0
Schule am Hang	Bergen-Enkheim	66,3	6,5
Schule am Landgraben	Bergen-Enkheim	61,3	3,2
Schwarzburgschule	Nordend	58,0	34,8
Textorschule	Sachsenhausen-N.	80,0	2,2
Theobald-Ziegler-Schule	Preungesheim	37,5	36,3
Uhlandschule	Ostend	36,8	3,5
Walter-Kolb-Schule	Unterliederbach	22,9	6,3
Willemerschule	Sachsenhausen-N.	45,7	11,4
Zentgrafenschule	Seckbach	54,4	22,1
im Durchschnitt		45,2	17,7

Quelle: Staatliches Schulamt, eigene Berechnungen

Für den Wunsch der Eltern, auf dem Wege der Gestattung ihr Kind in einer anderen als der eigentlich zuständigen Schule unterrichten zu lassen, dürften auch die Bildungsergebnisse eine Rolle spielen. Nimmt man einmal die Übergangsrate ins Gymnasium als Indikator für die Qualität einer Grundschule, dann gibt es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Zugang oder Abgang an Schülern durch Gestattungen und der Übergangsrate ins Gymnasium. Die Korrelation zwischen diesen beiden Merkmalen beträgt $r = .35$. D.h., dass diejenigen

Schulen einen Zustrom an Schülern zu verzeichnen haben, von denen am Ende der Grundschulzeit überdurchschnittlich viele Schüler ans Gymnasium wechseln, und dass diejenigen Schulen einen Verlust an Schülern erleiden, bei denen die Übergangsrate ans Gymnasium vergleichsweise niedrig ist. Was hier Ursache und Wirkung ist, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Es kann tatsächlich sein, dass die überdurchschnittlichen Übergangsraten ans Gymnasium, die bestimmte Schulen zu verzeichnen haben, wesentlich durch den Zustrom von Kindern hervorgerufen wird, die erst über Gestattungen an diese Schulen kommen. Eventuell sind es auch sich gegenseitig verstärkende Prozesse.

Nun ist die Tatsache, dass von einer bestimmten Schule mehr Kinder als von einer anderen später eine höhere Schullaufbahn einschlagen, oder die Erwartung, an einer bestimmten Schule mehr Kinder zu treffen, die aus bildungsorientierten Elternhäusern stammen und ein günstiges Lernumfeld für die eigenen Kinder bilden, kein Grund, der eine Gestattung rechtfertigen würde. Die meisten Eltern von Erstklässlern geben in den Gestattungsanträgen als Grund das Vorhandensein eines Hortplatzes, das Betreuungsangebot an der gewünschten Schule oder die Nähe einer privaten Betreuungsperson an, alles Gründe, die einen „wichtigen Grund“ für eine Gestattung im Sinne des Hessischen Schulgesetzes darstellen. Bei dem Wunsch, sein Kind eine andere Schule besuchen zu lassen, spielen aber sicher noch andere Gründe eine Rolle. Denn ansonsten ließe sich die Bevorzugung von Grundschulen in „besseren“ Ortsteilen nicht erklären. Tatsächlich gibt es in Frankfurt am Main einen deutlichen Trend zu Grundschulen in sozial besser strukturierten Ortsteilen, wie die folgende Tabelle zeigt. Zwischen dem Anteil der Jungen und Mädchen, die von den Grundschulen eines Ortsteils an ein Gymnasium wechseln, und dem Saldo von Zu- und Abgängen aufgrund einer Gestattung besteht ein eindeutiger statistischer Zusammenhang. Die Korrelation zwischen beiden Merkmalen beträgt $r = .34$. Die größten „Gewinner“ sind Nordend, Westend, Seckbach und Dornbusch, alles Ortsteile, die überdurchschnittlich hohe Übergangsraten an Gymnasien aufweisen. Die Reihenfolge ändert sich auch nicht wesentlich, wenn man aus den Schülern, die an eine Integrierte Gesamtschule wechseln, einen fiktiven Anteil von Schülern herausrechnet, die ebenso gut ein Gymnasium besuchen könnten und die Übergangsrate an Gymnasien entsprechend erhöhen.

Tabelle 19: Saldo aus Abgängen und Zugängen wegen einer Gestattung in Grundschulen (alle Jahrgangstufen) nach Ortsteilen im Schuljahr 2003/2004

Ortsteil	Saldo aus Gestattungen	Übergangsrate zum Gymnasium am Ende des 4. Schuljahres
Bahnhofsviertel	-1	20,7
Bergen-Enkheim	-11	65,0
Berkersheim	-3	73,7
Bockenheim	1	51,0
Bonames	1	32,1
Bornheim	2	37,5
Dornbusch	18	66,7
Eckenheim	-2	31,5
Eschersheim	-6	61,6
Fechenheim	-11	13,3
Frankfurter Berg	-12	36,7
Gallus	-7	27,5
Ginnheim	-20	40,5
Griesheim	-4	27,5
Harheim	1	70,0
Hausen	-12	52,3
Heddernheim	-9	40,3
Höchst	-7	27,4
Innenstadt	-10	44,7
Kalbach	4	41,9
Nied	3	32,6
Nieder-Erlenbach	-4	86,2
Nieder-Eschbach	-6	50,5
Niederrad	-7	54,3
Niederursel	-3	39,5
Nordend	79	59,1
Oberrad	-4	50,8
Ostend	-19	40,6
Praunheim	-6	51,3
Preungesheim	-2	37,5
Riederwald	-9	24,1
Rödelheim	2	36,0
Sachsenhausen-N.	15	61,3
Sachsenhausen-S.	6	81,7
Schwanheim	-2	36,0
Seckbach	20	54,4
Sindlingen	-1	34,8

Ortsteil	Saldo aus Gestattungen	Übergangsrate zum Gymnasium am Ende des 4. Schuljahres
Sossenheim	0	22,2
Unterliederbach	5	32,5
Westend	44	78,2
Zeilsheim	-3	27,8

Quelle: Staatliches Schulamt, eigene Berechnungen

Ebenso deutlich wie der Trend zu Grundschulen in sozial besser strukturierten Ortsteilen sind die Unterschiede bei den Übergangsraten ans Gymnasium zwischen den Ortsteilen. Während in den zehn Ortsteilen mit den höchsten Übergangsraten ans Gymnasium rd. 70 % der Viertklässler an ein Gymnasium wechseln, sind es in den zehn Ortsteilen mit den niedrigsten Übergangsraten ans Gymnasium nur rd. 25 %. D.h., die Chancen von Kindern, die in den Ortsteilen mit hohen Übergangsraten zur Grundschule gehen, später ein Gymnasium zu besuchen, ist fast dreimal so hoch, wie die der Kinder aus Ortsteilen mit den niedrigsten Übergangsraten. Die Differenz verringert sich nur unwesentlich, wenn man unterstellt, dass von den Schülerinnen und Schülern, die an eine Gesamtschule wechseln, ein bestimmter Teil den Gymnasialzweig einer Gesamtschule besucht und die Übergangsrate ans Gymnasium entsprechend erhöht.

Ebenso wie im Bundesgebiet insgesamt sind auch in Frankfurt am Main Jungen und ausländische Kinder bei den niedrigen Schulabschlüssen über- und bei den höheren Abschlüssen unterrepräsentiert. Eine entscheidende Weichenstellung für den weiteren Bildungsweg von Kindern stellt der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I dar. Während im Jahre 2000 etwa die Hälfte der deutschen Schüler und Schülerinnen (53,3 %) von der Grundschule direkt an ein Gymnasium wechselte, tat dies nur ein knappes Viertel der ausländischen Schüler und Schülerinnen (23,9 %).²²² Demzufolge sind ausländische Kinder unter den Hauptschülern über, und unter den Gymnasiasten unterrepräsentiert. So waren im Schuljahr 2003/2004 59,1 % der Hauptschüler und Hauptschülerinnen ausländischer Nationalität, aber nur 17,6 % der Schüler und Schülerinnen der Gymnasien:

²²² Plath, I.; Bender-Szymanski, D.; Kodron, C.: Dokumentation zur Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationserfahrungen an Frankfurter Schulen im Schuljahr 2000/2001. Frankfurt am Main 2002, S. 73ff.

Tabelle 20: Verhältnis deutscher zu nichtdeutschen Schülern und Schülerinnen nach Schulform in Frankfurt am Main im Schuljahr 2003/2004

	insgesamt	Deutsche		Ausländer/innen	
		absolut	in %	absolut	in %
Grundschule	20.889	13.898	66,5	6.991	33,5
Förderstufe	1.749	1.099	62,8	650	37,2
Hauptschule	3.703	1.514	40,9	2.189	59,1
Sonderschule	2.372	1.250	52,7	1.122	47,3
Realschule	7.367	4.396	59,7	2.971	40,3
Gymnasium	19.360	15.948	82,4	3.412	17,6
Integrierte Jahrgangsstufen	4.005	2.549	63,6	1.456	36,4
alle Schulformen	59.445	40.654	68,4	18.791	31,6

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Der geringe Anteil von ausländischen Kindern an den Gymnasiasten und Gymnasiastinnen spiegelt sich auch in den Schulabschlüssen wider (siehe Tabelle 21). So verließen am Ende des Schuljahres 2002/2003 11,1 % der ausländischen Schulabgänger die Schule ohne Abschluss, aber nur 3,7 % der deutschen. Und 32,9 % der ausländischen Schulabgänger hatten einen Hauptschulabschluss, während es bei den deutschen Schulabgängern nur 12,9 % waren. Umgekehrt hatte mit 50,4 % gut die Hälfte der deutschen Schulentlassenen das Abitur, aber nur mit 15,2 % nur jeder siebte ausländische. Allerdings hat sich dieser Anteil in den letzten 15 Jahren deutlich erhöht. Er lag für ausländische Schulentlassene 1988 erst bei 11,3 %.²²³ Auch war unter den ausländischen Jungen und Mädchen der Anteil der ohne Hauptschulabschluss Schulentlassenen 1988 mit 15,4 % noch um 4 Prozentpunkte höher als 2003.

Auch die Struktur der „Sitzenbleiber“ spricht eine deutliche Sprache.²²⁴ Im Sommer 2002 wurden 1.762 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen (ohne Gesamtschulen) nicht in die nächste Klasse versetzt. Dies entspricht einer Nichtversetzten-Quote von 3,8 %. Bei den Schülerinnen betrug die Quote nur 3,4 %, bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern 4,4 %. Besonders hoch ist die Nichtversetzten-Quote bei ausländischen Haupt-

²²³ vgl. zur Bildungsintegration von ausländischen Kindern in Frankfurt am Main auch Straßburger, G.: Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Bamberg 2001, S. 90ff.

²²⁴ vgl. Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hrsg.): Frankfurter Statistik aktuell Nr. 17/2004: Das Klassenziel nicht erreicht.

schülerinnen und -schülern. Sie beträgt 8,3 %, aber nur 5,4 % bei den deutschen Hauptschülerinnen und -schülern.

Tabelle 21: Abschlüsse von deutschen und ausländischen Schülern und Schülerinnen an allgemeinbildenden Schulen am Ende des Schuljahres 2002/2003.

	Deutsche		Ausländer /innen	
	absolut	in % der deutschen Schulentlassenen	absolut	in % der ausländischen Schulentlassenen
ohne Hauptschulabschluss	112	3,7	186	11,1
mit Hauptschulabschluss	390	12,9	552	32,9
mit Realschulabschluss	962	31,7	582	34,7
mit Hochschulreife	1.528	50,4	255	15,2
sonstige	42	1,4	104	6,2
insgesamt	3.034	100,0	1.679	100,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabelle 3.4, eigene Berechnungen

Allerdings sind in Frankfurt am Main die Schulabschlüsse der ausländischen Schulabgänger deutlich besser als im Bundesdurchschnitt. Während im Bundesgebiet im Jahre 2002 19,5 % der ausländischen Jungen und Mädchen, die die Schule verlassen haben, nicht einmal den Hauptschulabschluss erreichten, waren es in Frankfurt am Main nur 11,0 %.²²⁵ Demgegenüber lag der Anteil der ausländischen Schulentlassenen, die die Hochschulreife erreicht hatten, in Frankfurt am Main mit 16,8 % fast doppelt so hoch wie im Bundesgebiet, wo es nur 9,6 % waren.²²⁶

Schon diese wenigen Daten zeigen, dass die Bildungswege deutscher und ausländischer Kinder in Frankfurt am Main immer noch stark differieren, auch wenn die Unterschiede im Laufe der letzten 15 Jahre deutlich kleiner geworden sind. Entsprechend dürften sich auch die weiteren Bildungswege und die sich hierauf aufbauenden beruflichen Karrieren deutlich unterscheiden. Hervorgehoben werden muss, dass sich – unabhängig von ihrer Nationalität – der Anteil derjenigen Schüler, die die Schule verlassen, ohne wenigstens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben, in den letzten Jahren kaum verringert hat. Er betrug 1990 7,5 %,

²²⁵ Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2003, Tabelle 3.4, eigene Berechnungen.

²²⁶ vgl. Statistisches Bundesamt: Allgemein bildende Schulen, Absolventen/ Abgänger und Absolventinnen/ Abgängerinnen des Schuljahr 2001/2002 nach Abschlussarten (<http://www.destatis.de/basis/d/biwiki/schultab16.htm>).

1995 7,6 %, 2000 7,9 % und 2003 6,3 %. In absoluten Zahlen waren es jedes Jahr zwischen 300 und 400 Schulabgänger – in der Mehrheit männlich und ausländischer Herkunft –, deren Einstieg ins Berufsleben sich schon an der ersten Hürde, dem Finden eines Ausbildungsplatzes, äußerst problematisch gestaltet haben dürfte.

Neben der ethnischen Herkunft hat das Geschlecht einen entscheidenden Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Während 49,9 % der Schüler an den Frankfurter Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zu Beginn des Schuljahres 2002/2003 Mädchen waren, betrug ihr Anteil an denjenigen, die eine Klasse wiederholen mussten, nur 44,2 %.²²⁷ Und im September 2003 waren 52,6 % der Schüler an Gymnasien weiblich, während ihr Anteil an den Hauptschülern nur 42,6 % betrug. Von den Schulentlassenen des Schuljahres 2003/2004 mit Hochschulreife waren 55,1 % junge Frauen, von den Schulentlassenen mit Hauptschulabschluss nur 42,8 %.²²⁸

9.3 Bildungsziele und deren Umsetzung

Die zentrale Aufgabe der Schulen besteht darin, Bildung und Wissen zu vermitteln. Wie gut sie dies tun, konnte bislang nur sehr unzureichend ermittelt werden. Schulnoten spiegeln ebenso das Anspruchsniveau der Lehrkräfte wie deren individuelle Vorlieben und Abneigungen wider. Sie sind kein verlässlicher Indikator für den Leistungsstand von Schülern. Hier können nur standardisierte Erhebungen weiterführen. Internationale Vergleichsstudien wie PISA und IGLU haben den deutschen Schulen keine guten Noten ausgestellt. Ein Versuch, Schulnoten und den Unterrichtserfolg vergleichbar zu machen, stellen landesweite einheitliche Abschlussprüfungen dar. Am Ende des Schuljahres 2002/2003 fanden an den hessischen Haupt- und Realschulen erstmals einheitliche Abschlussprüfungen in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik statt.²²⁹ Im Durchschnitt lösten die Schülerinnen und Schüler etwas mehr als 60 % der gestellten Aufgaben, was ungefähr der Note „befriedigend“ bei einer normalen Klassenarbeit entspricht. Zwischen den Schulbezirken gab es erhebliche Leistungsunterschiede. Frankfurter Haupt- und Realschüler erzielten die schlechtesten Ergebnisse.

²²⁷ vgl. Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hrsg.): Frankfurter Statistik aktuell Nr. 17/2004: Das Klassenziel nicht erreicht.

²²⁸ vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2005, Tabellen 3.2 und 3.4; eigene Berechnungen.

²²⁹ vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.10.2004: „Fuldas Schüler hängen Frankfurter ab. Erste landesweite Abschlussprüfung offenbart Leistungsunterschiede zwischen den Schulbezirken“.

Das Staatliche Schulamt hat auf die schlechten Frankfurter Ergebnisse reagiert und eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem städtischen Bildungsdezernat ins Leben gerufen. Ziel müsse „ein verbesserter Erwerb der deutschen Sprache sein“, sagte der Leiter des Staatlichen Schulamtes Eifert der Frankfurter Rundschau.²³⁰ Ursache der im Vergleich zu anderen Schulbezirken schlechten Resultate in Frankfurt am Main ist nach seiner Auffassung ein großer Anteil von Schülern, „die keine Muttersprache richtig gelernt haben“. Diese „undifferenzierte Sprachentwicklung“ wirke sich ungünstig auf das Erlernen der deutschen Sprache aus. „Das Kind muss in seiner Sprache gefördert werden, dann lernt es auch besser Deutsch“, so Eifert.

9.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ausländische Kinder und Kinder aus sozial schwächeren Ortsteilen haben geringere Bildungserfolge als andere Kinder. Hierbei greifen viele Faktoren ineinander: Bildungsferne Elternhäuser, in denen nicht (vor)gelesen wird, in denen der Stellenwert von Bildung gering ist und in denen Bildungsanstrengungen nicht angemessen unterstützt bzw. gefordert werden, vorschulische Einrichtungen, die sich zunächst als Betreuungseinrichtungen begreifen und allenfalls dem „sozialen Lernen“ einen höheren Stellenwert einräumen, sich aber nicht als Bildungseinrichtungen mit bestimmten Bildungszielen begreifen, und schließlich die Schulen, die kaum mehr in der Lage sind, die angehäuften Defizite auszugleichen, allen voran die mangelnden sprachlichen Fähigkeiten insbesondere, aber nicht ausschließlich, bei Kindern mit Migrationshintergrund. Vor dem Hintergrund der verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen zum Bildungserfolg deutscher Schülerinnen und Schüler verwundern die Frankfurter Ergebnisse nicht.²³¹

Auch wenn die Gestaltung des Unterrichts Ländersache ist, so bieten sich doch verschiedene Ansatzpunkte für eine Stadt wie Frankfurt am Main, wenn es darum geht, den Bildungserfolg derjenigen zu steigern, die bislang besonders schlecht abschneiden. Die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden schon im Vorschulalter gelegt. Und hier hat die Stadt als Einrichtungsträger und als Träger der Jugendhilfe Einflussmöglichkeiten (vgl. Leitlinien für Kindertageseinrichtungen in Frankfurt am Main. Entwurf vom 25.07.05). Zu berücksichtigen ist

²³⁰ vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.10.2004: „Rote Laterne für Frankfurter Schüler. Haupt- und Realschüler der Stadt landen im hessenweiten Vergleich der Abschlussarbeiten auf dem letzten Platz“.

²³¹ Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass bei Kindern aus Armutsmilieus der Erfolg im Bildungssystem auch damit zusammenhängt, ob sie im Vorschulalter eine Kinderbetreuungseinrichtung besucht haben (vgl. Holz, G.; Puhlmann, A.: Alles schon entschieden? Frankfurt am Main 2005

hierbei aber, dass im Hinblick auf den Schulerfolg die wichtigste Bildungsinstitution die Familie²³² ist. Die in der Folge des „PISA-Schocks“ eingeleiteten Reformen wie Bildungspläne für Kindergärten, Sprachstandardtests, bundesweite Bildungsstandards, Schulvergleiche oder Maßnahmen zur Erweiterung der Schulautonomie, greifen zu kurz, da sie die zentrale Funktion der Familie als Bildungsinstitution bestenfalls am Rande tangieren. Da während der ersten Lebensjahre der Kinder in den Familien die Erfolgsfaktoren und Lernvoraussetzungen für die späteren Bildungserfolge geprägt werden, ist es umso dringlicher, den unter 3-Jährigen Betreuungsangebote zu machen, die einer besonderen Förderung bedürfen.

Kinder, die im Bildungssystem scheitern, kommen oftmals mit der Jugendhilfe in Kontakt. Schule und Jugendhilfe agieren z.Z. häufig noch eher neben- als miteinander. Hier ist eine bessere Vernetzung und Verknüpfung geboten, insbesondere im Hinblick auf den weiteren Ausbau von Ganztagschulen. Um dies zu erreichen, ist eine stärkere Abstimmung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung notwendig. Hierdurch kann dann auch erreicht werden, dass auch schwierige Kinder und Jugendliche länger im Klassenverband verbleiben und nicht bei den ersten größeren Problemen „aussortiert“ werden.

Länder, in denen Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus unteren sozialen Schichten bessere Bildungserfolge erzielen als in Deutschland, teilen die Kinder am Ende der Grundschulzeit meist nicht auf verschiedene Schultypen auf. Auch wenn dies sicher nicht der einzige Grund dafür ist, dass in Deutschland die Leistungsunterschiede bei der PISA-Studie stärker als in allen anderen Ländern mit der sozialen Schicht der Eltern zusammenhängen, sollte man doch überlegen, ob ein längeres gemeinsames Lernen von leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern nicht auch in Deutschland von Vorteil wäre.

²³² Textor, M. R.: Die Bildungsfunktion der Familie stärken: Neue Aufgaben der Familienbildung, Kindergärten und der Schule? In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 85. Jg. (2005), S. 155-159.

10. Berufswahl von jungen Frauen und Männern

von Pia Bolz, Jugend- und Sozialamt

10.1 Einleitung

Mit der Berufswahl werden entscheidende Weichen für das spätere Berufsleben gestellt. Im Hinblick auf den gewählten Berufsweg unterscheiden sich junge Frauen und junge Männer deutlich. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, die einen Ausbildungsberuf anstreben. 2002 konzentrierten sich im Bundesgebiet 34,8 % aller Ausbildungsplätze männlicher Auszubildender und 53,4 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils nur zehn von insgesamt 345 anerkannten Ausbildungsberufen.²³³ Bei den männlichen Auszubildenden waren – in der Reihenfolge der Häufigkeit – Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateur, Maler und Lackierer, Kaufmann im Einzelhandel und Metallbauer die fünf beliebtesten Ausbildungsberufe, bei den weiblichen Auszubildenden Bürokauffrau, Arzthelferin, Kauffrau im Einzelhandel, Friseurin und zahnmedizinische Fachangestellte. Die Berufswahl erfolgt damit weitgehend geschlechtsspezifisch. Dies gilt auch für Frankfurt am Main. Allerdings sind hier aufgrund der örtlichen Branchenstruktur andere Ausbildungsgänge häufiger besetzt als im Bundesgebiet insgesamt.

In Frankfurt am Main ist auch die Konzentration auf die jeweils 10 beliebtesten Ausbildungsberufe geringer ausgeprägt als im Bundesgebiet (siehe Tabelle 22). Bei den männlichen Auszubildenden liegt der Anteil der 10 beliebtesten Ausbildungsgänge bei 31,4 % (Bundesgebiet: 34,8 %) und bei den weiblichen bei 45,8 % (Bundesgebiet 53,4 %). Bei den Frankfurter männlichen Auszubildenden hat kein Ausbildungsgang einen Anteil von 5 % oder mehr, bei den weiblichen trifft dies hingegen auf vier Ausbildungsgänge zu.²³⁴ Die Ausbildungsplätze bei den IT-Elektronikern werden in Frankfurt dabei zu 6,9 % und die der Fachinformatiker(inne)n nur zu 10,8 % von jungen Frauen besetzt. Für diese Ausbildungsberufe ist der Abschluss einer weiterführenden Schule Voraussetzung. Die „frauenspezifischen“ Ausbildungsberufe, für die ein Hauptschulabschluss als formale Voraussetzung gilt, sind vorrangig im personenbezogenen Dienstleistungsbereich angesiedelt. Hierbei handelt es sich in der Regel um pflegende, dienende, soziale und hauswirtschaftliche Tätigkeiten, die zum klassischen Nied-

²³³ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 72ff.

²³⁴ Anzumerken ist, dass die hier wiedergegebene amtliche Statistik die tatsächliche Differenzierung der Berufsfelder im Bürobereich vielleicht nicht ausreichend wieder gibt.

riglohnbereich mit geringen Aufstiegschancen und Rationalisierungs- bzw. Fortschrittspotential zählen.²³⁵

Tabelle 22: Berufsschüler und Berufsschülerinnen in Frankfurt am Main in den jeweils 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2001/2002

Berufsschüler			Berufsschülerinnen		
Beruf	absolut	in %	Beruf	absolut	in %
Fachinformatiker	555	4,8	Kauffrau für Bürokommunikation	1.161	10,2
Bankkaufmann	445	3,8	Bürokauffrau	590	5,2
Kaufmann im Einzelhandel	432	3,7	Bankkauffrau	582	5,1
Chemikant	385	3,3	Reiseverkehrskauffrau	574	5,0
Kraftfahrzeugmechaniker	363	3,1	Buchhändlerin	481	4,2
Elektroinstallateur	348	3,0	Arzthelferin	449	3,9
Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker	312	2,7	Kauffrau im Einzelhandel	430	3,8
Energieelektroniker	297	2,6	Industriekauffrau	337	3,0
Bürokaufmann	255	2,2	Hotelfachfrau	335	2,9
Maler und Lackierer	253	2,2	Augenoptikerin	282	2,5
die 10 beliebtesten zusammen	3.645	31,4		5.221	45,8
Berufsschüler insgesamt	11.595	100,0	Berufsschülerinnen insgesamt	11.406	100,0

Quelle: Frankfurter Statistik aktuell Nr. 29/2002, eigene Berechnungen.

Auch die Wahl eines Studienganges erfolgt häufig geschlechtsspezifisch. So waren im Wintersemester 2003/2004 von den 634 Studierenden des Fachbereich Physik der Johann Wolfgang Goethe-Universität 22,7 % Frauen, während ihr Anteil an den Studierenden des Fachbereichs Erziehungswissenschaften bei 75,0 % und an den Studierenden des Fachbereichs neuere Philologien – mit 6.653 Studierenden der größte Fachbereich der Universität – 74,3 % betrug. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man die verschiedenen Fachbereiche und Studiengänge der Fachhochschule Frankfurt betrachtet. Ausgesprochene Frauendomänen sind die Studiengänge Sozialarbeit und Sozialpädagogik mit Frauenanteilen von 67,5 und 75,8 %, während Studiengänge wie Elektrotechnik oder Maschinenbau mit Frauenanteilen von 3,1

²³⁵ vgl. Gutberlet, G.: Mädchen in Frankfurt - Schulabschlüsse - Ausbildungssituation - Berufswahlverhalten - Unterstützungsstrukturen, hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main/Frauenreferat. Frankfurt am Main 1999, S. 19.

bzw. 3,9 % von jungen Frauen gemieden werden. Im Wintersemester 2003/2004 betrug der Frauenanteil an den Studierenden aller Frankfurter Hochschulen 51,6 %.²³⁶ Dieser Anteil lag damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von 47,4 %²³⁷, was auf das spezifische Studienangebot der Frankfurter Hochschulen zurückzuführen sein dürfte.

10.2 Berufswahl junger Frauen

Insbesondere die Konzentration der jungen Frauen auf bestimmte und häufig nicht besonderes zukunftssträchtige betriebliche und Fachschul-Ausbildungsgänge gibt immer wieder Anlass zur Besorgnis. Vor diesem Hintergrund beauftragte die Stadtverordneten im September 2000 das Jugend- und Sozialamt, mittels einer Befragung herauszufinden, was die persönlichen und gesellschaftlichen Gründe der Berufswahl junger Frauen und deren spätere Berufsausübung in Frankfurt sind. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung erfolgte eine Untersuchung, die eine entsprechende Ermittlung des Forschungsstandes zu dieser Fragestellung, eine standardisierte Befragung der betroffenen Mädchen und jungen Frauen sowie eine Befragung von Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft beinhaltet.²³⁸ Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung dargestellt.

10.2.1 Forschungsstand und Fragestellungen

Die Frage, was die persönlichen und gesellschaftlichen Gründe der Berufswahl junger Frauen und deren spätere Berufsausübung sind, ist in der Arbeitsmarktforschung bereits mehrfach untersucht worden. Es liegen hierzu eine Reihe verschiedener Erklärungsansätze vor, bei denen meist strukturelle Elementen wie die Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt die größte Erklärungskraft haben. Das hat zweifellos seine Berechtigung, denn gerade im Bereich Ausbildung und Beruf sind vor allem gesellschaftliche Strukturen maßgeblich. Allerdings geraten mit dieser Sichtweise die betroffenen Mädchen bzw. junge Frauen sehr schnell in die Opferrolle. Es bleibt hierbei häufig unberücksichtigt, dass sie doch auch aktiv Handelnde im Rahmen ihrer Berufs und Lebensplanung sind. Im Rahmen der Frankfurter Untersuchung wurde deshalb an dieser Forschungslücke angesetzt. Die Mädchen und jungen Frauen selbst wurden

²³⁶ vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004, Tabellen 3.15 bis 3.17.

²³⁷ vgl. vgl. Statistisches Bundesamt: Derzeit 3% weniger Studierende als im vorigen Wintersemester. Pressemitteilung vom 29. November 2004 (<http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p5050071.htm>).

²³⁸ vgl. Bolz, P.: Mädchen und junge Frauen im Berufsfindungsprozess, hrsg. vom Dezernent für Soziales und Jugend. Frankfurt am Main 2004.

mit ihren Berufswünschen, ihren beruflichen Vorstellungen u. Erwartungen sowie ihren Zukunftsplänen ins Zentrum der Betrachtung gestellt. Zentrale Fragen waren hierbei u.a., welche Wunsch- oder Traumberufe die jungen Frauen haben, wie sie im Berufswahlprozess, wie sie ihre Qualifikationen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt einschätzen, ob die jungen Frauen über mögliche Berufsfelder ausreichend informiert sind, ob und ggf. aus welchen Gründen nicht gewerbliche Berufe und die neuen Medienberufe im Berufsfindungsprozess für sie in Frage kommen, welchen Lebensentwurf sie haben und welche Rolle darin Berufstätigkeit und Familie spielen.

10.2.2 Messinstrumente und behandelte Themen

Zur Beantwortung der o.g. Forschungsfragen wurden vom Jugend- und Sozialamt zwei verschiedene Befragungen durchgeführt, zum einen eine standardisierte Befragung mit Mädchen bzw. jungen Frauen und zum anderen offenen Interviews mit – meist weiblichen – Experten, die junge Frauen während der Berufsfindungsphase begleiten und sich mit ihnen zu Fragen der Berufswahl auseinandersetzen. Befragt wurden die Schülerinnen der Abschlussjahrgänge verschiedener allgemeinbildender Schulen in Frankfurt und junge Frauen am Ende unterschiedlicher Ausbildungssituationen. Es nahmen insgesamt 629 Mädchen und junge Frauen an dieser Befragung teil, darunter 103 Hauptschülerinnen, 114 Realschülerinnen, 127 Gymnasiastinnen, 208 Berufsschülerinnen, 44 Berufsfachschülerinnen und 33 Berufsvorbereitungsschülerinnen. Der Anteil nichtdeutscher Teilnehmerinnen betrug 31,0 %. Bei den Expert(inn)en handelte es sich um solche, die entweder über ihre Arbeit Zugang zu Mädchen und jungen Frauen im Berufsfindungsprozess oder Erfahrungen bzw. wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Entwicklungsphase bei Mädchen haben. Insgesamt konnten 13 Interviews mit solchen Expert(inn)en geführt werden.

10.2.3 Untersuchungsergebnisse

In diesem Abschnitt sind einige zentrale Ergebnisse der standardisierten Befragung Frankfurter Mädchen und junger Frauen dargestellt.

Wünsche, Erwartungen und Traumberufe vor dem Schulabschluss

Weibliche Berufsstatistiken weisen, wie oben dargestellt, darauf hin, dass Mädchen und junge Frauen noch immer die typischen Frauenberufe besetzen. Wie die Untersuchungsergebnisse zeigen, entspricht eine solche Beschränkung auf einige wenige „Frauenberufe“ nicht (mehr)

den Wünsche der befragten Frankfurter Mädchen am Anfang ihres Berufsfindungsprozesses. Ungeachtet der Nationalität und der schulischen Ausbildung wünschen sich die befragten Mädchen und jungen Frauen Berufe, die ihren inhaltlichen Ansprüchen genügen und ihrer Persönlichkeit entsprechen: Ein Beruf soll Spaß machen, Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten und ein gutes Einkommen sichern. Folglich beschränken sich die jungen Frauen in ihren Berufswünschen keineswegs nur auf die sog. typischen Frauenberufe; die Palette der Berufswünsche ist wesentlich breiter und die Berufsziele werden weit höher gesteckt. Ungeachtet des Schulniveaus werden oftmals Berufe angestrebt, die sehr gute schulische Leistungen bzw. höhere Schulabschlüsse voraussetzen. Berufe wie z.B. Ärztin bzw. Rechtsanwältin sind nicht nur erstrebenswerte Berufe für Gymnasiastinnen, sondern auch viele Haupt- und Realschülerinnen nannten diese Berufe als Wunschberufe. Die Vorgaben des Arbeitsmarktes spielen anscheinend bei vielen Schülerinnen – insbesondere bei denjenigen mit niedrigem Bildungsniveau – eine geringe Rolle; die meisten Schülerinnen schätzen den Arbeitsmarkt für sich eher positiv ein. Bewusst scheint allen Mädchen jedoch zu sein, dass sie für das Erreichen ihrer Ziele viel investieren müssen. Sie sind engagiert und bereit sich weiterzubilden und höhere Schulabschlüsse nachzuholen. Nur wenige wollen ihr Ziel – möglicherweise durch ausbleibende Erfolge bei Bewerbungen – aufgeben.

Ausbildung und Zukunftspläne

Weniger als der Hälfte der befragten Auszubildenden (bei den Berufsfachschülerinnen waren es etwas mehr als die Hälfte) ist es gelungen, eine Ausbildung im eigenen Traumberuf zu ergreifen. Unabhängig von der Ausbildungsrichtung, die die Befragungsteilnehmerinnen verfolgen, können nur 43 % von ihrem Traumberuf sprechen. Von den vertretenen Ausbildungsberufen ist es am wenigsten den Zahnarzt- und Arzthelferinnen gelungen, ihre ursprünglichen Wünsche und Vorstellungen umzusetzen. Hier waren es nur 11,5 % bzw. 7,7 %, die ihren Beruf als Traumberuf bezeichneten. Bei den Mediengestalterinnen ging der Wunschberuf häufiger in Erfüllung. Dort waren es mehr als 70 % die ihren Wunschberuf erreicht haben. Entsprechend liegen die Zufriedenheitswerte der Mediengestalterinnen sehr viel höher als die der Zahnarzt- bzw. Arzthelferinnen. Als Gründe, warum sich ursprüngliche Traumberufe nicht verwirklichen ließen, nannten die jungen Frauen vorrangig unzureichende Qualifikationsvoraussetzungen und fehlende Ausbildungsangebote. Vielleicht auch deshalb wollen nur wenig mehr als die Hälfte der Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung in ihrem Beruf verbleiben. Auch bei den jungen Frauen, die sich in der Ausbildung befinden, ist das Bedürf-

nis nach beruflicher Weiterentwicklung festzustellen. Die Frauen, die im Beruf weiterarbeiten wollen, planen, sich innerhalb des Berufs weiterzubilden. Die anderen Auszubildenden und Berufsfachschülerinnen wollen nach Ausbildungsabschluss eine weiterführende Schule besuchen bzw. ein Studium beginnen.

Einstellung zu gewerblichen und Medienberufen

Grundsätzlich, so ein zentrales Ergebnis der Studie, finden die befragten Mädchen und jungen Frauen die gewerblichen Berufsfeldern und die neuen Medienberufe wenig attraktiv. Ausländische Mädchen lehnen gewerbliche Berufe häufiger als deutsche ab, weil es sich bei diesen Berufen in ihren Augen um eine „Männerdomäne“ handelt und weil sie mit körperlichen Anstrengungen verbunden sind. Die Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, dass die meisten Mädchen einerseits keine Vorstellungen von den betreffenden Berufsbildern haben und andererseits häufig das Interesse für diese Berufsbereiche zu fehlen scheint. Es ist zu vermuten, dass der Informationsstand hinsichtlich der verschiedenen Berufsbilder bei vielen Befragten unzureichend ist. Zudem ist die Frage zu stellen, ob die Mädchen bzw. jungen Frauen über alle beruflichen Möglichkeiten ausreichend informiert sind, so dass sie innerhalb des möglichen beruflichen Spektrums entscheiden können und zum Zeitpunkt der Entscheidung auch wirklich wissen, was in der Berufspraxis auf sie zukommt.

Die Rolle von Interaktionspartnern im Berufsfindungsprozess

Die wichtigsten Interaktionspartner im Berufsfindungsprozess sind, so die Angaben der befragten jungen Frauen, die Eltern. Durch sie, so geben die Mädchen und Frauen an, erfahren sie die größte Unterstützung während dieser Phase. Auch Freunde sind wichtige Austauschpartner, während Schule und Arbeitsamt, d.h. Lehrer und Berufsberater, eine geringere Rolle spielen. Je höher das Schulniveau der Mädchen, umso größer ist der Zeitraum vor Schulabschluss, indem die Gespräche und Auseinandersetzungen zuhause stattfinden. Die Ansprüche und Wünsche der Eltern an den Beruf der Tochter sind dabei nahezu identisch mit den Vorstellungen der Mädchen und jungen Frauen. Auch die Eltern, so geben die Teilnehmerinnen an, wünschen sich Karriere, finanzielle Absicherung und damit wirtschaftliche Unabhängigkeit für ihre Töchter. Nach den Einschätzungen der Mädchen beschränken sich auch die Eltern keineswegs auf die sog. typischen Frauenberufe. Ihre Wunschvorstellungen sind vielfältig, wobei auch bei den Eltern gewerbliche Berufsfelder und die neuen Medienberufe wenig favorisiert werden. Wichtig scheint den Eltern – dies wird besonders deutlich bei den Haupt-

und Realschülerinnen – eine Ausbildung für ihre Tochter auf hohem Qualifikationsniveau. Die Voraussetzungen für die Wunschausbildungen gehen dabei oftmals über den zunächst angestrebten Schulabschluss hinaus. Damit wollen auch die Eltern die Rolle der jungen Frauen nicht mehr nur auf die Familie beschränken, sondern sie möchten Berufe, die ihren Töchtern finanzielle Unabhängigkeit gewähren und gesellschaftlich anerkannt sind. Oftmals werden dabei die Ziele sehr hoch gesteckt und die gegebenen Rahmenbedingungen nicht immer realistisch eingeschätzt.

Lebensmodelle

Die Mädchen und jungen Frauen, die sich auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereiten, haben sich weitgehend von dem traditionellen Rollenbild der Frau, das sich ausschließlich auf Familie und Hausarbeit konzentriert, verabschiedet. War es für viele ihrer Mütter noch gültig, so ist in ihren Vorstellungen fast selbstverständlich der Beruf neben Familie und Hausarbeit getreten. Bei vielen heißt es sogar inzwischen, „Familie ja, aber sie muss mit dem Beruf vereinbar sein“. Damit werden Lebensmodelle favorisiert, die die berufliche Entwicklung unterstützen bzw. sichern und Familien- und Hausarbeit möglichst gleich auf beide Lebenspartner übertragen. Dies gilt für die große Mehrheit der deutschen wie der ausländischen Mädchen. Einige der Befragten und hier etwas mehr deutsche als ausländische schließen sogar Familie für sich völlig aus und möchten sich ausschließlich auf den Beruf konzentrieren. Diese in Frankfurt ermittelten Befunde decken sich z.B. mit den Ergebnissen der bundesweit durchgeführten „Shell-Studie“.²³⁹ So haben junge Frauen sowohl eine starke Berufs- wie auch Familienorientierung, sehen in beidem also keinen Widerspruch. Auch sonst wird in der Fachliteratur darauf hingewiesen, dass sich die Mädchen immer weniger an vorgegebenen Mustern, Normen u. Regeln orientieren, sondern eigenverantwortlich die Lebensplanung in die Hand nehmen und der Beruf dabei eine zentrale Rolle spielt.²⁴⁰

²³⁹ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Opladen 2000, S. 55ff. und 343ff.

²⁴⁰ vgl. Lemmermöhle, D.: Berufs- und Lebensgestaltung im gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß - Neue Anforderungen an junge Frauen u. Männer und an die Schule. In: Die deutsche Schule, Heft 4/1997, S. 410-428; Beck-Gernsheim, E.: Auf dem Weg in die postfamiliale Familie - Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft. In: Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt am Main 1994, S. 115-138; Seidenspinner, G.: Junge Frauen heute - wie sie leben, was sie anders machen. Ergebnisse einer Längsschnittstudie. Opladen 1996.

10.2.4 Ergebnisse der Befragung von Expertinnen und Experten

Die Ergebnisse der Befragung der Mädchen und jungen Frauen werden in vielerlei Hinsicht durch die Expert(inn)en bestätigt. Diese Expert(inn)en erleben durch ihre Projektarbeit, Beratungs- oder Betreuungstätigkeit in Freizeiteinrichtungen Mädchen u. jungen Frauen in der Berufsorientierungsphase. Die Mädchen und jungen Frauen, zu denen sie Kontakt haben, verfügen in der Regel nicht über höhere Schul- oder Bildungsabschlüsse und haben meist einen Migrationshintergrund. Die im Folgenden wiedergegebenen Einschätzungen der Expert(inn)en beziehen daher auf diese Gruppe von Mädchen und jungen Frauen.

Veränderung von Vorstellungen und Wünschen im Berufsfindungsprozess

Die Expert(inn)en berichten mehrheitlich, dass sich bei vielen jungen Frauen während der Berufsfindungsphase, insbesondere bei den Haupt- und Realschülerinnen, die Vorstellungen und Wünsche der Mädchen durch die schrittweise Konfrontation mit der beruflichen Realität verändern oder gar ganz aufgegeben werden. Zunächst liegt der Berufswunsch noch sehr hoch und es besteht eine große Diskrepanz – insbesondere bei jungen Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen – zwischen den vorhandenen Qualifikationen und den angestrebten beruflichen Zielen. Die Mädchen wirken in dieser Phase sehr selbstbewusst und verfolgen recht zurecht ihre Ziele. Am wichtigsten sind für junge Frauen, so die Beobachtung der Befragten, ein gutes Einkommen, eine abwechslungsreiche und saubere Arbeit und mit anderen Menschen zu tun haben. Sie bestätigen damit die Angaben der Mädchen in der standardisierten Befragung. Das „ungetrübte Träumen“ der Mädchen gerät bei vielen ins Wanken, wenn sie mit den Bedingungen des Ausbildungsmarktes konfrontiert werden. Ausgelöst kann dies durch ein Berufspraktikum oder durch eine Berufsberatung werden. Viele Mädchen passen dann ihre Berufswünsche schrittweise den Realitäten auf dem Arbeitsmarkt an, andere geben ihre Träume völlig auf.

Die „Hoffnungsvollen“ und andere Gruppen

Mit der schrittweisen Annäherung an die berufliche Realität beobachten die Expert(inn)en unterschiedliche Reaktionen bei den Mädchen und jungen Frauen. Die Mädchen lassen sich in drei Gruppen einteilen: Zum einen gibt es die Gruppe junger Frauen, die sich sehr zielstrebig zeigt, wenn es um die Organisation ihrer beruflichen Zukunft geht. Sie setzen sich sehr pflichtbewusst und frühzeitig mit der Berufswahl auseinander, sie nehmen die Berufsberatung

in Anspruch, pflegen Kontakte zu möglichen Ausbildungsfirmen und bewerben sich frühzeitig. Diese Gruppe findet sich nicht ausschließlich, aber doch vorrangig im mittleren bis höheren Bildungsbereich. Zur zweiten Gruppe sind die Mädchen zu zählen, die sehr verunsichert und mit wenig Zuversicht an das Thema Berufswahl herangehen. Schlechte Zensuren, erste negative Erfahrungen mit Bewerbungen und erfolglose Beispiele im näheren Umfeld bei Geschwistern und Freundinnen nehmen ihnen den Mut, eigene Wünsche und berufliche Träume zu formulieren. Am kritischsten allerdings wird von den Expert(inn)en die Gruppe junger Frauen gesehen, die scheinbar unerschütterlich an ihren Berufswünschen festhalten, jedoch die Qualifikationsvoraussetzungen für die gewünschten Berufe nicht mitbringen. Diese Gruppe verkennt oftmals die eigenen Fähigkeiten und klammert sich an unrealistische Berufsziele. Erst wenn die Spielräume für die eigenen Berufswünsche immer kleiner werden bzw. kaum mehr vorhanden sind, d.h. kurz vor Schulabschluss oder am Ende der Berufsvorbereitungsmaßnahme stellen sich diese Mädchen der Realität. Allerdings greifen sie dann sehr schnell auf Berufe zurück, die ihnen vertraut sind. Das sind oftmals Berufe, die die Mädchen aus ihrem näheren Umfeld kennen und die in die Reihe der klassischen Frauenberufe einzureihen sind. Diese Mädchengruppe ist vor allem im unteren bis mittleren Bildungsbereich anzutreffen.

Ursachen für eine unrealistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten

Es gibt, so ein Ergebnis der Befragung der jungen Frauen, das auch von den Expert(inne)en bestätigt wird, eine Gruppe von jungen Frauen, die ungeachtet des eigenen Bildungsniveaus Berufe anstrebt, die sehr gute schulische Leistungen bzw. überwiegend höhere Schulabschlüsse voraussetzen. So kommt es häufig vor, dass Haupt- und Realschülerinnen hochqualifizierte Berufsziele wie beispielsweise Ärztin und Rechtsanwältin ins Auge fassen, ihnen dafür jedoch die schulischen Voraussetzungen fehlen. Die Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes spielen für diese Mädchen eine eher untergeordnete Rolle. Die Expert(inn)en haben für die Diskrepanz zwischen eigenen Berufswünschen und den realen beruflichen Möglichkeiten verschiedene Erklärungen. Sie verweisen z.B. darauf, dass die Mädchen nur unzureichend über Arbeitswelt und Berufsbilder informiert sind. Die Gefahr, dass sie sich auf das beschränken, was sie kennen, d.h. auf das, was sie durch ihre unmittelbare Umgebung und durch die täglichen Fernsbilder erfahren, ist sehr groß. Ein anderer Grund ist, dass für die jungen Frauen ein hoher beruflicher Status sehr wichtig ist. Einfache Tätigkeiten kommen für viele deshalb nicht in Frage. Des Weiteren üben Fernsehsendungen, insbesondere Soap-ope-

ras, großen Einfluss aus. Mädchen übernehmen von diesen oft unrealistische Berufsbilder. Auch fördern die Eltern oftmals unrealistische Orientierungen. Nach dem Motto, „du sollst es einmal besser haben“, empfehlen bzw. drängen sie auf hohe Schulabschlüsse und hochqualifizierte Berufe. Und schließlich vermitteln die Schulen den Schülerinnen oftmals kein realistisches Bild der eigenen Leistungsfähigkeit und fördern damit die entsprechende Orientierung der Mädchen.

Geringes Interesse an gewerblich-technischen und „neuen“ Berufen

Mädchen und jungen Frauen äußern wenig Interesse an gewerblich-technischen Berufen. Gleiches beobachten die Expert(inn)en. Insbesondere im unteren Bildungsbereich kommen Berufswünsche bezüglich der technischen oder handwerklichen Berufssparten kaum vor. Gelegentlich gelingt es, ein Mädchen für ein technisches Praktikum zu begeistern, aber darüber hinaus ist es, so die Erfahrungen der Gesprächspartner(inn)en, schwierig, Interesse zu wecken. Für eine Ausbildung in diesen Berufen ist kaum eine junge Frau zu gewinnen. Aufgrund der Befragungsergebnisse lässt sich die ablehnende Haltung vor allem durch beschränkte Informationen der Mädchen über die technischen Berufe und das fehlende Wissen um die beruflichen Möglichkeiten in diesen Berufsfeldern erklären. Zudem lehnen die meisten Mädchen schmutzige und körperlich anstrengende Arbeit ab. Für die nichtdeutschen Mädchen gelten diese Berufe deshalb als reine Männerberufe. Auch wählen die Mädchen ungern Ausbildungsbereiche, die von Männern dominiert werden, und Betriebe zeigen sich oftmals noch immer sehr zurückhaltend, was die Beschäftigung von Mädchen betrifft. Ein großes Problem ist auch die fehlende berufliche Perspektive für Mädchen. Oftmals finden sie nach Ausbildungsabschluss keine Weiterbeschäftigung. Ähnlich ablehnend, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt, verhalten sich die Mädchen gegenüber den Medienberufen. Dieses Ergebnis belegen beide Befragungen. Die Medienberufe erfüllen eher die beruflichen Kriterien der Mädchen: Büroarbeit, Kontakt mit anderen Menschen, Karrieremöglichkeiten lassen diese Berufe etwas attraktiver erscheinen. Allerdings setzen die Medienberufe bestimmte Qualifikationen voraus, die i.d.R. die Hauptschülerinnen nicht vorweisen können.

Rolle der Eltern im Berufsfindungsprozess

Nach den Aussagen der Mädchen spielen die Eltern in der Auseinandersetzung um den „richtigen Beruf“ die wichtigste Rolle. Die meisten Expert(inn)en betonen in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Eltern im Berufsfindungsprozess weniger eine informierende als viel-

mehr eine meinungsbildende und regulierende Rolle einnehmen. Im Hinblick darauf, was an dem künftigen Beruf wichtig ist, unterscheiden sich die Eltern und Töchter kaum. Auch die Eltern wünschen sich finanzielle Absicherung und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, und die konkreten Berufe beschränken sich keineswegs nur auf die klassischen Frauenberufe. Zudem sind auch die Eltern in ihren beruflichen Einschätzungen nicht immer realistisch. Sie streben Ausbildungen für ihre Töchter auf einem Qualifikationsniveau an, das oftmals weit über dem Niveau des zunächst angestrebten Schulabschlusses liegt.

10.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Befragungsergebnisse sowohl der jungen Frauen als auch der Expert(inn)en machen deutlich, dass sich Wünsche und Vorstellungen junger Frauen heute keineswegs auf das Spektrum der klassischen Frauenberufe beschränken, sondern eine wesentlich breitere Berufspalette umfassen. Der Beruf hat für sie neben der Familie einen wichtigen Stellenwert, und unabhängig von den Bildungsabschlüssen streben die jungen Frauen überwiegend relativ anspruchsvolle Berufsziele an. Bei vielen soll der Beruf ein hohes Einkommen und Karrieremöglichkeiten sicherstellen. Damit zeigt sich, dass sich viele Mädchen vom traditionellen Frauenbild gelöst haben und sich selbstbewusst und zielstrebig orientieren wollen. Auch die Expert(inn)en stellen fest, dass zum Beginn des Berufsfindungsprozesses die Mädchen noch relativ frei von Klischees wählen. Zu diesem Zeitpunkt haben eigene Interessen und Wünsche noch Vorrang bei der Berufswahl. Erst durch die schrittweise Konfrontation mit den Bedingungen der Berufs- und Arbeitswelt verändern sich die Wunschvorstellungen. Dieses Ergebnis stimmt erst einmal positiv, gehen doch viele davon aus, dass die weibliche Berufsstatistik in erster Linie mit den persönlichen Überzeugungen der Mädchen zu begründen ist.

Doch neben dieser positiven Entwicklung weisen die Untersuchungsergebnisse der Mädchenbefragung gleichzeitig auf ein Problem hin, das auch von den Expert(inn)en aufgegriffen und sehr kritisch betrachtet wurde: Bei einer relativ großen Zahl von Haupt- und Realschülerinnen klafft eine große Lücke zwischen den Wunsch- und Berufszielen und den realen Umsetzungsmöglichkeiten auf dem Ausbildungsmarkt. Der Grund dafür ist, dass die Mädchen nicht die Qualifikationen mitbringen, die für ihren Berufswunsch erforderlich sind. Bei vielen fehlen weiterführende Schulabschlüsse, um den gewünschten Beruf realisieren zu können. Einige der Mädchen lassen sich von der Schwierigkeit der Umsetzbarkeit überzeugen und sind bereit berufliche Alternativen zu entwickeln, andere halten an den Traumberufen fest, ohne eine

wirkliche Perspektive zu haben. So kommt es, dass die Wege vieler Mädchen von beruflichen Verzögerungen oder Umwegen gekennzeichnet sind und manche Mädchen sogar gänzlich den Anschluss auf dem Ausbildungsmarkt verlieren. Viele stehen dann nach Schulabschluss ohne Ausbildungsplatz da oder landen in den sog. beruflichen „Warteschleifen“. Die Gefahr ist groß, dass sie sich dann letztendlich mit Berufen abfinden müssen, die weit von ihren ursprünglichen Vorstellungen entfernt sind, oder sie sogar in die Arbeitslosigkeit abrutschen.

Die Untersuchungsergebnisse machen deutlich, wie wichtig die frühzeitige Begleitung und Unterstützung junger Menschen während der Berufsfindungsphase ist. Insbesondere Mädchen können mit den beruflichen Fragen nicht alleine gelassen werden, schon gar nicht in einer Entwicklungsphase, die sie an vielen anderen Stellen gleichzeitig fordert (Loslösung vom Elternhaus, erste Beziehung, Sexualität usw.). Die Mädchen – insbesondere die Haupt- und Realschülerinnen – müssen einerseits in ihrer beruflichen Orientierung gestützt und gefördert werden, und gleichzeitig gilt es zu verhindern, dass sie sich in künstlichen Traumgebilden ohne realistischen Bezug verlieren und den Anschluss am Arbeitsmarkt verpassen. Hier ist die Balance zu finden zwischen Ermutigung und Unterstützung auf der einen und einer realistischen Auseinandersetzung mit den gegebenen Möglichkeiten auf der anderen Seite. Wichtige Voraussetzungen hierbei sind Information und Kenntnisse über die verschiedenen Berufsbilder in praktischer wie in theoretischer Sicht. Die Mädchen sollten die Möglichkeit haben, sich ein breites Berufsspektrum zu erschließen. Ihnen müssen die Vor- und Nachteile der einzelnen Berufe nahe gebracht werden, und sie müssen sich mit diesen Berufsbildern auseinandersetzen, um ihre eigenen beruflichen Kriterien abwägen zu können. Wichtig sind hierbei Ansprechpartner, die sich frühzeitig mit ihnen über ihre Wünsche und Vorstellungen auseinandersetzen, damit die Abstimmung zwischen ihren eigenen Wünschen und den gegebenen Rahmenbedingungen gelingt. An dieser Stelle sind alle Interaktionspartner (Eltern, Schule, Arbeitsamt), aber auch die Unternehmen gefordert. Die Expert(inn)en haben hier auf die Notwendigkeit konstruktiver Kooperationsformen zwischen Eltern, Bildungsträgern und der Wirtschaft hingewiesen. Diese Kooperationsformen gilt es zu entwickeln. Wo sie bereits bestehen, müssen sie weiter gestärkt werden.

Auch die Jugendhilfe und die Jugendberufshilfe können in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit können Mädchen schon sehr früh auf die Themen Berufswahl und Lebensplanung vorbereitet werden. Frühzeitige spielerische Auseinandersetzungen mit diesen Themen können helfen, eine gute Grundlage für die spätere Berufsentscheidung zu bilden. In Jugendfreizeiteinrichtungen kann, bedingt durch den unmittelbaren Zugang zu den Mädchen, ohne zeitlichen Druck durch Lehrpläne oder durch

erwartete Vermittlungserfolge informiert, beraten und unterstützt werden. Insbesondere Mädchen mit Migrationshintergrund oder Mädchen aus wirtschaftlich und sozial schwachen Familien können von erfahrenen Pädagogen intensiv bis zur Berufsentscheidung begleitet werden. Auch bereits bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsansätze in der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe sowie spezielle Angebote zur Berufsorientierung wie zum Beispiel Projekte zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen, Berufsorientierungstage in einzelnen Stadtbezirken, bei denen sich Vertreterinnen verschiedener Berufe vorstellen und den Mädchen Gelegenheit geben, Fragen zu stellen sowie Kooperationsprojekte zwischen Jugendhilfe und Schulen, in denen eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Lehrer zum Thema Berufsfindung stattfindet, sollten im Rahmen möglicher finanzieller Ressourcen weiter gefördert und ausgebaut werden. Zudem würden ein Austausch unter den Beteiligten und die Veröffentlichung der Maßnahmen bzw. Projektergebnisse den Förderprozess stärken. Nur in enger Zusammenarbeit all derjenigen, die die Mädchen kontinuierlich in beruflichen Fragen betreuen und unterstützen und denjenigen, die über das theoretische und praktische Fachwissen verfügen, wird es gelingen, den entsprechenden Weg zu finden und eine Ausbildungssituation zu erreichen, die für alle Beteiligten zufrieden stellend ist.

Auch wenn die Forschung vor allem die Berufswahl junger Frauen thematisiert hat und auch nur für diesen Bereich Ergebnisse einer Erhebung für Frankfurt vorliegen, sollte man nicht unerwähnt lassen, dass vieles von dem, was in Bezug auf junge Frauen gesagt wurde, auch auf junge Männer zutreffen dürfte. Auch bei ihnen dürften sich die ursprünglichen Berufsvorstellungen und -wünsche während der Berufsfindungsphase verändern. Und auch unter ihnen wird es viele geben, die eine Ausbildung beginnen, von der sie später merken, dass sie eigentlich nicht zu ihnen passt. Für die Integration ins Erwerbsleben wirkt sich erschwerend aus, dass junge Männer deutlich häufiger als junge Frauen die Schule ohne Abschluss oder nur mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Hierdurch ist bei ihnen das Spektrum möglicher Berufe deutlich eingeschränkter als bei den jungen Frauen. Insbesondere auf dem Ausbildungsstellenmarkt werden diese jungen Männer es schwer haben.

IV. Aspekte des Alltags von Jungen und Mädchen jenseits von Schule und Ausbildung

Auch wenn die Schule und auf sie bezogene Aktivitäten im Leben von Jungen und Mädchen, die das Kindergartenalter verlassen haben, einen dominierenden Platz einnehmen, so bleibt den meisten von ihnen doch Zeit für andere Dinge. Im folgenden Teil des Berichts werden die Ergebnisse zweier Untersuchungen mit Frankfurter Schülerinnen und Schülern dargestellt, die zentrale Aspekte des Alltags von Jungen und Mädchen behandeln. Zum einen geht es um das Freizeitverhalten, zum anderen um Erfahrungen mit legalen und illegalen Drogen. Während Schülerinnen und Schüler in der Schule gebildet, erzogen und – man denke nur an die Argumente für die Ganztagschule – auch betreut werden, und auch ein Teil der häuslichen Aktivitäten wie die Erledigung der Hausaufgaben auf die Schule bezogen ist, stellen die beiden hier behandelten Aspekte eine von diesen Zwecken weitgehend freie Sphäre dar. Und wenn nebenher wie etwa im Sportverein oder beim Besuch einer Jugendfreizeiteinrichtung auch erzogen oder gebildet wird, dann setzt die Nutzung dieser Angebote, anders als in der Schule, das weitgehende Einverständnis der betroffenen Jungen und Mädchen voraus. Freizeit ist, selbst wenn sie in den geordneten Bahnen des Übungsbetriebes eines Sportvereins erfolgt, als Gegenwelt zu den Zwängen des Schulalltages gedacht. Den schulischen Pflichten stehen die verschiedenen Freizeitangebote gegenüber, die miteinander um die Aufmerksamkeit junger Menschen konkurrieren. Zum Erwachsenwerden gehört ebenso wie der Erwerb von Bildungszertifikaten auch das Erlernen des Umgangs mit Drogen.

11. Freizeitgestaltung und Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen

Für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen haben Privatwohnungen, der öffentliche Raum, freigemeinnützige und kommunale Einrichtungen und Institutionen (Jugendclubs, Sportvereine oder Hilfsorganisationen wie z.B. die Feuerwehr) eine besondere Bedeutung. Gemeinsame Aktivitäten mit Gleichaltrigen haben höchste Priorität im Freizeitverhalten von Jugendlichen, von ihnen selber oft unter dem Oberbegriff „Weggehen“ zusammengefasst. Sie wollen mit Freunden zusammen sein und „neue Leute kennen lernen“. Dennoch wird die Freizeit (im Mittel) stark überwiegend im häuslichen Kontext verbracht. Das gilt sowohl für gesellige Zusammenkünfte als auch für eigenständige Freizeitbeschäftigungen. Allerdings variiert die Bedeutung des elterlichen Zuhauses stark nach ökonomischem Status (Verfügung über eigenes Zimmer, Taschengeld), Bildung, ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht.

Ein erheblicher Teil der Freizeit wird in Privatwohnungen und dort mit kommunikativen Aktivitäten und der Mediennutzung verbracht. So zeigt beispielsweise die 13. Shell-Studie, dass nahezu alle Jugendlichen den Freizeitaktivitäten „Feier/Partys“ und „zu Hause quatschen/Musik hören“ nachgehen. Neben dem Elternhaus sind Straßen, öffentliche Plätze und Parks der zweitwichtigste Ort. Für männliche Jugendliche nichtdeutscher Herkunft haben diese Orte eine relativ größere Bedeutung als für Deutsche (als Folge sozioökonomischer Benachteiligung und einer – im Vergleich zu deutschen Jugendlichen – geringeren Integration in Institutionen und Verbänden wie z.B. Sportvereinen und freiwilligen Hilfsorganisationen). Jugendhäuser, Jugendclubs u.ä. werden nur von einer relativ kleinen Minderheit regelmäßig, von einem etwas größeren Kreis sporadisch genutzt. Nach der 13. Shell-Studie²⁴¹ nutzen 61 % der deutschen und 54 % der türkischen Jugendlichen diese Angebote nie. Jugendhäuser und -zentren werden stärker von männlichen als von weiblichen Jugendlichen genutzt, in Großstädten überwiegend von nichtdeutschen (männlichen) Nutzern. Während männliche Jugendliche sich noch relativ häufig in Jugendclubs treffen, nutzen junge Frauen eher Cafés, Eisdielen u.ä., obwohl sie im Durchschnitt über deutlich weniger Taschengeld als männliche Jugendliche verfügen.

Vereine spielen, so ein weiteres Ergebnis der 13. Shell Jugendstudie²⁴², teilweise eine wichtige Rolle im Leben junger Menschen. Der Organisationsgrad in Vereinen ist bei jungen Männern (48,5 %) signifikant höher als bei jungen Frauen (34,7 %). Bei einem Ranking der Ver-

²⁴¹ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Opladen 2000.

²⁴² vgl. ebd., S. 275 ff.

einstypen dominieren Sportvereine (41,7 % der jungen Männer und 28,4 % der jungen Frauen sind hier Mitglied). Im Rahmen eines Ranking wären an nächster Stelle kirchliche bzw. konfessionelle Jugendgruppen (6,7 %) und freiwillige Hilfsorganisationen wie z.B. die Feuerwehr (5,7 %) zu nennen. Mit Ausnahme von kirchlichen bzw. konfessionellen Gruppen sowie „Kulturvereinen“ sind junge Männer in allen anderen Vereinen deutlich häufiger engagiert als junge Frauen. Die sozialintegrative Funktion von Vereinstätigkeit hat für junge Frauen folglich einen deutlich geringeren Stellenwert. Zum gleichen Ergebnis kommt eine Berliner Untersuchung²⁴³. Hier gaben 65 % der jungen Männer und 42 % der jungen Frauen an, regelmäßig in bzw. außerhalb von Vereinen Sport zu treiben. Ausländische Jugendlichen sind seltener in Sportvereinen organisiert (32 %) als deutsche (43 %). Insbesondere ausländische junge Frauen zeigen einen geringen Organisationsgrad, obwohl sie relativ häufig klassische Vereinssportarten, wie z.B. Schwimmen, ausüben. Im Vergleich zur Bedeutung der Sportvereine (hohe Mitgliederquoten, zeitlicher Umfang der Betätigung im Verein) spielen alle anderen Vereine eine eher untergeordnete Bedeutung.

Ein erheblicher Anteil der Freizeit dient, wie die 13. Shell Jugendstudie²⁴⁴ berichtet, dem Konsum von CD's und anderen Musikträgern, insbesondere aber dem Fernsehen. Es lassen sich ausgeprägte Unterschiede in der durchschnittlichen täglichen Fernsehdauer insbesondere in Abhängigkeit von der Schichtzugehörigkeit (definiert über die Bildung der Eltern) feststellen: Bei einem hohen Bildungsindex der Eltern sehen 32 % der Jugendlichen werktags bis zu einer Stunde fern, 12 % mehr als 4 Stunden. Hingegen liegen bei einem niedrigen Bildungsstatus die entsprechenden Werte bei 16 bzw. 23 %. Am Wochenende sehen mehr als ein Drittel dieser Kategorie mehr als 5 Stunden täglich fern. Der erwähnten Berliner Freizeitstudie zufolge sehen 63 % der Hauptschüler mehr als 3 Stunden täglich fern und rd. ein Viertel sogar mehr als 5 Stunden. Der Fernsehkonsum ist hoch, wenn die ökonomischen Ressourcen der Familie gering sind (und umgekehrt). Aus den ökonomischen Beschränkungen in der Familie sollte jedoch nicht die Hypothese abgeleitet werden, dass der Fernsehkonsum hoch ist, weil die finanziellen Mittel zur Finanzierung alternativer Freizeitaktivitäten fehlen, denn ausländische männliche Jugendliche verfügen durchschnittlich über das höchste Taschengeld und sitzen trotzdem überdurchschnittlich lange vor dem Fernseher.

Ausländische Jugendliche, die bekanntermaßen häufig in wirtschaftlich schwachen Verhältnissen aufwachsen, und junge Frauen nutzen Computer und Internet relativ selten. Sie sind

²⁴³ vgl. Lische, E.; Sierks, M.: Studie zum Freizeitverhalten Neuköllner Jugendlicher (<http://neukoelln-jugend.de/freizeitstudie>).

²⁴⁴ a.a.O., S. 203ff.

hier gegenüber deutschen bzw. männlichen Jugendlichen relativ „benachteiligt“. Demgegenüber sind weibliche Jugendliche deutlich stärker als ihre männlichen Altersgenossen in Hausarbeiten involviert und haben damit regelmäßig weniger Freizeit. Diese zwischen den Geschlechtern unterschiedliche Beteiligung an Hausarbeiten ist bei ausländischen Jugendlichen besonders ausgeprägt.

11.1 Das Freizeitverhalten von Frankfurter Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 bis 10

11.1.1 Untersuchungsansatz und Stichprobe

In diesem Abschnitt steht das Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen nach Beendigung der Grundschule und vor Eintritt in die Sekundarstufe II im Mittelpunkt des Interesses. Informationen hierüber liefert eine im Frühjahr 2005 abgeschlossene Umfrage zum Freizeitverhalten von Frankfurter Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 bis 10. Diese Untersuchung wurde gemeinsam vom Frauenreferat und vom Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main finanziert. Im Rahmen dieses Teils des Frankfurter Sozialberichts werden erste Ergebnisse dieser Umfrage vorgestellt. Details zur Durchführung der Untersuchung und tiefergehende Auswertung folgen später.

Befragt wurden 2.485 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 10 aus mehr als 20 Frankfurter Schulen.²⁴⁵ 78,7 % der Befragten waren 11 bis 15 Jahre alt. Das Durchschnittsalter betrug 13,5 Jahre. 49,7 % der Befragten waren unter 14 Jahre. Die meisten Befragten gehörten den Klassenstufen 7 (19,1 %) und 8 (23,1 %) an, während den anderen Klassenstufen zwischen 12,9 und 15,4 % der Befragten angehörten. 41,0 % der Schülerinnen und Schüler besuchten ein Gymnasium, 23,5 % eine Gesamtschule, 22,7 % eine Realschule, 8,3 % ein Hauptschule, 2,1 % eine Förderstufe und 1,9 % eine Berufsschule oder ein Berufsvorberei-

²⁴⁵ Bei der Auswahl der Schulen, die um eine Teilnahme an der Untersuchung gebeten wurden, wurde darauf geachtet, dass eine möglichst breite regionale Streuung erreicht wurde, was auch erreicht werden konnte. Trotzdem können die Ergebnisse nicht im strengen Sinne als repräsentativ gelten. Insbesondere trifft dies auf die ermittelten Prozentwerte für bestimmte Antworten in der Gesamtstichprobe zu. Weit weniger anfällig für solche Verzerrungen sind die Unterschiede zwischen einzelnen Teilgruppen. Wenn im Folgenden z.B. berichtet wird, dass die Befragten im Durchschnitt 42 € „eigenes Geld“ im Monat zur Verfügung haben, dann kann der „wahre Wert“ in der Grundgesamtheit etwas unter oder über diesem Wert liegen. Sehr unwahrscheinlich ist es allerdings, dass der ermittelte Unterschied zwischen Mädchen und Jungen – letztere haben mehr eigenes Geld als Mädchen – nicht die tatsächlichen Verhältnisse in der Schülerschaft der betreffenden Jahrgangsstufen widerspiegelt.

tungsjahr.²⁴⁶ Etwas mehr als die Hälfte (50,5 %) der Befragten waren männlich. Bei 42,2 % der Befragten waren beide Eltern deutsch, bei 12,2 % ein Elternteil und bei 40 % beide Elternteile ausländischer Herkunft. 53,4 % der Schülerinnen und Schüler sprechen zu Hause nur Deutsch, 39,4 % Deutsch und eine andere Sprache und 6,9 % ausschließlich eine andere Sprache als Deutsch. Etwa jedes fünfte Kind (19,5 %) hatte ein alleinerziehendes Elternteil (ohne Lebenspartner im Haushalt), 34,0 % waren Einzelkinder, 40,2 % hatten ein Geschwisterkind, 16,7 % zwei Geschwister und 10,0 % drei und mehr Geschwister.

11.1.2 Empirische Ergebnisse

Der Alltag von Schülerinnen und Schülern dreht sich vor allem um die Schule. Neben der Unterrichtszeit selber fallen Wegzeiten und die Erledigung von Hausaufgaben an. Für Freizeit bleibt oft wenig Zeit. 27,6 % der Befragten gehen gerne zur Schule und 10 % nicht. Beim Rest ist es „mal so, mal so“. Bei Jungen ist der Anteil derjenigen, die nicht gerne zur Schule gehen höher als bei Mädchen (13,0 gegenüber 6,0 %). Auch das Alter spielt hier eine Rolle: Je jünger die Befragten sind, umso kleiner ist auch der Anteil derjenigen, die nicht gerne zur Schule gehen. Drei von fünf Schülerinnen und Schüler (60,4 %) sind auch nachmittags in der Schule und haben Unterricht oder nehmen an einem freiwilligen Angebot teil, darunter ein gutes Viertel (26,6 %) der Befragten an zwei- bis vier Tagen in der Woche und ein Drittel (32,7 %) an einem Tag. Und auch am Wochenende „machen“ viele Schülerinnen und Schüler „was für die Schule“ (Jungen: 39,4 %; Mädchen 47,3 %).

Nach der Schule gehen neun von zehn Schülern nach Hause. Bei fast jedem bzw. jeder vierten Befragten (22,3 %) ist kein Erwachsener zu Hause, wenn sie nach Hause kommen. Dies trifft auch auf jeden Fünften (20,5 %) der unter 14-jährigen Befragten zu. Ein gutes Drittel (35,6 %) der Schülerinnen und Schüler verbringt bis zu einer Stunde täglich mit der Erledigung der Hausaufgaben, fast die Hälfte (45,4 %) zwischen einer und zwei Stunden und ein Sechstel (17,5 %) mehr als zwei Stunden. Hilfe bei den Hausaufgaben bekommen 46,9 %, während 9,2 % der Befragten keine Hilfe bekommen, aber angeben, dass sie es gut fänden, wenn sie jemanden hätten, der ihnen helfen würde.

Mit den Hausaufgaben sind die häuslichen Verpflichtungen der Jungen und Mädchen nicht erschöpft. Vielmehr helfen sie in unterschiedlichem Umfang im Haushalt. 36,7 % gaben an,

²⁴⁶ Sofern sich bei der Addition der Werte ein geringerer Wert als 100 ergibt, erklärt sich die Differenz aus fehlenden Angaben.

etwa 15 Minuten täglich im Haushalt zu helfen, 23 % etwa 30 Minuten und 11,8 % etwa 60 Minuten, während 19 % die Frage verneinten oder keine Angaben machten. Der Anteil derjenigen, die die Frage verneinte, war bei den Jungen mit 22,4 % doppelt so hoch wie bei den Mädchen. Kinder, deren Eltern beide aus dem Ausland kommen, helfen deutlich länger im Haushalt als Kinder mit deutschen Eltern.

Die befragten Schülerinnen und Schüler verbringen die meiste Zeit nachmittags nach der Schule zu Hause. Dies trifft häufiger auf Mädchen und jüngere Befragte als auf Jungen und ältere Befragte zu.

Tabelle 23: Wie viel Zeit Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 nachmittags nach der Schule zu Hause verbringen, nach Geschlecht und Alter. Angaben in %.

	alle	Jungen	Mädchen	unter 14	14 und älter
fast nur zu Hause	14,1	14,0	14,2	15,8	12,4
den größten Teil zu Hause	50,4	46,3	54,8	53,6	47,3
wenig zu Hause	31,7	34,5	28,7	28,9	34,5
nur zum Schlafen zu Hause	3,8	5,3	2,3	1,7	5,9

Quelle: Umfrage Freizeitwelten 2004/2005

Wenn die Mädchen und Jungen zu Hause sind, beschäftigen sie sich in ihrer Freizeit vor allem mit modernen (Kommunikations)medien wie Fernsehen und Computer.²⁴⁷ Auf die ohne Antwortvorgaben gestellte Frage, was sie als Freizeitbeschäftigung zu Hause am häufigsten machen, kamen folgende Antworten: 50,1 % sehen fern, 37,5 % spielen am Computer, 20,4 % hören Musik, 14,4 % gehen ins Internet oder chatten und 13 % „machen was mit dem Computer“, ohne dies genauer zu beschreiben. Immerhin 22,1 % gaben an, dass sie lesen, nur 7,9 % machen Musik und 7,6 % malen, werken oder basteln.²⁴⁸ Nur 9,1 % der Befragten beschäftigen sich in ihrer Freizeit nicht mit Computern und nur 11,1 % seltener als einmal in der

²⁴⁷ vgl. die Hinweise zur „Medienkindheit“ in der Einleitung.

²⁴⁸ Die Antworten, die man erhält, hängen natürlich von den Fragen ab, die man stellt. So ergab die hier dargestellte Untersuchung zum Freizeitverhalten, dass bei 23,4 % der befragten Schülerinnen und Schüler unter 14 Jahren Lesen zu den häufigsten Freizeitbeschäftigungen zu Hause gehört. Dieser Prozentsatz liegt deutlich unter den 80 %, die in der vom Frankfurter Kinderbüro in Auftrag gegebenen „Kinderumfrage Frankfurt am Main“ (vgl. Anlage 2 zum Magistratsbericht B 529 vom 8.8.2005, S. 113f.) angaben „gerne zu lesen“. Was man gerne tut, ist nicht unbedingt das, was man auch am häufigsten tut.

Woche. Beides trifft etwas häufiger auf Mädchen als auf Jungen zu. 68,1 % der Befragten besitzen einen eigenen Computer, 77,3 % der Jungen und 60,1 % der Mädchen.²⁴⁹

Im Hinblick darauf, was sie am Computer machen, unterscheiden sich Jungen und Mädchen, jüngere und ältere Befragte. So suchen Mädchen häufiger als Jungen mit Hilfe des Computers Informationen, während Jungen häufiger Computerspiele spielen.²⁵⁰ Und Ältere chatten, surfen und erledigen ihre Hausaufgaben mit Hilfe des Computers häufiger als Jüngere.

Tabelle 24: Was Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 mit dem Computer machen, nach Geschlecht und Alter. Angaben in %.

	alle	Jungen	Mädchen	unter 14	14 und älter
Hausaufgaben	34,5	32,8	36,5	28,6	40,6
Chatten	44,5	43,1	46,0	33,6	55,4
Informationen suchen	46,5	42,2	51,2	38,5	54,5
Surfen	44,8	49,9	36,1	36,0	53,6
Spiele	59,3	70,9	47,5	62,9	55,6

Quelle: Umfrage Freizeitwelten 2004/2005

Mehr als neun von zehn (93,8 %) der Schülerinnen und Schüler haben einen Freund oder eine Freundin, auf die oder den sie sich verlassen können.²⁵¹ Eine Mehrheit (60,9 %) der Befragten

²⁴⁹ Andere Erhebungen zum Medienkonsum und zur Computernutzung Frankfurter Jungen und Mädchen ergeben ein ähnliches Bild. So ergab eine Studie der „Agentur für neue Medien NEUE DIGITALE“, die 2004 in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Kinderbüro und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz durchgeführt wurde und bei der 277 Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahre befragt wurden, dass über 80 % von ihnen zuhause Zugang zu einem Computer hatten. Von den Kindern im Alter von 13 Jahren und darüber waren nahezu alle schon einmal im Internet. Die Kinder dieser Altersgruppe nutzen das Internet auch deutlich länger in der Woche als die jüngeren. Wie Repräsentativ diese Ergebnisse für alle Frankfurter Kinder dieser Altersgruppe sind, bleibt unklar (Die Studie ist zugänglich unter: http://www.kinderbuero-ffm.de/projekte/kinderbericht/bilder/Ergebnis_Kinder_Online_2004.pdf). Immerhin lag die Ausstattung mit Computern bei dieser Studie auf einem ähnlich hohen Niveau wie bei Befragten, die im Rahmen einer 2004 veröffentlichten Untersuchung des Dezernats für Soziales und Jugend zum Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen ermittelt wurden (vgl. Bolz, P.: Mädchen und junge Frauen im Berufsfindungsprozess, hrsg. vom Dezernat für Soziales und Jugend. Frankfurt am Main 2004, S. 50ff.).

²⁵⁰ Die deutlich höhere Präferenz von Computerspielen bei den Jungen wird auch in der oben zitierten „Kinderumfrage Frankfurt am Main“ (vgl. Anlage 2 zum Magistratsbericht B 529 vom 8.8.2005, S. 116) berichtet.

²⁵¹ Fast alle Schülerinnen (94,3 %) und Schüler (84,6 %) haben jemanden, mit dem sie über ihre Probleme reden können. Neben Vater und Mutter (zusammen 45,9 %) sind es meist Freundinnen oder Freunde (zusammen 44,9 %). Hierbei unterscheidet sich die Bedeutung von Eltern und Freunden als Gesprächspartner bei Problemen zwischen Jungen und Mädchen, Jüngeren und Älteren und Kinder mit und ohne Migrationshintergrund z.T. deutlich. Während nur 37,6 % der über 13-Jährigen mit ihren Eltern über ihre Probleme reden können, sind es bei den Jüngeren mit 62,6 % noch fast doppelt so viel. Bei den Älteren nehmen Freunde und Freundinnen die Rolle wichtiger Gesprächspartner ein (53,7 % gegenüber 36,0 % bei den Jüngeren). Während es zwischen Jungen und Mädchen im Hinblick auf die Eltern als Gesprächspartner bei Problemen keine großen Unterschiede gibt, sind

gehört einer Clique an. Der Anteil ist bei den Mädchen höher als bei den Jungen (66,1 gegenüber 58,2 %), während es keine Rolle spielt, ob die Befragten unter 14 oder 14 Jahre und älter sind. Sofern die Jungen und Mädchen einer Clique angehören, gehören gleich viele Jungen und Mädchen einer gemischtgeschlechtlichen Clique an (jeweils knapp 47 %).

Neben Cliques gibt es andere „feste Gruppen“. 63,0 % der Jungen und 49,7 % der Mädchen sind Mitglied in einer solchen Gruppe. Mehr Jungen als Mädchen gehören einer „Sportmannschaft“ an (47,5 gegenüber 26,1 %). Mädchen sind häufiger als Jungen Mitglied einer Musikgruppe (8,3 gegenüber 5,8 %) und einer Tanzgruppe (6,0 gegenüber 0,5 %). Im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu einer Jugendgruppe (5,9 und 7,0 %) und einer kirchlichen Gruppe (0,9 und 1,2 %) sind die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen gering.

Die wichtige Bedeutung des Sports für Kinder und Jugendliche und insbesondere die Jungen unter ihnen spiegelt sich auch in den Antworten auf die Frage, welche Angebote die Schülerinnen und Schüler nachmittags nach der Schule nutzen. Gut zwei von fünf nutzen die Angebote eines Sportvereins, während die Angebote anderer Vereine, von Kirchen, Kinder- bzw. Jugendeinrichtungen etc. eine eher geringe Bedeutung haben. Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen und Jüngeren und Älteren bestehen vor allem in der Nutzung der Angebote von Sportvereinen, der Häufigkeit, mit der Musikunterricht genommen oder in Musikgruppen gespielt wird. Einfach nur „in der Stadt/irgendwo draußen“ ist mehr als ein Viertel aller Befragten. Diese Antwort wurde eher von älteren Schülerinnen und Schülern als jüngeren und eher von Mädchen als von Jungen angegeben.

Den Angaben der folgenden Tabelle liegt die Frage zugrunde, welche „Angebote“ die Jungen und Mädchen „nachmittags nach der Schule“ nutzen. Den befragten Jungen und Mädchen wurde auch eine Liste von 108 Jugendfreizeiteinrichtungen und 7 Abenteuerspielplätzen vorgelegt, anhand derer sie angeben sollten, welche sie kennen, schon einmal besucht haben, regelmäßig besuchen, nie besuchen werden, nicht besuchen dürfen oder nicht kennen. Der Anteil der Jungen und Mädchen, die angaben, eine der 115 Einrichtung und Abenteuerspielplätze regelmäßig zu besuchen, beträgt 14,8 %. Die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen und Jüngeren und Älteren sind hierbei sehr gering. Unklar ist, worauf die Differenzen zu den Antworten auf die Frage nach der nachmittäglichen Nutzung von Angeboten beruhen. Denkbar ist, dass der regelmäßige Besuch auch abends und nicht „nachmittags nach der Schule“

die Unterschiede zwischen Kindern mit deutschen (54,4 %) und solchen, bei denen beide Eltern ausländischer Herkunft sind (38,5 %), um so größer. Und für deutlich mehr Mädchen als Jungen sind Freundinnen und Freunde wichtige Gesprächspartner, wenn sie Probleme haben (61,1 gegenüber 29,2 %).

stattfinden oder dass die Jungen und Mädchen unter einem regelmäßigen Besuch etwas Anderes verstanden haben als unter der Nutzung eines Angebots – nur anwesend sein ist etwas Anderes als z.B. an einem Kurs teilzunehmen. Und schließlich kann auch ein regelmäßiger Besuch einer Einrichtung so selten sein, dass die Nutzung von Angeboten ausgeschlossen ist.

Tabelle 25: Welche Angebote Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 nachmittags nutzen, nach Geschlecht und Alter. Angaben in %.

	alle	Jungen	Mädchen	unter 14	14 u. älter
Sportverein	43,3	51,7	34,7	47,9	38,6
anderer Verein	5,2	3,7	6,8	5,8	4,7
Kirchengemeinde/islamische Gemeinde/ jüdische Gemeinde/ andere Glaubensgem.	10,1	10,2	9,9	11,1	9,1
Kindereinrichtung oder Jugendeinrichtung	5,9	6,4	5,4	4,9	6,9
Musikunterricht/Musikgruppe	12,7	10,6	14,9	16,5	8,9
Nachhilfe	13,2	11,2	15,4	12,3	14,2
in der Stadt/irgendwo draußen	29,0	26,3	31,9	19,9	38,2

Quelle: Umfrage Freizeitwelten 2004/2005

Ehrenamtlich tätig sind 8,2 % der Befragten, darunter 1,7 % als Gruppenleiter oder -leiterinnen. Ebenfalls 1,7 % arbeiten bei Kinder- oder Jugendfreizeiten oder bei Kinder- und Jugendevents mit, weitere 1,5 % in einer Kirchengemeinde und 1,3 % in einem Sportverein. Ältere Befragte, Gymnasiasten und Gymnasiastinnen und Befragte, deren Eltern beide deutsch sind, sind eher ehrenamtlich tätig als andere Jungen und Mädchen.

Wenn sich die Jungen und Mädchen mit ihren Freundinnen und Freunden treffen, geschieht dies meist bei ihnen zu Hause. Wichtige andere Orte, an denen man sich trifft, sind daneben die Schule und „draußen auf der Straße“. Hierbei gibt es einige Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen. Jungen treffen ihre Freunde und Freundinnen häufiger als Mädchen draußen auf der Straße, in Jugendeinrichtungen und im Verein, während dies bei Mädchen häufiger als bei Jungen bei sich zu Hause oder bei den Freunden und Freundinnen und in der Schule geschieht. Je älter die Befragten sind, umso eher treffen sie sich mit ihren Freunden draußen auf der Straße und in einer Kinder- oder Jugendeinrichtung, während die Bedeutung des eigenen Zuhauses oder des Zuhauses der Freunde und Freundinnen gegenüber den Jüngeren etwas an Bedeutung verliert.

Tabelle 26: Wo Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 sich mit ihren Freundinnen und Freunden treffen, nach Geschlecht und Alter. Angaben in %.

	alle	Jungen	Mädchen	unter 14	14 u. äl.
in der Schule	42,8	38,5	47,2	45,4	40,2
bei sich zu Hause	61,6	56,2	67,3	66,7	56,5
bei den Freunden bzw. Freundinnen zu Hause	63,5	60,0	67,3	66,9	60,2
draußen auf der Straße	51,3	54,8	47,7	42,3	60,2
in einer Jugendeinrichtung	9,3	10,6	7,9	6,4	12,2
in einem Verein	25,7	30,4	21,0	28,3	23,1

Quelle: Umfrage Freizeitwelten 2004/2005

Wenn die befragten Schülerinnen und Schüler „nachmittags draußen in der Stadt“ sind, suchen sie sehr unterschiedliche Örtlichkeiten auf. Neben Geschäften und Einkaufszentren ist es meist das eigene Wohnviertel, in dem sie sich bewegen. Während Mädchen sich am häufigsten in Geschäften und Geschäftsstraßen bzw. Einkaufszentren aufhalten, wenn sie draußen in der Stadt sind, dominieren bei Jungen das eigene Wohnviertel, gefolgt von Geschäftsstraßen bzw. Einkaufszentren. Ältere Schülerinnen und Schüler halten sich häufiger als jüngere in Parks, in Geschäftsstraßen und in Einkaufszentren und auf der Straße im eigenen Wohngebiet auf als jüngere.

Tabelle 27: Wo Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 sich aufhalten, wenn sie draußen in der Stadt sind. Angaben in %.

	alle	Jungen	Mädchen	unter 14	14 u. älter
auf dem Schulhof	5,1	6,4	3,9	6,8	3,4
in einem Park	23,2	24,4	22,0	21,0	25,4
auf einem Spielplatz	16,0	17,8	14,3	19,9	12,2
in Geschäften	42,3	33,8	51,1	43,0	41,5
in Geschäftsstraßen/in Einkaufszentren	50,9	40,3	61,8	46,6	55,2
auf der Straße im eigenen Wohnviertel	38,3	44,1	32,5	34,5	42,1

Quelle: Umfrage Freizeitwelten 2004/2005

Am Wochenende machen viele Befragte etwas mit Freunden, unternehmen was mit der Familie oder haben feste Termine, an denen sie an Wettkämpfen und Aufführungen teilnehmen (siehe Tabelle 28). Unterschiede gibt es zwischen dem, was Jungen und Mädchen tun. So gehen Jungen am Wochenende eher abends weg und haben häufiger feste Termine (Wettkämpfe, Aufführungen) als Mädchen, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass sie häufiger in Sportvereinen sind als Mädchen. Demgegenüber unternehmen Mädchen am Wochenende eher etwas mit der Familie, tun etwas für die Schule und gehen in die Stadt. Die Wochenendaktivitäten differieren stark mit dem Alter. So unternehmen ältere Befragte seltener etwas mit der Familie, sind häufiger abends unterwegs und haben seltener Termine am Wochenende als jüngere.

Mit dem zufrieden, was sie nachmittags tun, sind knapp 9 von 10 der Befragten (85,4 %). Der Anteil der explizit unzufriedenen ist bei den Mädchen höher als bei den Jungen (12,5 gegenüber 7,2 %). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage, ob die Schülerinnen und Schüler mit dem zufrieden sind, was sie am Wochenende meistens machen. Hier äußerten 89,9 % der Befragten, dass sie zufrieden sind. Zwischen Jungen und Mädchen bestehen nur geringe Unterschiede.

Tabelle 28: Was Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 am Wochenende machen, nach Geschlecht und Alter. Angaben in %.

	Alle	Jungen	Mädchen	unter 14	14 u. ält.
zu Hause sein	56,8	54,9	59,1	61,4	52,3
in die Stadt gehen	52,6	46,3	59,1	49,1	56,0
etwas mit der Familie unternehmen	50,5	46,4	54,9	69,7	41,4
bei Freundinnen/Freunden sein	65,4	64,1	66,7	66,5	64,3
mit Freundinnen/Freunden unterwegs sein	63,0	58,2	68,0	58,5	67,4
etwas für die Schule machen	43,3	39,4	47,3	49,1	37,5
abends unterwegs ein (Kino, Disco, Kneipe, Konzert usw.)	38,1	41,6	34,5	27,7	48,3
an religiösen Veranstaltungen teilnehmen	11,3	11,0	11,6	12,1	10,4
Termine (Wettkämpfe, Aufführungen usw.)	29,9	35,7	24,3	34,4	25,5
Sport	4,7	6,8	2,6	4,3	5,1

Quelle: Umfrage Freizeitwelten 2004/2005

Eine wichtige Voraussetzung für Freizeitaktivitäten ist Geld. Fast alle Befragten (94,2 %) haben „eigenes Geld“. Bei den meisten (90,1 %) handelt es sich um Taschengeld von den Eltern. Fast die Hälfte (47,6 %) bekommt auch Geld von den Großeltern und fast jedes fünfte Kind (18,5 %) „jobbt“. Der Anteil derjenigen, die selber Geld verdienen, liegt bei den unter 14-Jährigen bei 11,3 %, während er bei den älteren Schülerinnen und Schülern 25,8 % erreicht. Auch zwischen Jungen und Mädchen gibt es hierbei Unterschiede: Während 21,5 der Jungen jobben, tun dies nur 15,5 % der Mädchen. Im Durchschnitt haben die Befragten 42 € „eigenes Geld“ im Monat.²⁵² Jungen verfügen über mehr eigenes Geld als Mädchen (48,8 gegenüber 35,3 €), Ältere über mehr als Jüngere (60,4 gegenüber 23,8 €) und Kinder, deren Eltern beide deutsch sind, über weniger als Kinder, deren Eltern beide ausländischer Herkunft sind (35,7 gegenüber 45,7 €).

Das tatsächliche Freizeitverhalten spiegelt nicht in jedem Fall die Präferenzen der befragten Jungen und Mädchen wieder. Auf die ohne Antwortvorgaben gestellte Frage, ob es eine Sache gibt, die die Schülerinnen und Schüler gerne machen würden, aber nicht machen können, antwortete ein Drittel der Befragten mit der Nennungen eines oder mehrerer Aktivitäten, darunter etwas mehr Mädchen als Jungen. Fast die Hälfte derjenigen, die einen Freizeitwunsch äußerten, nannten eine sportliche Aktivität, entweder eine konkrete Sportart wie Schwimmen oder Fußball oder allgemein Sport. Andere Wünsche richteten sich auf Aktivitäten, bei denen man i.d.R. nicht unter der Kontrolle der Eltern steht (Besuch einer Diskothek, einer Jugendfreizeiteinrichtung oder einfach nur „draußen sein“ bzw. „durch die Stadt ziehen“). Eine solche, mit weniger elterlicher Kontrolle verbundene Freizeitaktivität wünschten sich 4,1 % aller befragten Jungen, aber 10,9 % aller Mädchen. Auch Kinder, deren Eltern beide aus dem Ausland kommen, äußerten den Wunsch nach solchen Aktivitäten häufiger als Kinder mit zwei deutschen Eltern (10,4 gegenüber 5,9 %).

²⁵² Bei diesen Berechnungen wurden einige wenige Angaben, die bei über 1.000 € im Monat lagen, nicht berücksichtigt.

11.2 Das Freizeitverhalten von 15- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schülern

von Renate Lind-Krämer und Regina Ernst, Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main,
Christiane Bernard und Bernd Werse, Universität Frankfurt am Main

11.2.1 Untersuchungsansatz und Stichprobe

Daten zum Freizeitverhalten älterer Frankfurter Schülerinnen und Schüler werden seit 2002 regelmäßig im Rahmen einer im Auftrag des Drogenreferats von der Universität Frankfurt durchgeführten Umfrage erhoben, bei der allerdings der Konsum legaler und illegaler Drogen im Mittelpunkt steht. Bei dieser Umfrage wurden 2003 1.147 Frankfurter Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren der 10. bis 12. Klassen Allgemeinbildender Schulen und Berufsschüler im 1. bis 3. Ausbildungsjahr befragt. Die genauen Umstände und die Anlage der Erhebung sind in Kapitel 12 beschrieben. Wie in Freizeitstudien üblich, wurde nach der Häufigkeit, mit der bestimmte Aktivitäten ausgeübt werden, gefragt.

11.2.2 Empirische Ergebnisse

Als häufigste Freizeitbeschäftigung geben die meisten Schülerinnen und Schüler „Musik hören“ und „Fernsehen“ an. Beinahe alle Befragten (99 bzw. 96%) tun dies regelmäßig. Das Spielen an Geldspielautomaten ist dahingegen nahezu unbedeutend. Von hoher Bedeutung sind weiterhin soziale Aktivitäten, wie „sich mit Freunden treffen“ und „Ausgehen“. Wie zu erwarten, gewinnt das „abendliche Ausgehen“ mit zunehmendem Alter an Bedeutung wie auch der Anteil derjenigen zunimmt, die „aus Spaß mit dem Mofa, Motorrad oder Auto herumfahren“. Umgekehrt nehmen mit zunehmendem Alter eher „häusliche“ Aktivitäten wie „Lesen“ und „am PC-Spielen“ ab. Jeweils 68 % der befragten Schülerinnen und Schüler treiben mindestens einmal pro Woche aktiv Sport und surfen im Internet. Altersspezifische Unterschiede zeigen sich dabei lediglich beim Surfen im Internet: mit 84 % geben die 15-jährigen diese Freizeitaktivität deutlich häufiger an als die 16-18-jährigen (61-70 %).

Mit Blick auf die Schultypen zeigen sich die deutlichsten Unterschiede zum einen beim „aus Spaß mit dem Mofa/Motorrad/Auto herumfahren“, was Berufsschüler erheblich häufiger praktizieren und zum anderen beim „Lesen von Büchern“ und der „Ausübung anderweitiger Hobbys (ein Instrument spielen, Singen, Malen, Schreiben etc.)“ – beides Aktivitäten, die Schüler/-innen Allgemeinbildender Schulen häufiger ausüben.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich dahingehend, dass Schüler wesentlich häufiger „technisierte“, körperliche und „öffentliche“ Aktivitäten (mit dem Computer spielen, im

Internet surfen, mit Mofa/Moped/Motorrad fahren, aktiv Sport treiben, sich mit Freunden auf der Straße/Plätzen treffen) ausüben, während Schülerinnen in ihrer Freizeit eher Bücher lesen oder „anderweitigen Hobbys“ nachgehen.

Tabelle 29: Häufigkeit von Ausgehaktivitäten von 15- bis 18-jährigen Frankfurter Schülern und Schülerinnen im zurückliegenden Monat nach Geschlecht 2003. Angaben in %.

	Sport		Kino		Kneipe, Café, Restaurant		Disco, Club		Private Party		Jugendzentrum u.ä.		Rave, öffentl. Party		(Pop-/Rock-) Konzert	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
nie	11	21	31	32	19	12	41	42	30	49	79	84	79	82	79	81
1 Mal	10	12	37	39	18	17	18	19	25	24	7	6	12	9	15	16
2-3 Mal	17	19	24	23	30	36	21	20	28	16	6	5	6	7	4	2
4-9 Mal	22	20	5	4	21	21	12	12	10	6	4	2	1	1	1	0
>=10 Mal	35	23	1	2	9	13	5	4	4	2	3	1	0	0	0	0
weiß nicht	4	6	2	1	3	1	3	2	3	3	1	1	2	1	1	1

Quelle: Drogentrendstudie 2003

Wie bereits erwähnt, lassen sich bei genauerer Betrachtung des „Ausgehverhaltens im letzten Monat“ zunächst altersspezifische Unterschiede feststellen. Aus den Angaben zur Ausgehhäufigkeit wurden „Ausgehtypen“ gebildet: Personen, die im letzten Monat weniger als sechs Mal ausgegangen sind, werden als „häuslicher Typ“, Personen, die sechs bis zwölf Mal ausgegangen sind, als „Gelegenheitsausgeher“ und Personen, die mehr als zwölf Mal ausgegangen sind, als „Vielausgeher“ klassifiziert.

Insgesamt findet sich sowohl unter Berufsschüler/-innen als auch bei den Schüler/-innen Allgemeinbildender Schulen der „häusliche Typ“ (35 % bzw. 38 %) am häufigsten. Mit 33 % ist der Typus des „Vielausgehers“ aber etwas häufiger unter den Berufsschüler/-innen als unter Schüler/-innen Allgemeinbildender Schulen (27 %) vertreten. Unterschiede zwischen den Geschlechtern lassen sich dahingehend feststellen, dass Schülerinnen häufiger dem „häuslichen Typ“ zugeordnet werden können (40 % gegenüber 34 % bei den Schülern).

Die häufigsten Anlässe zum Ausgehen stellen Kneipen-/Café-/Restaurantbesuche (82 %) und Kinobesuche (67 %) dar. Auf den Plätzen 3 und 4 rangieren Partys im privaten Umfeld des Bekannten- und Freundeskreises (57 %) und Diskothekenbesuche (56 %). Ausgehansätze, die an Örtlichkeiten gekoppelt sind, deren Zugänglichkeit über das Jugendschutzgesetz mit Altersschränken versehen ist (allen voran: Diskotheken), treten erwartungsgemäß nicht so häufig

in den unteren Altersjahrgängen auf. Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Ausgehanlässe Kino, private Partys und Jugendzentren. Schülerinnen gehen häufiger ins Kino (87 % gegenüber 78 % bei den Schülern), aber seltener auf private Partys (49 % gegenüber 67 %) und in Jugendzentren (15 % gegenüber 20 %). Im Durchschnitt mindestens einmal pro Woche (4 Mal im Monat und öfter) besuchen 3 % der Schülerinnen und 7 % der Schüler ein Jugendzentrum. Unter den Jugendlichen, die Jugendzentren besuchen, sind Berufsschüler(innen) und Haupt-, Real- und Gesamtschüler(innen) über- und Gymnasiast(inn)en unterrepräsentiert.

11.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Computer und Fernsehen nehmen einen herausragenden Platz im Leben junger Menschen ein. Das ist in Frankfurt am Main nicht anders als anderswo in Deutschland. Jungen und Mädchen, ältere und jüngere Schülerinnen und Schüler unterscheiden sich z.T. deutlich in dem, was sie in ihrer Freizeit tun. Für Jungen sind sportliche Aktivitäten, meist im Rahmen eines Sportvereins, von überragender Bedeutung. Die bei Frankfurter Schülerinnen und Schülern ermittelten Unterschiede decken sich weitgehend mit dem, was man aufgrund anderer Studien erwarten konnte und soll an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden. Vielmehr soll das Augenmerk auf ein Ergebnis gerichtet werden, das die verschiedenen Frankfurter Erhebungen zum Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen übereinstimmend ergeben haben, nämlich die geringe Nutzung von Freizeiteinrichtungen wie Jugendzentren und Jugendclubs durch diejenigen, für die diese Einrichtungen mit erheblichem finanziellen Aufwand geschaffen wurden und betrieben werden. Nur rd. 15 % der über 14-Jährigen besuchen mindestens einmal im Monat eine solche Einrichtung. Die regelmäßige Nutzung ist deutlich seltener, während andere Orte und Örtlichkeiten wie Kneipen, Diskotheken oder Kinos von deutlich mehr Jugendlichen genutzt werden, obwohl ihre Nutzung anders als die der Jugendfreizeiteinrichtungen i.d.R. mit Kosten (Eintritt oder Verzehr) verbunden ist. Auch Einkaufsstrassen und Einkaufszentren mit ihren vielfältigen Konsumangeboten und Reizen üben offensichtlich eine größere Attraktivität auf die befragten Kinder und Jugendlichen aus als die zahlreichen Jugendfreizeiteinrichtungen in Frankfurt am Main mit ihren differenzierten Angeboten. Warum dies so ist, bedarf weiterer Untersuchungen.

Bei der Diskussion der Nutzung von Jugendfreizeiteinrichtungen darf aber nicht ausschließlich die quantitative Seite betrachtet werden. Tatsächlich dürfte die Zahl derjenigen Jugendlichen, die solche Einrichtungen regelmäßig und nicht nur sporadisch besuchen, bei vielleicht

3.000 liegen. Trotzdem kann es sich bei den recht hohen Ausgaben der Stadt für Jugendfreizeiteinrichtungen um „gut angelegtes Geld“ handeln, wenn man tatsächlich diejenigen erreicht, die solcher Einrichtungen in besonderer Weise bedürfen, und wenn bei ihnen etwas bewirkt wird, was ansonsten nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt erreicht wird – man denke etwa an die in der Einleitung erwähnten Entwicklungsaufgaben. Inwieweit es den Jugendfreizeiteinrichtungen gelingt, Jugendliche bei der Bewältigung dieser Entwicklungsaufgaben zu helfen und welche Wirkungen daneben erzielt werden, ist bislang nicht systematisch erhoben worden. Vor dem Hintergrund eines weiteren Ausbaus von Ganztagschulen ist zudem eine engere Vernetzung der Angebote der durch die Jugendhilfe geförderten Jugendfreizeiteinrichtungen mit den Schulen geboten.

Die Ergebnisse der beiden oben dargestellten Erhebungen verweisen zudem auf die große Bedeutung von Sport und Bewegungsaktivitäten für die Frankfurter Kinder und Jugendlichen. Sie belegen auch die wichtige Funktion von Vereinen, hier vor allem von Sportvereinen. Sie bieten die Möglichkeit zu körperlichen Aktivitäten, die vielen Kindern und Jugendlichen wegen des Lebens in einer Mietwohnung im häuslichen Kontext nicht möglich sind. Der Sport hat darüber hinaus eine sozial-integrative und gesundheitsfördernde Funktion. Vor diesem Hintergrund ist notwendig, die Vereine auch weiterhin in ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen.

12. Drogenkonsum von Jugendlichen

von Renate Lind-Krämer und Regina Ernst, Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main,
Christiane Bernard und Bernd Wense Universität Frankfurt

Der Gebrauch legaler und illegaler Drogen gehört in Deutschland zum Alltag vieler junger Menschen. Dies ist ein Ergebnis des deutschen Teils des von der Weltgesundheitsorganisation unterstützten Jugendgesundheits surveys²⁵³. Schon vor Erreichen des gesetzlichen Mindestalters trinken viele Jugendliche regelmäßig Alkohol und/oder rauchen Tabak und etwa 10 % der deutschen Jugendlichen rauchen schon mit 15 Jahren regelmäßig Cannabis.

12.1 Einleitung: Forschungsstand und Datenlage

Jugendkulturen und Freizeitverhalten von Jugendlichen sind keine statischen Phänomene, vielmehr wandeln sie sich stetig und ständig. Dabei beeinflussen Werbung und Moden erheblich, was „angesagt“ oder „out“ ist. Dies gilt auch für den Drogenkonsum von Jugendlichen als Teil des Freizeitverhaltens. Ein aktuelles Beispiel sind die von der Industrie auf den Markt gebrachten und massiv für Jugendliche beworbenen Alkopops, die vor allem bei jüngeren Jugendlichen zu einem Anstieg des Alkoholkonsums führte.

Aufgabe des Drogenreferates in der Suchtprävention ist es, diese Tendenzen sehr frühzeitig zu erkennen und aufzugreifen, geeignete Maßnahmen zu initiieren, diesen Trends entgegenzuwirken und schädliche Auswirkungen auf die Entwicklung von einzelnen Jugendlichen zu verhindern oder so gering wie möglich zu halten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Frankfurt, Centre for Drug Research, eine Drogentrendstudie entwickelt, in deren Rahmen ein repräsentativer Ausschnitt von 15-18jährigen Schülerinnen und Schülern in Frankfurt jährlich (erstmalig 2002) zu ihrem Drogenkonsum und Freizeitverhalten befragt werden. In dieser Altersgruppe entwickeln sich viele Verhaltensmuster und Gewohnheiten wie auch Vorlieben für Drogengebrauch, die im späteren Lebensverlauf zu Problemen führen können.

Die Stichprobe umfasst sowohl die 10. bis 12. Klassen Allgemeinbildender Schulen als auch das 1. bis 3. Ausbildungsjahr Berufsbildender Schulen, die sich über das gesamte Stadtgebiet

²⁵³ vgl. Hurrelmann, K.; Klocke, A.; Melzer, W.; Ravens-Sieberer, U.: WHO-Jugendgesundheits survey - Konzept und ausgewählte Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland. In: Erziehungswissenschaft, 14. Jg. (2003), S. 79-108 (<http://www.dgfe.de/zeitschr/heft27/index.html>); Ravens-Sieberer, U.; Thomas, C.: Gesundheitsverhalten von Schülern in Berlin. Ergebnisse der HBSC-Jugendgesundheitsstudie 2002 im Auftrag der WHO. Robert Koch-Institut, Berlin 2003 (http://www.hbsc-germany.de/pdf/hbsc_rki_schrift.pdf).

verteilen. Insgesamt wurden 20 Schulen (sieben Gymnasien, sechs Berufsschulen, sieben Haupt-, Real- und Gesamtschulen) ausgewählt. 85 Klassenverbände nahmen an der Befragung teil. Die Gesamtstichprobe des Jahres 2003, umfasste 1.537 Schülerinnen und Schüler, von denen aber vor allen in den beruflichen Schulen einige auch älter als 18 Jahre waren. Die folgende Darstellung berücksichtigt ausschließlich die 15- bis 18-Jährigen, deren Zahl bei 1.147 lag.

Die Befragung der Schülerinnen und Schüler erfolgt anhand eines Fragebogens, der das gesamte Spektrum legaler und illegaler Substanzen umfasst sowie die Inhaltsbereiche biographische Standarddaten, Drogenentwicklungsverlauf (Einstieg/aktueller Konsum), Kenntnisse und Meinungen zu Drogen, Drogenkonsum im Freundeskreis sowie Ausgehverhalten und sonstige Freizeitaktivitäten berührt. Der Fragebogen ist so konzipiert, dass die Anonymität der ausfüllenden Person gewahrt bleibt. Die Befragungen werden von geschulten Interviewerinnen und Interviewern durchgeführt und erfolgen im Klassenverband. In der Erhebungssituation sind keine Lehrer anwesend, um zu signalisieren, dass die Befragung für die Teilnehmer/-innen sozial folgenlos bleibt. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um in sensiblen Verhaltensbereichen, wie dem des Drogenkonsums, die Antwortbereitschaft zu erhöhen und ein Antworten im Sinne der sozialen Erwünschtheit zu vermeiden.

Die Schülerbefragung ist Teil einer umfassenderen Studie, des Monitoring System Drogentrend (MoSyD), die drei weitere Module enthält

- eine halbjährliche Befragung von Experten aus Drogenhilfe, Jugendhilfe, Polizei, Ausbildungswesen, die sog. „Expertenbefragung“,
- eine halbjährliche Befragung von Personen, die durch ihren Beruf bzw. in ihrer Freizeit Kontakte zu Drogengebrauchskreisen haben wie z.B. Musikbranche, Frisöre, Diskothekenpersonal, Verkäufer/innen, die sog. „Key-Person/Trend-Scout Befragung“, und
- eine alle zwei Jahre durchgeführte Befragung von Personen, die der offenen Drogenszene im Bahnhofsviertel angehören, die sog. „Szenestudie“.

Die Drogentrendforschung ermöglicht eine kontinuierliche Beobachtung des Umgangs mit Drogen in Frankfurt. Dadurch können Entwicklungen und Trends frühzeitig erkannt, Zielgruppen definiert und geeignete präventive oder intervenierende Maßnahmen geplant werden.

12.2 Drogen im sozialen Umfeld

Im Freundeskreis fast aller Befragten werden die legalen Drogen Nikotin und Alkohol konsumiert. Aber auch Cannabis hat als illegale Droge im sozialen Umfeld einen sehr hohen Verbreitungsgrad (67 %), mit deutlichem Abstand vor den anderen illegalen Drogen, deren Konsum maximal 15 % der Befragten in ihrem sozialen Umfeld beobachten. Eine sehr geringe Rolle spielen hier Opiate/Heroin (4 %). Auch bei den Antworten auf die Frage, welche illegalen Drogen den Befragten bereits jemals im Leben angeboten wurden, rangiert Cannabis mit Abstand am höchsten: Sieben von zehn Befragten berichteten von mindestens einem Angebot zum Cannabiskonsum (69 %). Jedem vierten bis fünften Schüler dieser Altersgruppe wurden bereits einmal psychoaktive Pilze (23 %) und/oder Ecstasy (21 %) angeboten und immer noch mehr als 15 % Kokain sowie Speed. Es folgen LSD (14 %), Crack (11 %), Lachgas (10 %), Heroin (8 %), Opium (6 %) und Methadon (2 %).

Schüler bewegen sich offenbar im Vergleich zu Schülerinnen häufiger in sozialen Umfeldern, in denen der Konsum von Drogen und daher auch Drogenangebote verbreiteter sind. Für ausnahmslos alle Substanzen geben die Schüler deutlich häufiger an, schon einmal mit einem direkten Drogenangebot konfrontiert worden zu sein. Zwischen den Schultypen ergeben sich hingegen keine signifikanten Unterschiede.

12.3 Drogenkonsum von 15- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schülern

Tabak und *Alkohol* sind die mit Abstand meist konsumierten Drogen.²⁵⁴ Insgesamt vier von fünf der befragten Schülerinnen und Schüler geben an, bereits einmal geraucht zu haben und jeder Zweite ist aktueller Raucher (Konsum im vergangenen Monat). Das durchschnittliche Einstiegsalter liegt bei 12,5 Jahren. Mit zunehmendem Alter steigt auch der Anteil an intensiveren Rauchern: von den befragten 15-jährigen Schülerinnen und Schülern haben 13 % im letzten Monat mehr als 5 Zigaretten pro Tag geraucht, in der Gruppe der 18-Jährigen sind dies bereits 38 %. Die Berufsschüler und -schülerinnen weisen dabei sowohl bei der Lifetime- (79 %) als auch bei der Jahres- (65 %) und Monats-Prävalenz (56 %) höhere Werte als die Schüler und Schülerinnen Allgemeinbildender Schulen auf (Lifetime: 75 %; Jahr: 60 %; Monat: 43 %). Tabak ist die einzige Droge, die von den Schülerinnen häufiger konsumiert wird

²⁵⁴ Bei der Häufigkeit des Drogenkonsums werden verschiedene Grade der Nutzung unterschieden. Von „Lifetime-Prävalenz“ spricht man, wenn mindestens einmal im Leben eine bestimmte Droge konsumiert wurde, von „12-Monats-Prävalenz“, wenn die Droge im zurückliegenden Jahr mindestens einmal konsumiert wurde, und von „30-Tages-Prävalenz“, wenn der letzte Konsum im zurückliegenden Monat erfolgte.

als von den Schülern: 50 % von ihnen rauchten im vergangenen Monat im Gegensatz zu 48 % bei den Schülern.

Alkohol ist augenscheinlich noch stärker verbreitet als Tabak. Nahezu alle 15- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schüler haben bereits Erfahrungen mit dieser Substanz gemacht. Das durchschnittliche Einstiegsalter liegt bei 12,8 Jahren und ist somit nahezu identisch mit dem Einstiegsalter beim Tabakkonsum. Bis einschließlich dem 13. Lebensjahr haben bereits 56 % mindestens einmal Alkohol getrunken, und noch vor Erreichen des 16. Lebensjahres sind es 91 %. Mindestens einmal angetrunken oder betrunken waren im zurückliegenden Monat insgesamt 46% der Befragten.

Tabelle 30: Häufigkeit des Alkoholkonsums Frankfurter Schüler und Schülerinnen im letzten Monat nach Alter in %.

	15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	insgesamt
kein Mal	41	35	26	25	29
1 - 10 Mal	52	48	55	57	53
mehr als 10 Mal	7	17	19	18	17

Quelle: Drogentrendstudie 2003

Mit zunehmendem Alter nimmt die Konsumhäufigkeit ebenso wie die Häufigkeit des Angetrunken- oder Betrunkenenseins und die Anzahl der bei der letzten Konsumgelegenheit konsumierten Gläser – zumindest bis zum 17. Lebensjahr – tendenziell zu. Der Anteil derjenigen Befragten, die im letzten Monat mehr als zweimal betrunken waren, steigt von 8 % bei den 15-Jährigen auf 26 % bei den 18-Jährigen.

Tabelle 31: Häufigkeit von Trunkenheit bei Frankfurter Schülern und Schülerinnen im letzten Monat nach Alter (nur Befragte, die Alkoholkonsum im letzten Monat hatten) in %.

	15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	insgesamt
kein Mal	25	22	20	21	21
1 - 2 Mal	67	60	55	52	57
mehr als 2 Mal	8	18	25	26	22

Quelle: Drogentrendstudie 2003

Im Vergleich zu ihren männlichen Mitschülern trinken Schülerinnen seltener Alkohol, sind seltener betrunken und trinken mengenmäßig deutlich weniger als die Schüler. So gaben 36 % der Schülerinnen gegenüber 23 % der Schüler an, im letzten Monat keinen Alkohol getrunken zu haben. 40 % der Schülerinnen gegenüber 56 % der Schüler waren im letzten Monat mindestens einmal betrunken, und die Anzahl der konsumierten Gläser beim letzten Alkoholkonsum ist bei den Schülerinnen im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen nur halb so hoch (4 gegenüber 8).

Im Hinblick auf Lifetime-, Jahres- und Monatsprävalenz des Alkoholkonsums lassen sich zwischen den Schülerinnen und Schülern Allgemeinbildender- und Berufsschulen keine signifikanten Unterschiede ausmachen. Allerdings trinken die Berufsschüler/-innen, wenn sie trinken, mengenmäßig mehr Alkohol und berichten mit 56 % gegenüber 40 % auch ein häufigeres Angetrunken- oder Betrunkensein für den letzten Monat.

Cannabis ist augenscheinlich die populärste *illegale Droge*, aber der Konsum rangiert deutlich hinter Alkohol und Tabak. Insgesamt berichten 46 % der befragten 15-18-jährigen Schülerinnen und Schüler, schon einmal Cannabis konsumiert zu haben. Jeder Dritte nahm Cannabis im vergangenen Jahr und jeder Fünfte im letzten Monat. Das Einstiegsalter liegt bei durchschnittlich 14,5 Jahren²⁵⁵. 21 % der Cannabiskonsumanten waren beim ersten Konsum 13 Jahre oder jünger, 78 % haben vor Erreichen des 16. Lebensjahres erste Erfahrungen mit Cannabis gemacht. Hierbei zeigen sich keine geschlechtsspezifischen Differenzen.

Tabelle 32: Prävalenz des Cannabiskonsums unter Frankfurter Schülern und Schülerinnen nach Häufigkeit und Alter in %

	15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre
Lifetime-Prävalenz	29	48	44	50
12-Monats-Prävalenz	24	38	33	32
30-Tage-Prävalenz	10	23	17	23

Quelle: Drogentrendstudie 2003

Insgesamt berichten die 18-Jährigen Schüler/-innen über die umfangreichsten Erfahrungen mit Cannabiskonsum. Dies gilt jedoch nicht für die 12-Monats und 30-Tages-Prävalenz. Unter den 16-Jährigen findet sich die größte Gruppe, die einen Konsum für das letzte Jahr be-

²⁵⁵ Dabei ist zu beachten, dass sich dieser vergleichsweise niedrige Wert nur auf diejenigen bezieht, die in den jeweiligen Altersjahrgängen überhaupt Cannabis probiert haben; unter den 15jährigen kann z.B. das Einstiegsalter

richtet und sie machen auch gemeinsam mit den 18-Jährigen die größte Gruppe der aktuellen Konsumenten aus. Am markantesten und angesichts der Beobachtung zum Einstiegsalter nicht verwunderlich ist der offensichtlich sprunghafte Anstieg der Prävalenzwerte zwischen dem 15. und 16. Lebensjahr (s. Abb. 2).

Betrachtet man die Konsumintensität derjenigen 15- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schüler, die in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert haben, so zeigt sich, dass die Intensivkonsumenten (täglich Konsum) in allen Jahrgängen die zweitgrößte Gruppe nach den Gelegenheitskonsumenten (weniger als einmal pro Woche) bilden (s. Tab. 2). Damit konsumieren insgesamt 6 % der befragten 15- bis 18-Jährigen täglich Cannabis.

Tabelle 33: Typologie von aktuellen Cannabiskonsumenten unter Frankfurter Schülern und Schülerinnen nach Alter in % (nur Befragte, die im letzten Monat Cannabis konsumiert haben)

Konsumtypus*	15-jährige	16-jährige	17-jährige	18-jährige
Intensivkonsument	23	27	19	33
Gewohnheitskonsument	8	13	15	17
Wochenendkonsument	15	7	7	5
Gelegenheitskonsument	54	53	59	44

* Einteilung entsprechend der Konsumhäufigkeit im letzten Monat. Intensivkonsument: täglich, Gewohnheitskonsument: mehrmals wöchentlich, Wochenendkonsument: ca. ein Mal pro Woche, Gelegenheitskonsument: weniger als ein Mal pro Woche.

Quelle: Drogentrendstudie 2003

Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Konsumtypen von Cannabis zeigen sich zwischen Schülerinnen und Schülern Allgemeinbildender- und Berufsschulen: Mit 38% berichtet eine besonders große Gruppe der aktuell Cannabis konsumierenden Berufsschüler(inne)n über einen täglichen Cannabiskonsum. An Allgemeinbildenden Schulen sind dies 15 %. Geschlechtsspezifische Differenzen werden nicht nur dahingehend deutlich, dass Schüler sowohl bei der Lifetime-Prävalenz (55 % gegenüber 37 %) als auch bei der Jahres-Prävalenz (41 % gegenüber 25 %) und Monats-Prävalenz (25 % gegenüber 15 %) die Schülerinnen übertreffen, sondern auch einen intensiveren aktuellen Konsum angeben: Während lediglich 2 % der Schülerinnen für den zurückliegenden Monat berichten, zehnmal oder häufiger Cannabis konsumiert zu haben, trifft dies für 14 % der Schüler zu. Vorzugsweise wird Cannabis gemein-

also maximal bei 15 liegen. Die Ergebnisse aus der Gesamtstichprobe deuten darauf hin, dass ein nicht unwesentlicher Anteil der Jugendlichen erst später Cannabis ausprobiert.

sam mit Freunden und Bekannten geraucht (68 %). Nur wenige geben an, am liebsten alleine (3 %) oder mit dem Partner bzw. der Partnerin (2 %) zu rauchen.

Im Vergleich zu den zuvor genannten Drogen zeigt sich bei allen *anderen psychoaktiven Substanzen* eine deutlich geringere Verbreitung.

Tabelle 34: Lifetime-Prävalenz (LTP) und Jahres-Prävalenz (JP) psychoaktiver Substanzen bei Frankfurter Schülern und Schülerinnen nach Alter in %.

	15 Jahre		16 Jahre		17 Jahre		18 Jahre	
	LTP	JP	LTP	JP	LTP	JP	LTP	JP
Schnüffelstoffe	19	10	21	9	16	7	16	6
Psychoaktive Pilze	2	1	9	3	6	4	14	5
Ecstasy	1	<1	7	4	4	1	7	2
Speed	<1	<1	6	3	4	1	7	3
Kokain	4	4	5	3	4	<1	6	5
Lachgas	4	1	4	2	4	1	7	4
LSD	0	0	3	0	1	1	4	2
Herbal Ecstasy	1	1	1	1	1	1	3	1
Opium	0	0	<1	0	1	1	3	1
Heroin	<1	<1	<1	<1	1	0	1	<1
Crack	1	0	2	1	2	1	2	1

Quelle: Drogentrendstudie 2003

Die Tabelle zeigt, dass die eng mit der offenen Drogenszene und einem Junkie-Lebensstil assoziierten Drogen Heroin und Crack quasi bedeutungslos sind: die Lifetime-Prävalenzen liegen hier bei 2 % (Crack) und 1 % (Heroin). Ein aktueller Crack-Konsum wird von vier Personen berichtet; keiner der Befragten hat im letzten Monat Heroin konsumiert. Das durchschnittliche Einstiegsalter für den Konsum „harter“ Drogen liegt bei 15,8 Jahren.

Mit 48 % ist Heroin auch die mit Abstand am stärksten abgelehnte Substanz unter den befragten Schülerinnen und Schülern. Auch hierin findet offenbar die ausgeprägte Assoziation des offensichtlichen Drogenelends mit der Substanz Heroin ihren Niederschlag, was sich in einer stark ausgeprägten Distanzhaltung gegenüber dieser so genannten „Junkie-Droge“ ausdrückt.

Bei der zusammenfassenden Betrachtung des aktuellen Konsumgeschehens fällt zunächst auf, dass im zurückliegenden Monat von insgesamt 21% der Befragten keine legalen oder illegalen Drogen konsumiert wurden. Im Einklang mit der Beobachtung eines mit dem Alter zunehmenden Drogenkonsums ist der Abstinenzanteil unter den 15-Jährigen mit 32 % am höchsten und unter den 17- bzw. 18-Jährigen mit 19 % am niedrigsten. Ein Vergleich zwischen den Schultypen zeigt, dass die Schüler und Schülerinnen Allgemeinbildender Schulen mit 25 % eine höhere Abstinenzrate aufweisen als die Berufsschüler und -schülerinnen (18 %). Mit 25 % haben insgesamt mehr Schülerinnen im letzten Monat keine legalen oder illegalen Drogen genommen als dies bei den Schülern (18 %) der Fall ist.

12.4 Entwicklungstrends

Die Umfrage zum Drogenkonsum Frankfurter Schülerinnen und Schüler wurde 2003 zum zweiten Mal durchgeführt. Beim Vergleich mit der ersten Umfrage im Jahre 2002 zeigen sich folgende Trends:

- Insgesamt ging der Konsum legaler und illegaler Drogen unter den 15-18jährigen Frankfurter Schülerinnen und Schülern zurück. Diese Beobachtung ist unter dem Vorbehalt zu sehen, dass sich in den meisten Bereichen nur sehr wenig geändert hat bzw. die geringen Unterschiede auch auf Zufallsschwankungen zurückgeführt werden könnten. Fast alle Zahlen weisen aber in Richtung eines moderateren Konsums.
- Die deutlichsten Veränderungen zeigten sich beim Alkohol: Während 2002 noch 78 % der 15- bis 18-Jährigen im zurückliegenden Monat Alkohol getrunken hatten, waren es 2003 noch 71 %. In besonderem Maße war dieser Rückgang unter den 15-16-Jährigen sowie unter den Schülerinnen zu beobachten. In der Intensität des Alkoholkonsums zeigten sich hingegen nur marginale Veränderungen.
- Beim Tabakkonsum zeichneten sich insgesamt keine wesentlichen Trends ab, abgesehen von einem sehr geringen Anstieg des aktuellen Konsums.
- Beim Cannabiskonsum war die 30-Tages-Prävalenz leicht rückläufig, unter den Cannabiskonsumenten erhöhte sich allerdings der Anteil der Intensivkonsumenten stark: 2002 hatten nur halb so viele (13%) der aktuellen Cannabiskonsumenten täglich gekifft (2003: 26 %) – dieser Unterschied war dabei ausschließlich unter Berufsschülern zu beobachten.

- Bei den „harten“ Drogen zeigten sich wiederum nur marginale Veränderungen; wenn sich Verschiebungen ergaben, dann in Richtung geringerer Konsumentenziffern. Ein aktueller Konsum harter Drogen wurde 2003 von 2 % (2002: 3 %) der Schüler/innen berichtet.
- Ein relativ deutlicher Anstieg war bei der Gruppe der Schülerinnen und Schüler zu beobachten, die aktuell keine legalen oder illegalen Drogen konsumieren: dieser erhöhte sich von 15 % auf 21 %.

12.5 Zusammenhang zwischen Drogenkonsum und anderen Merkmalen der Befragten

Zwischen Drogenkonsum und Freizeitverhalten (siehe oben Abschnitt 11.2) zeichnet sich ein Zusammenhang ab: Unter den befragten Schülerinnen und Schülern befinden sich unter den „Vielausgehern“ überproportional viele aktuelle Tabakkonsumenten (68 % gegenüber 34 % beim „häuslichen Typ“), Alkoholkonsumenten (91 % gegenüber 53 %) und Cannabiskonsumenten (27 % gegenüber 12 %). Ebenso gibt dieser Personenkreis auch häufiger Erfahrungen mit dem Konsum der typischerweise mit der Techno-Party-Szene assoziierten Drogen (Ecstasy, LSD, Kokain und psychoaktive Pilze) an.

Auch wenn hierbei kein Kausalzusammenhang gegeben ist, kann dennoch davon ausgegangen werden, dass mit einem häufigeren Ausgehen und einer damit einhergehenden größeren Kontaktbreite zu Gleichaltrigen die Wahrscheinlichkeit steigt, mit Drogen in Berührung zu kommen und auf etwaige Konsumangebote einzugehen. Hierfür spricht, dass die „Vielausgeher“ mit 85 % deutlich häufiger als die „Gelegenheitsausgeher“ (71 %) und vor allem häufiger als der „häusliche Typ“ (55 %) berichten, schon einmal Cannabis angeboten bekommen zu haben. Bei allen anderen abgefragten Substanzen (Ecstasy, LSD, Speed, Kokain, Crack, Opium, Heroin, Lachgas, GHB, psychoaktive Pilze und Herbal XTC) ist der prozentuale Anteil derjenigen, die diese Substanzen schon einmal angeboten bekommen haben, beim Typus des „Vielausgehers“ mehr als doppelt so hoch wie beim „häuslichen Typ“. Damit korrespondierend berichten mit Blick auf alle abgefragten legalen und illegalen Drogen deutlich mehr Schüler/-innen des Typus „Vielausgeher“, dass in ihrem Bekanntenkreis die jeweilige Droge konsumiert wird.

Auffallend ist, dass die Mitgliedschaft in einem Sportverein mit häufigerer Trunkenheit verbunden ist, die Mitgliedschaft in einer kirchlichen Organisation dagegen mit seltenerer Trunkenheit. D.h. die Mitgliedschaft in einem Sportverein hat suchtpreventiv betrachtet eine wi-

dersprüchliche Wirkung: Einerseits schützt sie dadurch, dass Jugendliche hier eine soziale Einbindung und sinnvolle Freizeitgestaltung haben, andererseits ist sie auch häufiger mit verstärktem Alkoholkonsum verbunden.

Unter Schülerinnen und Schülern, die aus einem islamisch orientierten Elternhaus stammen, findet sich gegenüber Schülerinnen und Schülern, deren Eltern einer anderen oder keiner Religion angehören, ein deutlich kleinerer Anteil an aktuellen Alkoholkonsumenten (32 % gegenüber 73 % bzw. 79 %) und von Personen, die überhaupt jemals Alkohol getrunken haben (71 % gegenüber 96 % bzw. 97 %). Ebenso berichten diese Schüler und Schülerinnen über deutlich geringere Erfahrungen mit Cannabis (30 % Lifetime-Prävalenz gegenüber 51 % bei den „Nicht-religiösen“ und 48 % unter Schülern und Schülerinnen mit anderem religiösen Hintergrund). Der Anteil an aktuellen Cannabiskonsumenten ist unter jenen Schülerinnen und Schülern am höchsten, deren Eltern nicht an eine Religionsgemeinschaft gebunden sind (29 % gegenüber 9 % aus islamisch orientiertem Elternhaus). Insgesamt deutet sich im Hinblick auf den Gesamtumgang mit psychoaktiven Substanzen eine soziokulturelle, religionspezifische Einflussnahme ab: Mehr als jede(r) Zweite (51 %) der Schülerinnen und Schüler aus einem islamisch orientierten Elternhaus hat im letzten Monat keinerlei legale und illegale Drogen genommen. Sie gehören damit überproportional der Gruppe der im letzten Monat drogenabstinenten Personen an. Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nicht an eine Religionsgemeinschaft gebunden sind beziehungsweise einer nicht-islamischen Religionsgemeinschaft angehören, waren im vergangenen Monat lediglich zu 19 % beziehungsweise 16 % drogenabstinent.

Ihrem Wissen über Drogen geben die Befragten keine guten Noten. Im Durchschnitt erreichen sie nur einen Wert von 3,4 auf der sechsstufigen Notenskala, ein Wert der um rd. eine „Note“ schlechter ist als ihre eigenen Schulnoten, die im Durchschnitt bei 2,5 liegen. Vor allem bei den Schülern und Schülerinnen aus islamisch orientiertem Elternhaus besteht offenbar eine größere Unklarheit über den Rechtsstatus verschiedener psychoaktiver Substanzen, hier vor allem Alkohol. Zudem berichten bei der Mehrzahl der abgefragten Substanzen deutlich weniger Schüler aus islamischem Elternhaus, bisher überhaupt von diesen gehört zu haben. So geben beispielsweise 15 % dieser Schülergruppe an, dass Cannabis ihnen nicht bekannt sei, bei Speed sind es 33 % und bei Ecstasy 27 %. Demgegenüber geben lediglich 5 % und 7 % der Schüler/-innen, deren Eltern anderen oder keiner Religionsgemeinschaft angehören, an, dass sie Cannabis nicht kennen. Bei Speed sind dies 12 % bzw. 16 % und bei Ecstasy 8 % und 10%. Bei der Einstellung zu den verschiedenen Drogen wird deutlich, dass Cannabis im Gegensatz zu allen anderen Drogen für die Befragten ein besonders positives Image hat. Die Ri-

siken des Cannabiskonsums werden von vielen Schülerinnen und Schülern nicht gesehen. Damit mag zusammenhängen, dass fast ein Fünftel aller Befragten (18 %) sich nicht sicher sind oder glauben, ob bzw. dass Cannabis eine legale Droge ist. Schülerinnen und Schüler mit Drogenerfahrung und abstinenten Schüler beziehen ihre Informationen über Drogen aus unterschiedlichen Quellen: Drogenerfahrene, also diejenigen, die mindestens einmal im Leben illegale Drogen probiert haben, nutzen häufiger das Internet, Mitschüler und Freunde, also eher Gleichaltrige („peers“), und inoffizielle Informationsquellen, während die Drogenabstinenten häufiger offizielle Informationsangebote nutzen und Informationen über Drogen häufiger von Schule und Eltern bekommen und diesen auch mehr vertrauen als die drogenerfahreneren Schülerinnen und Schüler.

Zwischen dem Drogenkonsum und Lebenszufriedenheit²⁵⁶ scheint ein negativer Zusammenhang zu bestehen: Unter jenen, die sich als „sehr zufrieden“ einschätzen, finden sich die wenigsten aktuellen Tabak- und Alkoholkonsumenten. Lediglich 43 % bzw. 60 % dieser Gruppe konsumierten die jeweilige Substanz im zurückliegenden Monat. Demgegenüber sind 57 % jener Schüler und Schülerinnen, die sich als „nicht zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“ kategorisieren, aktuelle Raucher und 79 % haben im letzten Monat Alkohol getrunken. Bemerkenswerterweise zeigt sich aber auch bei der Gruppe der „teilweise Zufriedenen“ mit 64 % ein vergleichsweise niedriger Anteil an aktuellen Alkoholkonsument(inn)en. Ein deutlicher Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und Drogenkonsum zeigt sich auch bei der Monats-Prävalenz von Cannabis: 35 % jener Befragten, die sich als „nicht“ bzw. „überhaupt nicht zufrieden“ einschätzen, sind aktuelle Cannabiskonsumenten. Bei den „Zufriedenen“ bis „Sehr-Zufriedenen“ sind dies dagegen nur 21 % bzw. 14 %. Auch im Hinblick auf die Lifetime-Prävalenz „harter“ Drogen zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang von Lebenszufriedenheit und Drogenkonsum: Je zufriedener die Schüler und Schülerinnen mit ihrem Leben sind, desto seltener konsumieren sie harte Drogen. Während die Abstinenzquote hinsichtlich dieser Substanzen bei den „Sehr-Zufriedenen“ bis „Teils-Zufriedenen-Teils-Unzufriedenen“ jeweils noch bei über 85 % liegt, sinkt sie bei den „Nicht-Zufriedenen“ und „Überhaupt-Nicht-Zufriedenen“ auf 71 %. Ebenso weisen die Schüler und Schülerinnen, die sich als „sehr zufrieden“ einschätzen, mit 32 % die höchsten Abstinenzwerte hinsichtlich des Gebrauchs

²⁵⁶ In der Befragung wurde auch nach der Lebenszufriedenheit gefragt. Die Mehrheit der befragten Schülerinnen und Schüler (51%) schätzt sich als „zufrieden“ ein, weitere 24 % als „sehr zufrieden“. Hierbei schätzen sich Berufsschüler(innen) im Vergleich zu den Schüler(innen) Allgemeinbildender Schulen häufiger als „sehr zufrieden“ oder als „teils zufrieden, teils unzufrieden“ ein. Demgegenüber stufen sich Schüler(innen) der Allgemeinbildenden Schulen häufiger als „zufrieden“, aber auch häufiger als „nicht zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“ ein. Schüler stufen sich häufiger als „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ (insgesamt 77 %) ein, als dies die Schülerinnen tun (insgesamt 72 %).

von legalen und illegalen Drogen im letzten Monat auf. Bei den Schülerinnen und Schülern, die sich als „nicht zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“ einstufen, konsumierten lediglich 13 % keine legalen oder illegalen Drogen.

12.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Auf Grundlage der Daten der Gesamtstichprobe lässt sich ein empirisches Stufenmodell zur Entwicklung des individuellen Drogenkonsums im Jugendalter im großstädtischen Raum erstellen (siehe die folgende Übersicht). Die in Klammern angegebenen Zahlen veranschaulichen, wie viele Jugendliche in Frankfurt der jeweiligen Stufe zuzuordnen sind. Das Stufenmodell beinhaltet keine Zwangsläufigkeit. Die von der vorherigen Darstellung der Teilstichprobe 15-18Jährige leicht abweichenden Zahlen sind darauf zurückzuführen, dass hier die Daten der Gesamtstichprobe eingeflossen sind.

Übersicht 14.1: Stufenmodell zur Entwicklung des individuellen Drogenkonsums

<p>Stufe 1: Probierkonsum aus Neugierde Alkohol und Nikotin probieren ab 13 Jahren (ca. 80-95%)</p>
<p>Stufe 2: Probierkonsum aus Neugierde Alkohol und Nikotin regelmäßig, illegale Droge /Cannabis probieren ab 15 Jahren (ca. 50 %)</p>
<p>Stufe 3: experimenteller Konsum mit Risikobereitschaft Alkohol, Nikotin und Cannabis regelmäßig und/oder Partydrogen probieren ab 16-17 Jahren (16 %)</p>
<p>Stufe 4: verfestigter Drogenkonsum Alkohol oder Cannabis täglich und/oder Partydrogen gelegentlich (ca. 8 %)</p>
<p>Stufe 5: Verfestigter Drogenkonsum regelmäßiger Konsum von Partydrogen, und/oder Heroin/Crack probieren (ca. 2 %)</p>

Fast alle Jugendlichen probieren mal Alkohol und Nikotin aus (Stufe 1), aber etwa die Hälfte der 15- bis 18jährigen raucht nicht, nimmt keine illegalen Drogen und trinkt nur gelegentlich Alkohol und immerhin ein Fünftel lebt aktuell vollkommen abstinent, d.h. nimmt weder legale noch illegale Drogen. Die andere Hälfte (Stufe 2) ist neugierig auf Rauscherfahrten, trinkt und raucht regelmäßig und probiert auch mal Cannabis. Hierbei handelt es sich zunächst um einen Probierkonsum aus Neugierde. Ein Drittel von diesen wiederum (16 % der Gesamtstichprobe) ist risikobereiter und nimmt regelmäßig Cannabis oder probiert auch die sogenannten Partydrogen Ecstasy, Kokain, Speed und Pilze. Wiederum die Hälfte von diesen (8 % der Gesamtstichprobe) nehmen täglich Alkohol oder Cannabis und/oder häufiger Partydrogen. Heroin oder Crack dagegen werden nur von sehr wenigen Schülern (2 %) probiert; meist bleibt es aber bei einem einmaligen Probieren oder gelegentlichen Konsum über einen begrenzten Zeitraum. Der Konsum psychoaktiver Substanzen ist unter Frankfurter Schülerinnen und Schülern weit verbreitet. Bei ca. 8 % der befragten Jugendlichen (ab Stufe 4) muss von einem verfestigten Drogenkonsum ausgegangen werden, während es sich bei den übrigen um Probierkonsum bzw. experimentellen Konsum mit teilweise durchaus großer Risikobereitschaft handelt, der in der Regel vorübergehend ist und nach einer gewissen Zeit wieder aufhört.

Dieses Stufenmodell liefert Anhaltspunkte für die Planung von selektiver Suchtprävention und Drogenberatung für den Bereich der Stadt Frankfurt. Idealerweise sollten alle Kinder in Frankfurt vor dem 13. Lebensjahr und ihren ersten Kontakten mit psychoaktiven Substanzen bereits in Kindergarten und Schule grundlegende Programme zur Lebenskompetenzförderung sowie Programme zur Einstiegsverhinderung und -verzögerung wahrnehmen können sowie altersgerecht über psychoaktive Substanzen informiert werden. Jugendliche, die abstinent leben oder deren Drogenkonsum sich auf einen gelegentlichen maßvollen Konsum beschränkt, benötigen darüber hinaus keine weiteren suchtpreventiven Angebote. Jugendliche, die weitergehende Rauscherfahrten machen und Drogen ausprobieren oder damit experimentieren (Stufe 3) benötigen Risikokompetenzen und intensivere, zielgruppenspezifische Informationen. Hierbei spielen neben den Angeboten der Drogenberatungsstellen auch peer-to-peer-Angebote eine wichtige Rolle. Jugendliche mit einem verfestigten Drogenkonsum (Stufe 4-5) benötigen, weil sie sich häufig in besonders belastenden Lebenssituationen befinden, dringend frühzeitig Einzelfallhilfe. Einzelfallhilfe, Elternberatung und aufsuchende Angebote werden von den Jugend- und Drogenberatungsstellen vorgehalten. Ziel der Maßnahmen ist Früherkennung und Frühintervention, bevor sich der Drogenkonsum weiter verfestigt bzw. Suchtstrukturen entstehen. Für besondere Zielgruppen wie z.B. die zunehmende Zahl der Cann-

bisintensivkonsumenten (tägliches Konsum) wurden vom Drogenreferat in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern neue Projekte konzipiert. So ist z.B. eine Cannabis-kampagne in Vorbereitung, die zum einen den Blick der Frankfurter Jugendlichen auf die Risiken des Cannabiskonsums schärfen will, zum anderen aber auch konkrete zielgruppenspezifische Maßnahmen für Intensivkonsumenten sowie Maßnahmen für Eltern beinhaltet. Weitere präventive Maßnahmen für junge Drogenkonsumenten konnten in den vergangenen Jahren bereits realisiert werden wie

- Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten (FreD) (Jugend- und Drogenberatungsstelle am Merianplatz)
- Suchtvereinbarung zum Umgang mit drogenkonsumierenden Schüler/innen an Schulen (Fachstelle Prävention)
- Die peer-to-peer-Angebote It's my party (Alice-Bus) und eine peer-Counselling Gruppe (Drop In)

Grundlegende Voraussetzung für das Gelingen von Früherkennung und Frühintervention aber ist eine enge Vernetzung der Akteure in der Suchtprävention. Aus einem Nebeneinander von Drogenhilfe, Jugendhilfe und Schule ist im Laufe der Jahre ein Miteinander geworden. Diese Vernetzung muss weiter intensiviert, neue Kooperationspartner gewonnen und Synergien ausgebaut werden.

Teil V: Schluss

Lage und Chancen der jungen Generation sind ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Sie werden durch wirtschaftliche Entwicklungen und sozialstaatliche Regelungen und Maßnahmen beeinflusst, die vielfach nicht in der Hand der Kommunalpolitik liegen. Dennoch ist Kommunalpolitik ein wesentlicher Akteur, der vorgegebene Rahmensetzungen weiter ausgestaltet und ergänzt und gerade auf dem Feld von Bildung und Betreuung über wichtige Handlungsfelder verfügt. Allerdings wird sie auch hier deutlich durch die seit Jahren von Experten gerügte mangelhafte Finanzausstattung der kommunalen Ebene eingengt. Ein Ziel der sozialstaatlichen Politik für die nachwachsende Generation besteht darin, Kindern und Jugendlichen Bedingungen und Entwicklungschancen zu schaffen, die ihnen eine möglichst weitgehende Entwicklung ihrer Persönlichkeit wie ihrer Fähigkeiten gestatten, ein anderes Ziel ist es, den Familien materielle Voraussetzungen wie auch Handlungsmöglichkeiten einzuräumen, die ihnen die Entscheidung für Kinder erleichtern. Die europäischen Erfahrungen zeigen, dass eine „investive“ Sozialstaatspolitik, die den Akzent sehr stark auf den Ausbau der Bildungs- und die Betreuungsmöglichkeiten legt, hier oft bessere Wirkungen erreicht als eine Sozialstaatspolitik, die sich eher auf kompensatorische Leistungen, insbesondere solche monetärer Art konzentriert. Eine solche „investive“ Sozialstaatspolitik ist vor dem Hintergrund der modernen Werthaltungen eng verbunden mit einer Strategie, die Männern und Frauen gleiche Erwerbs- und Karrierechancen ermöglicht. Erfahrungen anderer europäischer Länder haben auch gezeigt, dass – entgegen gerade in Deutschland verbreiteten Vorstellungen – eine Orientierung auf eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter das Erreichen einer ausgeglicheneren demographischen Entwicklung nicht behindert. In einer offenen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland kann und darf allerdings die Sozialstaatsstrategie nicht auf ein einziges Modell der Lebensführung setzen, sondern muss Bedingungen schaffen, die Wahlfreiheit ermöglichen.

Die Stadt Frankfurt am Main bildet keine Insel in der bundesdeutschen Gesellschaft. Sie spiegelt die demographische (sowie wirtschaftliche und soziale) Situation ganz Deutschlands, dies allerdings mit einer bestimmten charakteristischen Zuspitzung, wie sie großstadttypisch ist, die aber abgefedert wird durch die relativ positive wirtschaftliche Position der Stadt wie der Region Rhein-Main insgesamt. Die Zahl der Geburten lag in den letzten Jahren meist deutlich unter der Zahl der Sterbefälle, so dass Frankfurt am Main ohne einen permanenten Zuzug von Menschen unter einem deutlichen Bevölkerungsrückgang leiden würde. Wanderungsbewegungen erklären, weshalb die Stadt Frankfurt am Main wie auch die Region Rhein-Main trotz

der zahlenmäßigen Schwäche der nachwachsenden Generation als Ganzes sogar eine günstigere Altersstruktur als viele andere Regionen Deutschlands aufweist. Dies gilt z.B. deutlich im Vergleich zum nordhessischen Raum. Die vergleichsweise günstige Wanderungsbilanz der Stadt wie der Region ergibt sich aus der Tatsache, dass die Region Rhein-Main sich zu einem Beschäftigungsmagneten entwickelt hat. Die große Zahl vorhandener Arbeitsplätze erzeugt einen permanenten Zuzug von Menschen im Erwerbsalter, insbesondere von solchen, die am Anfang des Erwerbslebens und zumeist noch vor der Phase der Familiengründung stehen. Bei den Zuzüglern handelt es sich um durchaus mobile, weniger örtlich gebundene Erwerbstätige, die nicht selten später wiederum sich ergebende Chancen in anderen Wirtschaftszentren nutzen. Für diejenigen, die langfristig in der Region bleiben, ist charakteristisch, dass viele von ihnen nach einer Familiengründung ins Umland ziehen, wo der Immobilienerwerb eher möglich ist oder auch die Wohnungsmieten günstiger ausfallen. Viele suchen auch nach einem besseren Umfeld für heranwachsende Kinder. Die eher erfreuliche Wanderungsbilanz der Stadt ist abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg der Stadt wie auch der Region. Die heute verfügbaren Prognosen gehen davon aus, dass Frankfurt am Main als Kernstadt der Region seine Bevölkerungszahl in den nächsten zwei Jahrzehnten voraussichtlich in etwa halten kann, dass jedoch ein geringer Rückgang der Einwohnerzahlen nicht unwahrscheinlich ist. Für die Umlandgemeinden ist dagegen mit einem relativ deutlichen Zuwachs zu rechnen. Hier deutet sich eine Verschärfung der schon heute angelegten sozialstrukturellen Differenzen zwischen Kernstadt und Umland an. In den Gemeinden des Umlandes leben im Durchschnitt mehr Familien und mehr junge Menschen als in der Kernstadt selbst, eine Schieflage, die eher zunehmen wird. In Frankfurt am Main sind die Geburtenzahlen in den letzten Jahren angestiegen. Allerdings verlässt fast jedes zehnte Kind, das im Laufe eines Jahres in Frankfurt am Main von einer Frankfurter Frau geboren wurde, die Stadt bis zum Jahresende. Für die städtische Politik bedeutet dies, dass sie die Anstrengungen verstärken muss, um Familien in der Stadt zu halten.

Auch die Einkommenslagen von Eltern, Kindern und Jugendlichen werden durch die Bevölkerungsbewegung zwischen Kernstadt und Umland mitgeprägt. Dies mit dem Ergebnis, dass im Umland der Anteil mittlerer und hoher Einkommen deutlich stärker ausfällt als in Frankfurt am Main. Die Haushalte in der Kernstadt selbst verfügen dagegen nur über ein Einkommensniveau, das – entgegen populären Vorstellungen – allenfalls den Durchschnittswert der westlichen Bundesländer erreicht. Diesen eher unterdurchschnittlichen Haushalteinkommen steht in der Stadt eines der höchsten Mietniveaus Deutschlands gegenüber. Stellt man noch in Rechnung, dass es eher die Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen sind, die ins Umland

ziehen, so ist es nicht verwunderlich, dass gerade solche Haushalte in Frankfurt am Main, die sich für Kinder entschieden haben, relativ häufig in materiell eingeschränkten Verhältnissen leben. Dieser Zusammenhang erklärt auch, warum seit längerem in Frankfurt am Main die Sozialhilfequoten von Kindererziehenden und Kindern im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich hoch ausfallen. Heute gilt dies analog für Haushalte von Empfängern des sozialhilfeähnlichen Arbeitslosengeldes II. In Frankfurt am Main lebt etwa jedes fünfte Kind unter 15 Jahren in einem Haushalt, der Arbeitslosengeld II bekommt. Kinder und Jugendliche leben somit deutlich häufiger als andere Altersgruppen in schlechten materiellen Verhältnissen. Diese unerfreuliche Konstellation zeigt sich zwar auch für Deutschland als Ganzes, jedoch für Großstädte in verschärfter Form.

In Frankfurt am Main überlagert sich diese für die Republik im Allgemeinen und Großstädte im Besonderen charakteristische Struktur mit Ergebnissen der Zuwanderung. Frankfurt am Main hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Einwohnern bzw. Einwohnerinnen mit Migrationshintergrund. Diese haben trotz tendenziell deutlich ungünstigerer Erwerbschancen und vergleichsweise geringerer Erwerbseinkommen häufiger Kinder als deutsche Einwohner. Hier zeigt sich, dass bei der Entscheidung für Kinder deutlich der Einfluss unterschiedlicher Werthaltungen maßgeblich ist. Trotz verschiedener sozialstaatlicher Transfers (Kindergeld, Wohngeld etc.) führt die Entscheidung für Kinder häufig zu einer deutlichen Reduktion des Haushaltseinkommens, da in der Praxis oft ein Elternteil – meist die Mutter – seine Erwerbstätigkeit zurückstellen oder mindestens einschränken muss. Hinzu kommen naturgemäß höhere Ausgaben. Zugleich zeigt sich, dass vielfach Deutsche mit guter Ausbildung, guten Erwerbschancen und relativ hohem Erwerbseinkommen sich vor dem Hintergrund dieser guten Karrierechancen besonders häufig gegen Kinder entscheiden. Wenn sich Einwohner, die sich Kinder eigentlich – vom Einkommen her – eher „leisten“ könnten, gegen Kinder entscheiden, andererseits gerade diejenigen mit ungünstiger Einkommenslage und Migrationshintergrund häufiger Kinder haben, ergibt sich eine scharfe Polarisierung zwischen kinderlosen Lebensformen in günstigen Einkommenschichten und eher traditionellen Familienformen in Bevölkerungskreisen mit eher ungünstiger Einkommenslage. Eine Tendenz zu später Heirat, geringeren Kinderzahlen, häufigeren Trennungen von Partnerschaften und Ehen, nichtehelichen Lebensgemeinschaften und zu Ein-Eltern-Familien gibt es in allen westlichen Industriegesellschaften. Nur in wenigen Ländern sind allerdings die Geburtenzahlen so niedrig wie bei uns. In Deutschland bleibt eine sehr große Zahl von Frauen und Männern dauerhaft kinderlos. Die Entscheidung für Kinder wird von vielen Faktoren beeinflusst. Viele Beobachter gehen vor dem Hintergrund der Erfahrungen in anderen Ländern davon aus, dass die Verfügbarkeit

einer Kinderbetreuung die Entscheidung für Kinder positiv beeinflussen kann. Hier steht Frankfurt am Main quantitativ und qualitativ nicht schlecht da. Im Kindergartenbereich, aber auch für unter 3-Jährige und Schulkinder gibt es ein vielfältiges Angebot, das in den letzten Jahren qualitativ und quantitativ erheblich ausgebaut wurde. Bei der Versorgungssituation der unter 3-Jährigen liegt Frankfurt am Main deutlich über dem westdeutschen und hessischen Durchschnitt. Im Kindergartenbereich ist die Zahl der Ganztagsplätze kontinuierlich ausgebaut worden. Gerade dieses Angebot trifft auf einen besonderen Bedarf. So ist hier wie in vielen Großstädten auch der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte sehr hoch. Zudem können viele Eltern, die aus beruflichen Gründen nach Frankfurt gekommen sind, auf verwandtschaftliche Unterstützung nicht oder nur eingeschränkt zurückgreifen. In diesen familiären Konstellationen kommt Betreuungsangeboten eine Schlüsselrolle zu, weil sonst eine Erwerbstätigkeit der Mütter (seltener der Väter), ob alleinerziehend oder in einer Partnerschaft lebend, kaum möglich ist. Nach wie vor sind es in Ehen wie in Partnerschaften meist die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder einschränken, wenn Kinder da sind.

Kinderbetreuung ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines gleichberechtigten Zugangs von Männern und Frauen zur Erwerbsarbeit von zentraler Bedeutung. Auch unter dem Aspekt von Bildung und Erziehung ist ein ausgebautes Betreuungsangebot wichtig. Nach wie vor ist in Deutschland der Bildungserfolg von Kindern stark von der sozialen Herkunft bestimmt. In Frankfurt am Main zeigt sich dies z.B. daran, dass die Übergangsraten von den Grundschulen auf die Gymnasien deutliche Unterschiede zwischen sozial besser gestellten und sozial benachteiligten Stadtteilen aufweisen. Aus der Entwicklungspsychologie weiß man mittlerweile, dass kompensatorische Bemühungen im Schulalter oftmals zu spät kommen, um intellektuelle und soziale Defizite auszugleichen. Durch verschiedene Studien konnte die positive Wirkung des Besuchs vorschulischer Einrichtungen klar belegt werden. Deshalb spricht vieles dafür, den Kindergartenbesuch gerade auch zugunsten von Familien mit schlechter Einkommenslage und Migrationshintergrund beitragsfrei zu gestalten. Einige Beobachter regen darüber hinaus an, den Kindergartenbesuch mindestens im letzten Jahr vor dem Schuleintritt verpflichtend zu machen. Zusätzlich bleibt festzuhalten, dass auch für die unter 3-Jährigen qualitativ hochwertige Betreuungsangebote zur Verfügung stehen müssen.

Auch für Frankfurt am Main gilt, dass ausländische Kinder und Kinder aus Ortsteilen mit ungünstigeren sozialen Lagen geringere Bildungserfolge haben als andere Kinder. Offensichtlich sind die Schulen nur begrenzt in der Lage, den Bildungsdefiziten der Jungen und Mädchen zu begegnen, allen voran den mangelnden sprachlichen Fähigkeiten. Solche Defizite beschränken sich nicht auf Kinder mit Migrationshintergrund, sondern gelten z. T. auch für Kin-

der, deren Eltern beide deutscher Herkunft sind. Darüber hinaus zeigen sich geschlechtsspezifische Prägungen bei der Berufswahl. Mädchen konzentrieren sich nach wie vor auf wenige Berufe, die häufig schlechtere Perspektiven und relativ geringe Einkommen bieten.

Die Schule spielt naturgemäß eine zentrale Rolle im Leben der Frankfurter Kinder, die das Kindergartenalter überschritten haben. Auch außerhalb des Unterrichts sind sie in hohem Maße mit schulischen Dingen beschäftigt: Sie lernen für Klassenarbeiten, erledigen Hausaufgaben oder bekommen u. U. Nachhilfeunterricht. Die verbleibende freie Zeit verbringen sie auf sehr unterschiedliche Weise. Zu Hause nehmen der Fernsehkonsum und die Beschäftigung mit dem Computer – bei Jungen das Spielen mit Computer, Playstation u. ä. – einen großen Raum ein. Außerhalb der eigenen vier Wände werden die Angebote von Sportvereinen relativ stark genutzt, vergleichsweise selten hingegen die Angebote von Glaubensgemeinschaften und Jugendfreizeiteinrichtungen. Nur wenige Jungen und Mädchen haben Musikunterricht, wirken in einer Musikgruppe mit oder engagieren sich ehrenamtlich. Viele Frankfurter Schülerinnen und Schüler haben Erfahrungen mit legalen (Tabak, Alkohol) und illegalen Drogen. Während Cannabis mindestens gelegentlich von mehr als der Hälfte der Jugendlichen konsumiert wird, sind die enger mit der offenen Drogenszene und dem Lebensstil von Abhängigen assoziierten Drogen Heroin und Crack quantitativ aber eher bedeutungslos.

Aus den vorgestellten Befunden lassen sich für die Kommunalpolitik in Frankfurt am Main *eine Reihe von Herausforderungen* ableiten. An dieser Stelle werden Schwerpunkte herausgegriffen, die ebenso für die Zukunft der Stadt wie auch im bundesweiten Zusammenhang von Bedeutung sind: *Bildung, Betreuung* und *Familienfreundlichkeit*.

Bildung ist eine Schlüsselfrage für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Viele Kinder bekommen in dieser Phase nicht die Anregungen, die notwendig sind, um später im Bildungssystem zu bestehen. Hier sind als Ergänzung und Unterstützung der elterlichen Erziehungsanstrengungen vor allem institutionelle Angebote gefordert. Vor allen Dingen hier, wo die Kommunen als Träger und Zuschussgeber über besonderen Einfluss verfügen, kann nach einheitlichen Standards ausgebildetes Personal nach überprüfbaren Qualitätsstandards pädagogisch arbeiten und einen Beitrag zur Entwicklung von Kindern leisten. Vor diesem Hintergrund erscheint es unbedingt notwendig, dass der Weg des qualitativen und quantitativen Ausbaus des institutionellen Betreuungsangebots insbesondere für unter 3-Jährige weiter beschritten wird. Idealerweise sollten alle Kinder Gelegenheit zur Teilnahme an vorschulischer Bildung haben. Neben dem Ausbau des Platzangebotes darf die Weiterentwicklung der pädagogischen Qua-

lität nicht vernachlässigt werden. Hier können die Erfahrungen des noch laufenden Modellversuchs zum „Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen“ genutzt werden. Langfristig wird auch die Ausbildung des pädagogischen Personals aufgewertet werden müssen. Nur so lässt sich vermutlich auch die geringe Zahl von Männern, die sich für den Erzieherberuf entscheiden, vergrößern.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das verfügbare Angebot an kostengünstigen und qualitativ hoch stehenden *Kinderbetreuungsmöglichkeiten* von zentraler Bedeutung. In Frankfurt am Main wurde in den letzten Jahren auf den besonderen Betreuungsbedarf vieler Eltern reagiert und das Betreuungsangebot ausgebaut. Damit dieses Angebot von den Kindern genutzt wird, die es im Hinblick auf eine Förderung ihrer Entwicklung besonders nötig haben, dürften dem Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung eigentlich keine finanziellen Hindernisse im Wege stehen. Wenn Kinderkrippen, Krabbelstuben und Kindergärten Einrichtungen mit einem expliziten Bildungsanspruch sind, dann wäre es nur konsequent, wenn sie ebenso wie Schulen für die Eltern kostenfrei sind. Sicher kann die Kostenfreiheit vor dem Hintergrund der heutigen kommunalen Finanzsituation nur langfristig eingeführt werden. Es ist aber nicht einzusehen, dass die Bildungseinrichtung Schule kostenfrei ist, während die Inanspruchnahme der im wörtlichen Sinne grundlegenden vorschulischen Bildungseinrichtungen nur gegen ein Entgelt möglich ist.

Die Einrichtungen für Vorschulkinder sind bislang vor allem unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit diskutiert worden. Das Platzangebot insgesamt und die Öffnungszeiten waren die Themen, die bislang die öffentliche Diskussion um die Kindertageseinrichtungen dominierten. Dieser Strang darf bei aller Wichtigkeit des Bildungsaspekts nicht vernachlässigt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Weiterentwicklung der Platzzahl der Kindertageseinrichtungen unabdingbar. Während im Bereich der Kindergartenkinder in Frankfurt am Main die Situation schon recht gut ist – rd. die Hälfte der Kindergartenplätze in Frankfurt am Main sind Ganztagsplätze –, ist die Situation bei den unter 3-Jährigen noch unbefriedigend. Um dem abzuhelpen, ist in den nächsten Jahren eine Erhöhung der Zahl der Betreuungsplätze um 300 pro Jahr geplant.²⁵⁷ Ob man hiermit schon ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen hat, muss die Zukunft zeigen. Vieles spricht dafür, dass mit einem gewachsenen Angebot auch die Nachfrage steigt, da dann Optionen offen stehen, an die früher aufgrund des schlechten Betreuungsangebotes gar nicht gedacht wurden.

²⁵⁷ vgl. Magistratsbericht B 539 vom 8.8.2005

Neben diesen zwei Schwerpunkten gibt es noch in anderen Bereichen Handlungserfordernisse. So legt die *schlechte materielle Lage vieler Familien* und der in ihnen lebenden Kinder und Jugendlichen nahe, dass freiwillige soziale Leistungen der Stadt Frankfurt am Main, die sich an Einkommensschwache richten, beibehalten werden sollten. Hierzu gehört der Frankfurt-Pass. Er ermöglicht vielen Inhabern erst eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, von dem sie ansonsten oftmals ausgeschlossen wären. Hierher gehören aber auch die sonstigen an Einkommen und Kinderzahl gebundenen Ermäßigungen, die von der Stadt gewährt werden. Die schlechte materielle Lage von Familien ist in vielen Fällen durch der Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile verursacht. Hier hat die Stadt als Gesellschafterin der Rhein-Main-Jobcenter GmbH ihr Engagement verstärkt. Es darf aber nicht übersehen werden, dass nach übereinstimmender Expertenmeinung eine verbesserte Vermittlungsaktivität ohne verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen nur begrenzt erfolgreich sein kann. Diskutiert werden hier u.a. die Strategieelemente Entlastung der Arbeitskosten durch die Umfinanzierung sozialer Leistungen, Schritte der Entbürokratisierung und Stärkung der kommunalen Investitionskraft.

Auch die *Familienfreundlichkeit*, ist ein zentrales Ziel städtischer Politik in Frankfurt am Main.²⁵⁸ Eine größere Familienfreundlichkeit kommt nicht nur in der Schaffung von Betreuungsplätzen zum Ausdruck, sondern umfasst insbesondere auch Maßnahmen der Wohnungspolitik und der Wohnumfeldverbesserung (Spielplätze, Verkehrsberuhigung, Sicherheit). Die Diskussion um die Familienfreundlichkeit kommt zu einer Zeit auf, zu der der deutschen Gesellschaft bewusst wird, worauf Demographen schon seit mindestens zwei Jahrzehnten hinweisen: Es werden nicht ausreichend Kinder geboren, um einen zumindest gleich bleibenden Bevölkerungsstand zu halten. In einer Gesellschaft, in der bald rd. die Hälfte der Menschen älter als 50 Jahre ist, haben es die Belange von Kindern (und Familien) schwer, Gehör zu finden. Es wäre aber angesichts der kleiner werdenden nachwachsenden Generation dringend erforderlich, die sozialstaatlichen „Investitionen“ in den Nachwuchs, der langfristig die wirtschaftlichen Grundlagen für die Versorgung der Bevölkerung erwirtschaften muss, zu verstärken. Nur gut ausgebildete und auf das Leben vorbereitete junge Menschen sind später in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Kritisch muss angemerkt werden, dass in den letzten Jahren in Deutschland insgesamt die Investitionen in Bildung und Erziehung aber zurückgegangen sind. Für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft verheißt dies nichts Gutes. Schrumpfende Bevölkerungszahlen lösen in der Regel auch eine Tendenz zu verringerten

²⁵⁸ vgl. Magistratsbericht B 444 vom 10.6.2005

wirtschaftlichen Wachstumsraten aus. Eine starke demographische Schieflage hat zweifellos negative Auswirkungen auf die Qualität der Gesellschaft. Sie schließt die Gefahr verschärfter Konflikte um die Verteilung des Wohlstandes ein. Damit die Entwicklung noch gewendet wird, müssen große Anstrengungen unternommen werden. Die Entscheidungen jedes Einzelnen für oder gegen Kinder sind Privatsache, die Folgen eines veränderten Verhaltens betreffen aber die ganze Gesellschaft. Deshalb ist es notwendig, jenen, die sich für Familie und Kinder entscheiden, Bedingungen zu schaffen, die sie bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben (und Belastungen) einer Elternschaft unterstützen. Ebenso notwendig ist es, den Jungen und Mädchen ein gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem sie wirklich willkommen sind und das sich bemüht, sie bei ihrer Entwicklung energisch zu unterstützen. Familienfreundlichkeit ist ein komplexes Ziel, da es auch Mentalitäten und Lebensstile berührt, die von Politik kaum beeinflusst werden können.

Im Folgenden werden einige ausgewählte Maßnahmen aufgeführt, von denen man erwartet, dass sie adäquate Antworten auf die oben genannten Herausforderungen darstellen:

- ***Materielle Situation von Kindern und ihren Familien verbessern***

Ein wesentliches Instrument ist der Frankfurt-Pass, den es schon seit mehreren Jahren gibt. Er ermöglicht einkommensschwachen Personen, Schwimmbäder, den öffentlichen Personennahverkehr und kulturelle Veranstaltungen usw. verbilligt zu nutzen, und sichert so deren gesellschaftliche Teilhabe.

Wenn Kinder und Jugendliche in einkommensschwachen Haushalten leben, ist der Grund hierfür oftmals, dass eines oder beide Elternteile arbeitslos sind und Arbeitslosengeld II beziehen. Für diese Empfängergruppe steht die (Wieder)Eingliederung ins Erwerbsleben im Vordergrund, die in der Regel auch die materielle Situation der Kinder verbessert.

Familien, die kein Arbeitslosengeld II beziehen, sind oftmals in ihren finanziellen Spielräumen stark eingeengt, weil ein unverhältnismäßig großer Anteil des Haushaltseinkommens für Mieten aufgewendet werden muss. Die Stadt ist deshalb bestrebt, über den von ihr direkt oder indirekt kontrollierten Wohnungsbestand die Mieten auf einem tragbaren Niveau zu halten. Des Weiteren wird durch die Ausweisung von Bauland²⁵⁹ der Wohnungsbestand insgesamt kontinuierlich erweitert, was auf eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zielt. Darüber

²⁵⁹ vgl. Stadt Frankfurt am Main: Wohnbauland-Entwicklungsprogramm 2004. Anlage 2 zum Magistratsbericht B 371 vom 6.5.2005 (http://www.stvv.frankfurt.de/parlisobj/B_371_2005_AN2.pdf)

hinaus wird die Stadt Belegungsrechte aufkaufen.²⁶⁰ Eine Förderung einkommensschwacher Haushalte z. B. durch ein besonders kommunales Wohngeld ist aus finanziellen Gründen allerdings nicht möglich.

- ***Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern***

Bei der institutionellen Betreuung steht der Ausbau im Hinblick auf die Platzzahl und die Öffnungszeiten hier im Vordergrund. Im Bereich der Tagespflege geht es darum, zusätzliche Tagespflegepersonen zu gewinnen und einen Notfalldienst für den Fall aufzubauen, dass Tagesmütter erkranken und deshalb für die Betreuung ausfallen. Ähnliches gilt auch für Kinder die eine Einrichtung besuchen. Auch deren Eltern stehen oftmals vor kaum lösbaren Problemen, wenn ihr Kind erkrankt und sie wegen unabwiesbarer beruflicher Verpflichtungen die Pflege des Kindes nicht selbst übernehmen können. Auch hier ist ein Notfalldienst von besonderer Bedeutung. Ein Ausbau der betrieblichen Betreuungsangebote würde ebenfalls zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Zum einen entfielen zusätzliche Wege, weil die Kinder mit zur Arbeit genommen werden können. Zum anderen könnten Betriebe das berufliche Wissen von Eltern und vor allem Müttern nutzen, die ansonsten wegen einer fehlenden Betreuung oder wegen der Schwierigkeiten der Alltagsorganisation ihre Berufstätigkeit einschränken oder ganz aufgeben würden. Vielen Familien würde es daneben schon helfen, wenn die „verlässliche Grundschule“ Realität wäre.

- ***Qualität der Betreuung in Einrichtungen und in Tagespflege sichern***

Tagespflegepersonen müssen ab Oktober 2005 ihre Qualifikation nachweisen, um eine Erlaubnis zur Tagespflege zu bekommen. Für sie werden Qualifizierungen angeboten, die sich an Empfehlungen des hessischen Tagespflegebüros orientieren.²⁶¹

Im Bereich der Betreuung in Einrichtungen findet ein ständiger Prozess der Qualitätssicherung statt. Diese Ansätze werden weiterverfolgt. Hierbei wird der Bildungsaspekt einen immer stärkeren Stellenwert erhalten müssen.

- ***Angebote der Jugendfreizeiteinrichtungen an den Bedarf anpassen***

Die Stadt Frankfurt am Main finanziert ein breites Angebot an Jugendfreizeiteinrichtungen. Nur eine sehr beschränkte Zahl von Kindern und Jugendlichen nutzt derzeit die Jugendfrei-

²⁶⁰ vgl. Stadt Frankfurt am Main: Wohnungspolitische Leitlinien 2005. Anlage 1 zum Magistratsbericht B 371 vom 6.5.2005 (http://www.stvv.frankfurt.de/parlisobj/B_371_2005_AN1.pdf)

²⁶¹ vgl. Hessisches Tagespflegebüro: Fachliche Empfehlungen zur Qualität von Kinderbetreuung in Tagespflege. 2004 (http://www.hessisches-tagespflegebuero.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaabjkn).

zeiteinrichtungen regelmäßig. Im Laufe der nächsten Jahre wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Ganztagschule besuchen, aller Voraussicht nach ansteigen. Jugendfreizeiteinrichtungen, die ein Nachmittagsangebot machen, werden demzufolge wahrscheinlich bis 17:00 Uhr deutlich weniger Besucher haben als bisher. Für die Stadt Frankfurt am Main als Jugendhilfeträger bedeutet dies, dass sie ihr Angebot diesem sich verändernden Bedarf anpassen und Mittel ggf. umschichten muss. Dies wird nicht ohne eine unabhängige Evaluierung der Arbeit der verschiedenen Jugendfreizeiteinrichtungen gehen.

- ***Mädchen und junge Frauen aufs Berufsleben vorbereiten***

Nach wie vor konzentrieren sich Mädchen und junge Frauen in bestimmten „frauentypischen“ Ausbildungsberufen und Studiengängen. Die Stadt Frankfurt am Main ist bestrebt, diesem Phänomen entgegenzuwirken und junge Frauen auch an Berufsfelder heranzuführen, die sie bislang eher gemieden haben.²⁶² Dies ist ein Element einer auf gleiche Rechte von Männern und Frauen im Beruf gerichteten Strategie.

- ***Suchtprävention fortsetzen***

Die Suchtprävention der Stadt Frankfurt am Main genießt unter Experten hohe Anerkennung.²⁶³ Sie wird deshalb fortgesetzt.

²⁶² für Einzelheiten vgl. den Magistratsbericht B 533 vom 8.8.2005.

²⁶³ Die Grundzüge der Frankfurter Suchtprävention sind im Magistratsbericht B 578 vom 18.7.2003 beschrieben worden.

Anhang

Einwohner mit Hauptwohnsitz unter 18, Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, Sozialhilfeempfänger unter 18 sowie Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen nach Stadtbezirk Ende 2004.

Stadtbezirk	Ortsteil	Einwohner unter 18	Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	Sozialhilfeempfänger unter 18	Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen in %
10	Altstadt	333	9,7	55	16,5
40/50	Innenstadt	66	8,9	6	9,1
60	Innenstadt	170	10,7	28	16,5
70	Innenstadt	144	9,2	16	11,1
80	Innenstadt	257	10,7	40	15,6
90	Bahnhofsviertel	200	8,2	32	16,0
100	Westend-Süd	359	10,6	4	1,1
110	Westend-Süd	320	11,3	15	4,7
120	Nordend-West	660	10,4	37	5,6
130	Nordend-Ost	534	9,8	46	8,6
140	Ostend	870	12,1	105	12,1
151	Gutleutviertel	634	11,8	129	20,3
152	Gallusviertel	95	8,9	15	15,8
153	Gallusviertel	730	24,6	153	21,0
154	Gallusviertel	523	14,2	99	18,9
161	Gallusviertel	467	13,1	82	17,6
162	Gallusviertel	870	15,1	136	15,6
163	Bockenheim	364	14,9	32	8,8
164	Gallusviertel	226	16,0	30	13,3
165	Gallusviertel	1.072	17,4	228	21,3
170	Westend-Süd	487	11,2	24	4,9
180	Westend-Süd	725	13,2	13	1,8
191	Westend-Nord	552	12,5	20	3,6
192	Westend-Nord	512	15,9	115	22,5
201	Nordend-West	413	11,1	17	4,1
202	Nordend-West	153	12,4	15	9,8
203	Nordend-West	783	14,2	21	2,7
211	Nordend-West	472	11,2	31	6,6
212/3	Nordend-West	579	10,7	63	10,9
221	Nordend-Ost	549	11,9	31	5,6
222	Nordend-Ost	922	14,4	121	13,1
230	Nordend-Ost	479	9,7	62	12,9
240	Nordend-Ost	339	11,7	34	10,0
251	Ostend	679	11,8	80	11,8
252	Ostend	890	10,5	55	6,2
261	Osthafengebiet+Ostpark	493	12,6	58	11,8
262	Riederwald	764	16,4	142	18,6

Stadt- bezirk	Ortsteil	Einwohner unter 18	Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevöl- kerung in %	Sozialhilfeempfän- ger unter 18	Sozialhilfequote der unter 18- Jährigen in %
271	Bornheim	365	10,9	28	7,7
272	Bornheim	1.293	15,5	164	12,7
281	Bornheim	571	10,4	83	14,5
282	Bornheim	595	12,0	49	8,2
290	Bornheim	308	12,6	46	14,9
300	Sachsenhausen-Nord	380	10,6	50	13,2
321	Sachsenhausen-Nord	552	12,3	7	1,3
322	Sachsenhausen-Nord	1.274	16,0	138	10,8
323	Sachsenhausen-Süd	1.450	12,6	100	6,9
324	Sachsenhausen-Nord	823	12,3	32	3,9
325	Sachsenhausen-Süd	83	14,5	0	0,0
326	Sa.-Fritz-Kissel-Siedlung	526	12,4	81	15,4
331	Sachsenhausen-Nord	730	14,2	85	11,6
332	Sachsenhausen-Süd	1.066	12,7	63	5,9
341	Bockenheim	546	11,4	81	14,8
342	Bockenheim	386	12,5	68	17,6
343	Bockenheim	148	8,4	17	11,5
350	Bockenheim	937	14,0	136	14,5
361	Bockenheim	583	11,7	62	10,6
362	Bockenheim	756	13,7	56	7,4
371	Niederrad-Nord	1.482	13,7	182	12,3
372	Niederrad-Süd	1.568	14,7	150	9,6
380	Oberrad	1.614	13,9	268	16,6
390	Seckbach	1.369	14,8	132	9,6
401	Rödelheim-Ost	1.238	14,2	190	15,3
402	Rödelheim-West	1.203	15,6	174	14,5
410	Hausen	1.171	17,8	184	15,7
422	SiedlungPraunheim	1.162	19,0	148	12,7
423	Sdlg.Praunh.-Westhausen	385	15,0	46	11,9
424	Praunheim-Süd	148	12,3	4	2,7
425	Alt-Praunheim	287	14,2	17	5,9
426	Praunheim-Nord	660	19,6	111	16,8
431	Heddernheim-Ost	1.529	19,6	235	15,4
432	Heddernheim-West	1.613	18,6	261	16,2
441	Ginnheim	3.510	22,2	766	21,8
442	Dornbusch-West	841	14,4	62	7,4
451	Eschersheim-Nord	986	16,6	100	10,1
452	Eschersheim-Süd	1.126	15,2	143	12,7
461	Eckenheim	2.303	17,1	439	19,1
462	Dornbusch-Ost	1.204	13,4	125	10,4

Stadtbezirk	Ortsteil	Einwohner unter 18	Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	Sozialhilfeempfänger unter 18	Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen in %
463	Dornbusch-Ost	274	12,3	12	4,4
470	Preungesheim	1.731	19,2	344	19,9
481	Niederursel-Ost	1.405	18,6	134	9,5
482	Niederursel-West	1.280	18,7	168	13,1
491	Bonames	1.089	17,8	276	25,3
492	Frankfurter Berg	1.330	21,2	202	15,2
500	Berkersheim	784	24,7	120	15,3
510	Fechenheim-Nord	1.634	19,0	301	18,4
520	Fechenheim-Süd	1.386	20,5	297	21,4
531	Schwanheim	1.429	16,9	120	8,4
532	Goldstein-West	2.426	21,2	400	16,5
541	Griesheim-Ost	564	13,0	75	13,3
542	Griesheim-Ost	1.366	19,9	260	19,0
551	Griesheim-West	506	15,7	52	10,3
552	Griesheim-West	1.155	18,5	279	24,2
561	Nied-Süd	1.717	18,5	237	13,8
562	Nied-Nord	1.343	17,6	152	11,3
570	Höchst-West	1.286	23,0	171	13,3
580	Höchst-Ost	624	17,3	123	19,7
591	Höchst-Süd	655	18,7	101	15,4
601	Sindlingen-Süd	956	19,5	154	16,1
602	Sindlingen-Nord	668	17,7	45	6,7
604	Zeilsheim-Ost	346	16,7	33	9,5
611	Zeilsheim-Süd	639	14,9	14	2,2
612	Zeilsheim-Nord	1.087	20,7	195	17,9
621	Unterliederbach-Mitte	1.121	15,7	83	7,4
622	Unterliederbach-Ost	1.363	21,0	220	16,1
631	Sossenheim-West	1.495	18,4	222	14,8
632	Sossenheim-Ost	1.580	21,9	352	22,3
640	Nieder-Erlenbach	824	19,9	36	4,4
650	Kalbach	1.228	21,4	60	4,9
660	Harheim	620	16,6	15	2,4
670	Nieder-Eschbach	2.211	19,5	354	16,0
680	Bergen-Enkheim	2.607	15,6	173	6,6
Frankfurt am Main insgesamt		98.185	15,7	13.079	13,3